

**Dokumente und Materialien zur Osnabrücker
Stadtökologie**

**Sch..., Müll,
Altlasten
und was
damit zu tun hat**

**herausgegeben von Dr. Gerhard Becker
im Auftrag des Vereins für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück e. V.**

**Dokumente und Materialien zur Osnabrücker
Stadtökologie**

**Sch..., Müll,
Altlasten
und was
damit zu tun hat**

**herausgegeben von Dr. Gerhard Becker
im Auftrag des Vereins für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück e. V.**

VORWORT (GERHARD BECKER)	1
EINE KLEINE MÜLLGESCHICHTE (UTE VERGIN)	3
Prähistorischer Müll	3
Der Müll in der Antike	7
Müll in Mittelalter und Früher Neuzeit	10
Städte	12
Versuche der systematischen Stadtreinigung bis zum 19. Jahrhundert	19
AUS DEN AUGEN, AUS DEM SINN ODER: DIE WILDEN JAHRE DES MÜLLS (GÜNTER TERHALLE)	26
Anfänge von Straßenreinigung und Müllabfuhr	26
Müll: Problem für alle Großstädte	31
Erste Neuerungen bei der Osnabrücker Müllabfuhr	34
„Der Müll verschwindet in der Versenkung“	35
Ausweitung der Müllabfuhr	36
Mangel an Müllplätzen	36
Nach dem 1. Weltkrieg	42
Bestandsaufnahme bei der Müllabfuhr	46
Art und Zusammensetzung des Mülls	48
Die Zeit des Nationalsozialismus	50
Staubentwicklung als Gesundheitsrisiko	53
Die Nachkriegszeit	55
Deponierungsprobleme	59
Nahner Probleme	61
Der Osnabrücker Müllkrieg	62
Die Müllprobleme nehmen nicht ab	67
Müll in Schinkel	73
Neue Verwertungsanstrengungen	74
... dem Müll eine Abfuhr erteilen	77
Die Straßenreinigung in den 1970er Jahren	79

Der Piesberg	81
Der Umweltschutzverein bleibt aktiv	83
Einspruch	91
Der Startschuß	103
Rekultivierung	103
Die weitere Piesberg-Geschichte	105
Neue Müllkonzepte	107
ALTLASTEN IN OSNABRÜCK (GÜNTER TERHALLE)	111
Das Geheimnis vom Prenzlerweg	114
Die Wüste — größte Altlastenverdachtsfläche Deutschlands	118
Die historische Recherchen	122
Das Untersuchungsgebiet	123
Anlage der Untersuchung und Quellenmaterial	124
Zeitungsrecherche	124
Aktenrecherche	125
Befragung von Zeitzeugen	126
Die historische Stadtteilentwicklung in der Wüste	127
Entwicklung der Wüste	128
Bebauung, Straßen und Plätze	131
Ergebnisse der Recherchen	136
Geologische und hydrogeologische Verhältnisse	140
Die Grundwasserqualität	141
ANHANG (UTE VERGIN)	
ausgewählte Zeitungsartikel	
Auswahlbibliographie	

Gerhard Becker

Vorwort

Über das Fernsehen und andere überregionale Medien werden die Bürger fast täglich mit Informationen über Umweltprobleme aus aller Welt versorgt, meistens in Form von Katastrophenmeldungen und -bildern. Zu den öffentlichen Hauptthemenbereichen gehören in unserer konsum- und ökonomisch wachstumsfixierten Gesellschaft die zahlreichen, sich insgesamt gesehen zunehmend verschärfenden Müll- bzw. Abfallprobleme mit den regelmäßigen Skandalen, den politischen Debatten und den inzwischen immerhin vorhandenen, aber weiterhin unzulänglichen Lösungsversuchen. Sicherlich nicht zu Unrecht wird vermutet, daß diese Überhäufung mit immer neuen, meist aus dem Zusammenhang gerissenen Informationen und Horrorszenarien eher zu ohnmächtiger Resignation und Abstumpfung führt als zu engagierten, aktiven Reaktionen und Verhaltensveränderungen, sei es auf der persönlich-alltagspraktischen Ebene, sei es im politischen Bereich.

Ein praktisches Engagement mit erkennbarer Wirkung ist für breitere Bevölkerungsschichten ja primär auf der lokalen Ebene möglich. Ein solches Engagement ist einerseits umweltpolitisch notwendig, weil es sonst die notwendigen Veränderungen nicht wirklich geben wird, andererseits stellt es einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft dar - hier auf der wichtigen lokalen Ebene. Eine solche Perspektive gilt spätestens seit der Agenda 21 der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 als unverzichtbarer Bestandteil einer „nachhaltigen Entwicklung“. Dazu bedarf es allerdings auf der lokalen und regionalen Ebene der Kenntnis von Zusammenhängen, Hintergründen und Ursachen sowie der Fähigkeit der interpretierenden Wahrnehmung von Umweltproblemen in der eigenen Alltags- und Lebenswelt, die in großen Teilen der Bevölkerung noch kaum vorhanden sind.

An dieser Stelle sieht die Projektgruppe NUSO (=Natur und Umwelt in der Stadt Osnabrück) und der sie in Kooperation mit der Universität tragende gemeinnützige „Verein für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück e.V.“ seit einigen Jahren den Hauptansatzpunkt für seine Arbeit. Wir wollen in kooperativer Form Beiträge zu einem ökologischen und urbanen Bewußtsein in der Stadt Osnabrück leisten. Wir haben

dabei in der Vergangenheit aus folgenden Gründen unseren Arbeitsschwerpunkt auf die Geschichte der Natur und Umwelt dieser Stadt gelegt: Erfahrungsgemäß unterliegen die verschiedenen umweltrelevanten Entwicklungen, ja überhaupt die Stadtentwicklung und die mit ihr einhergehenden, zum Teil gravierenden Veränderungen einem schnellen Prozeß des Vergessens in der Öffentlichkeit, aber auch bei jedem einzelnen Bürger — soweit er überhaupt bewußt mitvollzogen wurde. Außerdem stellt sich immer wieder heraus, daß aktuelle Umweltprobleme ohne die Kenntnis ihrer eigenen Geschichte weder zu verstehen noch einer angemessenen Lösung zuzuführen sind, die der spezifischen lokalen Situation und den Interessen und Wünschen der betroffenen Bürger gerecht wird. Besonders deutlich wird dies an dem Thema dieser Veröffentlichung, das in Osnabrück von höchster Brisanz ist:

- Der ehemalige Steinbruch **Piesberg**, der als — zunächst umstrittene — **Mülldeponie** der Osnabrücker Müllpolitik und dem Konsumverhalten seiner Bürger lediglich eine 20jährige Verschnaufpause verschafft hat.
- Der Stadtteil **Wüste**, der sich jüngst als **größte bewohnte Altlastenverdachtsfläche** in Deutschland herausgestellt hat: Hier holt die längst vergessene Müllgeschichte diese Stadt und seine Bürger mit noch nicht absehbaren und möglicherweise brutalen Folgen ein. Die geschichtlichen Erkenntnisse, die in diesem Fall im Rahmen eines Gutachtens von NUSO erhoben wurden, werden hier sogar zu einem Instrument der anstehenden naturwissenschaftlichen Großuntersuchung (s. S. 122ff.).

Die aktuellen und spektakulären Themen sind freilich nur zu verstehen als Ergebnis einer längeren Vorgeschichte des Abfalls in dieser Stadt, die in wesentlichen Zügen hiermit vorgestellt werden soll. Als Hauptquelle diente den NUSO-Mitarbeiter(inne)n Günter Terhalle und Ute Vergin neben lokalthistorischer Literatur unser umweltgeschichtliches Zeitungsarchiv, das zur Zeit ca. 11.000 Artikel und 4000 Bilder umfaßt bzw. über eine Datenbank nachweist. Ca. 1100 Artikel wurden für dieses Thema ausgewertet und haben zu einer lebendigen Darstellung dieses Teils der Umweltgeschichte geführt.

Freilich muß man die vorgelegte Rekonstruktion zunächst einmal als eine Geschichte der öffentlichen Problemwahrnehmung, Diskussion und Konfliktaustragung im Spiegel der Presse und Lokalgeschichtsschreibung sehen, die naturgemäß subjektive Be-

wertungen enthalten muß. Im Einzelfall mag die Darstellung bei einer genaueren Nachprüfung sich vielleicht als „verzerrt“ erweisen. Uns kommt es in jedem Fall darauf an, daß die Leser oder Nutzer unserer Texte (z.B. auch Schulklassen) bei ihrer Beschäftigung mit lokalen stadtoökologischen Themen angeregt werden, über Probleme kritisch nachzudenken, kontrovers darüber zu diskutieren, schließlich eine vielleicht geänderte, eigene Position und Wahrnehmung der eigenen Umwelt gegenüber zu entwickeln und ggf. auch eigene vertiefende Studien zu betreiben, die vielleicht zu anderen Ergebnissen kommen.

Dem Abriss eines Teils der Osnabrücker Umweltgeschichte wurde von Ute Vergin in ihrer „Kleinen Müllgeschichte“ ein spannender Überblick über Müllsituationen in verschiedenen historischen Epochen vorangestellt. Damit sollen in keiner Weise die heutigen Umweltprobleme mit dem Argument relativiert und verharmlost werden, daß es offensichtlich schon immer gravierende Müllprobleme gegeben hat, die die Menschheit doch offensichtlich überlebt hat ... Interessant sind gerade die Unterschiedlichkeiten der Probleme, die soziokulturell differenzierten Wahrnehmungs- und Umgangsweisen und schließlich die gravierenden Umbrüche in Qualität und Quantität des Abfalls in jüngster Zeit.

Mit dieser Veröffentlichung, die wir schon bald in einer überarbeiteten Form und Gestaltung herausbringen wollen, setzen wir eine bereits vor Jahren begonnene und bewährte Arbeit fort: 1991 erschien unser 300seitiges Buch „Stadtentwicklung im gesellschaftlichen Konfliktfeld — Naturgeschichte von Osnabrück“, in dem NUSO sich umweltgeschichtlich mit dem Wallring, der Hase, dem Westerberg und anderen Themen beschäftigte. Parallel dazu präsentierten wir der Osnabrücker Öffentlichkeit eine Ausstellung zu den gleichen Themen, die bis Anfang 1993 im Museum am Schölerberg zu sehen war. Weil die NUSO-Projektgruppe in nächster Zeit weitere Themen bearbeiten wird, haben wir uns als Verein entschlossen, eine unregelmäßig erscheinende Reihe „Dokumente und Materialien zur Osnabrücker Stadtökologie“ herauszugeben, die auch offen für Autoren und Gruppen außerhalb von NUSO sein soll.

Wie in vergangenen Jahren richtet sich unsere Arbeit nicht nur allgemein an die Osnabrücker Öffentlichkeit, sondern hat sich vor allem zum Ziel gesetzt, **Umweltbildung in den Bildungseinrichtungen**, insbesondere in den **Schulen** auf breiter Basis und zu wichtigen lokalen und regionalen Themen zu unterstützen. Deshalb erscheint diese erste Auflage anlässlich der von uns durchgeführten Lehrerfortbildungsveranstaltung am 21./22.2.1995.

Die Unterstützung interessierter Lehrer(innen) und Schulen soll u.a. durch umfassende „didaktischen Materialien“ zu den von uns erarbeiteten Themen geschehen, zu denen als Hintergrundmaterial zum Selbststudium auch die Veröffentlichungen der geplanten Reihe dienen. Die Themen orientieren sich in ihrer didaktischen Bearbeitung auch an den vom Nds. Kultusministerium herausgegebenen „Empfehlungen zur Umweltbildung in allgemeinbildenden Schulen. Global denken — lokal handeln“.

Dem Auffinden und didaktischen Erschließen von **außerschulischen Lernorten** in Osnabrück kommt bei unserer Unterstützungstätigkeit besondere Bedeutung zu. Für das vorliegende Thema seien beispielsweise folgende Lernorte genannt: Im Stadtteil Wüste Pappelgraben, Regenrückhaltebecken, Baustelle August-Hölscher-Straße, Grundwassermeßstellen des Bielefelder Umweltinstituts IFUA, Kleingartenanlagen „Deutsche Scholle“, Wiese zwischen Limburger Straße und Bahnlinie, städtischer Fuhrpark, ... In anderen Stadtteilen Wertstoffsammelstellen, Abrißbaustellen (aktuelles Beispiel ehemaliger Schlachthof), ehemalige Deponiegelände, Entsorgungsfirnen, Umweltamt, ... und natürlich der Piesberg.

Zu den Leistungen, die unsere didaktischen Materialien bieten sollen, gehören auch themenbezogene und didaktische **Literaturhinweise, Adressen** u.ä. Ein kleiner Anfang in dieser Richtung wurde dazu im Anhang (Sachbezogene Literaturlisten und Müll-Didaktik) dieses Heftes gemacht.

Im Rahmen der z.Z. anlaufenden, systematischen **Zusammenarbeit mit Osnabrücker Schulen** sollen auf dieser Basis mittel- und längerfristig gemeinsam mit interessierten Lehrer(inne)n und Student(inn)en adressatenspezifische Unterrichtsmaterialien entwickelt und mit Schulklassen erprobt werden. Diese Materialien werden entweder als „didaktischer Anhang“ zu den Titeln der oben erwähnten Reihe dienen oder als eigenständige Veröffentlichungen ausgearbeitet werden, die auch Praxiserfahrungen einbeziehen können.

Die umweltpädagogische Bedeutung unserer Arbeit erweist sich vor allem dann, wenn Schulen beginnen, sich stärker den unmittelbaren Fragen des Lebens der Schüler und Bürger und damit auch der eigenen Umwelt vor Ort zu stellen, insbesondere im jeweiligen Stadtteil. Diese „Öffnung“ genannte Neuorientierung der Schulen (und anderer Bildungseinrichtungen) ist von hoher bildungspolitischer Aktualität und wird insbesondere vom nds. Kultusministerium stark gefördert. Der stadttökologisch — im weitesten Sinne verstanden — ausgerichtete Ansatz der Arbeit von NUSO hat inzwischen modellartige Bedeutung weit über Osnabrück hinaus gewonnen; deshalb erhalten wir zur Zeit Unterstützung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die zusammen mit anderen Förderern uns und den mit uns kooperierenden Schulen und Gruppen große Chancen der Entfaltung eines Reformansatzes bietet. Er wird nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn eine Kooperation all derjenigen Personen, Gruppen und Institutionen gelingt, die mit Umwelt und Umweltbildung zu tun haben.

An dieser Stelle möchte ich als Projektleiter und Vorsitzender des „Vereins für Ökologie und Umweltbildung“ all denjenigen danken, die uns in letzter Zeit in verschiedener Form unterstützt haben und die sich darum bemühen, daß unsere Arbeit längerfristig fortgesetzt werden kann. Auf der institutionellen Ebene gilt unser Dank vor allem der Universität, dem Arbeitsamt, der Stadt Osnabrück, dem Landschaftsverband und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Ute Vergin

Eine kleine Müllgeschichte

Prähistorischer Müll

„Diese Leute hätten einen Cadillac in Zahlung gegeben, wenn der Aschenbecher voll war.“¹

Mit dieser Aussage werden nicht konsumorientierte Amerikaner in der letzten Dekade dieses Jahrhunderts charakterisiert, sondern David Penderfast, ein Archäologe, der sieben Jahre lang die Mayastätte Altun Ha untersuchte, beschreibt damit das Müll- und Abfallverhalten einer Kultur, die in der Zeit von 800 v. Chr. bis 1000 n. Chr. existierte.

Müll- und Abfallproblematiken sind keine neuzeitlichen Erscheinungen, denn Abfälle entstehen überall dort, wo Menschen leben und zwar unabhängig von der Zeit, in der sie lebten.

Weil der Abfall genauso alt ist wie der Mensch, ist es nicht nur lohnenswert, sich mit ihm zu beschäftigen, nein, mehr noch: für Archäologen zählen historische Müllhalden oder Müllhügel zu den erfreulichsten Funden, weil sie in konzentrierter Form Artefakte (so wird Müll aufgewertet: stammt er aus weit vergangenen Zeiten, stellt er wichtige historische oder archäologische Funde dar; heute ist Müll einfach Müll und damit sehr problembelastet) beinhalten, die Hinweise auf Nahrungsmittel, Gebrauchs- und Luxusgegenstände, Werkzeuge, Waffen etc. und auf Verhaltensformen der Menschen, die sie benutzt haben, enthalten.

¹ David Pendergast. in: Murphy, Gullen/ Rathje, William. Müll. Eine archäologische Reise durch die Welt des Abfalls. München 1992. S. 50.

Bevor auf die Geschichte des Mülls eingegangen wird, sollen einige grundlegende Tatsachen erwähnt werden: Zum einen ist die Erzeugung von Müll ein untrügerisches Zeichen für die Anwesenheit von Menschen. Und zum anderen: wenn der Müll einen Schlüssel zur Vergangenheit birgt, dann besitzt er auch einen für die Gegenwart. Unsere Kultur spiegelt sich in dem wieder, was sie fortwirft, und eine kleine Gruppe von Archäologen und Naturwissenschaftlern in den Vereinigten Staaten haben gerade damit begonnen, die Gesellschaft anhand ihrer Abfälle zu erforschen.²

Über das Müllverhalten prähistorischer Menschen lassen sich nur wenige Aussagen machen, aber archäologische Funde lassen vermuten, daß bereits die Höhlenbewohner ihre Abfälle an bestimmten Stellen in Haufen aufschichteten, und man fand zum Beispiel fein zerkleinerte Tierknochen, die offensichtlich als Bodenbelag am Höhleneingang dienten.³

Wenn der Mensch also von Anfang an Abfälle produzierte, dann stellt sich die Frage, wie er mit ihnen umging. Anfangs war dieses überhaupt kein Problem: Abfälle wurden dort, wo sie entstanden, liegengelassen bzw. fortgeworfen. Für Jäger und Sammler war dies problemlos: sie zogen einfach weiter, außerdem waren sie im Vergleich zur heutigen Erdbevölkerung nicht sehr zahlreich. In vielen mittlerweile verlandeten Seen haben Archäologen unzählige Artefakte gefunden, die einfach durch Wegwerfen entsorgt worden waren. Die Probleme entstanden erst, als die Horden und Sippen sesshaft wurden. Die in Dänemark und den USA entdeckten Kjökkenmöddinger (Küchenabfallhaufen), riesige aus der Zeit von ca. 5000 bis 2000 v. Chr. stammende und mit anderen Abfällen vermengte Muschelabfallhalden mit einem Volumen von bis zu 200.000 Kubikmetern stellen ein deutliches Beispiel für diese Problematiken dar: die Sippen wohnten direkt neben, zum Teil sogar auf ihrem Müll, und wenn der Gestank der verwesenden und verfaulten Muschel-, Fleisch- und Fischreste unerträglich geworden war, wurde die Halde kurzerhand in Brand gesteckt, um später auf der Aschenschicht erneut Müll anzuhäufen.⁴ Ein Kjökkenmöddinger in den Vereinigten Staaten erstreckte sich bei einer durchschnittlichen Höhe von drei Metern auf über 120.000 m². Heute würde eine amerikanische Stadt von 50.000 Einwohner etwa zehn Jahre brauchen, um ein entsprechendes Volumen auf einer Deponie anzuhäufen.⁵

² Die Arbeit dieser Müllarchäologen wird bei Murphy/ Rathje ausführlich beschrieben..

³ Hösel, Gottfried, Unser Abfall aller Zeiten. Eine Kulturgeschichte der Städterreinigung. München 1990.

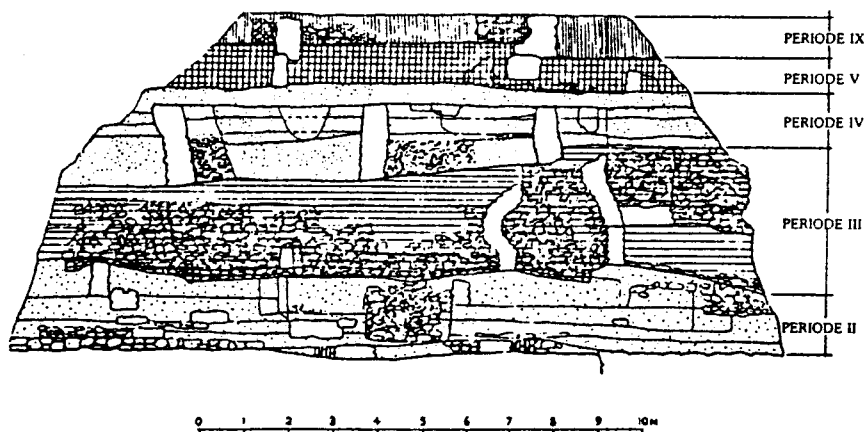
⁴ Hösel. S. 1.

⁵ Murphy/ Rathje. S. 51.

Es gibt drei Arten, wie man mit Abfällen umgehen kann: man kann sie fortwerfen, verbrennen oder in etwas Nützliches umwandeln. Man kann sie aber auch von vornherein minimieren. Alle vier Verfahrensweisen, auch die des Recyclings im Sinne einer weiteren Nutzbarkeit, sind so alt wie der Abfall selbst. So besaßen die Mayas zum Beispiel Mülldeponien, die wegen des auftretenden Methangases häufig brannten, somit auch das Müllvolumen reduzierten und Platz für neuen Abfall schufen. Anorganischer Müll, also Töpferware, Mahlsteine, Bauschutt etc. wurde von den Mayas als Füllmaterial für Bauten verwendet. Außerdem waren sie Meister der Müllvermeidung: in Zeiten knapper und daher kostbarer Rohstoffe wurde der Bedarf an Luxusgütern drastisch reduziert, was sich positiv auf die anfallenden Müllmengen auswirkte.⁶

Die beliebteste Umgangsform mit dem Abfall war aber das Wegwerfen. So ist zum Beispiel aus dem Troja der Bronzezeit bekannt, daß Abfälle in den Häusern einfach auf den Boden geworfen wurden. War der Zustand unerträglich, trug man eine Schicht Lehm auf, die den Müll überdeckte. Hatte man dieses einige Male praktiziert, wurden natürlich die Räume zu niedrig. Dann hob man das Dach an, zog die Mauern weiter hoch und ließ im Laufe der Zeit eine immer dicker werdende Müll-Lehm-Schicht unter sich. Für Troja wurde errechnet, daß die Stadt im Schnitt 1,43 m pro Jahrhundert nach oben wuchs.⁷

Abb. 1: Ein Blick im Querschnitt auf einen Teil des antiken Troja zeigt, wie es der Stadt gelang, ihr Müllproblem zu meistern.⁸



⁶ Murphy/ Rathje, S. 45.

⁷ Murphy/ Rathje, S. 46.

⁸ Aus: Rathje/ Murphy, S. 47. Quelle: Carl W. Blegen, Troy and the Trojans. Praeger 1963.

Mensch schon immer Abfall hinterlassen hat, und zwar viel Abfall. Und es zeigt ferner, daß die Menge des Abfalls direkt abhängig ist vom Konsumverhalten. Die eben beschriebene jagende Sippe hinterließ so viel Abfall, weil sie sich einen mehr als ausreichenden Fleischvorrat anlegen konnte, bei der Wahl des Fleisches und der anderen den erlegten Tieren zu entnehmenden Materialien sehr wählerisch sein und den Rest als wertlos liegenlassen konnte. Hätten sie nur einige wenige Tiere erlegt, dann wären diese gänzlich verbraucht worden.

Was jedoch bzgl. des Mülls frühere Zeiten von heutigen gravierend unterscheidet, ist die Zusammensetzung bzw. die Unbedenklichkeit des Mülls und, ein massiver Unterschied, die Zahl der Müllverursacher hat derart drastisch zugenommen, daß man Müll, also all das, was man nicht mehr braucht, nicht mehr einfach liegen lassen kann.

Der Müll in der Antike

Wenn im folgenden über Müll, Abfall und Unrat geschrieben wird, dann gilt zu bedenken, daß man für die früheren Jahrhunderte den Stadtabfall nicht genau ausdifferenzieren kann. Der städtische Abfall setzte sich aus Mist, Hausabfällen wie Lebensmitteln, Lumpen, Haushalts- und Luxusgegenständen, Gewerbeabfällen und tierischen und menschlichen Exkrementen zusammen. Wie sehr bald ersichtlich wird, bedeutete der menschliche Kot und Urin das größte Abfallproblem in den Städten, ein Problem, welches erst in diesem Jahrhundert einigermaßen befriedigend gelöst werden konnte.

Die ersten Städte wurden im späten 4. Jahrtausend v. Chr. gegründet. Mit dem Zusammenleben vieler tausend Menschen ergab sich zwangsläufig eine entsprechende Steigerung der Abfallmengen. Daher war die Reinhaltung der Stadt und die Abfallsorgung eine sehr frühe Aufgabe der Gemeinden.

Bereits im alten Griechenland, Jahrhunderte vor der Zeitwende, waren in den Städten Gräben angelegt worden, die den Unrat aus den Straßen aufnehmen und fortschwem-

men sollten. Sogar Wasserklosetts waren bekannt.¹³ In Athen wurde 320 v. Chr. erlassen: „*Diejenigen, welche Schutt auf die Straße geworfen haben, sollen angehalten werden, ihn wieder fortzuräumen, und damit alles in gutem Zustand bleibe, wird derjenige mit Strafe bedroht, der etwas später Schutt oder Ton auf Markt und Straßen werfen sollte.*“ Die Abfuhrunternehmer, die den Unrat aus der Stadt zu schaffen hatten, mußten ihn mindestens 1920 m außerhalb der Stadtmauer abladen.¹⁴

Die Städte der Antike kannten bereits die Straßenpflasterung, ein unabwendbares Muß, will man die Straßen sauber halten. Allerdings waren nur die wenigen Prachtstraßen befestigt, und z.B Rom war im 6. Jh. n. Chr. trotz seiner immensen Ausdehnung immer noch hauptsächlich ein Pfahldorf. Im Inneren der Stadt wurden Landwirtschaft und Viehzucht betrieben, und um die aus Lehm, Stroh oder Holz gebauten Wohn- und Arbeitsstätten lag Unrat von Mensch und Tier und zerbrochenes Haus-, Acker- oder Gewerbegerät herum. Auf den ungepflasterten Straßen wanderte man im Sommer in Staubwolken, im Winter im Kot.¹⁵ Zwar war der Hauseigentümer für die Sauberkeit der Straße verantwortlich, die Durchsetzung zahlreicher Erlasse zu diesem Punkt ließ sich jedoch nicht realisieren. Rom (wie später auch die Städte im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nationen) stank zum Himmel.

Es mag pietätlos erscheinen, im Zusammenhang von Abfallhalden und -gruben auch Bestattungen zu erwähnen, aber der Umgang mit den Toten in Rom während seiner Glanzzeit fordert dieses. Bestattungen innerhalb des Stadtgebietes waren verboten, und bis zum Einzug des Christentums verbrannten reiche Römer ihre Toten. Gehörte der Tote zur Oberschicht, bekam er ein luxuriös ausgestattetes Einzelgrab außerhalb der Stadtmauern, gehörte er jedoch wie die Mehrheit der in Rom Wohnender zur Unter- oder Sklavenschicht, wurde er entweder auf einem Massenscheiterhaufen verbrannt oder in eine der zahlreichen Müllgruben vor der Stadt geworfen. Dort wurden nicht nur die Abfälle Roms abgeladen, sondern auch alles, was es sonst noch zu beseitigen galt, also die Leichen der Armen, der Sklaven und Gladiatoren und Tierkadaver. Die Wettkämpfe in Rom arteten zu wahren Massenschlächtereien aus; es ist bekannt, daß unter Kaiser Titus im Jahre 80 n. Chr. während einer Veranstaltung etwa 9.000 Tiere getötet wurden. Die Kadaver warf man auf den Müll. Trajan ließ 107 n. Chr.

¹³ Hösel, S. 11.

¹⁴ Hösel, S. 13.

¹⁵ Hösel, S. 26.

10.000 Gladiatoren gegeneinander antreten. Ihre Leichen - landeten in den Müllgruben. Die Opfer dieser grausamen Metzereien - oft Tausende von getöteten Menschen und Großtieren an einem Tag - wurden jahrhundertlang wie Abfall behandelt, erst nach Durchdringung des Christentums im 5. und 6. Jahrhundert beendete man Gladiatorenkämpfe und Tierhetzen und reduzierte dadurch diese Art von menschlichem und tierischem „Abfall“ erheblich.

Der Archäologe Lanciane fand bei seinen Ausgrabungen in Rom etwa 75 Gruben oder Gewölbe, angefüllt mit einer „gleichförmigen, schwarzen, zähen, schmierigen Masse“, und er sah sich bei den Ausgrabungen genötigt, seine Arbeiter ablösen zu lassen, weil der Gestank aus den 2000 Jahre alten Verwesungslöchern unerträglich war.¹⁶ Wie bereits erwähnt, haben die Bodenbeschaffenheit und die Menge der abzubauenen organischen Substanzen einen erheblichen Einfluß auf den biologischen Abbau, können ihn verzögern oder sogar fast verhindern ...

Über die Abfallbeseitigung und -verwertung in der Antike ist nicht sehr viel mehr bekannt. Es ist anzunehmen, daß organische Abfälle und tierische und menschliche Exkremete schon sehr früh zur Schweinemast und zur Düngung eingesetzt wurden.

Die Abwässer von Rom ließ man, vielleicht ähnlich wie auf den heutigen Rieselfeldern, im Boden versickern. Rom war aber auch von einem Kloakenetz durchzogen, an dessen Mündungen sich arme Leute ansiedelten, die noch brauchbare Gegenstände aus der Kloake herausfischten.¹⁷ Daraus ist ersichtlich, daß die Kloake Roms nicht ausschließlich für menschlichen Kot und Urin benutzt wurde, sondern auch all das in der Kloake verschwand, was auf den Straßen herumlag, und das war Müll, der einfach in den Straßen abgelagert worden war. Dabei kann es sich nicht nur um 'puren' Müll gehandelt, sondern es müssen sich auch durchaus noch brauchbare Gegenstände im Abfall befunden haben; wieder ein Hinweis darauf, daß das Müllverhalten - damals wie heute - immer in direktem Zusammenhang mit dem Konsumverhalten steht. Und wer viel hat, der wirft auch viel weg, zu Lasten seiner Umwelt und, wie es das Beispiel des reichen Roms zeigt, zugunsten der Menschen, die ihre Existenz nur durch das Durchwühlen des Abfalls sichern mußten. Die Parallelen zum 20.

¹⁶ Hösel, S. 30 f.

¹⁷ Hösel, S. 32.

Jahrhundert sind offensichtlich: wer hat in den Medien nicht schon die Aufnahmen der Ärmsten der Armen auf den Müllhalten der Metropolen der dritte-Welt-Länder gesehen und ihre verzweifelten Versuche, sich durch Abfall am Leben zu erhalten. Doch zurück zum 'alten Rom':

Menschlicher Urin, ein Bestandteil des städtischen Abfalls, wurde nicht nur der Kloake zugeführt, nebenbei war er auch ein wichtiger Rohstoff für Wäschereien und chemische Reinigungen und wurde für diese Zwecke in öffentlichen Latrinen gesammelt.¹⁸ Eine Maßnahme, so unhygienisch und ekelig sie uns heute auch anmuten mag, die durchaus zum Themenkomplex Weiterverwertung bzw. Recycling von Abfällen gehört.

Müll in Mittelalter und Früher Neuzeit

Über die Lebensverhältnisse des frühen Mittelalters ist nicht viel bekannt und über die Behandlung fester und flüssiger Abfälle noch sehr viel weniger. Nach dem Untergang des Römischen Reiches gewannen städtische Gemeinden erst wieder im Hochmittelalter politische und wirtschaftliche Bedeutung, wuchsen und standen erneut vor dem Problem der Müllentsorgung. Für die ländlichen Bereiche, die weit in der Überzahl waren, dürfte der Abfall kein Problem gewesen sein. Organischer Abfall diente der Schweinemast oder der Bodenaufbereitung, anorganischer Müll wurde irgendwo gelagert oder eingegraben. Schwieriger wurde es überall dort, wo viele Menschen dicht gedrängt lebten. Klöster und Burgen verfügten meistens über Senkgruben direkt an den Außenmauern, in die über Küchenrutschen oder Löcher in den Wänden Unrat, Müll und Exkrememente eingelassen wurde.¹⁹ Allerdings waren diese offenen Gruben, die von Bettlern und armen Leuten systematisch nach Essenresten und noch verwertbaren Gegenständen durchwühlt wurden, gerade in den Sommermonaten Quelle einer argen Geruchsbelästigung, außerdem wurden damit Ratten angezogen. Und wer sich die Literaturverfilmung „Der Name der Rose“ angeschaut hat, wird sich an die mit Sicherheit realistischen Bilder erinnern: hohe, düstere Klostermauern, eine Öffnung

¹⁸ Hösel, S. 33.

¹⁹ Hösel, S. 40 ff.

hoch oben in der Mauer, eine breite Rinnspur entlang des Mauerwerkes und am Fuße ein riesiger Müllberg, der tagsüber von den armen Dorfbewohnern durchsucht wird.

Städte

Unterschiedliche Gründe sorgten für eine rasche Bevölkerungszunahme im Mittelalter. So stieg die Bevölkerung Europas von etwa 700 bis 1300 n.Chr. von ca. 27 auf 73 Millionen an. Damit verbunden entwickelten sich auch die Städte, und Müll und Unrat wurde ein vordergründiges Problem.

Über Leben und Treiben in mittelalterlichen Städten liegen viele Schilderungen mit recht unterschiedlichen Bewertungen vor. Aber alle Berichte erzählen einstimmig, daß es mit der Sauberkeit in den Städten nicht nur schlecht, sondern katastrophal bestellt war. In den mittelalterlichen Städten gab es nicht einmal den Versuch einer Stadthygiene, man überließ diese Frage zunächst der Natur. Es gab keine befestigten Straßen, keine Kanalisation, keine zentrale Wasserversorgung, keine geordnete Abfallbeseitigung und keine geregelte Tierkörper- und Leichenbeseitigung. Zwischen den engstehenden Häusern bildeten sich bei Regen riesige Lachen, und selbst bei Trockenheit blieben die Straßen feucht von den Abwässern und Fäkalien, die jedermann unbekümmert aus dem Haus schüttete - wohin sonst als auf die Straße! Dort lief auch das Federvieh herum, und Schweine tummelten sich zwischen Fußgängern, Reitern und Wagen. Allerdings kann vermutet werden, daß das Leben in frühmittelalterlichen Dörfern und Städten gesünder war als im Hochmittelalter. Die frühmittelalterlichen Siedlungen waren klein, man konnte schnell ins Grüne gelangen, zu den Häusern gehörten Gärten und kleine Äcker, die innerhalb der Stadtbegrenzungen lagen. Abfälle konnten ohne große Mühe von jedem Produzenten selbst entsorgt werden.²⁰ Die hoch- und spätmittelalterliche Stadt war jedoch eng und zugebaut, wurde von immer mehr Menschen bewohnt, und es gab keine Grünflächen und Gärten bzw. Äcker mehr innerhalb der Stadtmauer, und wohin sonst als auf die Straße sollte man all das schaffen, was man loswerden wollte? Organische Abfälle konnten zwar durch die frei herumlaufen Schweine „entsorgt“ werden, schwieriger wurde es aber mit Fäkalien und den handwerklichen Abfällen, z.B. von Gerbereien. Trotz der Enge in den Städten wollten die Bürger aber nicht auf ihre Viehhaltung verzichten. Bäcker, Müller und Kleinhändler hielten Schweine, die mit Hausabfällen gemästet wurden. Die Schweineställe lagen, ebenso wie die Misthaufen, an der Straßenseite, und wenn es keinen Schweinehirten gab, der die Tiere tagsüber vor die Stadtmauern trieb, dann tummelten sich die Tiere

²⁰ Hösel, S. 45.

auf den morastigen Straßen herum, „entsorgten“ diese zwar von den organischen Abfällen, schufen aber selbst Unmengen davon. Die Sitte, Schweine quasi in den Dienst der Stadtreinigung zu stellen, hielt sich mancherorts bis ins 19. Jh. Allerdings erkannte man bald, daß die Tiere auf der Straße eine Menge Dreck produzierten, der sich mit anderem Unrat vermischte und die Straßen unpassierbar machte. Daher wurden jahrhundertlang immer wieder Verordnungen und Bestimmungen erlassen, die das Freilaufen der Schweine regeln sollten. Aber diese Erlasse ließen sich nur schwer durchsetzen, weil nahezu jeder Bürger Tiere besaß.²¹

Damals entstand das bis heute gängige Bild vom schmutzstarrenden mittelalterlichen Alltag, von der vollständigen Gleichgültigkeit der Städter gegenüber gröbster Unsauberkeit jeder Art. Dieses Pauschalurteil ist sicher nicht ganz aus der Luft gegriffen, es übersieht aber wesentliche Punkte: Die mittelalterliche Stadt hatte immer auch die Funktion einer Großburg innerhalb einer potentiell feindlichen Umgebung. Wasserfernleitungen unter Stadtmauern hindurch wie z.B. in der Antike waren dadurch von vorn herein ausgeschlossen. Außerdem war anfangs die Verantwortung für innerstädtische Lebensbedingungen reine Privatsache oder Angelegenheit von Stiftungen und kirchlichen Institutionen, für die Gesamtheit fühlte sich niemand verantwortlich. Erst gegen Ende des Mittelalters hatte sich eine Ratsobrigkeit gebildet, die die alleinige und umfassende Kompetenz innerhalb der Stadt besaß und Maßnahmen für das ‘Gemeinwohl’ in Angriff nehmen konnte.²²



Abb. 2: Eine Straße im 16. Jahrhundert. Aus den Fenstern wird ohne Rücksicht auf die Fußgänger der Unrat auf die Straße gekippt.²³

²¹ Hösel, S. 46.

²² Herrmann, Bernd. Mensch und Umwelt im Mittelalter. Stuttgart 1986. S. 151.

²³ Aus: Hösel, S.52.

Im frühen Mittelalter waren Straßen und Gassen noch nicht befestigt, und damit war eine Straßensäuberung ausgeschlossen. Erst im Hochmittelalter begann man, zumindest stärker frequentierte Wege zu befestigen. Für die Straßenpflasterung und Säuberung waren die Anlieger verantwortlich, deshalb betrachteten sie auch die Straßenabschnitte vor ihren Häusern als Privateigentum und lagerten dort all das, was sie nicht in den Häusern haben wollten. Auch die Entsorgung der Privathaushalte von Schmutzwasser, Fäkalien und sonstigen Abfällen war bis in die Neuzeit hinein vorrangig Privatsache. Einschlägige Vorschriften gegen die vielen Mißstände basierten immer auf dem Verursacherprinzip, und solange jeder für sich entsorgte, was es zu entsorgen galt, konnte sich keine allgemeine Verantwortung für die Sauberkeit in der Stadt entwickeln.²⁴ Und so verwandelten sich unbefestigte Straßen bei Regen in Moraste, und der Bischof von Leitomischl, Kanzler Karl IV., beschwerte sich im 14. Jh. über die Stadt Nürnberg:

„Die Stadt Nürnberg wird durch häufige Regenfälle betroffen und mit einer solchen Masse der himmlischen Wasser durchtränkt, daß man hier an eine ewige Sintflut glauben möchte und von dem nassen Boden eine solche Masse Schmutz anwächst, daß auf den Straßen die Reiter nicht mehr fortkommen können, da der Reiter immer befürchten muß, daß entweder sein Pferd aus Unvorsichtigkeit oder über einen Stein stolpernd in die Schmutztiefe so unbedacht stürzt, daß es seinen Reiter, wer er auch sei, und wie hoch gestellt, wie ein Schwein mit dem Gestank des schmierigen Straßenkotes beschmutzt oder, wenn der durch die Gunst des Schicksals diesem Unfall entgeht, doch vorne und hinten und an den Seiten hie und da durch die Menge der ankommenden Pferde, die Kleider, zumal eines reisenden Priesters, da sie der Ehrbarkeit wegen lang sind, so sehr durch die Berührung des widrigen Schmutzes befleckt waren, daß man von den entfernten Herbergen der Stadt zum kaiserlichen Schloß nicht ohne wirklichen Schaden gelangen kann.“²⁵

Wegen des Straßenschlammes benutzten viele Bürger Schuhe mit hohen Holzabsätzen und Plateausohlen, es ist aber auch bekannt, daß man sich auf Stelzen durch die Straßen bewegte.

²⁴ Herrmann, S. 154

²⁵ Hösel, S. 47 f.

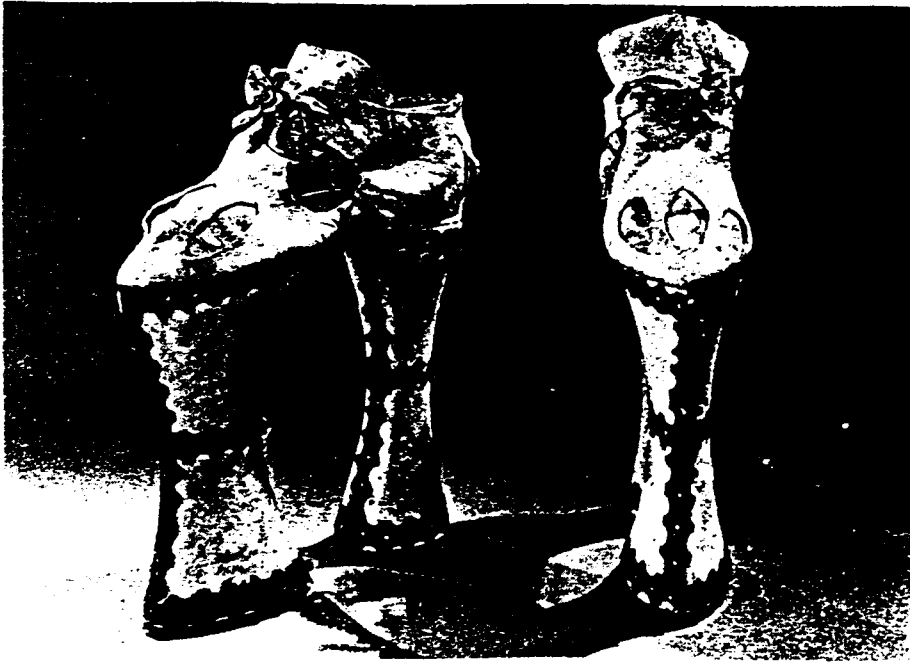


Abb.3:

„Miniaturstelzen, mit denen die Venezianerinnen durch die Straßenpfützen stakten“.²⁶ Diese Mode aus dem 16. Jah. hatte einen ganz realen Hintergrund: man benötigte extrem hohe Absätze oder Sohlen, um auf den Straßen nicht in Schlamm und Kot zu versinken, sondern sauberen Fußes die Stadt begehen konnte.

Die vor den Häusern liegenden Misthaufen konnten nicht mehr zur Gartendüngung benutzt werden, da es innerhalb der Stadtmauern so gut wie keine Gärten mehr gab. Sie lagen auf den Straßen, stanken zum Himmel und verdarben oft das Trinkwasser in nahegelegenen Brunnen.

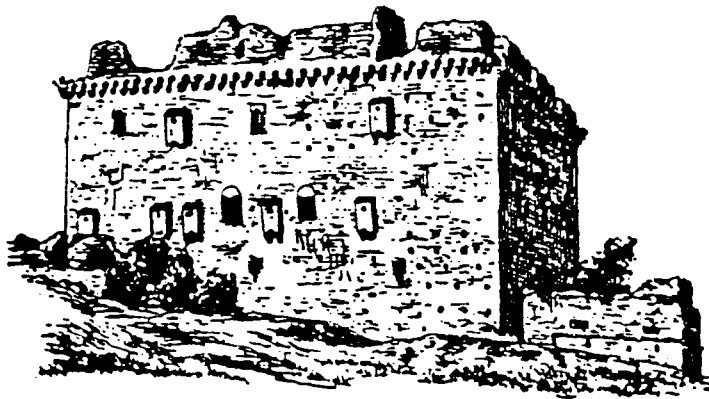


Abb. 4: Schloßfront mit vielen Aborterkern, aus denen die Fäkalien an der Außenmauer entlang nach unten gelangten.

²⁶ Aus: Braudel, Fernand, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, München 1985, S. 341.

Die Entsorgung menschlicher Fäkalien stellte die mittelalterliche Stadt vor unüberwindbare Probleme. Nachtgeschirre wurden einfach auf die Straße gekippt, und wo es Aborte in den Häusern gab, führten sie zu ständigem Ärger mit der Obrigkeit, denn es war üblich, die Fäkalien dieser sogenannten „Sprochhüser“, erkerartige Anbauten an den Häusern, die über der Straße hingen, aus dem Abortsitz über ein Fallrohr direkt auf die Straße zu leiten. Oft genug rannen die Fäkalien erst über die Hausmauern, über Fenster und Simse, ehe sie den Boden erreichten.²⁷

Zahlreiche Versuche, den Straßenkot in Rinnen und Gräben aufzufangen und zu nahegelegenen Flüssen zu leiten, scheiterten. Die Gräben waren permanent verstopft, es fehlte Wasser zum Nach- und Ausspülen, und der Gestank, der von diesen offenen Gräben ausging, muß fürchterlich gewesen sein. Mit dem Anlegen von Kanälen zur Abwasserbeseitigung wurde erst in der Neuzeit begonnen. Aborte konnten aber auch mit Sickergruben verbunden sein. Waren diese voll, wurden sie per Hand ausgeschöpft, die Fässer auf Karren zu nahegelegenen Wasserläufen gebracht und dort in den Bach oder Fluß gekippt.

Wegen der enormen Geruchsbelästigung (man erinnere sich daran: der mittelalterliche Mensch ging davon aus, daß Krankheiten durch schlechte, faule oder böse Luft übertragen wurden!), erließ man stetig Auflagen: Sickergruben und -kästen mußten vollständig bedeckt sein und durften nur während der Wintermonate geleert werden,²⁸ was in den Sommermonaten hin und wieder dazu führte, daß sie überliefen, weil sie nicht rechtzeitig geleert worden waren ...

Es gab bereits im Mittelalter schon bedenkliche Abfälle, z.B. die Säuren und Beizen der Metallhandwerker oder Rückstände von Gerbereien und Färbereien. Sie wurden in die städtischen Flüsse gekippt.²⁹

Man fragt sich immer wieder, wie die Menschen in den mittelalterlichen Städten diese Zustände ausgehalten haben und warum so wenig getan wurde, um Dreck, Gestank und, was enorm gesundheitsbeeinträchtigend war, Wasserverunreinigungen zu vermeiden. Fäkaliengruben lagen oftmals direkt neben Wasserbrunnen, Schöpfwerke für Wasserleitungen in unmittelbarer Nähe von Fäkalien- und Schlachthofabfallentladun-

²⁷ Hösl. S. 50.

²⁸ Herrmann. S. 156.

²⁹ Herrmann. S. 157.

gen in städtische Flüsse, das Oberflächenwasser in den Städten war extrem verschmutzt und oftmals auch das Grundwasser. Waren dafür z.T. Schlampereien, Bequemlichkeit und Geiz verantwortlich, so kann man trotzdem kaum den Vorwurf der Gleichgültigkeit oder Gedankenlosigkeit erheben. Das mittelalterliche Gesundheitsverständnis ging davon aus, daß Krankheiten durch schlechte Ausdünstungen und faule Luft übertragen wurden. Dieses versuchte man zu regeln, aber den Zusammenhang zwischen vermutetem, infiziertem Trinkwasser und der Gesundheit war noch nicht erkannt worden, daher konnte die Abfallbeseitigung in Grund- und Oberflächenwasser guten Gewissens empfohlen werden.³⁰

Neben der Entsorgung von tierischen und menschlichen Fäkalien war die Beseitigung von Tierkörpern und Schlachtabfällen ein weiteres große Problem, mit dem sich die mittelalterliche Stadt in Bezug auf Müll und Abfällen herumzuschlagen hatte. Das einfachste und bedenklichste Verfahren war, Kadaver nicht zu vergraben oder zu verscharren, sondern sie in einiger Entfernung von Wohngebäuden auf Äcker, in Seen, Teiche oder Wasserläufe zu werfen oder sie in einem Misthaufen unterzubringen, wo sie langsam vor sich hin verwesten und stanken.³¹ Später wurden Abdeckereien mit



Abb. 5: Tierkörperbeseitigung und -verwertung. Links zum Trocknen aufgehängte Hundefelle; vorn Gerippe, die einen Wall rund um das Gebiet der Abdeckerei bilden.³²

³⁰ Herrmann, S. 158.

³¹ Hösel, S. 55.

³² Aus: Hösel, S. 56.

der Tierkörperbeseitigung beauftragt. Die Abdeckplätze lagen außerhalb der Stadt, und dem Abdecker stand das Recht zu, die Tiere zu verwerten. Allerdings wurden die abgehäuteten Kadaver oft nicht vergraben, sondern blieben nach Entfernung der Knochen und Sehnen einfach liegen. Die Beseitigung wurde dann den Hunden und Schweinen des Abdeckers und den zahlreichen Ratten und Raubtieren überlassen.³³ Die Methode, Tierkörperabfälle und Aas in Wasser zu versenken, war im Mittelalter gängige Praxis und wurde z.T. noch bis ins 19. Jahrhundert empfohlen.³⁴



Abb. 6: Unterstand zum Schlachten ausgedienter Pferde. Rechts eine arbeitende Frau, die ihr Baby in einem Gerippe abgelegt hat; hinten ein brennender Haufen Eingeweide.³⁵

Wie riesig die Abfallmengen der Schlachtungen waren, läßt sich aus einer Berechnung für die Stadt Paris erkennen: dort wurden im Jahre 1293 ca. 250.000 Ochsen, Schweine, Kälber und Schafe geschlachtet. Die Abfälle wurden zunächst einfach in den engen und schmutzigen Hinterhöfen gelagert, „wo sie den Boden mit fäulnisfähigen Stoffen durchtränkten, da sie in der Regel nicht ausreichend gepflastert waren, und wo sie eine Sammelstätte für Fliegen, Ratten, Hunde und Katzen boten.“³⁶ Die Situation wurde immer unhaltbarer, und seit der Mitte des 14. Jh. durfte nur noch außerhalb und flußabwärts der Stadt geschlachtet werden.

Das geradezu 'Heranzüchten' von Ungeziefer in den unsauberen Straßen und Höfen war vielerorts verantwortlich für Krankheitsepidemien und Seuchen. Auf Haus- und Wanderratten siedelten die Flöhe, die die Pest übertrugen, und erst, nachdem Kleintie-

³³ Hösel, S. 56.

³⁴ Herrmann, S. 157.

³⁵ Aus: Hösel, S. 56.

³⁶ Dunbar, W. P., Rückblick auf die Erfolge der Städteassanierung. S. 24; in: Hösel, S. 57.

re aus dem Wohnbereich verbannt und durch Straßenpflasterung eine Stadtreinigung in Angriff genommen werden konnte, nahmen Ungezieferplage und Epidemien ab.³⁷

Verglichen mit den Müllbergen unserer Wohlstandsgesellschaft war das Abfallaufkommen der vorindustriellen Zeit natürlich sehr viel kleiner. Das lag nicht nur daran, daß es weniger Menschen gab und der Großteil der Bevölkerung auf dem Land lebte, wo die Abfallbeseitigung problemlos war, sondern auch daran, daß die große Mehrheit der Bevölkerung arm war und sich nur das Nötigste leisten konnte. Man achtete sehr darauf, daß die erworbenen Güter sehr lange, Anzüge und Möbel möglichst ein Leben lang, hielten. Kleidung wurde gestopft und genäht, kaputte Töpfe und Pfannen gab man einem Kesselflicker zur Reparatur.³⁸ Bücher wurden nach Erfindung des Buchdruckes zwar zum Massenartikel, standen aber nur einer kleinen, gelehrten Bevölkerungsschicht zur Verfügung. Den heute immer größer werdenden Freizeitbereich gab es nicht, allenfalls sehr wenige Reiche hatten die Muße zum Zeitvertreib. Der anfallende Müll stammte allein aus dem Haushalts- und Erwerbsbereich. Aber allein die Tatsache, daß auf den Straßen oder vor den Stadttoren gelagerter Müll noch eifrig von den Ärmsten der Armen durchsucht und ausgeschöpft wurde, zeigt, daß sich im Abfall immer noch wertvolle Dinge finden ließen. Wer viel besaß, warf auch viel fort.

Versuche der systematischen Stadtreinigung bis zum 19. Jahrhundert

Die beschriebenen schmutzigen Zustände in den mittelalterlichen Städten muten nicht nur rückwirkend als fürchterlich und katastrophal an. Die Zeitgenossen selbst, die inmitten dieses Drecks leben mußten, versuchten immer wieder, die Lage zu entschärfen. Allerdings wurde der Zusammenhang zwischen fehlender Stadthygiene und auftretenden Krankheiten und Seuchen nicht erkannt.

³⁷ Braudel, Fernand, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, München 1985, S. 81.

³⁸ Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1991, S. 6.

Aber allein der Dreck und der Gestank reichten aus, daß bereits im 13. Jh. in den Städten europaweit versucht wurde, mittels Verordnungen und Verboten der Lage Herr zu werden. Aber eine systematische Säuberung der Stadt war erst nach Pflasterung der Straßen und Wege möglich. So wurden in Berlin bis Anfang des 17. Jh. die Straßen überhaupt nicht gefegt, und es ist unvorstellbar, was sich dort im Laufe der Jahrzehnte angesammelt haben muß. Die ach so berühmte „Berliner Luft“ kann durchaus auch anders verstanden werden!

Vorreiter der Straßenbefestigung war Paris, wo man bereits im 12. Jh. damit begonnen hatte. In Paris wurde auch Anfang des 16. Jh. in einem Edikt geschildert, daß die Stadt derart „voller Schlamm, Kot, Schutt und anderer Abfälle“ sei, die ein jedermann liegenlasse oder vor die Haustür werfe, daß es bei allen Leuten von Stand und Ansehen großen Abscheu und sehr großes Mißvergnügen hervorrufe.³⁹ Wenig später wurde ausdrücklich verboten, Mist, Kot, Asche, Dreck oder anderen Unrat auf die Straße auszuleeren oder zu werfen oder dort anzuzünden oder Schweine und andere Tiere auf der Straße zu schlachten. Ferner wurde angeordnet, Kot und Unrat innerhalb der Häuser in geeigneten Gefäßen zu sammeln, um sie dann aus der Stadt hinauszubringen.⁴⁰ Aber trotz scharfer Strafandrohung blieb Paris ebenso wie die anderen Städte ein von Unrat übersäter Ort.

Zum Ausgang des Mittelalters setzte sich in den Städten nach und nach die Straßenpflasterung durch, sicher ein spür- und sichtbarer Fortschritt für mehr Komfort in der Stadt. In diesem Zusammenhang stehen auch die ersten Ansätze einer städtisch organisierten Abfuhr von Straßenabfällen, Bauschutt und Müll, die auf eigens ausgewiesenen Plätzen deponiert wurden.⁴¹

In Prag wurde bereits 1340 ein Sammeldienst für die Müllabfuhr eingerichtet, im 15. Jahrhundert häuften sich die Versuche, durch Müllsammeldienste und -beauftragte die Städte zu säubern. Der Unrat wurde auf Karren geladen und vor die Stadttore gefahren. In Göttingen wurde der Straßenunrat auf den Straßen zu Haufen zusammengekehrt und dann mit Bachwasser aus der Stadt geschwemmt, bis dies schließlich Ende des 14. Jahrhunderts aus Gründen der Wasserreinheit verboten wurde. Üblich war auch, daß die Stadt die Müllabfuhr an den Mindestfordernden versteigerte. Einige

³⁹ Laporte, Dominique. Eine gelehrte Geschichte der Scheiße. Frankfurt 1991, S. 9.

⁴⁰ Laporte, S. 10.

⁴¹ Herrmann, S. 157.

Städte begannen bereits in der Übergangszeit zur Frühen Neuzeit damit, die Müllentsorgung als kommunale Angelegenheit zu betrachten, da auf Privatunternehmer nicht immer Verlaß war.

Beliebt war auch die Methode, natürliche Senken und Gruben mit Müll aufzufüllen und dann abzudecken. So fand man z.B. in der Stadt Gifhorn beim Bau eines Kinos in ca. 1,6 m Tiefe eine Müllkippe, die vom Mittelalter bis in die Neuzeit benutzt worden war. Mehr als 4.000 Brückstücke von Porzellan-, Keramik- und Steingutgefäßen wurden freigelegt, dazu unzählige Artefakte aus Knochen, Leder, Holz und Glas.⁴²



Abb. 7: Der systematisch sortierte Müll von der Gifhorer Baustelle⁴³

Im 18. und 19. Jahrhundert gingen die Städte immer mehr dazu über, die Straßenreinigung als Obrigkeitssaufgabe zu betrachten und somit auch den Müll zu entsorgen, da dieser immer noch auf den Straßen gelagert wurde.⁴⁴ Allerdings waren die Städte kaum bereit, Personalkosten für die Straßenreinigung auf sich zu nehmen. In der Re-

⁴² NOZ, 12.1.1995.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Hösel, S. 69.

gel war der Scharfrichter für diese Aufgaben verantwortlich, häufig wurden Strafgefangene und Prostituierte für die Straßenreinigung eingesetzt.

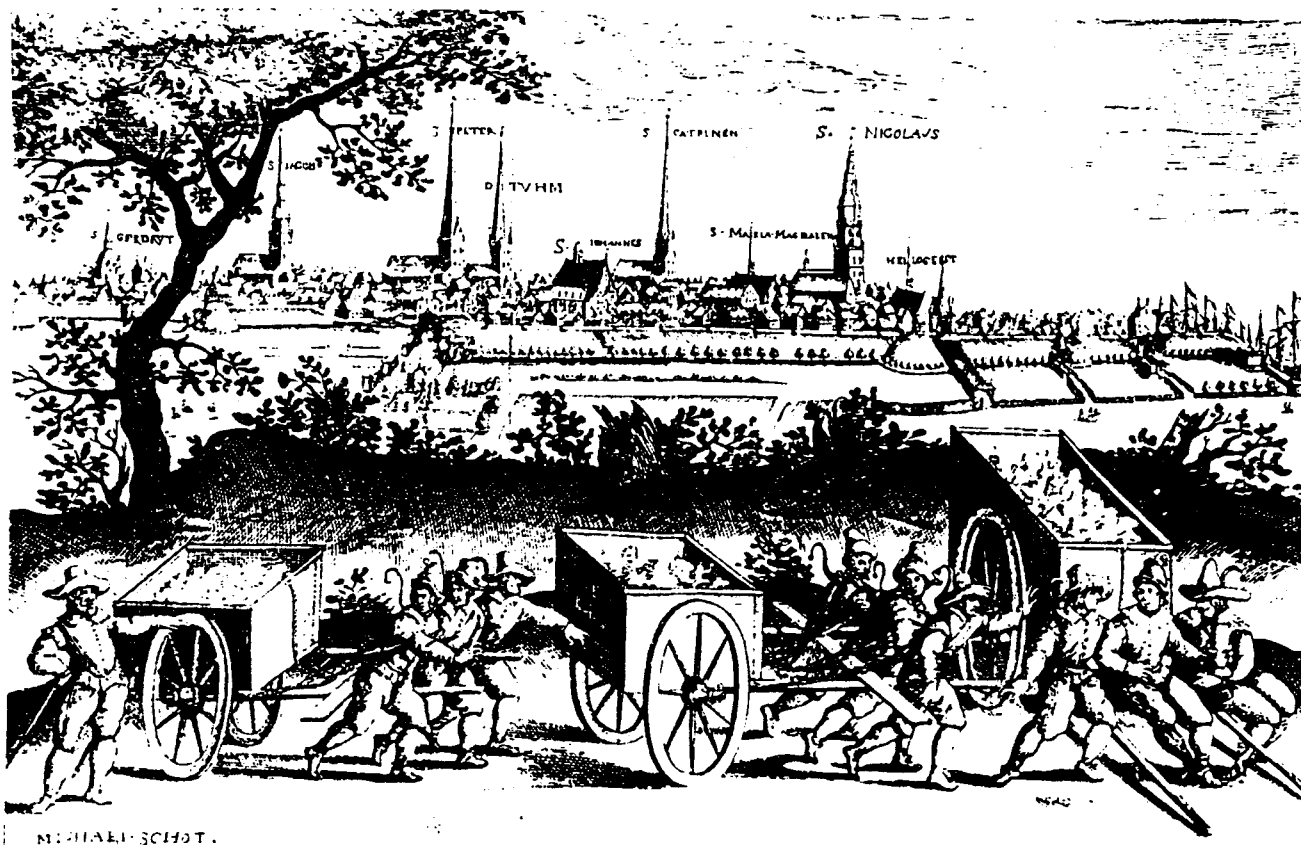


Abb. 8: Hamburg 1609: Gefangene beim Mülltransport⁴⁵

Wenn man Straßen und Wege von dem herumliegenden Unrat befreien wollte, dann stellte sich die Frage: Wohin damit? Am einfachsten war es, den Müll vor die Stadt zu karren und dort zu lagern. Das war auch das übliche Verfahren. Aber schon früh wurde auch dazu übergegangen, den zusammengekehrten Dreck z.B. zum Trockenlegen von sumpfigen Gebieten zu nutzen.

Lübeck scheint die erste Stadt gewesen zu sein, die sich Gedanken über Müllgefäße gemacht hatte, und bereits Anfang des 14. Jh. führte sie „öffentliche Mistkästen“ ein. Bauern, die morgens in die Stadt zum Markt fuhren, mußten abends diese Mistkästen mit hinaus aufs Land nehmen. In den folgenden Jahrhunderten gingen alle Städte dazu über, Müllsammelbehälter für die Bürger bereitzustellen, um die Straßen sauberer zu

⁴⁵ Aus: Hösel, S. 81

halten. Aber all diese Maßnahmen brachten nur eine leichte Verbesserung der Situation, denn längst nicht jeder Bürger hielt sich an diese Sauberkeitsgebote. Häuslicher Unrat einschließlich des Inhalts der Nachtgeschirre wurde immer wieder auf den Straßen und in den Gassen gelagert. Noch bis Ende des 18. Jh. mußte die Unsitte der Nachttopfausleerung immer wieder verboten werden. Wirksame Reformen zur Stadtreinigung wurden erst Mitte des 19. Jh. greifbar.⁴⁶



Abb. 9: Eau de Cologne 1850⁴⁷

Das Aufkommen einer Müllabfuhr, egal, wie provisorisch sie auch war, bereitete den Müllsammlern bzw. ihrer bedeutenden Funktion des Recyclings nicht das Ende, doch verlagerte sie den Ort, an dem der Müll durchstößert wurde, von einer privaten

⁴⁶ Hösel. S. 71.

⁴⁷ Aus: Hösel. S. 91.

(vielerorts war es ein vertrautes und akzeptiertes Merkmal des Alltagslebens) auf eine kommerzielle Ebene.⁴⁸

Das Müllaufkommen änderte sich mit der industriellen Revolution schlagartig. Die vielzitierte Wegwerfgesellschaft entstand bereits im letzten Jahrhundert, als begonnen wurde, Einwegbehälter wie Konservendosen, Einwegmaterialien wie Wellpappe, handelsübliche Verpackungen, Kleider von der Stange, Papier aus Holzfasern etc. herzustellen.⁴⁹ Und mit dem Aufkommen der chemischen Industrie änderte sich auch die Unbedenklichkeit des Mülls.

⁴⁸ Rathje/ Murphy, S. 56.

⁴⁹ Rathje/ Murphy, S. 54.

Literatur:

Abelshausen, Werner (Hg.), Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive, Göttingen 1994.

Braudel, Fernand, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, München 1985.

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1991.

Herrmann, Bernd, Mensch und Umwelt im Mittelalter, Stuttgart 1986.

Hösel, Gottfried, Unser Abfall aller Zeiten. Eine Kulturgeschichte der Städtereinigung, München 1990.

Laporte, Dominique, Eine gelehrte Geschichte der Scheiße, Frankfurt 1991.

Rathje, William/ Murphy, Gullen, Müll. Eine archäologische Reise durch die Welt des Abfalls, München 1994.

Günter Terhalle

Aus den Augen, aus dem Sinn oder: Die wilden Jahre des Mülls

Zur Abfallgeschichte der Stadt Osnabrück

Anfänge von Straßenreinigung und Müllabfuhr

In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde oft über die Straßen- und Wegereinigung geklagt. Die Osnabrücker Bürger wurden wiederholt aufgerufen, für die Reinigung der Straßen selbst und den Vorschriften entsprechend zu sorgen. Dies kam in einigen vom Magistrat erlassenen Polizeiverordnungen zum Ausdruck. Aus der OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 5. Mai 1894, also ca. 30 Jahre später, ist zu ersehen, daß diese Grundsätze weiterhin galten, die Mißstände jedoch immer noch dieselben waren. Es hieß dort:

„Auch würde es sich sehr empfehlen, vor dem Betreten der Straßen in den Morgenstunden zwischen 5 und 7 Uhr zu warnen. Denn was hier am hellen Tage bei uns geschieht, spottet jeder Beschreibung: in der primitivsten und ekelerregenden Weise wird in dieser Zeit der Inhalt der Aborte fortgeschafft. Und für dieses, kaum in einer kleinen Ackerbauerstadt übliche Verfahren, können die Stadtväter sich nicht einmal auf eine alte, durch Herkommen geheiligte Sitte berufen. Denn diese Verbesserung (!) des Abfuhrwesens ist ganz neuen Datums. Sie wurde erst vor 3 oder 4 Jahren eingeführt. Sie besteht aber doch schon lange genug, um so in üblen Geruch gekommen zu sein, daß das Bedürfnis, hier Abhilfe zu schaffen, endlich anerkannt werden sollte. Die That stinkt, um mit Hamlet zu reden, zum Himmel; und Schiller sagt bekanntlich:

Der Mensch versuche die Götter nicht und verlange nimmer und nimmer zu schauen, was sie gnädig bedecken mit nächtlichem Grauen!“

Eine Reportage in der NEUEN OSNABRÜCKER ZEITUNG (NEUE OZ) vom 9. Februar 1985 bezeichnet das Geburtsjahr der städtischen Straßenreinigung mit 1894, während die der städtische Müllabfuhr 1898 eingeführt wurde.

„Angefangen hatte alles vor 91 Jahren, im Jahr 1894. Damals waren die Straßen bei Trockenheit so staubig, daß zur „Bekämpfung der Staubplage“ das Sprengen eingeführt wurde. Vier Jahre später zeichnete die Stadtverwaltung auch für die Reinigung von 79 Straßen in der Stadt verantwortlich. Pferde zogen die Kehrmaschinen und gegen Staub wurde weiterhin gesprengt. Zweimal wöchentlich fuhren die Maschinen nachts über die Straßen. Täglich fegten die ersten städtischen Saubermänner dagegen die Gassen und nahmen dabei auch so manchen Pferdeapfel von der Straße. Mit Handwagen transportierten sie den Schmutz zu Sammelpunkten. Von dort ging es per Pferdegespann weiter.

1898 führten die Stadtväter die Müllabfuhr ein. Bis dahin war es Brauch, die Abfälle an allen möglichen und unmöglichen Stellen abzuladen. Die Müllmänner kutschten mit dem Pferdefuhrwerk durch die Straßen und warfen Kisten und Kästen mit Unrat einfach hinten auf den Wagen. Sie nahmen aber längst nicht alles mit:

Körbe wurden einfach stehen gelassen. Kisten mit Inhalt, welche zwar das vorschriftsmäßige Höchstgewicht von 40 Kilo beim Füllen nicht überschritten hatten, nach dem Aufstellen zur Abholung aber infolge Regens schwerer geworden waren, blieben ebenfalls stehen.⁵⁰

Die Größe der zu reinigenden Straßen- und Gehwegflächen belief sich im Jahre 1898 auf 154.000 qm.

Längst nicht alle Teile der Bevölkerung waren mit der Straßenreinigung zufrieden. Zwar wurde von einigen behauptet, die Straßen machten die ganze Woche über einen durchweg sauberen Eindruck, und die Haufen Kehrrechts, die sonst auf den Höfen gelagert wurden, würden nunmehr aus der Stadt hinausgeschafft,⁵¹ es bestanden jedoch

⁵⁰OT. 06.08.1898

⁵¹OT. 09.08.1898

Zweifel, ob die Konzentration der Straßenreinigung und Müllabfuhr in Händen der Stadt sich bewähren würde. So gab es etliche Bürger, die eine Überholung des neuen bzw. eine Rückkehr zum alten System forderten.⁵² Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT am 11.08.1898:

„Straßen, in denen man vor Schmutz keine Steine sehen konnte, hat es hier seit vielen Jahren nicht mehr gegeben: es war denn doch Ehrensache für jeden Hausbesitzer, seinen Straßenteil sauber zu halten, und unsere Polizei kannte ihre Aufgaben auch in Bezug auf die Reinlichkeit und Wegsamkeit der Straßen zu gut, um derartiges zu dulden; jetzt ist sie freilich in dieser Hinsicht ohnmächtig. Einsender kennt deshalb Osnabrück auch wohl vor dem Zeitpunkt nicht, bis zu welchem die Straßenkehrung stadtseitig übernommen wurde? Damals waren die Straßen rein und Osnabrück hatte den Ruf einer propperen Stadt; erst jetzt kehrt sich dieser Ruf in das Gegenteil um. Das, was in dem „Eingesandt“ über die Straßenreinigung und Reinheit gesagt ist, ist in keiner Weise zutreffend. Geradezu verblüffend ist die Naivität, mit der gesagt ist: „Die Straßen sind nicht nur an Sonntagen rein, sondern machen die ganze Woche hindurch einen reinen Eindruck.“ Nichts von dem. Häßlich schmutzig sind die Straßen sonntags und wochentags. Köstlich ist der folgende Passus: „Dieses ist auch selbstverständlich, da die Straßen jeden Tag von grobem (!) Schmutz gereinigt werden, was früher nicht geschah“. Die Vorzüge der Kehrmaschine wollen wir nicht verkennen, sie arbeitet aber nur unter verschiedenen Voraussetzungen gut, und diese Voraussetzungen fehlen hier. Sie bestehen in gleichmäßigem und gutem Pflaster. Gestern beobachteten wir auf der Großenstraße, daß die Kehrmaschine einen großen Teil des Schmutzes über die Straße lediglich verteilte, u. zw. auf der ganzen beobachteten, etwa 300 Meter langen Strecke hin. Von einer musterhaften Gestaltung des Betriebes kann vorläufig gar keine Rede sein, auch dazu fehlen weiter Voraussetzungen, genügendes und dabei geeignetes Personal. Zur Illustration der jetzigen Zustände möge dienen, daß und zwar nicht erst seit heute, sondern etwa seit der Zeit, seit welcher die Reinigung der Straßen stadtseitig geschieht, auf der Strecke Hasethor-Johannisthor nach einer heutigen Zählung in 24 von 26 Kanalfrostöffnungen für Feuerlöschzwecke die Löcher der Roste vollständig zugeschmutzt waren.“

Auch im weiteren Verlauf der Debatte um die Straßenreinigung wurden heftige Vorwürfe laut: Die Stadt schien ihre Aufgabe nicht in den Griff zu bekommen. Auf einer Versammlung des BÜRGERVEREINS, die im OSNABRÜCKER TAGEBLATT am 17.11.1898 protokolliert wurde, fand sich nicht ein einziger Verteidiger der neuen, stadtseitig ausgeführten Straßenreinigung. Nicht nur die schlechte Ausführung der Arbeiten wurde hier angeprangert, sondern auch die Gebührenordnung als ungerecht

⁵²OT, 11.08.1898

abgelehnt: Es würde nicht reichen, lediglich die Hausbesitzer mit Abgaben zu belasten, sondern alle Einwohner der Stadt wären zur Bezahlung von Gebühren heranzuziehen, denn schließlich machte jeder Bürger Müll. Weiterhin wurde geltend gemacht, daß keiner die neue Straßenreinigungs- und Müllabfuhrordnung gewünscht hätte; im Gegenteil wären die Bürger mit der vorherigen Ordnung bestens zufrieden gewesen.

Ich wohne“, schrieb ein Bürger dem OSNABRÜCKER TAGEBLATT, „nun schon über 30 Jahre in Osnabrück, habe jedoch die Stadt noch niemals in einem so schmutzigen Zustande gesehen, wie es in den letzten Tagen ganz besonders der fall war. Wo ist unser reinliches Straßenbild früherer Jahre geblieben, seitdem die Kehrichtabfuhr „verstädtischt“ wurde, wie wäre es früher, als ein Jeder vor seiner eigenen Thür fegen mußte, möglich gewesen, daß Papier, Stroh und Schmutz in solchen Mengen, gleichviel ob Alltag oder Feiertag, auf den Straßen und Plätzen herumlagen? Quousque tandem abutere patientia nostra? Wie lange noch will man unsere Geduld mißbrauchen?“⁵³

Selbst ein Jahr nach der Zusammenlegung von städtischer Straßenreinigung und Müllabfuhr war es noch bei den angeprangerten Mißständen geblieben; die Erwartung, das neue System müßte sich erst „einspielen“, um gute Ergebnisse hervorzubringen, wurde bei weitem nicht erfüllt. Besonders schlimm verhielt es sich bei der Straßenreinigung mit modernen Kehrmaschinen: Viel Staub wurde aufgewirbelt, so daß Fenster und Türen geschlossen bleiben mußten. Die Bewohner des äußeren Stadtgebietes, die die „Wohltat“ der öffentlichen Straßenreinigung nicht genießen durften — ausgeschlossen waren lediglich die inneren Stadtgebiete —, wurden beneidet.⁵⁴ Eine Besserung schien nicht in Sicht, im Gegenteil: durch viele Glassplitter in den Straßen, deren Herkunft rätselhaft war, wurden Mensch und Tier gefährdet. Mit dem modernen Kehrsystem war die Gefahr nicht zu beseitigen, da die Kehrbesen nicht in die Pflasterritzen vordrangen. Und die Polizei war machtlos: Hätten früher die einzelnen Hausbesitzer wegen ihrer Eigenverantwortung hinsichtlich der Sauberkeit Strafmandate bei derartigen Vorkommnissen bekommen, gab es nun keine Möglichkeit, eine

⁵³OT, 28.12.1898

⁵⁴s. OT. 06.05.1899

Lösung der Probleme zu erzwingen; oder sollte die Polizei ihre eigene vorgesetzte Behörde, den Magistrat verklagen?⁵⁵

Der rasche Anstieg der zu reinigenden Fläche erforderte zwingend eine Ausweitung des Bestandes an Personal und Gerätschaften.

1899 bezog die Belegschaft provisorisch Quartier hinter dem Akzisehaus am Natruper Tor, wo auch die Maschinen gewartet wurden. Zu dieser Zeit waren noch private Fuhrunternehmer mit dem Müll- und Kehrrechttransport beauftragt.

Was wurde nun mit dem abgefahrenen Straßenkehrrecht und Hausmüll gemacht?

„Die zur Abfuhr kommenden Massen wurden verwandt: Hausmüll zur Verbesserung von schlechten Grundstücken, Moorwiesen etc.. Straßenkehrrecht zu Düngezwecken. Derselbe eignet sich namentlich als Wiesen- Dünger, aber auch zur Gartendüngung für Sommerfrüchte ist er besonders auf moorigem Boden geeignet. Die Annahme, daß durch Kehrrechtdüngung viel Unkraut wächst, ist unzutreffend. Es sind nach dieser Richtung hin Versuche angestellt, wobei gefunden wurde, daß ein Stück Land, mit Kehrrecht gedüngt, weniger Unkraut erzeugte wie ein solches, welches gewöhnlichen Dünger erhielt.“⁵⁶

Der erste Hinweis, wie anfallende Klärschlämme entsorgt werden sollten, fand sich am 11. Januar 1902 in der OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG. Es wurde über eine gemeinschaftliche Sitzung der STÄDTISCHEN KOLLEGIEN berichtet, d.h. des MAGISTRATS und des BÜRGERVORSTEHER-KOLLEGIUMS. Die Stadtverwaltung hatte die ministerielle Genehmigung für den neuen Schmutzwassersammelkanal und eine neue Kläranlage erbeten und erhalten. Das zuständige Ministerium stellte dabei der Stadt anheim, den Klärschlamm unter Verwendung von Torfmüll oder Straßenkehrrecht zu kompostieren. Die Stadt jedoch hoffte aus Kostengründen, den Klärschlamm unbehandelt an die umliegenden Grundbesitzer abgeben zu können und eine Kompostierung vielleicht später ins Auge zu fassen.

⁵⁵s. OT, 14.08.1899

⁵⁶OT, 23.12.1901

Müll: Problem für alle Großstädte



Wohin mit dem Müll?

Abb.10: Osnabrücker Zeitung, 15. November 1929

Am 08.08.1903 erschien in der OSNABRÜCKER ZEITUNG ein Grundsatzartikel zum Thema Müll in der Großstadt. Hier wurde berichtet, daß, nachdem das Problem der Entsorgung flüssiger Abfälle durch Kanalsysteme und Kläranlagen gelöst schien, hinsichtlich der festen Haushaltabfälle jedoch ein Grundproblem deutlich wurde, nämlich daß Speisereste, mit anderen Abfallarten vermischt, in offenen Behältern auf den Höfen deponiert wurden und besonders in der heißen Jahreszeit für unangenehme Gerüche und - wie man damals meinte - gesundheitsschädliche Ausdünstungen sorgte. Doch nicht nur auf den Höfen, sondern auch auf den Müllsammelplätzen außerhalb der Stadt machte sich dieses Phänomen bemerkbar. Um für Abhilfe zu sorgen, wurde die Einführung eines Sortiersystems vorgeschlagen, wie es eine Charlottenburger Abfuhrgesellschaft schon praktizierte:

Jeder Haushaltung, die sich beteiligen will, wird ein Schrank geliefert, der in die Küche gestellt wird, zwei eiserne Schubkästen enthält, in die gesondert Speisereste und Asche, Schlacke usw. gelegt werden. Oben befinden

Set sich ein Deckel, darunter ein Beutel, der die übrigen Abfälle aufnimmt. Die Köchin nimmt Morgens die Kästen je in eine Hand, den Beutel unter den Arm und entleert sie in drei Behälter, die im Hofe stehen, sodaß die gleichartigen Stoffe zusammenkommen. Nach der beschriebenen Sortierung aber ist die Verwertung leicht. Asche und Schlacke nehmen die Landwirte gern und gestatten das Abladen auf geringe Wiesen. Die Speisereste werden gedämpft und als Viehfutter verwandt. Höchst erstaunlich ist es, in welcher Mannigfaltigkeit die Abfälle sich in einem Schuppen zusammenfinden, wo sie zunächst sortiert werden müssen. Ein großer Elevator führt sie von dem unteren Boden in die obere Etage. Vorher werden unversehrte Flaschen und Gläser ausgesammelt, die auf dem Wege nach oben zerbrechen könnten. Die übrige Masse wird aufgewunden und kommt dort in Schüttelrinnen, in welchen die Dinge langsam vorwärts bewegt werden. Daneben stehen Frauen, welche gleichartige Stoffe aussammeln. Zunächst kommt das Papier daran. Je nach der Art, Zeitungs-, Schreib-, Druck-, Packpapier wird je nach Farbe herausgesammelt und durch einen Trichter nach unten befördert, wo es in verschiedene Räume befördert wird. Später sieht man es wieder in Ballen von 3 - 4 Zentnern gepreßt, graues, gelbes, weißes Packpapier, Zeitungen usw. Dann werden Metallstücke der verschiedensten Art ausgesammelt, große Konservendbüchsen, brauchbare und zerbrochene Messer, Gabeln und andere Geräte. Die umfangreichen Stücke werden der Raumersparnis wegen in Klumpen zusammengepreßt, später das wertvolle Zinn abgesondert. ...“

Leider versäumte es der Autor dieses Artikels, die weiteren Bestandteile des damals üblichen Hausmülls aufzuzählen und zu klassifizieren, weil es - wie er betonte - ermüden würde. Er schloß mit dem Hinweis, daß ein derartig produktiver Umgang mit den Abfällen vielleicht auch einmal in Osnabrück eingeführt werden sollte, weil die Haushaltungen und die Gemeinde einen unabweisbar großen materiellen Nutzen davon hätten.

Ein weiterer Artikel zum mittlerweile bedeutend gewordenen Problem Müll in den Großstädten erschien am 14. Juli 1905 in der OSNABRÜCKER ZEITUNG. Die ungeheuren Mengen an Abfällen aus den städtischen Haushalten stellte die Stadtverwaltung demnach schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor enorme Probleme, vor allem auch finanzieller Art, wenn man z. B. bedenkt, daß in Berlin für die Müllentsorgung jährlich 5 Millionen Mark - eine für die damalige Zeit riesige Summe - bereitgestellt werden mußten. Das industriell schon weiterentwickelte England leistete in dieser Hinsicht Pionierarbeit, die auf dem Kontinent auch bald große Beachtung fand: Es hatte bereits die Müllverbrennung eingeführt. Dort waren Öfen entwickelt worden, die mit 1600 Grad C für eine angeblich restlose Verbrennung allen anfallenden Abfalls einschließ-

lich des Klärschlammes sorgten. Diese Müllöfen hatten ältere Modelle abgelöst, die mit ihrer niedrigen Verbrennungstemperatur von max. 600 Grad C jede Menge übelriechender Gase und Ausdünstungen freisetzen und somit in gesundheitlicher Hinsicht äußerst bedenklich schienen. Nun aber konnten die Öfen dank völlig geruchsneutraler Verbrennung sogar in die Stadtzentren verlegt werden, teilweise direkt neben Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Der Überschuß der erzeugten Hitze wurde zur Beheizung von Dampfkesseln und zur Krafterzeugung für diese Einrichtungen genutzt.

Der wirtschaftliche Erfolg dieser neuen Verbrennungstechnik führte bald dazu, daß in England selbst in den kleineren Städten solche Müllverbrennungsanlagen installiert wurden.

1905 bestanden in den englischen Städten über 10000 Einwohnern mehr als 1600 Müllöfen, dazu kamen noch die Öfen vieler noch kleinerer Gemeinden, weiter der Krankenhäuser, Fabriken usw. Die durch die Müllverbrennung gewonnene Hitze und Kraft wurde für die verschiedensten Zwecke ausgenutzt. In erster Linie wurde Elektrizität erzeugt, die entweder für städtische Zwecke genutzt, aber auch an private Abnehmer verkauft wurde. Insgesamt waren ca. zwei Drittel aller Müllverbrennungsanlagen Elektrizitätswerke. Hinzu kamen Pump- und Arbeitsmaschinen, die interessanterweise häufig für die Kanalisation und für Kläranlagen eingesetzt wurden. In manchen englischen Städten wurde die gewonnene Wärme neben der Beheizung öffentlicher Gebäude auch durch Abgabe von heißem Wasser und Dampf direkt verwertet, so z. B. für Wasch-, Bade- oder Desinfektionsanstalten.

Die deutschen Städte konnten hier nach der Meinung des Berichterstatters durchaus noch lernen, zumal selbst in Großstädten die Müllverbrennung noch keinen Eingang gefunden hatte, geschweige denn in kleineren Städten. Eine der Hauptursachen konnte darin gesehen werden, daß die englischen Ofenkonstruktionen für deutsche Zwecke ungeeignet waren, da die Müllzusammensetzung hier eine andere war (der Rest-Kohleanteil fiel erheblich geringer als in England aus) und sich sogar im Städtevergleich oftmals stark unterschied. Doch war auch in Deutschland die Entwicklung in Gang gesetzt und es war nach Meinung des Autors zu erwarten, daß man sich hier

zukünftig mehr und mehr zur Müllverbrennung hinwenden würde - vor allem aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen.

Erste Neuerungen bei der Osnabrücker Müllabfuhr

Bis 1906 wurde die Straßenreinigung und die Müllabfuhr von Privatunternehmen, die durch die Stadt beauftragt waren, geleistet. Da bestehende Verträge ausliefen und die Stadt Osnabrück nicht gewillt war, höheren Geldforderungen nachzugeben, wurde 1906 der städtische Fuhrpark gegründet und mit den obengenannten Aufgaben betraut. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff 'Müll' als alle im Haushalt anfallenden Abfälle definiert. Ausgeschlossen von der Müllabfuhr wurden Bauschutt, Abfälle aus gewerblichen Anlagen, Stalldünger sowie flüssige Abgänge jeglicher Art.

Außerdem wurden nunmehr ganz bestimmte Behälter verlangt: Aus Metall mußten sie sein und über einen festschließenden Deckel sowie einen beweglichen Bügel verfügen. Befüllt durften die Behälter nicht mehr als dreißig Kilogramm wiegen und auch nicht mehr als dreißig Liter Müll enthalten. Weiterhin war neu, daß die Behälter nicht mehr an die Straße gestellt werden durften, sondern an einer leicht zugänglichen Stelle entweder im Hof, im Keller oder im ersten Stockwerk eines Hauses deponiert sein mußten. Auch änderte sich die Gebührenordnung. Die Stadt selbst trug 15% der Kosten; die Kosten für die Anlieger berechneten sich aus der Länge der Seiten der Grundstücke, die an der Straße lagen, aus der Zahl der wöchentlich vorgenommenen Abholungen sowie aus der Zahl der Stockwerke des betreffenden Gebäudes. Für Eckgrundstücke sollten besondere Bedingungen gelten, um die Besitzer nicht über Gebühr zu belasten.⁵⁷

Unter Leitung von Straßenmeister Feldhaus nahm der junge Fuhrpark einen raschen Aufschwung. Die Straßenreinigung wurde mit pferdebespannten Kehrmaschinen vorgenommen, die zur Vermeidung von Staubentwicklung mit Sprengvorrichtungen aus-

⁵⁷OT, 02.07.1906

gerüstet waren. Die Hauptreinigung fand zweimal wöchentlich nachts statt. Daneben wurden täglich die Gossen besonders gereinigt und bei dieser Gelegenheit auch größere Verschmutzungen der Fahrbahnen entfernt, so daß die Straßen nach offiziellen Verlautbarungen stets einen sauberen Eindruck boten. Die zu reinigende Fläche belief sich im Jahre 1906 bereits auf 260.000 qm.

„Der Müll verschwindet in der Versenkung“

Auf einer Sitzung der STÄDTISCHEN KOLLEGIEN am 04.02.1908⁵⁸ wurde eine neue Idee zur Müllbeseitigung vorgestellt: In Essen, aber auch in anderen deutschen Städten hatte man positive Erfahrungen mit sogenannten Senkgruben gemacht. Diese Senkgruben hatten ein Volumen von ungefähr einem Kubikmeter und lagen auf dem ungepflasterten Streifen zwischen dem Trottoir und den Bordsteinen. Sie sollten als Sammelplätze für den Straßenkehricht dienen. Tagsüber wurden sie aufgefüllt, um den Dreck aus dem Blick verschwinden zu lassen und um zu verhindern, daß der Wind alles wieder auseinandertrieb:

»♦♦♦ Ein Hauptvorteil dieser Senkgruben ist aber der, daß die unschönen Müllhaufen, wie man sie bisher an verschiedenen Stellen sehen konnte, beispielsweise am Martinitor, demnächst verschwinden werden.“⁵⁹

Die Gruben waren mit einem verschließbaren Deckel versehen. Nachts wurde der Kehricht dann auf Pferdewagen umgeladen und vor die Stadtgrenzen transportiert. Auf diese Weise kam es dann außerdem nicht zu unliebsamen Verkehrsstörungen. Die

⁵⁸OZ. 05.02.1908

⁵⁹OT. 05.02.1908

Stadt Osnabrück beschloß, zunächst 12 solcher Senkgruben einzurichten, was bei Kosten von 250 Mark pro Stück insgesamt 3000⁶⁰ Mark ausmachte.

Ein weiteres Ergebnis dieser Kollegien-Sitzung war, daß die Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren nicht erhöht werden sollten:

„Danach würden wiederum für die Straßenreinigung für die Frontlänge im Jahre bei wöchentlich einmaliger Reinigung 30 Mark, bei wöchentlich zweimaliger Reinigung 60 Mark an Gebühren erhoben werden. Bei der Hauskehrichtabfuhr würde die Gebühr wie bisher im Jahre bei wöchentlich einmaliger Abfuhr 12 Mark und bei wöchentlich zweimaliger Abfuhr 24 Mark betragen. Außerdem sei wiederum festzulegen, daß die Abfuhr wie bislang zweimal in der Woche vorgenommen werde.“⁶¹

Ausweitung der Müllabfuhr

Zwischendurch gelang es der Stadtverwaltung und dem städtischen Fuhrpark immer wieder, das Abfuhrgebiet auszuweiten. So meldet das OSNABRÜCKER TAGEBLATT z. B. am 24. Mai 1910 den Anschluß folgender Straßen an die städtische Straßenreinigung und Müllabfuhr ab dem 1. Juli d.J.: Rotenburger-, Venloer-, Kölner-, Sandbach-, Natruper-, Spichern-, Sutthausen Straße, Vitihof, Osterbergerei, Roonstraße, Martinstraße (zwischen Uhland- und Adolfstraße). Die Anwohner hatten sich einmütig für den nunmehr vollzogenen Anschluß ausgesprochen.

Mangel an Müllplätzen

Ein Jahr später — protokolliert in der OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG vom 06. Februar 1909 — hielt der BÜRGERVEREIN FÜR DEN OSTEN seine Generalversammlung

⁶⁰Die Gebührenangaben weichen in den beiden Tageszeitungen voneinander ab. So heißt es im OSNABRÜCKER TAGEBLATT: „Der Etat wurde einstimmig angenommen, die Hebesätze wurden wieder wie im letzten Jahre in folgender Höhe festgesetzt: Straßenreinigung: pro Jahr und Meter Front 30 Pf. bei wöchentlich einmaliger, 60 Pf. bei wöchentlich zweimaliger Reinigung; Hausmüllabfuhr: pro Jahr und Meter Front 12 Pf. bei einmaliger, 24 Pf. bei zweimaliger Abfuhr.“

⁶¹OZ, 05.02.1908

ab. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war der Mangel an Müllabladepätzen im östlichen Stadtbezirk. Der Magistrat sollte aufgefordert werden, derartige Plätze anzuweisen. Mit einem Vorschlag war man auch schon zur Hand: Ein passender Platz wäre die Fläche an der Hase neben der Badeanstalt, die durch die Anfuhr des Hausmülls gleichzeitig planiert werden könnte.

Nur wenig später kam es zu einer gemeinsamen Eingabe mehrerer Bürgervereine an den Magistrat:

An den Magistrat der Stadt Osnabrück.

Nach Einrichtung der städtischen Straßenreinigung verbunden mit der Müllabfuhr sind den Hauseigentümern der Stadt Osnabrück hinsichtlich Beseitigung von nicht zur Müllabfuhr gehörendem Unrat Schwierigkeiten entstanden zunächst dadurch, daß Privatfuhrunternehmer für den Zweck nicht mehr vorhanden sind, weil sich der Abfuhrbetrieb nicht mehr lohnt, und zweitens, weil Plätze für derartigen Unrat sich selten finden und eventuell vom Orte der Abfuhr weit entfernt liegen. Auch sind der betr. Bürgerschaft solche Plätze meist unbekannt. Eine Folge der Übelstände der bezeichneten Art ist, daß der Unrat unbefugter Weise vielfach in Gartengängen, überhaupt an Stellen abgeladen wird, wo die Abfuhr andern zur Last fällt, ganz abgesehen davon, daß sie dort einen häßlichen Anblick gewähren.

Ob den Übelständen gründlich abgeholfen werden würde durch stadtseitige Anweisung von Plätzen und durch von Zeit zu Zeit wiederholte Bekanntgabe solcher in den Tagesblättern mag dahingestellt sein. Zweifellos müßten durch eine derartige Maßnahme die Klagen über die geführten Mißstände verstummen. Vollkommene Abhülfe derselben würde indeß unseres Erachtens erst dadurch herbeigeführt werden, wenn städtischerseits die Einrichtung getroffen würde, daß die Abfuhr des mehrgenannten Unrats auf Anordnung auf besonderen kleinen Wagen zu billigstem Preise seitens des städtischen Kehrinstituts zu geschehen hat.

Im Vorstehenden bringen wir Wohlhöbl. Magistrat die Wünsche der interessierten Bürgerschaft zur gefl. Erwägung zum Ausdruck und erhoffen geneigte Erfüllung derselben.

Der Bürgerverein zu Osnabrück.
G. Elstermann

**Der Verein zur Wahrung der Interessen des östlichen Stadtviertels.
h. Hundest.**

**Vereinigung zur Wahrung des Interessen des 4. Stadtviertels.
Justus Westerkamp.⁶²**

Wilder Müll

Ein bezeichnendes Licht auf die Abfallverhältnisse in der Stadt Osnabrück wirft der Bericht über eine gemeinschaftliche Sitzung der STÄDTISCHEN KOLLEGIEN, der am 16. Februar 1904 in der OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG erschien. Es wurde beklagt, daß sich unterhalb des Herrenteichswalles Abfälle wie Komposthaufen, Schlamm aus den Kanälen, ja sogar Tierkadaver ansammelten. Vornehmlich stammten diese Abfälle von den Pächtern jener Ländereien, die am Herrenteichswall für die gärtnerische Nutzung ausgewiesen waren. Polizeilicherseits waren diese Ablagerungen wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen nicht zu verbieten. Deshalb wurde öffentlich darüber nachgedacht, den Pächtern einfach die Pacht zu entziehen und Grünanlagen unterhalb des Walles anzulegen. Damit, so hieß es, würde ein einer Promenade würdiger Zustand herbeigeführt. Das Problem wurde an die für die Grünanlagen und die Wallpromenaden zuständige Promenadenkommission verwiesen.

Im Juni 1910⁶³ beklagte sich ein Leser beim OSNABRÜCKER TAGEBLATT über die wilde Müllkippe im Graben am Schlachthof. Früher, so argumentierte er, als das Gelände noch nicht an die Stadt herangerückt war und die Liebigstraße noch nicht ausgebaut war, hätte man sich die Zustände gefallen lassen können. Nun jedoch, nachdem auch noch lebhafter Verkehr auf der Bohmter Straße rollt, wären sie einfach untragbar - nicht nur des häßlichen Anblicks wegen, sondern auch wegen des unangenehmen Geruchs, der von dieser wilden Müllkippe ausginge. Dieser Brief schien den von den Bürgervereinen angeprangerten „Müllnotstand“ zu bestätigen: Vermutlich wußten viele Bürger einfach nicht, wo sie ihren Abfall deponieren sollten.

Zwei Jahre später kam es zu einer Verstimmung der Anlieger der Martinstraße zwischen Adolfstraße und Blumenhaller Weg. Im April hatten die STÄDTISCHEN

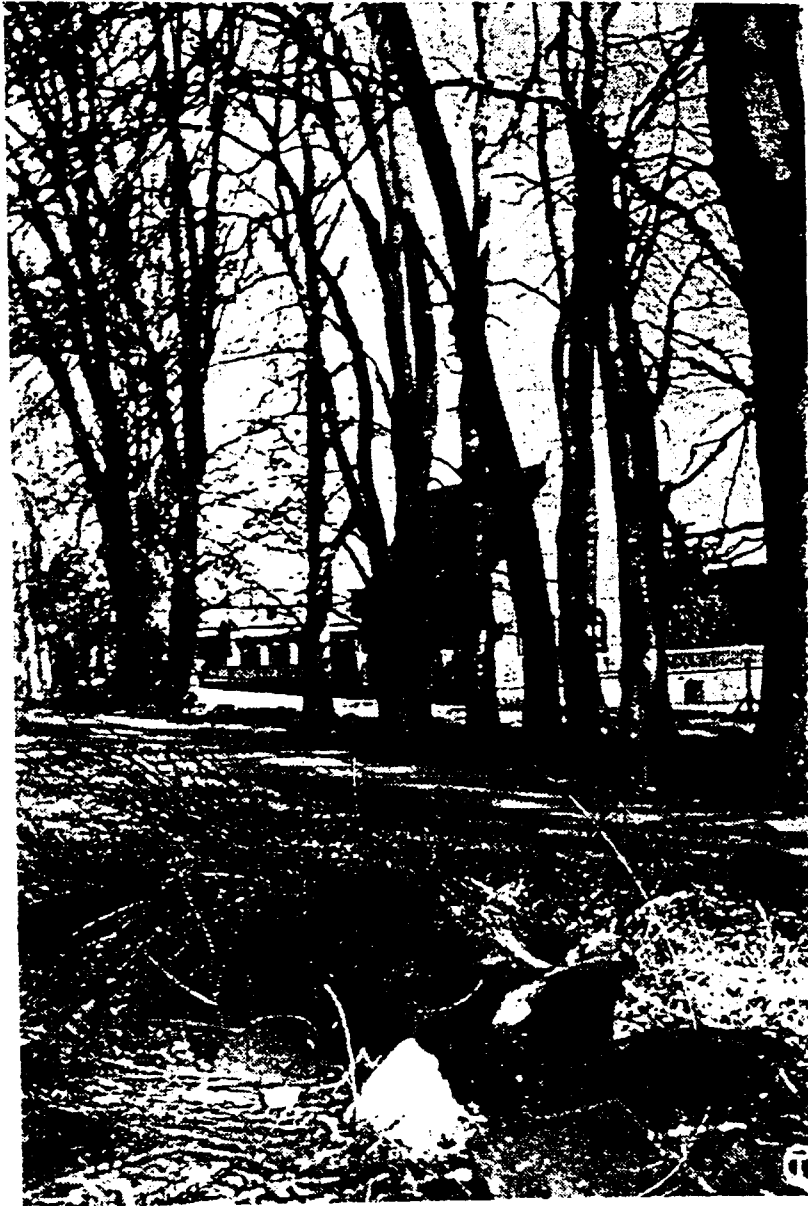
⁶²OVZ. 22.02.1909

⁶³OT, 01.06.1910

Schrott im Frühling:

Am Rande der „Langen Wand“.

Schrott wird darum nicht schöner weil er im Frühling umher liegt. Im Gegenteil: Die Buntheit und Schönheit der frühlingshafter Umgebung verstärkt nur den Eindruck, daß es sich um Schrott und ausgediente Sachen handelt. Das ist eine Beobachtung, die die Osterspaziergänger wieder einmal am Rande der „Langen Wand“, jenem Wege, der am Kupfer- und Drahtwert entlang zur Gartanlage führt, machen mußten. Neben dem Wege befinden sich stellenweise häßliche Anhäufungen von



Aufnahme: E. Roggeman.

Schrott, die gleichgültig und ohne jeden Nachgedanken dort hingeworfen sind, das Landschaftsbild verhandeln und das Auge des Vorübergehenden beleidigen.

Der Osterhase kann es nicht gewesen sein, denn der würde selbst diese verrotteten Gegenstände getreu seiner Gewohnheit — verstreuen haben. Das richtigste ist schon, wenn jeder Vorübergehende selbst ein Auge dafür hat, daß Schrott anderwärts und nicht gerade hier in mitten des Frühlings abgeladen wird.

Abb. 11: Osnabrücker Tageblatt,
16. April 1939

KOLLEGIEN den Anschluß dieses Gebietes an die Straßenreinigung und Hausmüllabfuhr verfügt. Grundlage des Beschlusses war der scheinbar mehrheitliche Wunsch der Anlieger. Nun stellte sich jedoch heraus, daß hier ein Irrtum vorlag: In Wahrheit hatten sich die Anwohner mehrheitlich *gegen* den Anschluß ausgesprochen. Nun wurde die Angelegenheit auf einer gemeinschaftlichen Sitzung der STÄDTISCHEN KOLLEGIEN wieder aufgerollt. Alle Mitglieder bedauerten den Irrtum, die Mehrheit war jedoch nicht bereit, den Beschluß zurückzunehmen und zwar erstens, weil die sanitären Verhältnisse den Anschluß erforderten und zweitens die unmittelbar angrenzenden Gebiete den Anschluß schon vollzogen hatten. Bei vier Gegenstimmen im BÜRGERVORSTEHERKOLLEGIUM und einstimmig im Magistrat wurde der Beschluß aus dem April 1912 anschließend bestätigt.⁶⁴



HIER STEHT EIN VERBOTSSCHILD, und doch laden unbekannte Frevler den Müll hier an der Stüvestraße ab. (Im Hintergrund die Städtische Berufsschule.) Aufnahmen: F e n d e r

Abb. 12: Osnabrücker Tageblatt, 16. Januar 1961

⁶⁴Gemeinschaftliche Sitzung der STÄDTISCHEN KOLLEGIEN, OT, 02.08.1912

Auch die Hase wurde ein Opfer des „Müllnotstandes“: Im OSNABRÜCKER TAGEBLATT vom 26. September 1914 beklagt sich ein Leser, daß in der Hase

„Steine, Schmutz und Unzeug nach mehreren 1000 Fußern der Beseitigung harren.“

Dieses Phänomen war nicht neu und sollte auch für die Zukunft trotz zahlreicher Bemühungen nicht in den Griff zu bekommen sein⁶⁵.

Im Laufe der Jahre gab es immer weitere Klagen über den Zustand der Osnabrücker Straßen: Mangelnde Papier- oder Müllkörbe in den Straßen und Promenaden der Stadt führten dazu, daß der Müll achtlos weggeworfen wurde. Dementsprechend vermittelten die Straßen einen sehr ungepflegten Eindruck. In einem Artikel des OSNABRÜCKER TAGEBLATTES vom 16. Juni 1926 wird auf andere Städte als positive Beispiele hingewiesen und die Stadt aufgefordert, diesen Beispielen zu folgen.



DAMIT soll Schluß sein: Die Stadt denkt laut über bewachte Recyclinghöfe nach. Nicht nur der Ordnung wegen, sondern auch im Sinne einer funktionierenden Wiederverwertung. Bisher wurde der Inhalt der Gartenabfallcontainer wegen der Verunreinigungen auf dem Piesberg abgekippt. Dabei könnten die Grünabfälle auch kompostiert werden.

Foto: Jörn Martens

Abb. 13: Auch in jüngster Zeit machte „wilder Müll“ immer wieder Probleme: NOZ, 3. Februar 1989

⁶⁵ vgl. G. Terhalle, Hase - Verschmutzung ohne Ende, in: G. Becker (Hg.), Stadtentwicklung im gesellschaftlichen Konfliktfeld, Pfaffenweiler 1991

Die Müllmengen hatten bis zum ersten Weltkrieg immer weiter zugenommen. Hier die Zahlen: 1899 fielen etwa 5000 Kubikmeter Hausmüll an. 1906 hatte sich die Menge auf 10.000 Kubikmeter bereits verdoppelt. Bis zum Kriegsausbruch war eine nochmalige Verdoppelung erreicht: 20.000 Kubikmeter Hausmüll mußten bereits abgefahren werden. Wie rasch die Müllmenge reduziert werden konnte, machte die Notwirtschaft des Krieges deutlich: 2000 Kubikmeter Küchenabfälle wurden aussortiert, in die städtischen Mastställe gebracht oder privaten Schweinemästern zugeführt.

Nach dem 1. Weltkrieg

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges stieg die im Stadtgebiet zu reinigende Fläche auf ca. 285.000 qm an. Für die Arbeiten wurden 1 Aufseher und 30 Arbeiter beschäftigt. Während des Krieges trat naturgemäß ein Stillstand ein, weil die Osnabrücker Bevölkerung und Stadtverwaltung dringendere Sorgen plagten. 1916 hörte die nächtliche Straßenreinigung gänzlich auf: Die Kohle reichte nicht mehr, um den Strom für die elektrische Straßenbeleuchtung zu erzeugen. Außerdem war kein Ersatz für die Bürstenwalzen (im Originaltext: Piassave-Besatzmaterial) mehr verfügbar, weshalb die Kehrmaschinen stillgelegt werden mußten. Erst gegen Ende des Krieges wurde als Ersatz besonders ausgesuchte Heide verwendet. Diese wurde bis in die Inflationszeit benutzt.

Selbst die Schneeräumung in den Kriegsjahren 1917 und 1918, als ungewöhnlich viel Schnee zu verzeichnen war, gelang nicht mehr in befriedigendem Ausmaße, und das, obwohl die „Jungmannen“ des OSNABRÜCKER JUGENDBATAILLONS kräftig mit anpackten. Das Personal sank um zehn Arbeiter, und die Kehrmaschinen wurden nur noch gelegentlich eingesetzt.

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges stieg der Müllberg wieder an. Motorisierte Müllwagen wurden nötig. Der erste wurde im Jahre 1924 angeschafft. In den folgenden Jahren gingen noch vier weitere Wagen in Betrieb.

Im Jahre 1920 meldeten sich die STÄDTISCHEN KOLLEGIEN dann mit einer erheblichen Gebührenerhöhung für die Straßenreinigung und die Hausmüllabfuhr zurück. Grund waren die inflationär steigenden Löhne. Bislang war man noch mit dem Zugriff auf

vorhandene öffentliche Rücklagen ausgekommen, nun aber mußten die Gebühren teilweise um das vierfache des letzten Friedenssatzes angehoben werden. Hierbei bemühten sich die STÄDTISCHEN KOLLEGIEN weitestgehend um Gerechtigkeit, indem sie das Ausmaß der Arbeit für die einzelnen Straßen und Gebäude zugrundelegten.⁶⁶

Dennoch sorgten die neuen Gebührensätze für Unzufriedenheit bei den Hausbesitzern: Ein Leser forderte im OSNABRÜCKER TAGEBLATT vom 03. April 1920 die Stadtverwaltung auf, endlich auch die Mieter an den Gebühren zu beteiligen. Bislang wurden immer noch lediglich die Hausbesitzer in die Pflicht genommen. Auch der OSNABRÜCKER HAUS- UND GRUNDBESITZER-VEREIN machte sich für eine Heranziehung der Mieter stark.⁶⁷ Die Gebühren wären derart gestiegen, daß die Hausbesitzer sie allein nicht mehr tragen könnten. Man überlegte sogar, ob es nicht besser wäre, die kommunale Straßenreinigung und Müllabfuhr aufzugeben und statt dessen wieder selbst die Verantwortung zu übernehmen, einerseits aus den geschilderten Kostengründen, andererseits aber auch, weil man nach wie vor mit der städtischen Reinigung höchst unzufrieden war. Der Vorstand entschloß sich daraufhin, Listen aufzustellen, um zu ermitteln, wie sich die Haus- und Grundbesitzer zur Wiedereinführung der Straßenreinigung durch die Anlieger stellen würden.

Für die Entlastung des städtischen Haushaltes durch den Fortfall der öffentlichen Straßenreinigung sprach sich auch der OSNABRÜCKER BÜRGERVEREIN aus.⁶⁸ Man könnte ja, so wurde argumentiert, Arbeitslose zur Straßenreinigung heranziehen. Außerdem würden viele Hausbesitzer gerne die Straßen von ihrem Personal reinigen lassen, für die sie ohnehin schon Personalsteuern zahlen mußten. Die Müllabfuhr sollte jedoch aus hygienischen Gründen den städtischen Fuhrbetrieben überlassen bleiben. Man hatte doch wohl zu viele schlimme Erfahrungen mit wilden Müllkippen im Stadtgebiet gemacht.

Am 30. März 1921⁶⁹ stand auf einer gemeinschaftlichen Sitzung der STÄDTISCHEN KOLLEGIEN der Haushaltsplan der Stadt Osnabrück zur Debatte. Obwohl sowohl

⁶⁶OT, 03.04.1920

⁶⁷OT, 22.10.1920

⁶⁸OVZ, 10.11.1920

⁶⁹Protokoll OT, 31.03.1921

Straßenreinigung und Müllabfuhr mit einem Minus abschlossen, hofft die Stadtverwaltung mit geringeren Gebührensätzen auszukommen.

Im April des Jahres 1921⁷⁰ machte der OSNABRÜCKER BÜRGERVEREIN die seiner Meinung nach unhaltbaren Zustände bei der Hausmüllabfuhr zum Thema. Es hatte ja die Regelung bestanden, die Müllgefäße an zugänglichen Stellen im Hausbereich zu deponieren, von wo die Müllmänner sie abholen sollte. Mittlerweile war man aber wieder dazu übergegangen, die Mülleimer an die Straßen zu stellen. Dort würden sie stundenlang herumstehen und von Hunden durchwühlt. Aus diesem Grunde regte der Bürgerverein an, wieder zum alten System zurückzukehren.

Ein weiterer Kritikpunkt waren wieder einmal die enorm hohen Kosten für die Müllbeseitigung. Man beschloß, von anderen Provinzstädten, die offensichtlich in der Lage waren, sparsamer zu wirtschaften, Berichte anzufordern, um so dem MAGISTRAT Sparmaßnahmen vorschlagen zu können.

Im November 1921⁷¹ mußten die STÄDTISCHEN KOLLEGIEN für den Januar 1922 eine weitere Gebührenerhebung beschließen, und zwar wiederum wegen der gewaltigen Lohnsteigerungen. Dieser Beschluß wurde schon im Dezember wieder revidiert zugunsten einer noch weitergehenden Gebührenerhebung.⁷²

Verfolgt man aufmerksam die Zeitungsberichte, so kann man immer wieder - auch zwischen den Zeilen - die Unzufriedenheit der Bürger mit der städtischen Straßenreinigung und Müllabfuhr herauslesen. Man hatte sich jedoch mittlerweile an allerhand Zustände gewöhnt...

Mit einem Paukenschlag warteten die STÄDTISCHEN KOLLEGIEN in ihrer Sitzung im März 1923⁷³ auf: Die öffentliche Straßenreinigung sollte ab dem 1. April aufgegeben werden, die Reinigungspflicht wieder den Anliegern übertragen werden. Allerdings sah man dies dann doch als zu kurzfristig an (oder war es Angst vor der eigenen Courage?) und verschob den Termin auf den 1. Juli d. J.. Demnach wurden noch für drei Monate öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt.

⁷⁰OVZ, 09.04.1921

⁷¹OT, 23.11.1921

⁷²OT, 20.12.1921

⁷³OT, 23.3.1923

So ganz einmütig wurde der Beschluß jedoch nicht gefaßt, die Gremien waren unterschiedlicher Auffassung: Während der Magistrat die öffentliche Straßenreinigung aufrechterhalten wollte, sprachen sich die Bürgervorsteher dagegen aus⁷⁴, aber auch das nur mit 16 gegen 12 Stimmen. Daher wurde dieses Problem einer „Konfliktkommission“ übertragen, deren Urteil mit zunehmender Debatte vorauszusehen war: Die Straßenreinigung blieb in öffentlicher Hand. Dabei war aber davon auszugehen, daß sämtliche Ungerechtigkeiten, die im System begründet waren, aufgehoben wurden. Außerdem wurde die Stadt nochmals aufgefordert, für eine qualitative Verbesserung des Straßenreinigungsdienstes zu sorgen: immer noch war das Ergebnis der „Saubermänner“ äußerst mangelhaft. Das Urteil der Konfliktkommission wurde in der Öffentlichkeit ironisch als „salomonisches Urteil“ bewertet.

Der HAUS- UND GRUNDBESITZERVEREIN setzte sich ebenfalls für die Beibehaltung der öffentlichen Straßenreinigung ein, unter anderem, weil die Hausbesitzer nicht zu „Straßenfegern für die Mieter“ werden wollten⁷⁵. Dabei hatten sie aber übersehen, daß das geforderte neue Ortsstatut über Straßenreinigung und Müllabfuhr die Mieter mit verpflichten wollte, indem dort von ‘Anwohnern’ die Rede war.

Der wichtigste Grund für den Antrag zur Aufhebung der öffentlichen Straßenreinigung war wohl ein sozialer: Durch die katastrophale wirtschaftliche Situation waren zahlreiche Hausbesitzer verarmt und sahen sich nicht länger in der Lage, die hohen Gebühren zu entrichten. Sie brauchten ihr Geld dringend zum Erwerb von Lebensmitteln.

Unterdessen wuchs die zu reinigende Fläche weiter an und erreichte mit ca. 400.000 qm 1928 einen neuen Höchststand. Wegen der extrem hohen Arbeitslosigkeit wurden 1931 die Kehrmaschinen stillgelegt, um so künstlich Arbeitsgelegenheiten zu erzeugen: 50 weitere Arbeiter wurden in die Pflicht genommen.

Zur Unterstützung von Arbeitslosen richtete die Stadt Osnabrück außerdem im Jahre 1929 einen Werkhof ein⁷⁶. Hier wurden Altmaterialien gesammelt, sortiert und ver-

⁷⁴OT, 03.04.1923

⁷⁵OT, 04.04.1923

⁷⁶OZ. 31.1.1929

wertet. Die Stadt hoffte, daß sich dieser Werkhof in absehbarer Zeit selbst tragen würde. Erste Priorität bei diesem Projekt war die Beschäftigung Erwerbsloser, erst in zweiter Linie der Gedanke eines sinnvollen Wertstoffkreislaufs.



Abb. 14: Innenansicht des Werkhofes, Osnabrücker Zeitung, 31. Januar 1929

Bestandsaufnahme bei der Müllabfuhr

Am 15. November 1929 fand sich unter der Überschrift „*Wohin mit dem Müll?*“ eine Beschreibung der Osnabrücker Müllabfuhr nach dem städtischen Verwaltungsbericht. Es wurde dort ausgeführt:

„Mit der alljährlich einsetzenden Besserung der Wirtschaftslage konnte der schon kurz nach der Beendigung des Krieges aufgenommene Gedanke der Motorisierung des Betriebes durchgeführt werden. Am 1. Oktober 1924 wurde der erste Motormüllwagen, System Krupp, in Betrieb genommen und gleichzeitig ein Teil der pferdebespannten Müllwagen zurückgezogen. Mit dem Anschluß eines großen Teiles neuer Straßen in außenliegenden Stadtvierteln, insbesondere im Stadtteil Schinkel, wurde im Jahre 1925 ein zweiter Motormüllwagen beschafft und damit die ganze Müllabfuhr auf Motorbetrieb umgestellt. Lediglich in den Wintermonaten mußten bei Anfall

größerer Müllmengen noch pferdebespannte Fahrzeuge zur Hilfeleistung herangezogen werden. Im Jahre 1926 wurde der dritte Motormüllwagen, System Krupp, eingesetzt, im Jahre 1927 mit dem weiteren Anschluß von Straßen an die Müllabfuhr ein vierter Motormüllwagen beschafft. Die Automobilisierung des Betriebes hat sich bei dem ständigen Wachsen des Abfuhrgebietes und den großen Entfernungen zu den Abladepätzen, die mit zunehmender Bebauung immer weiter vom Stadtkern abgerückt werden mußten, als durchaus zweckmäßig erwiesen. Allerdings hat der Anschluß der außenliegenden Stadtteile, wie zu erwarten war, zu einer Verteuerung der Müllabfuhr und demgemäß zu einer Erhöhung der Gebühren geführt. Von 0,7 Proz. des Gebäudesteuernutzungswertes mußten die Gebühren im Jahre 1925 auf 1,0 Proz. heraufgesetzt werden. Die Einführung einer vollkommen staubfreien Müllabfuhr unter Verwendung von Einheitsgefäßen hat sich bei der bestehenden Wohnungszwangswirtschaft und der noch immer angespannten Finanzlage der Stadt bisher nicht verwirklichen lassen.

Die Abfuhr der Müllmassen erfolgt wöchentlich 2mal. Die Motormüllwagen haben als Bedienung außer dem Kraftfahrer 4 Arbeiter, denen Schmutzkleidung gestellt wird. Der aufkommende Müll wird zur Aufföhung von tieferliegenden Straßenzügen und Grundstücken verwendet. Nach und nach machte sich bei den ständig anwachsenden Müllmengen ein Mangel an günstig gelegenen mit befestigten Zufahrtsstraßen bemerkbar. Die von den Abfuhrbezirken zu den Abladepätzen zurückzulegenden Entfernungen schwanken zwischen 1 und 6 Kilometer.

*

Wie in den obigen Ausführungen dargelegt, war bisher eine wirklich staubfreie Müllabfuhr nicht gewährleistet. Erst in jüngster Zeit ist es dem Fabrikanten Schwesig in Buer i. W. gelungen, ein Patent für eine vollkommen staubfreie Entleerung des Mülls aus der Mülltonne in das Müllauto zu erlangen. An dem Müllauto ist eine entsprechende Vorrichtung für die Entleerung von Spezialtonnen getroffen. ... Die Tonne wird von zwei Mann an den Müllwagen herangetragen, in eine Einhakvorrichtung gehängt. Dabei löst sich der bisher vollkommen verschlossene Deckel der Tonne automatisch. Der Müll fällt in eine Trommel, von der aus er durch ein Schneckengewinde in das Innere des Müllwagens befördert wird. Der staubfreie Verschluß gibt die Mülltonne wieder frei und letztere wird dann abgehakt und bei Seite gestellt. Der Wert dieser wirklich staubfreien Müllabfuhr beruht im besonderen darauf, daß die Einführung des Systems Schwesig keine radikale und kostspielige Umstellung der Müllabfuhr bedeutet, daß sie vielmehr nach und nach, gemäß den vorhandenen Mitteln, möglich ist; denn bei der Schwe-

sig'schen Kippvorrichtung können auch die bisher üblichen Müllgefäße benutzt werden.

Im Jahre 1931 wurde das 25jährige Jubiläum des Fuhrparks gefeiert.⁷⁷ In dem Bericht der OSNABRÜCKER ZEITUNG wird die Straßenreinigung in diesem Zusammenhang das erste Mal lobend erwähnt. Sie trüge dazu bei, Osnabrück den Ruf einer sauberen Stadt zu verschaffen. Dezernent des Fuhrparks ist Stadtbaurat Lehmann,

„Der sich stets mit besonderer Initiative für den Ausbau des fuhrparks und insonderheit für die Motorisierung des Betriebes eingesetzt hat“.

Art und Zusammensetzung des Mülls

Erst im November 1931 erfährt der interessierte Historiker, was sich denn alles so im Hausmüll verbarg:

Der Mülleimer hat nicht danach zu fragen, was er schlucken muß. Er hat zu parieren und damit fertig. Asche, Kartoffelschalen, Drahtschachteln, Oelsardinenbüchsen, Stoff- und Papierreste, Knochen, Kehricht aller Art, alles Dinge, die der Haushalt abstößt, finden in dem weiten Schlund ihren Aufenthalt. Zwischen den häßlichen und schmutzigen Sachen findet auch mancher andere Gegenstand seine vorletzte Ruhestätte. Die Löwinne-Gipsfigur mit dem abgebrochenen Bein, die Puppe, der unrettbar der Kopf zersprang, der blaueidene Stehlampenschirm, den die Säure zerfraß, die Vase vom Schreibtisch und die nicht ganz verkohsten Ueberreste eines sentimental Liebesbriefes, den Hans an Grete schrieb.“⁷⁸

Wie der Artikel weiter ausführte, wurden die Müllgefäße, die übrigens in Osnabrück im Widerspruch zu früheren Verordnungen in allen möglichen Variationen existierten, in die Müllwagen entleert, der gesammelte Müll anschließend vor die Stadt auf's Feld gefahren. Dort versammelten sich in der Regel allerhand Menschen, hier ironisch „Naturforscher“ genannt, und durchsuchten den Müll nach Brauchbarem, etwa wiederverwertbaren Metallen. Die Schlacken und die Asche wurden zermahlen und zum

⁷⁷OZ, 02.04.1931

⁷⁸OT, 22.11.1931

Auffüllen von Wegen, Gräben, Landstrichen und zur Anlage von Tennisplätzen verwendet. Die Reste von Papier, Blechdosen und unlöslichem und unbrauchbarem Schutt wurden breitgetreten und -gefahren.

„Über die Haufen und Felder der Schuttabladepplätze vor der Stadt breitet sich mit der Zeit ein grüner Teppich, unter dem der Zerfall vor sich geht.“⁷⁹

Am 12. Februar 1932 erschien dann in der OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG ein Bericht, der zeigte, daß Müll, Asche und Schlacken zum Auffüllen von Geländeabschnitten verwendet wurden. In der Wüste wurde ein neu entstehendes Kleingartengelände mit einer meterdicken Müllschicht aufgefüllt. Man ging davon aus, daß man auf diese Weise nicht nur trockeneres Gelände erhielt, sondern daß der Müll auch noch eine Düngewirkung hätte und durch die Entstehung von Wärme das Pflanzenwachstum günstig beeinflussen würde. Es mußten also zahlreiche organische Stoffe Bestandteil des Mülls gewesen sein, wenn von einer Verrottung ausgegangen wurde.

Schenkt man einem kurz darauf erschienenen Artikel Glauben, kann der vergrabene Müll aber jedoch nicht sehr gehaltvoll gewesen sein⁸⁰, denn zu Beginn der 30er Jahre herrschte bekanntlich eine zu äußerster Sparsamkeit zwingende Wirtschaftskrise, und man warf nicht allzu schnell etwas weg. Dennoch mußte man sich weiterhin Gedanken machen, wie dem Müllproblem in der Großstadt zu begegnen war, denn die Deponierung der Abfallmassen brachte offensichtlich negative hygienische Folgen mit sich. Aus diesem Grunde fuhren etwa in Berlin die Müllwagen bis 60 - 80 Kilometer vor die Stadt. Nicht nur, daß diese weiten Fahrten große Kosten verursachten - die Müllabladepplätze wurden immer knapper. Für eine etwaige Müllverbrennung war die Zusammensetzung des Mülls entscheidend: Stammten die enthaltenen Brennrückstände aus dem Hausbrand aus Steinkohle, blieb ein genügend hoher Anteil an brennbarem Material. Dies galt jedoch nicht für die Braunkohle, die in den Öfen restlos verbrannte. Nach dem Weltkrieg war man immer mehr zur Ofenfeuerung mit Braunkohle übergegangen. Und weiteres brennbares Material war in den Abfällen eben aufgrund der Wirtschaftskrise und dem damit zusammenhängenden sparsamen Umgang mit

⁷⁹ebenda

⁸⁰OVZ. 17.07.1932

Ressourcen kaum vorhanden. Dementsprechend erschien die Müllverbrennung in keiner Weise sinnvoll zu sein. Eine sorgfältige Sortierung war unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht rentabel. Interessant ist an diesem Bericht, daß der Autor die Müllverwertung als kulturellen Fortschritt ansah und sie deshalb, ungeachtet aller wirtschaftlichen Nachteile, positiv befürwortete. Realistischerweise schätzte er den Zeitpunkt für einen Beginn von Verwertungsmaßnahmen innerhalb der damaligen schweren Wirtschaftskrise als nicht besonders günstig ein.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Über den Umgang der Bevölkerung mit Müll fand sich am 18. Juni 1933 im OSNABRÜCKER TAGEBLATT ein aufschlußreicher Bericht, der sich in der Rubrik „Osnabrück im Spiegel der Woche“ auf die verlängerte Katharinenstraße bezog. Hier hieß es:

„Ein ganz besonderer Mißstand ist, daß an vielen Stellen rechts und links neben und auf dem Wege Schutt, Unkraut, Abfälle usw. abgeworfen sind, die ein ganz übles Bild bieten⁸¹ und zeitweise die ganze Gegend mit widerwärtigem Gestank verpesten. Gerade diese Ablagerungen haben auch wohl die riesenhafte Staubentwicklung auf dem Fahrwege so gefördert, daß aus ihr für die anliegenden Gartenbesitzer größter Schaden erwächst. So ist einem Gärtnereibesitzer durch die Verstaubung die Aberntung von mehreren tausend Köpfen Salat solange unmöglich gemacht worden, bis es mit dem eintretenden Regen zu spät war. Die „durchgeschossenen“ Salatstauden konnten nur noch zu Futterzwecken verwendet werden. Ein Erlös war nicht mehr zu erzielen. Hier richtet sich also unsere Ermahnung an die Bevölkerung selbst, nicht so leichtsinnig Abfälle usw. an öffentlichen Straßen fortzuwerfen, sondern Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit zu betätigen. Vielleicht besteht auch die Möglichkeit, für die rechts und links des Weges befindlichen Sandgruben etwas zu tun, die teilweise einen recht unerfreulichen Anblick bieten.“

⁸¹ Bezeichnend ist auch hier wieder, daß das ästhetische Motiv immer im Vordergrund steht, sprich: immer an erster Stelle aufgeführt wird.

Das gleiche war von der Hase zu berichten: In mehreren Artikeln wurde die Verschmutzung der Hase durch Müll beschrieben⁸². Und dies zum allgemeinen öffentlichen Ärger ausgerechnet auch an der Promenade am Herrenteichswall.

Am 13.06.1937 wurde im OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtet, daß von diesem Zeitpunkt an der Verschwendung von Material und Sachwerten der Kampf angesagt wurde. Das bezog sich vor allen Dingen auch auf Verpackungsmaterial. Doppeltes oder mehrfaches Verpacken von Waren sollte unterbleiben. Hausfrauen sollten mehr Einkaufstaschen mitbringen, um den unnötigen Tütenverbrauch zu reduzieren. Weiter hieß es:

„Der Kampf gegen die Verschwendung von Verpackungsmaterial bedeutet nicht eine Rückkehr zu primitiven und unzureichenden Verpackungsformen, sondern wendet sich im Interesse der Volkswirtschaft gegen den übertriebenen Verpackungsaufwand, wie er durch den Kundendienst in den letzten zehn Jahren oft übersteigert worden ist“.

Der Leiter der WIRTSCHAFTSGRUPPE EINZELHANDEL unterstützte diesen Aufruf, der in Absprache mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Leiter der GESCHAFTSGRUPPE ROHSTOFFVERTEILUNG des Beauftragten für den Vierjahresplan zustande gekommen war:

„Es ist bekannt, daß wir mit unserem Papier haushalten müssen. Die Entwicklung vergangener Jahre aber hat dazu geführt, daß, teilweise auf Grund übertriebener Ansprüche bestimmter Verbraucherkreise, mit Verpackungsmaterial vielfach Verschwendung betrieben wird. Alle Kaufleute und ihre Mitarbeiter sollen daher prüfen, welche Waren einer besonderen Umhüllung nicht bedürfen, weil sie schon genügend durch die Industrie verpackt sind. Es ist auch zu überlegen, ob nicht bei manchen Erzeugnissen eine besondere Verpackung überflüssig ist, weil sie der Einkäufer in Einkaufs- oder Handtaschen oder Behältern usw. auch ohne Sonderverpackung bequem und sauber unterbringen kann. Die Einschränkung von übertriebener Verpackung ist volkswirtschaftlich notwendig; sie muß aber auch in den Betriebskosten selber zum Teil eine fühlbare Entlastung herbeiführen. Meine Berufskameraden müssen sich daran erinnern, daß der Deutsche Kaufmann von jeher seinen guten Ruf und den Aufstieg seines Betriebes auf strenger Sparsamkeit begründet hat. Die Fachgruppen der Wirtschaftsgruppe Einzel-

⁸²OT. 30.09.1934; OT. 28.04.1935

handel werden Richtlinien und Anregungen für die Einsparung von Verpackungsmaterial herausgeben. Ich mache es den Kaufleuten zur Pflicht, auf Grund dieser Anordnung und der Richtlinien der Fachgruppe die Verbraucher in ihren Betrieben entsprechend aufzuklären. Selbstverständlich dürfen durch diese Maßnahmen Sauberkeit und Hygiene nicht beeinträchtigt werden.“

Es ist natürlich davon auszugehen, daß die angestrebten Sparmaßnahmen weniger ein gesteigertes Interesse an der Umwelt als Ursache hatten, sondern daß hiermit schon zielgerichtet auf die Kriegswirtschaft hin gearbeitet wurde.

Im Jahr 1937 stellte sich die Straßenreinigung folgendermaßen dar:

„Heute werden alle Straßen wöchentlich dreimal gereinigt. Daneben sorgen kleinere Kolonnen dafür, daß besondere Verschmutzungen sofort beseitigt und Plätze und Straßen, die für besondere Zwecke, wie Märkte, Aufmärsche, Versammlungen und dergl. dienen sofort aufgeräumt werden. Im Sommer nimmt die besondere Beseitigung des Graswuchses eine weitere Kolonne in Anspruch. Außerdem werden ständig fünf bis sechs Papiersammler beschäftigt, die das fortgeworfene Papier beseitigen. Weiter begeht noch eine Kolonne am Sonntagvormittag die Hauptstraßen im Stadttinnern.“⁸³

Die Ordnungs- und Sauberkeitswut der Nationalsozialisten trug einmal mehr ihre besonderen Früchte...

Zu diesem Zeitpunkt bestand der Maschinenpark aus drei Motorkehrmaschinen, einem Kehricht-Abfuhrwagen, vier Straßenreinigungskarren, acht Schneekarren, vier pferdebespannten Schneepflüge, einem Vorbau-Schneepflug, drei Motorsprengwagen, zwei pferdebespannten Sprengwagen, zwei Sandstreuern sowie zwei Asphaltwaschern. Das Personal der Straßenreinigung umfaßte einen Aufseher und vierzig ständige Arbeiter. 45 weitere Arbeiter waren noch bis zur Wiederinbetriebnahme der Kehrmaschinen im Dienst. Der Kehrichtanfall wurde mit 2000 Kubikmetern jährlich beziffert. Eingesetzt wurde er in der Regel zur „Bodenverbesserung“. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit sollten die Kehrmaschinen in absehbarer Zeit wieder eingesetzt werden. Dann würde, so heißt es wörtlich im Text,

„Osnabrück ... wieder seinem alten Ruf Ehre machen, eine der saubersten Städte Deutschlands zu sein. Und wenn diese Zeilen das Verständnis dafür wecken, welche wichtige Aufgabe die Männer mit dem Besen, auf den Elek-

⁸³ Neue Volksblätter, 12.10.1937

trokarren und auf den Sprengwagen erfüllen, dann haben sie ihren Zweck erfüllt.“

Staubentwicklung als Gesundheitsrisiko

Die Staubentwicklung bei der Entleerung der Müllgefäße war immer ein Problem, und dies in besonderem Maße naturgemäß für die Auflader, für die gesundheitliche Folgen zu befürchten waren.

„Man muß bedenken, daß es sich bei dem anfallenden Müll nicht immer nur um harmlose Ofenasche handelt, sondern daß sich darunter auch Abfälle aller Art befinden, die aus Krankenzimmern stammen oder sonstwie der günstigste Nährboden für gesundheitschädliche Bakterien aller Art sind.“⁸⁴

Aus diesem Grunde beschaffte sich die Stadtverwaltung im November 1937 vom Nürnberger Ingenieur entwickelte Zusatzgeräte, die nach dem Staubsaugerprinzip funktionierten. Im Moment der Entleerung eines Müllgefäßes wurde der sich entwickelnde Staub abgesaugt. Hier die Funktionsbeschreibung:

„Der leichte, flugfähige Feinstaub, der eigentliche Bakterienträger, wird sofort abgefangen, in einem Wasserbehälter niedergeschlagen und so unschädlich gemacht. Der Antrieb des Lüsteraggregats kann vom Fahrzeugmotor erfolgen, aus zwingenden Gründen ist bei dieser Anlage jedoch davon abgesehen. Den Antrieb besorgt ein kleiner, im Gebrauch äußerst sparsamer Sachsmotor, wie man ihn bei Motorfahrrädern verwendet. Die Anlage ist...auf der Rückwand des Fahrzeugs aufgebaut und zeichnet sich durch den schätzenswerten Vorzug leichter Zugänglichkeit und Einfachheit aus.“⁸⁵

⁸⁴OT. 24.11.1937

⁸⁵ebenda

Müllwagen mit Entstaubungsvorrichtung.

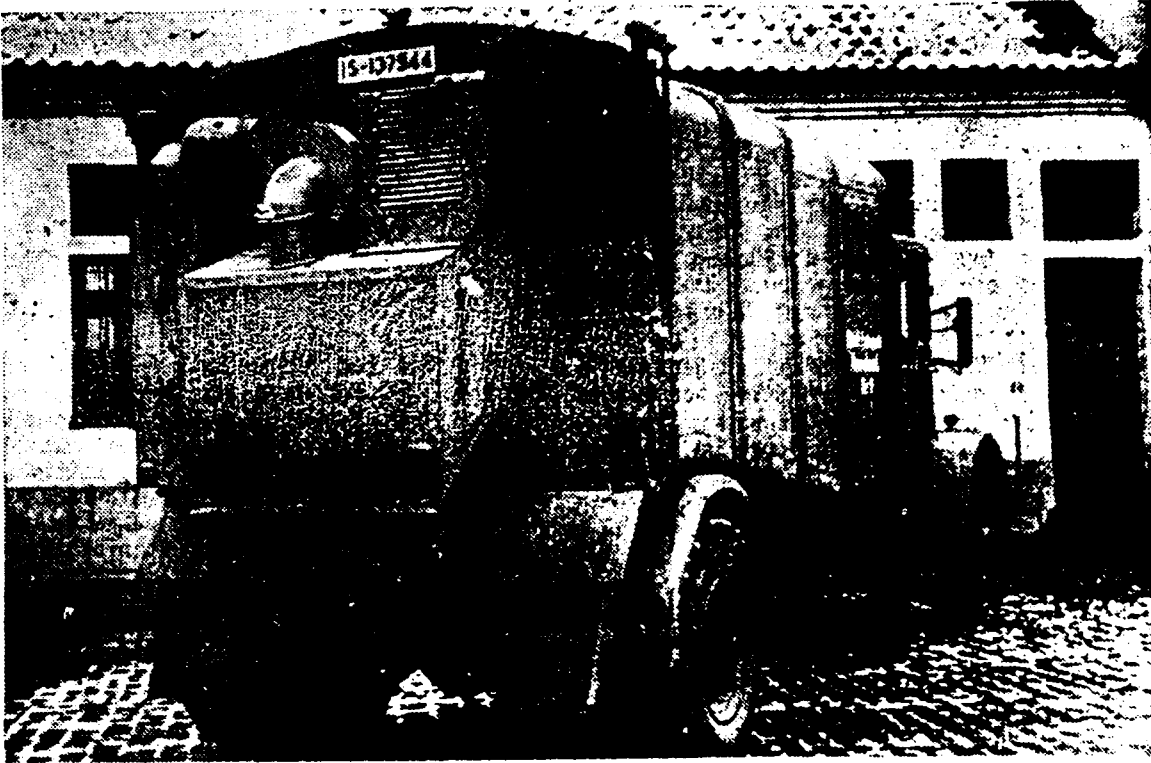


Abb. 15: Neue Volksblätter, 9. Dezember 1937

Der Vorteil dieser Entstaubungsvorrichtung lag unter anderem auch darin, daß die verschiedenartigsten Müllbehälter weiter benutzt werden konnten, während andere Entstaubungsmethoden nur mit einheitlichen Mülltonnen durchzuführen waren.

Man erhoffte sich von dem neuen Entstaubungsverfahren nun eine grundlegende Besserung, die sowohl die Bevölkerung als auch die Müllarbeiter entlasten sollte.

Eine weitere Neuerung verzeichnete der städtische Fuhrpark noch im selben Jahr, wie die „NEUEN VOLKSBLÄTTER“ am 9. Dezember 1937 zu berichten wußten: Ein Schlammsaugwagen wurde angeschafft, der für die Säuberung der mittlerweile 8850 Senkkästen im Stadtgebiet von Osnabrück zuständig war. Während vorher mühsam mit der Schaufel ca. 40 dieser Senkkästen pro Schicht entschlammt werden konnten,

stieg die Leistung mit Hilfe dieses Schlammsaugfahrzeuges auf 100 pro Schicht. Dabei spielten die verschiedenartigen Konstruktionen der Senkkästen keine Rolle.

Die Nationalsozialisten hatten Kreisbeauftragte für Altmaterialerfassung eingesetzt, die z. B. Altpapiersammlungen organisierten.⁸⁶

Hier findet wir wieder einen Schnitt innerhalb der Osnabrücker Müllgeschichte und der Müllabfuhr, wie sie sich durch Presseveöffentlichungen dokumentieren läßt. Wie schon der erste Weltkrieg gezeigt hatte, traten auch während der Jahre des Zweiten Weltkrieges derartige großstädtische Umweltprobleme in den Hintergrund, andere Sorgen nahmen den gesamten Platz in den öffentlichen Diskussionen ein.

Die Nachkriegszeit

Nach dem zweiten Weltkrieg erforderte die miserable Ernährungslage jede Menge Phantasie und Kreativität. Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, daß die Stadt Osnabrück dazu überging, Dünger aus Müll herzustellen. Besonders die Kleingärtner litten unter dem Mangel an Düngemitteln, weshalb sie die Idee einer Kompostierung des Hausmülls und des in der städtischen Kläranlage anfallenden Klärschlammes dankbar annahmen. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren fielen jährlich etwa 40.000 Kubikmeter Müll an⁸⁷. Dieser Müll sollte zur städtischen Abwasserreinigungsanlage gefahren und dort für die Kompostierung vorbehandelt werden, indem man sperrige und nicht kompostierbare Materialien heraussuchte. Anschließend sollte der Müll mit dem ausgefaulten flüssigen Klärschlamm vermischt und kompostiert werden. Der so erzeugte Kompost war dann als Dünger für die Landwirtschaft und die Kleingärtner bestimmt.

⁸⁶OT, 14.05.1938

⁸⁷NT, 25.07.1947

Wie gesagt - die Kleingärtner warteten auf diesen Kompost, doch standen dem ganzen noch technische Probleme in Form mangelnden Materials für die Anlagen gegenüber. Auch litt die geregelte Müllabfuhr darunter, daß wegen fehlender Ersatzteile höchstens zwei oder drei Motormüllwagen einsatzbereit waren. Trotz dieser Schwierigkeiten war man zuversichtlich, die Abfuhr, wenn auch etwas unregelmäßig, zufriedenstellend durchzuführen.



Abb. 16: Müllwerker bei der Arbeit, Osnabrücker Tageblatt, 11. März 1954

Insgesamt rechnete man mit der Produktion von etwa 25 Kubikmetern Müll täglich.

Den Zustand der Müllabfuhr und Straßenreinigung im Jahre 1949 beschreibt dieser Zeitungsbericht im NEUEN TAGEBLATT vom 14. Juni 1949:

„Saubere Straßen sind eine gute Visitenkarte für eine Stadt. Die Not der Zeit hat es mit sich gebracht, daß keine modernen Müllautos einen staubfreien Abtransport unserer Abfälle durchführen - und auf Jahre hinaus wird die Stadt kaum in der Lage sein, für eine so große Ausgabe das Geld aufzubringen. Auch die Straßenfeger sind leider aus dem Stadtbild verschwunden. Darum liegen auch allenthalben Papier, Steine, rostiges Eisen und sonstiger Unrat umher. Wer kommt heute noch auf den Gedanken, am Sonnabendabend vor der eigenen Tür zu kehren, um den lieben Nachbarn durch seine Ordnungsliebe zu beschämen.

Ein eigenes Kapitel sind die Mülleimer ohne Deckel, Pappkartons, die sich in ihre Bestandteile auflösen, Weidenkörbe, aus denen die Asche rieselt, und Kartoffeleimer mit heraushängendem Boden sprechen eine beredte Sprache. Was beim Transport in den großen Müllwagen herausfällt, bleibt liegen; was noch nicht liegt, zerrren Hunde und streunende Katzen heraus. Konservendosen, Knochen und Kohlstrünke bieten ein Stilleben, das niemandem Freude macht. Wäre es da nicht angebracht, allmählich auch die Ausgabe für einen ordentlichen Mülleimer auf unseren Haushaltsplan zu setzen? Mit etwas Einsicht und gutem Willen würde sich ein Weg finden lassen, mit der Pappkartonwirtschaft aufzuräumen, auf daß die Straßen unserer Heimatstadt ihr gepflegtes Aussehen wiedererlangen“.

Nachdem dieser Artikel erschienen war, meldeten sich gleich die Eversburger zu Wort, die noch stärker litten, weil sie überhaupt keine Müllabfuhr hatten. Nur bis zur Natruper Straße wurde der Müll von der Stadt abgefahren. Darüber hinaus mußten die Eversburger Bürger selbst sehen, wie sie ihren Abfall los wurden. Die Folge: Die Eversburger brachten den Müll gerade dorthin, wo es für sie am günstigsten war. Überall bildeten sich nun wilde Müllablageplätze, entstanden an den Wegen Müllhaufen. Natürlich war diesem Zustand mit Verbotstafeln nicht beizukommen; der Anschluß an die städtische Müllabfuhr war unerläßlich⁸⁸.

Auch vier Jahre später war dieses Problem immer noch nicht gelöst. Auf einer Ratssitzung, von der am 17. April 1953 im OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtet wurde, stellte der Ratsherr KELCH von der SPD die Eversburger Situation dar. Die Eversburger hatten dieser Darstellung zufolge bisher lediglich eine Möglichkeit, ihren Müll loszuwerden, und zwar auf einem in unmittelbarer Nähe gelegenen Platz. Dieser Müll-

⁸⁸NT, 02.07.1949

abladeplatz wurde jedoch auch von der städtischen Müllabfuhr angefahren, aufgefüllt und dann planiert. Da nun diese Möglichkeit verloren war, pochten die Eversburger wieder einmal auf den Anschluß an die städtische Müllentsorgung. Der Rat jedoch reagierte ablehnend, weil nicht genügend Müllwagen zur Verfügung stünden. Es wäre deshalb notwendig, den Eversburgern einen neuen Platz zur Müllagerung zuzuweisen.

Doch konnte sich der „VEREIN ZUR WAHRUNG DER BERECHTIGTEN INTERESSEN IN EVERSBURG“ mit diesem Gedanken nicht anfreunden. Wie am 25. April 1953 wiederum das OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtete, bestanden die Eversburger nicht nur auf den Anschluß an die städtische Müllabfuhr, sondern auch an die städtische Kanalisation. Es herrschte ein regelrechter Entsorgungsnotstand in Eversburg! Der Bürgerverein wollte eine Befragung durchführen, um diese zur Grundlage für Vorschläge an die Stadt zu machen.

Inzwischen weitete sich der Müllnotstand in Eversburg immer weiter aus. Am 23. Mai 1953 wußte das OSNABRÜCKER TAGEBLATT ZU BERICHTEN, daß sich in diesem Stadtteil die Müllberge türmten und von Abhilfe trotz vorhergehender Versprechungen nicht geredet werden konnte. Kritisiert wurde hier vor allem die Blindheit der Stadtverwaltung, die hätte erkennen müssen, daß die vorhandene Müllkuhle die Kapazitätsgrenzen erreicht hatte, um so für neue Möglichkeiten zu sorgen. Gefragt wurde nun, was die Eversburger tun sollten. Sollten sie ihren Müll vor den Haustüren aufschichten, wie es im Mittelalter praktiziert worden war? Nein, heimlich bei Nacht und Nebel wurde an entlegenen Eversburger Plätzen und am Rande des Heger Holzes der Müll abgeladen. Ein Bürger, der gesetzestreu bleiben und den Müll nicht irgendwo wild abkippen wollte, fragte in der Stadtverwaltung um Rat. Nachdem man ihn dort von Behörde zu Behörde geschickt hatte, wurden ihm Plätze in Hörne an der Feldstraße und im Fledder an der Schellenbergbrücke genannt. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT dazu:

„Da kann man nur noch sagen: Jetzt setz dich nieder! Will man den Eversburgern allen Ernstes zumuten, mit ihrem Handwagen Wege von mehreren Stunden Hin- und Rückweg zu machen, um ihren Müll loszuwerden, nachdem die Stadt selbst durch Anfahren von Schutt und Müll die Kuhle in Eversburg vorzeitig zugeschüttet hat? Das ist doch wohl mehr als ein unbilliges Verlangen, um es ganz gelinde auszudrücken. Hier muß umgehend etwas geschehen! Gerade jetzt in der warmen Jahreszeit kommt der Müllentfernung besondere Bedeutung zu. Die Eversburger warten, daß die maßgebende Behörde endlich handelt“.

Deponierungsprobleme

Zahlreiche Informationen enthält ein Artikel im NEUEN TAGEBLATT vom 19. September 1950. Dieser Bericht ist es wert, vollständig zitiert zu werden, nicht nur weil er deutlich macht, wie die Deponierungsprobleme aussahen:

„Statistiker haben ihre eigenen Sorgen. Da hat kürzlich jemand ausgerechnet, das von 213 Städten des Bundesgebietes 79 einen eigenen Fuhrpark unterhalten. Für diese Betriebe werden jährlich 8 Millionen Mark aufgewandt. Zwei Drittel dieser Millionen bringen die Fuhrparks selbst auf. 16 Millionen Mark gehen auf Konto Zuschuß. Die Einwohner der Städte mit eigenem Fuhrpark zahlen im Jahresdurchschnitt 80 Pfennig für die Beseitigung des Drecks. Der Transport von einem Kubikmeter Müll kostet rund 10 Mark. Osnabrück zählt zu den billigsten Städten der Bundesrepublik, denn hier wäre der Kubikmeter Müll schon für 3,40 weggeschafft.

Der städtische Fuhrpark in Osnabrück ist die Dienststelle mit den wenigsten Beamten. Sie hat überhaupt keine. Von den Arbeitskräften sind 3,6 Prozent Angestellte und der Rest Arbeiter. Ein Teil der Arbeiter gehört zu den ständigen Besatzungen der vier Müllwagen, die Tag für Tag bemüht sind, die in der Stadt anfallenden Überbleibsel wegzuschaffen. Zur Zeit fahren sie damit nach Hellern und auf das Gelände zwischen der verlängerten Martini- und Katharinenstraße.

Die in der Nachbarschaft von Müllabladepätzen wohnenden Bürger beschweren sich nicht immer zu Unrecht über den Gestank vor ihrem Schlafzimmersfenster. Der Fuhrpark hat dafür Verständnis. Er verspricht aber, daß dort, wo jetzt Müll abgeladen wird, in absehbarer Zeit schöne Grünflächen entstehen werden. Als Schadenersatz für den Gestank. Man könnte zwar noch weiter draußen vor den Stadtgrenzen Müllabladepätze schaffen, aber für alle zehn Kilometer mehr Entfernung müssen jährlich 20.000 Mark mehr Kosten aufgebracht werden; für diese Summen kann man schon etwas Geruch in Kauf nehmen.

Fuhrparks sind fast immer das Stiefkind der kommunalen Verwaltung. Sie rangieren in der Dringlichkeitsliste des Stadtkämmerers meistens unter „ferner liefen“. Was würde aber, wenn die Müllonkels den Müll einfach auf dem Domplatz abladen würden? In einem Jahr wäre dort ein 6,20 Meter hoher Berg entstanden. In acht Jahren wäre von den Türmen des Domes nichts mehr zu sehen. Dafür läge im Herzen der Stadt eine riesige Müllhalde - gar nicht auszu-denken.

Ganz grob gerechnet „produziert“ jeder Einwohner unserer Stadt beinahe fünf Zentner Müll im Jahr. Die Männer am Müllwagen müssen sich also im Laufe eines Jahres mit 500.000 Zentner Müll herumschlagen. Angenehm ist die Ar-

beit nicht, schließlich hat Osnabrück ja als Ausnahme unter vielen anderen Städten des Bundesgebiets noch keine staubfreie Müllabfuhr. Osnabrück hat nicht einmal überall vorschriftsmäßige Mülleimer. Wenn es nachts geregnet hat, fallen den Müllabfuhrleuten die Pappkartons in der Hand auseinander. Oder sie schneiden sich an kaputten Marmeladeneimern die Hände entzwei. Von dem Staub, den sie täglich einatmen, gar nicht zu reden.

Es ist übrigens nicht alles Dreck, was die Müllwagen aus der Stadt hinaus schaffen. Findige Leute haben jetzt ausgetüftelt, daß mit dem Osnabrücker Müll wöchentlich acht bis zwölf Tonnen verwertbaren Materials weggeworfen werden. Altwarenhändler sollen in Zukunft diese Werte sicherstellen. Mit einer entsprechenden Gewinnbeteiligung der Stadt vermutlich.

Geeignete Müllabladestellen sind genauso knapp wie der Zucker. Die bisherigen Plätze werden bald nicht mehr aufnahmefähig sein. Die Stadtväter müssen



Auf dem Abladeplatz in Hellern neben Hof Grumke türmen sich die Restbestände der Großstadt.

sich dann den Kopf darüber zerbrechen, wo sie mit dem Dreck einer ganzen Großstadt bleiben wollen.

Der kleine Bruder der Müllabfuhr ist die Straßenreinigung. Rund zwei Dutzend Männer halten zur Zeit mit Besen und Schaufel die 80 Kilometer Straßen unserer Stadt sauber. Immer ein Oberkehrer mit vier Mann je zehn Kilometer pro Tag. Das Straßenkehren geht genau nach Fahrplan. Dieser Plan liegt beim Leiter des Fuhrparks und besagt, daß Kolonne X um 7.00 Uhr an der Ecke Katharinenstraße und Augustenburger Straße zu kehren anfängt, 950 Meter Augustenburger Straße fegt, nach links abbiegt und genau 8.25 Uhr an irgendeiner bestimmten Ecke sein muß. Nach den Wochenmärkten ist Großeinsatz der Straßenfeger auf den jeweiligen Marktplätzen. So nebenbei dürfen die Männer vom Fuhrpark noch die verbotenerweise angeklebten Plakate abkratzen und sich dafür mit Knüppeln bedrohen lassen.

In anderen Großstädten werden die Straßen mit einer automatischen Straßenkehrmaschine gefegt. Für Osnabrück ist eine solche Maschine auch schon einmal vom Rat bewilligt worden. Angeschafft wird sie allerdings erst, wenn der Kämmerer Geld hat. Gott weiß, wann das sein wird.“

Auch in Osnabrück gab es die sogenannten „Naturforscher“, wie die NEUE TAGESPOST am 20. April 1951 berichtet. Um ihr bescheidenes Einkommen aufzubessern, durchstöberten Menschen die Müllkippen in Voxtrup und in Hellern nach verwertbarem Material. Eine Tagesausbeute: 1 Kilo Kupfer, 1 Kilo Blei, etwas Messing und ein paar Lumpen. Wäre in dieser Zeit das Altmetall nicht hoch gehandelt worden, hätte sich das Suchen nicht gelohnt.

Nahner Probleme

Im Juli 1954 wurden Klagen der Nahner Bürger laut, die sich über den Gestank des am Paradiesweg gelegenen Müllabladeplatz im alten Steinbruch beschwerten. Dieser Abladeplatz wurde vorwiegend von der Osnabrücker Müllabfuhr angefahren. Dabei brach sie eine Vereinbarung, die besagte, die Müllabfuhr in der Zeit vom 31.05. bis zum 1.10. einzustellen. Der Nahner Bürgermeister wollte sofort Schritte gegen die Stadt Osnabrück unternehmen⁸⁹.

⁸⁹NTP, 05.07.1954

Der Osnabrücker Müllkrieg

Am 4. November 1953 wurde in der NEUEN TAGESPOST der Beschluß des Osnabrücker Stadtrates mitgeteilt, die staubfreie Müllabfuhr für das gesamte Stadtgebiet einzuführen:

„Der Beschluß über die Einführung der staubfreien Müllabfuhr wurde dann einstimmig vom Rat angenommen. Er besagt, daß diese neue Müllabfuhr ab 1. Dezember 1953 straßen- oder bezirkweise nach einer von der Stadtverwaltung noch festzulegenden Reihenfolge durchgeführt werden soll. Für die so aufgerufenen Straßen und Bezirke ist ein einheitlicher, 35 Liter fassender Spezial-Mülleimer mit seitlichen Griffen und Deckelgriff oder Bügel vorgeschrieben. Gewerbebetriebe und größere Haushaltungen können einen typengleichen Mülleimer von 50 l Fassungsvermögen verwenden“.

Vorausgegangen war eine Diskussion um die sozialen Folgen der Einführung der staubfreien Müllabfuhr, nachdem die positiven Eigenschaften allgemein begrüßt worden waren. Immerhin kostete der Eimer 16 Mark, nicht 15, wie in einem früheren Bericht angekündigt worden war⁹⁰, und das bedeutete für viele Bürger, besonders für Rentner und Wohlfahrtsempfänger, eine besondere Härte. Aus diesem Grund wurde auf der Ratssitzung angeregt, eine Ratenzahlung und Zuschüsse einzuführen.

Zum 1. Dezember konnte die staubfreie Müllabfuhr offensichtlich aus technischen Gründen (die Müllwagen waren noch nicht umgerüstet) doch noch nicht beginnen. Wie aus einer Kurznotiz des OSNABRÜCKER TAGEBLATTS hervorgeht, wurde die Einführung auf den 1. März 1954 verlegt⁹¹. Hierbei wurde dringend darauf hingewiesen, daß die genormten Mülleimer beschafft werden sollten, da jegliche andere Gefäße nicht mehr geleert werden konnten.

Nicht nur das Problem der Bezahlung der neuen Mülleimer, auch deren Größe und somit stattliches Gewicht im gefüllten Zustand, brachte die Bürger auf die Barrikaden, das Wort vom Müllkrieg machte die Runde.

„Wer soll das bezahlen? Der Rat der Stadt hat die staubfreie Müllabfuhr beschlossen und dementsprechend das Ortsstatut verändert. In öffentlicher Bekanntmachung sind jene Straßen aufgeführt worden, in denen am 1.

⁹⁰ s. o.

⁹¹ OT, 04.02.1954

März - also am Montag - die staubfreie Müllabfuhr zuerst eingeführt wird. Soweit ist alles rechtens und in Ordnung. Es läßt sich auch nichts dagegen einwenden, daß eine staubfreie Müllabfuhr aus Gründen der Hygiene erforderlich erscheint, was auch allseitig ohne weiteres anerkannt und unterstellt wird.

Aber es ist nicht in Ordnung, daß man sich um die Voraussetzungen zur Durchführung einfach nicht kümmert und so die Bürgerschaft durch einen Beschluß zu einer Sache zwingen will, von der sie nicht weiß, wie sie damit fertig werden soll. Hierher gehört zunächst die Frage nach der Beschaffung dieser teuren Eimer, nachdem die meisten Einwohner durchweg erst im vorigen Jahre einen neuen Mülleimer gekauft haben, damit die Marmeladeneimer und Kartons aus dem Stadtbild verschwinden konnten. Wo ist die Stelle, an die sich solche Einwohner wenden können, denen der Kauf eines neuen Mülleimers für 16,60 DM finanziell nicht möglich ist, und zwar auch dann nicht möglich ist, wenn sie ihn in kleinen Raten abzahlen können? Es sind ihrer nicht wenige in unserer Stadt, die als Ausgebombte, Kriegsbeschädigte, Rentner, Kriegerwitwen, Flüchtlinge oder Arbeitslose Not leiden und sich an der Befolgung der durch den Ratsbeschluß ausgelösten Anordnungen durch diese ihre Notlage verhindern sehen. An welche städtische Stelle - um es nochmals zu sagen - können sie sich wenden, um den alten Mülleimer gegen einen neuen ohne Mehrzahlung umzutauschen?

Wer soll die schweren Mülleimer tragen? Es ist dies eine Frage, die weitaus mehr als die Hälfte der Bürgerschaft bewegt. Es handelt sich hier um ältere Frauen und Männer oder um Witwen mit Kindern, die sich rein kräftemäßig außerstande sehen, diese schweren und ungefügen Mülleimer, die gefüllt sicher ein Gewicht von 60 oder 70 Pfund haben werden, auf die Straße schaffen! Es wurde an dieser Stelle schon einmal einer Leseräußerung Platz gegeben, in der verlangt wurde, die städtische Müllabfuhr möge ein Vorkommando (und wenn auch gebührenpflichtig!) schicken, um die schweren Eimer auf die Straße zu transportieren.

Bis heute hat sich in dieser Sache nichts gerührt, und so werden sich am Montag alte Frauen und kränkliche Männer mit diesen Eimern abquälen. Ein Leser regte sogar an, man möge nach dem ersten, erfolgreich bestandenem Jahr der staubfreien Müllabfuhr die Zahlen der in den Osnabrücker Krankenhäusern vorgenommenen Bruchoperationen mit denen des Vorjahres vergleichen, um die „Wirkung“ der staubfreien Müllabfuhr in dieser Richtung zu registrieren. Es muß ein leichtes sein, mit Hilfe von Arbeitslosen oder Notstandsarbeitern ein solches Vorkommando einzurichten und mit ihm eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Durchführung der staubfreien Müllabfuhr zu schaffen!

Wohin mit den alten Mülleimern? Immer wieder wird gefragt, was mit ihnen geschehen soll! Die Bürgerschaft erwartet zumindest - soweit sie sich von ihnen befreien will - daß die Müllabfuhr diese alten Eimer mitnimmt.

‘Und dabei handelt es sich nicht einmal um eine staubfreie Müllabfuhr!’ äußerte ein Leser. ‘Stauben wird es auch bei dieser Art Müllabfuhr, es sei denn, es regnet gerade.’ Als einzige echte staubfreie Müllabfuhr bezeichnete er die Abholung der vollen Mülltonnen und ihren Ersatz durch leere.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Einführung am 1. März abwickelt. Jedenfalls steht fest, daß die staubfreie Müllabfuhr bei allen Osnabrückern gewaltigen Staub aufgewirbelt hat, von dem man nicht weiß, ob er sich rechtzeitig setzen wird. In der Bekanntmachung der Stadtverwaltung hieß es schon, die alten Mülleimer könnten nicht entleert werden, weil dies der inzwischen erfolgte Umbau der Müllwagen nicht zulasse. Da gibt es nun allerlei Bürger, die da sagen: 'Wenn unsere alten Mülleimer nicht abgeholt werden, kippen wir den Dreck auf die Straße!' Es finden sich auch Leute, die sich ihrer alten Mülleimer entledigt wissen wollen, indem sie diese vor das Rathaus stellen. Soweit ersichtlich, scheinen noch nicht allzuviel neue Mülleimer gekauft worden zu sein...

Mag es hier einerseits um die Beantwortung der Frage gehen, ob der Rat Beschlüsse fassen und deren Durchführung von der Bürgerschaft verlangen kann, wenn er nicht die unabdingbar notwendigen Voraussetzungen schafft, so erscheint jedoch andererseits dringlicher, und wichtiger, daß - wenn schon einmal die staubfreie Müllabfuhr durchgeführt werden soll - der Rat den minderbemittelten Kreisen der Stadt zu einem neuen Mülleimer verhilft und schleunigst an die Erstellung eines Vorkommandos geht, das die schweren Mülleimer auf die Straße trägt, wenn man aus Gründen der Kosten schon nicht stadteigene Mülleimer erstellen kann, wie es in anderen Städten üblich ist.

Hier muß etwas geschehen, und zwar sofort! Denn was nützt eine staubfreie Müllabfuhr, wenn sie in der Stadt so viel Staub aufwirbelt und gar zum - Müllkrieg zwischen Rat und Brgerschaft führt?!"⁹²

Scheinbar unberührt von der Aufregung in der Osnabrücker Bevölkerung teilte der städtische Fuhrpark am selben Tag im OSNABRÜCKER TAGEBLATT mit, daß die Einführung der staubfreien Müllabfuhr zum 1. März d. J. planmäßig verlief. Die einschlägigen Fachgeschäfte hätten die neuen Mülleimer verkauft, und es bestünde noch die Gelegenheit, am selben Tage das neue, genormte Müllgefäß zu erstehen. Die alten Mülleimer könnten, wie schon mehrfach der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden war, nicht mehr geleert werden.

Die ganze Aufregung um die Einführung der staubfreien Müllabfuhr in Osnabrück inspirierte eine Leser des OSNABRÜCKER TAGEBLATTS sogar zu einer Ballade:

⁹²OT, 27.02.1954

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Einführung am 1. März abwickelt. Jedenfalls steht fest, daß die staubfreie Müllabfuhr bei allen Osnabrückern gewaltigen Staub aufgewirbelt hat, von dem man nicht weiß, ob er sich rechtzeitig setzen wird. In der Bekanntmachung der Stadtverwaltung hieß es schon, die alten Mülleimer könnten nicht entleert werden, weil dies der inzwischen erfolgte Umbau der Müllwagen nicht zulasse. Da gibt es nun allerlei Bürger, die da sagen: 'Wenn unsere alten Mülleimer nicht abgeholt werden, kippen wir den Dreck auf die Straße!' Es finden sich auch Leute, die sich ihrer alten Mülleimer entledigt wissen wollen, indem sie diese vor das Rathaus stellen. Soweit ersichtlich, scheinen noch nicht allzuviel neue Mülleimer gekauft worden zu sein...

Mag es hier einerseits um die Beantwortung der Frage gehen, ob der Rat Beschlüsse fassen und deren Durchführung von der Bürgerschaft verlangen kann, wenn er nicht die unabdingbar notwendigen Voraussetzungen schafft, so erscheint jedoch andererseits dringlicher, und wichtiger, daß - wenn schon einmal die staubfreie Müllabfuhr durchgeführt werden soll - der Rat den minderbemittelten Kreisen der Stadt zu einem neuen Mülleimer verhilft und schleunigst an die Erstellung eines Vorkommandos geht, das die schweren Mülleimer auf die Straße trägt, wenn man aus Gründen der Kosten schon nicht stadteigene Mülleimer erstellen kann, wie es in anderen Städten üblich ist.

Hier muß etwas geschehen, und zwar sofort! Denn was nützt eine staubfreie Müllabfuhr, wenn sie in der Stadt so viel Staub aufwirbelt und gar zum Müllkrieg zwischen Rat und Bürgerschaft führt?!"⁹²

Scheinbar unberührt von der Aufregung in der Osnabrücker Bevölkerung teilte der städtische Fuhrpark am selben Tag im OSNABRÜCKER TAGEBLATT mit, daß die Einführung der staubfreien Müllabfuhr zum 1. März d. J. planmäßig verlief. Die einschlägigen Fachgeschäfte hätten die neuen Mülleimer verkauft, und es bestünde noch die Gelegenheit, am selben Tage das neue, genormte Müllgefäß zu erstehen. Die alten Mülleimer könnten, wie schon mehrfach der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden war, nicht mehr geleert werden.

Die ganze Aufregung um die Einführung der staubfreien Müllabfuhr in Osnabrück inspirierte eine Leser des OSNABRÜCKER TAGEBLATTS sogar zu einer Ballade:

⁹²OT, 27.02.1954

Mülleimerballade

„Welch hohe Tonnen stehen auf den Straßen
welch neue Kübel füllen die Gassen?“

„Das ist die staubfreie Müllabfuhr.
Vom neuen Kurs ahnst du keine Spur.“

„Sind das die Tonnen, so oftmals besungen,
von deren Güte der Rat durchdrungen,
die Segen jetzt vielen Händlern spenden,
vor allem den Bürgern an allen Enden?

Die Tonnen, die frühere Eimer verdrängen,
so viele auch innig an ihnen hängen?“

„Die Eimer, vor zwei, drei Jahren gekauft,
ein Narr, wer um die sich die Haare rauft!
Der tut mit nur leid, der kann nicht verstehen,
daß Neues im Wandel der Zeit muß geschehen.“

„Wenn aber nun in zwei, drei Jahren
wir wieder von andern Großstädten erfahren,
daß dort auf den Höfen Mülltonnen stehen,
zu denen mühelos immer kann gehen,
um seinen Abfall hinabzutragen
ganz nach Behagen an allen Tagen?
Und staubfrei ergießen die Tonnen sich auch
in eines Wagens Riesenbauch.

Ich bin, muß ich sagen, schon alle Zeit
auf die Hoftonnen-Städte blaß vor Neid.“

„Dafür sorgt der Mülleimer-Sparverein.
Wir laden zum Beitritt dich herzlich ein.

Bis die Hofmülltonnen-Idee hier siegt,
dein Geld bei uns gut in Verwahrung liegt.“

„Für die Hofmülltonnen will gern ich sparen.
Doch wer wird so lang uns vor Unfall bewahren?

Manch Mütterlein alt und sehr gebrechlich
ist doch zum Tragen der Tonnen zu schwächlich.“

„Dafür sorgt der Mülleimer-Unfallverein.
Wir laden zum Beitritt dich herzlich ein.

Auch ging schon eine Verordnung hinaus:
Ein Mülleimer-Obmann für jedes Haus!

Froh sei zu staubfreiem Anfang bereit!
In einer Minute ist es soweit.“

RCAW¹

Die Aufregung erreichte ihren Höhepunkt, als der erste Tag der staubfreien Müllabfuhr gekommen war. Wie angekündigt, wurden nur die neuen, genormten Mülltonnen geleert. Dies, so wurde geschätzt, waren höchstens 40 Prozent der an die Straßen gestellten Müllgefäße. Die Müllmänner ließen sich nicht beeindrucken; auch als eine alte Frau ihnen anbot, ihren alten Mülleimer in eine neue umzufüllen, lehnten sie diesen Kompromiß ab: die Stadtverwaltung schien auf Konfliktkurs zu gehen. Die Osna-brücker reagierten empört. Und es war ein Wunder, daß nur einer seinem Ärger Luft machte und den Inhalt seiner Mülltonne auf der Straße verstreute.

¹OT, 02.03.1954

Der Leiter des städtischen Fuhrparks erklärte auf Befragen, er könne sich ein vom OSNABRÜCKER TAGEBLATT vorgeschlagenes Vorkommando vorstellen, welches die schweren neuen Mülltonnen aus den Häusern an die Straßen bringt. Hier wären etwa 12 Mann erforderlich. Jedoch würde dies erhebliche Mehrkosten für die städtische Müllabfuhr bedeuten, die dann auf die Gebühren umgelegt werden müßten². Unterdessen wiesen auch Rechtsanwälte darauf hin, daß das Stehenlassen der Mülleimer seitens des städtischen Fuhrparks einen Rechtsbruch bedeuten könnte, denn die Stadt wäre durch den Einzug von Gebühren zur Gegenleistung, nämlich zur Abholung des Mülls verpflichtet, egal, in welchen Behältern dieser an der Straße stünde³.

Immer wieder wurde in der kritischen und von starken Emotionen gefärbten Berichterstattung klargestellt, daß sich die Bürgerschaft nicht gegen die Einführung der staubfreien Müllabfuhr an sich widersetzen wollten, sondern es ging um die vom Rat beschlossene Form, die für viele eine soziale Härte bedeutete.

So wurde dann auch einen Tag später, am 4. März 1954, wiederum im OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtet, daß es wirklich vor allem die sozial Schwachen waren, die Proteste formulierten: Rentner, Arbeitslose, Flüchtlinge etc.. Alte und Kranke wiesen immer wieder darauf hin, daß ihnen die neuen Tonnen einfach zu schwer wären.

„Auf Anfrage bei der zuständigen Behörde erfahren wir, daß der Rat in einer nichtöffentlichen Sitzung beschlossen hat, Minderbemittelten, die auf dem Wohlfahrtsamt ihre Bedürftigkeit nachweisen, einen Gutschein über 10 D-Mark auszuhändigen, den sie beim Einzelhandel als Anzahlung auf einen Mülleimer in Zahlung geben können. Der Rest kann dann in kleinen Raten abbezahlt werden. ... Der Müllabfuhr angeschlossene Familien, die nicht unter diesen Kreis fallen, jedoch die volle Summe für einen neuen Mülleimer nicht ohne weiters aufbringen können, erhalten ihn beim Einzelhandel auch auf kleine Ratenzahlung. Damit wäre eine der größten Sorgen der Bürgerschaft immerhin aus der Welt geschafft, wenn auch den meisten die Bindung an Raten gewiß wenig willkommen ist.“⁴

Langsam, aber umso sicherer, glätteten sich die Wogen der Entrüstung und machten der großstädtischen Normalität wieder Platz. So schrieb das OSNABRÜCKER TAGEBLATT bereits am 11. März 1954:

²OT, 02.03.1954

³OT, 03.03.1954

⁴OT, 04.03.1954

„Die dichten Staubwolken, die durch die Einführung der staubfreien Müllabfuhr in den ersten Tagen aufgewirbelt wurden, haben sich ein wenig verzogen. In manchen Straßen, wo die Anlieger sich inzwischen mit den neuen Müllgefäßen versorgt haben, klappt es jetzt leidlich. Vor allem für die Arbeiter der Müllabfuhr bedeutet die Neuerung eine erhebliche Verbesserung. Wer beobachten konnte, in welchem Abfalldunst und Staub sich diese Männer früher beim Entleeren der Eimer bewegen mußten, wird verstehen, daß sie die Einführung der staubfreien Müllabfuhr ganz besonders begrüßt haben. Aber auch im Sinne einer Förderung der allgemeinen Hygiene in der Stadt ist diese Lösung durchaus ein Fortschritt, nicht zuletzt im Hinblick auf die kommende warme Jahreszeit. Noch immer aber bleibt für viele alte, invalide, kranke und schwerbeschädigte Osnabrücker die Frage, wie sie die schweren Eimer auf die Straße hinaus schaffen sollen. Die Möglichkeit, ein Vorkommando einzusetzen, das diese Arbeiten übernimmt, wurde grundsätzlich bejaht. Man sollte also die Durchführung überprüfen und feststellen, wieweit in der Bevölkerung ein Bedürfnis zum Einsatz eines derartigen Vorkommandos besteht. Allerdings müßte eine solche Maßnahme bald erfolgen!“,

Mit diesen doch eher versöhnlichen Tönen war das Ende des „Müllkriegs“ gekommen, bevor er eigentlich richtig angefangen hatte.

Die Müllprobleme nehmen nicht ab

Mit der Einführung der staubfreien Müllabfuhr kam es zu weiteren Problemen, die anfangs nicht erkannt worden waren: Nahmen früher die Müllmänner im Rahmen der normalen Hausmüllabfuhr auch sperrige Gegenstände mit, ließ sie diese nach der Umstellung liegen. Die Stadt äußerte dazu, daß auch solche Dinge mitgenommen würden, wenn sie den Mülladern „in die Hand gegeben“ würden. Dies wäre natürlich in der Praxis unsinnig, denn wer würde sich schon mit seinem Müll an die Straße stellen, und das womöglich längere Zeit, um auf die Müllabfuhr zu warten. Die Folgen stellten sich dann auch gleich ein: Es entstanden überall wilde Müllkippen, sogar an bewohnten Straßen wie etwa der Gellertstraße, die durch ihren schlechten Zustand

⁵OT, 11.03.1954

zum Müllabladen geradezu einlud. Mit der Verordnung des „Müll-in-die-Hand-Gebens“ förderte die Stadt nach Ansicht der Zeitung diese Zustände⁶.



BÜRGER SKUBERN den Rand eines Ausflugspfades von allerlei Unrat und Müll.
Aufnahme: F e n d e r

Abb. 18: Oft mußten und müssen die Bürger zur Selbsthilfe greifen: Osnabrücker Tageblatt, 14. April 1966

Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war es der Stadt Osnabrück noch nicht gelungen, ein sauberes Stadtbild zu gewinnen⁷. Dies lag z. T. natürlich daran, daß die finanziellen Mittel für eine Effektivierung des Fuhrparks, insbesondere der Straßenreinigungsabteilung, nicht ausreichten. Wie z. B. sollte die eine vorhandene Kehrmaschine ausreichen, die Stadtstraßen zu reinigen. Also waren auch die Bürger gefordert. Es würde, so wurde argumentiert, niemandem ein Stein aus der Krone fallen, wenn er gelegentlich mal den Besen in die Hand nähme und den Bürgersteig und die Straße vor seinem Hause fegte. Und der Straßenkehrer würde natürlich nicht in die Gosse gehören, was scheinbar viele annahmen, sondern wäre ordnungsgemäß zu entsorgen. Und nicht, wie ein Hausbesitzer neulich Papier auf seinem Grundstück aufblas, um es dann auf die Straße zu werfen. Auch würden die Ruinen und Baulücken

⁶OT, 22.10.1954

⁷OT, 22.06.1955

an den Geschäftsstraßen einen sehr nachteiligen Eindruck machen, besonders weil sie als wilde Müllkippen gerne von Bürgern benutzt würden. Ein einfacher Bretterzaun vor diesen Grundstücken würde schon eine bedeutende Verbesserung bedeuten.

Doch nicht nur hier, auch zwischen der aufgelockerten Bebauung in den äußeren Stadtgebieten, würden müllmäßig Zustände herrschen, die jeder Beschreibung spotteten. Und das sogar am Westerberg am Schlehenbusch, wo der Müll den Hang empor kroch und sich anschickte, den Edinghäuser Weg zu überqueren. Nein, hier mußte dringend Abhilfe geschaffen werden, denn das Stadtbild ist die Visitenkarte einer jeden Stadt!

Im September 1955⁸ fand eine Versammlung der INTERESSENGEMEINSCHAFT SCHINKEL-OST statt, auf der ein Anschluß des östlichen Bereichs ab Heiligenweg an die städtische Müllabfuhr gefordert wurde. Selbst die kleineren Gemeinden im Umland könnten mit einer geordneten Müllabfuhr aufwarten und blieben daher sauberer. Der Einwand, der städtische Fuhrpark verfüge über zu wenige Müllfahrzeuge, wurde nicht akzeptiert; schließlich würde es sich nur um einige wenige Straßen handeln, die hinzukommen würden. Die Zeit würde drängen, weil die meisten Bombentrichter im Stadtteilgebiet schon mit Müll verfüllt worden waren.

Im selben Jahr wurde die Einstellung der Müllabfuhr am Riedenbach in Nahne verfügt⁹: Man müßte mit den Nachbargemeinden über eine gemeinsame Müllabfuhr verhandeln. Zwischenzeitlich sollte ein Platz am Brökerberg für die Müllablagerung zur Verfügung gestellt werden.

Am 13. August 1956 berichtete ein Leser der NEUEN TAGESPOST über den Zustand der Pagenstecherstraße. Zwar könnte man diese Straße noch nicht als eine solche bezeichnen und würde eher ihren vormaligen Namen „Bullenweg“ verdienen und deshalb käme auch so etwas wie Verständnis auf, wenn hier die Bürger meinten, ihren Müll einfach abladen zu dürfen. Dennoch müßten Mittel und Wege gefunden werden, diesen Zustand zu unterbinden, zumal dieser Weg gern als Spazierweg genutzt würde.

⁸OT, 30.09.1955

⁹NTP, 19.12.1955

Diese Zustände herrschten jedoch nicht nur an der Pagenstecherstraße. Auch andere Straßen und Wege waren davon betroffen, wie auch die Grünanlagen, wie die NEUE TAGESPOST zu berichten wußte¹⁰. Hier mußte ein gewisses Unverständnis aufkommen, verhielten sich die Bürger doch gerade dann so daneben, wenn Papierkörbe in der Nähe waren. Außerdem kam es vor, daß in den Papierkörben Dinge lagen, die da nicht hinein gehörten. Das schien dem Kommentator aber immerhin besser zu sein, als diese einfach in die Anlagen zu werfen.

In einer Reportage des OSNABRÜCKER TAGEBLATTS vom 18. Januar 1958 wurde die Arbeit der Müllmänner in den 1950er Jahren vorgestellt. Hier wird deutlich, wie schwer die Arbeit für die Müllarbeiter war. Ca. 400 Mülltonnen täglich hatte so ein Müllmann zu bewältigen. Und wir erinnern uns, daß die Mülltonnen mit teilweise über 30 Kilogramm Gewicht vielen Bürgern zu schwer waren. Viele waren deshalb schon vor dem offiziellen Rentenalter von 65 Jahren „kaputt“. Häufigste Folge: Wirbelsäulenverschleiß. Den Inhalt von etwa 420 Mülltonnen (etwa 10 Kubikmeter) konnte ein Müllwagen aufnehmen. War er voll, was etwa nach zwei Stunden der Fall war, ging es nach Hellern in die Tongruben, wo der Abladeplatz lag. Unter heftiger Staubentwicklung wurde hier der Inhalt des Müllwagens abgekippt und dann von einer Raupe zurechtgeschoben, nachdem eine konzessionierte Firma den Haufen nach verwertbaren Altmaterialien durchsucht hatte.

Auf das wilde Müllabkippen reagierte die Stadtverwaltung im März 1960 mit dem Angebot einer regelmäßigen Sperrmüllabfuhr. Einmal im Monat sollte diese durchgeführt werden, erklärte die Stadt in einer Pressekonferenz¹¹. Vorher sollten sich die Interessenten jedoch telefonisch oder per Postkarte beim städtischen Fuhrpark melden.

Trotz dieser für die Stadt erfreulichen Entwicklung wurden wiederholt Klagen über das wilde Abkippen von Müll, wie zum Beispiel in den umliegenden Wäldern, laut - und dies ist ja bis auf den heutigen Tag so geblieben, wenn man zur Kenntnis nimmt, wie oft von Vereinen, Verbänden, Schulen etc. Säuberungsaktionen vorgenommen

¹⁰NTP, 16.08.1957

¹¹NTP, 30.03.1960

werden. 1960 beliefen sich die Kosten für die Reinigung der öffentlichen Anlagen auf 30.000 Mark¹².

Am 19. November 1960 stellte die Neue Tagespost die Frage: „Geht es uns zu gut?“

„Mit dem Wohlstand wächst der Müll

Sie sagen Müll ist Abfall, und über Abfall kann man nur die Nase rümpfen? Vielleicht werden Sie am Schluß dieser Reportage aber doch nachdenklich sein oder auch verstehen, daß die Beseitigung des Abfalls in einer Großstadt ein Problem ist. Ein 'brennendes Problem', sagen die Fachleute, all-dieweil man anderorts mit Verbrennungsanlagen experimentiert. Wir Osnabrücker können getrost die Kinderkrankheiten dieser neuen Anlagen auskurieren lassen. Vorläufig haben wir noch Löcher genug, in die unsere Müllwagen sich entleeren können. Die riesige Kuhle in Hellern z. B. kann noch ein ganzes Jahr lang den Osnabrücker Müll aufnehmen. Und einen anderen Platz hat man schon in Aussicht, um den Abfall aus der Welt schaffen zu können.

Dieser Abfall sieht heute anders aus als vor 15 Jahren. Die Zivilisation und der Wohlstand bescherten uns hygienische Verpackungen, Einwegflaschen und Konservendosen. Daraußen in Hellern, wo die acht bis zehn Müllwagen, die täglich in der Stadt kreisen, ihre Endstation haben, sah ich, wie weit wir es gebracht haben. Und nun werden Sie vielleicht schon nachdenklich: 70 bis 80 Zentner Brot stecken täglich in den Mülleimern, die wir Osnabrücker an die Straße stellen. Brot, das von unsren Tischen fiel, Brot, um das wir beteten. Und keiner soll da sein, dem wir dieses Brot hätten anbieten können? Werden wirklich alle unsere Nachbarn satt? Täglich?¹³

Doch es gab auch Leute, die dem Müll noch etwas abgewinnen wollten. Frauen und Männer durchwühlten auf der Müllkippe Hellern die Abfälle nach Brauch- und Wertbarem. Eine Goldgräberei war dieser Job sicherlich nicht, doch so mancher Pfennig ließ sich mit dem Altmaterial erwirtschaften, und „100 Pfennige sind eine Mark“, wie der Autor mit überraschender Scharfsinnigkeit feststellte.

Sperrmüll wurde ja laut Ratsbeschluß kostenlos abgeholt: Postkarte genügte. Und um das schöne Straßenbild nicht zu stören, durften die Leute ihren Müll im Keller lassen, von wo er dann von den Müllarbeitern zum Wagen gebracht wurde. Oder erhofften sich die Müllwerker bei ihrer Arbeit das eine oder andere schöne Schnäppchen?

¹²OT, 19.05.1960

¹³NTP, 19.11.1960

Und hatte die Deponie in Hellern nicht auch ihr Gutes? Wo Müll abgeladen wurde, sproß schon Gras, aus Sumpf wurde passabler Wiesengrund. Hierher konnte nun der Osnabrücker Zoo sein Grünfutter beziehen.

Als später das Gelände bebaut werden sollte, kam es zu einem gerichtlich verfügten Baustopp: Der Boden war vergiftet...

Der Bericht schloß:

„Eines Tages wird Osnabrück allerdings auch vor der Frage stehen: Wohin nun mit dem Müll? Verbrennen, wie das andere Städte machen? Das erfordert kostspielige Anlagen, und außerdem bleibt immer noch ein ahnsehnlcher Rest, der nicht zu Rauch und Asche wird. 'Abwarten', sagte man mir im Fuhrpark an der Jahnstraße, 'vielleicht arbeiten in ein paar Jahren die Anlagen besser als heute.'“

Bis dahin wird der Müllabfall sicher weiter steigen. Vielleicht auf das Doppelte. Hoffentlich geht's uns dann nicht so gut, daß die Anlagen mit dem Müll täglich 150 Zentner Brot verbrennen...

Rudolf Schachtebeck“

Dieser Bericht stellte klar, daß es in Osnabrück eine gut funktionierende Müllabfuhr gab. Einige Zeitgenossen schienen dies jedoch nicht gemerkt zu haben. In Wort und Bild berichtete das OSNABRÜCKER TAGEBLATT über wilde Müllablagerungen wie z.B. am Westerberg¹⁴. Dabei wurde sogar ein Schild mit dem Hinweis „Schuttabladen verboten!“ umgeknickt, um so das „*schmutzige Handwerk zu legalisieren*“, so das Blatt.

Obwohl Osnabrück mit der Müllgrube in Hellern noch Kapazitäten frei hatte und dementsprechend im Vergleich mit anderen Städten relativ sorgenfrei in die nähere Zukunft blicken konnte, kam doch schon die Frage nach der zukünftigen Müll“beseitigung“ auf. So gestellt von der SPD an die Stadtverwaltung im Frühjahr 1963¹⁵. Senator CROMME antwortete darauf, daß die derzeitigen Deponierungsmöglichkeiten noch für etwa acht Jahre ausreichten. Für die weitere Zukunft müßte man eine Müllverbrennung und -kompostierung in Betracht ziehen. Dabei wollte man die Erfahrungen anderer Städte verfolgen und in die eigene Planung mit einbeziehen.

¹⁴OT, 10.01.1961. Bilder müssen bestellt werden! Desgleichen auch im OT vom 05.06.1962, Bilder als Fotokopie können hier nicht bewertet werden; Original muß im Staatsarchiv eingesehen werden.

¹⁵OT, 13.03.1963

Müll in Schinkel

Im Herbst 1965¹⁶ erschien ein großer Artikel Über den Schinkelwald, und zwar im negativen Sinne: Dieser Wald wurde von vielen als Müllkippe benutzt und befand sich in einem Zustand, der Erholungssuchenden nicht mehr zuzumuten war. Dies wurde ganz klar artikuliert vom Schinkeler Ratsmitglied HEINRICH RAABE, der der Stadt Osnabrück Nachlässigkeit und Bevorzugung anderer Gebiete, etwa Schölerberg, vorwarf. Doch ganz so einfach stellte sich die Sachlage für die Stadtverwaltung nicht dar. Zum einen war nur ein kleiner Teil des Schinkel-Waldes in ihrem Besitz, nämlich der Streifen zwischen der Bushaltestelle Bremer Straße/Widukindland und der unterhalb liegenden Schule bzw. dem katholischen Kindergarten. Die anderen, größeren Bereiche gehörten verschiedenen Landwirten. Zum anderen wollte die Stadt kein Beispiel setzen, indem sie den fraglos illegal abgekippten Müll einsammelte und abfuhr. Dies, so argumentierte man, würde weitere Bürger animieren, es den Müllfrevlern gleichzutun. Den Müll könnte man einfach irgendwo abkippen und die Stadt würde es schon richten.

„Ist der Stadt mithin die Verantwortung abzusprechen und ihre von vielen gewünschte Initiative auf privatem Grund ein recht ungehörliches Verlangen, so bleibt zu fragen, wer die Heilbehandlung des Walsstücks noch betreiben könnte. Da bieten sich zuerst einmal die Eigentümer selbst an, denn es erscheint recht und billig, wenn jeder seine ihm gehörende Scholle mit eigener Hand säubert. Aber kann den Landwirten zugemutet werden, auch von fremder Hand verstreuten Unrat fortwährend selbst aus dem eigenen Forst zu karren? Man muß ihnen immerhin schon zugute halten, daß sie ihren Landbesitz überhaupt der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Wahrscheinlich wäre es für sie angenehmer, Schilder mit der Inschrift aufzustellen: 'Privatbesitz. Durchgang verboten.'“

Zweitens wäre an die Anwohner zu denken, an jene, die über die Grüninsel Klage führen und sich in ihrer Bäume Schatten recht betulich ergehen möchten. Was ist mit ihnen? Die Bürger, zusammengeschlossen in den Bürgervereinen 'Schinkel Ost', 'Schinkel 1912' und 'Widukindland' rührten sich bereits im Vorjahr und ließen die Dinge nicht unbesehen laufen. Am 13. Juni 1964 griffen sie zum erstenmal zur Selbsthilfe. Sie nahmen Forken und Schaufeln in die Fäuste und machten im Schinkelwald 'reinen Tisch'. Vielleicht in Erinnerung an jene denkwürdige Entrümpelung sannnen die 'Amateure vom Müll' jetzt erneut auf Verschönerung der Spazierfläche. Eine Geldsammlung der drei Vereine unter Führung von 'Widukindland' erbrachte die Summe von 1000 Mark. Davon erstand man Sitzbänke, die inzwischen aufgestellt worden sind. Sowohl mit Geld als mit Muskelkraft haben also die Schinkeler Walsläufer längst bewiesen,

¹⁶OT. 07.10.1965

daß sie bereit sind, jederzeit mitzuarbeiten. Sie geben sich nicht mit nachhaltigen Forderungen zufrieden. Dennoch, ihr bewundernswerter Einsatz allein genügt nicht.

Wer also wird demnächst Abhilfe schaffen? Der Stadt kann es nicht zugemutet werden, und den Bauern offenbar auch nicht. Vielleicht gelingt es, jene ausfindig zu machen, die den Dreck verursachten. Für sie würde der Abtransport des eigenen Abfalls sicherlich keine Überforderung bedeuten. Sollte die Suche nach den Übeltätern ergebnislos verlaufen, so bleibt wohl nichts anderes übrig, als daß sich die oben erwähnten drei Parteien, Stadt, Landwirte und Bürgervereine, gemeinsam an eine Lösung heranzumachen. Es sei denn, man würde sich entschließen, bis in die ferne Zukunft alles so zu belassen, wie es heute ist.“

Neue Verwertungsanstrengungen

Nachdem über lange Zeit die Deponierung als einzige zumindest wirtschaftliche Perspektive im Umgang mit den Abfällen gegolten hatte, wurden die mit der florierenden Wirtschaft wachsenden Müllberge dann doch schon in den 1960er Jahren zum Thema. So kam es dann zu einer Versuchsanlage auf dem Müllablageplatz in Hellern, mit der aus dem Hausmüll wertvoller Kompost hergestellt werden sollte.

„Auf dem Schuttablageplatz des Unternehmers Heinrich Holtmeyer, Georgsmarienhütte, in Hellern steht eine derartige Anlage, die zunächst erprobt werden soll. Mit einem Greifer, der an dem Fahrzeug montiert ist, wird der Müll in einen Trichter geworfen und mit einem Förderband über einen Magnetscheider geleitet, der die Blechteile aussondert. Der restliche Müll wandert auf ein Schüttelsieb - hier fallen Asche, Sand und andere feinkörnige Müllreste aus - und anschließend in die Zerkleinerungsanlage. Aus der Anlage selbst 'fließt' kleingehackter Müll.

In mehreren ausgeschachteten Mieten wird der zerkleinerte Müll gelagert. Auf dem Weg hierher wandert er noch einmal über ein Schüttelsieb, auf dem Plastikteile ausgesondert werden, die sich nicht zersetzen lassen. In den Mieten entwickelt sich eine Temperatur von etwa 65 bis 70 Grad Celsius, und der Verrottungsvorgang setzt ein. Nach einmaligem Umsetzen des Mülls ist nach etwa drei Wochen brauchbarer Kompost entstanden, der noch mit Faulschlamm oder Jauche angereichert werden kann. Dieses Produkt soll als Bodenaufbesserungsmittel für die Landwirtschaft verwertbar sein.

Der Vorteil der Müllaufbereitungsanlage liegt darin, daß auch kleinere Gemeinden oder Müllabfuhrunternehmer sie anschaffen können. Die Anlage ist erheblich billiger als eine Müllverbrennungsanlage, die sich Großstädte angeschafft haben. Mehrere Gemeinden oder auch ein Unternehmer könnten eine selbstfahrende Anlage von einem Müllplatz zum anderen fahren und den Müll zerkleinern lassen. Das Ortsbild wird durch den in Mieten lagernden Müll nicht verschandelt, und Ratten und Ungeziefer meiden die Aufbereitungsanlage. Das Grundwasser wird durch kompostierten Müll nicht gefährdet.“

Hier muß man sich natürlich fragen, wie man zu der Einschätzung gelangte, daß auf diese Weise aufbereiteter Müll, zumal er noch mit Faulschlamm oder Jauche vermengt werden sollte, das Grundwasser nicht gefährden sollte. Auch was den Boden betrifft, scheint man sich nicht viel Gedanken gemacht zu haben, wenn ein derartiger Kompost zur „Bodenverbesserung“ für die Landwirtschaft genutzt wurde.

Trotz des umfassenden Angebots, das die Stadt der Bevölkerung hinsichtlich der Müllentsorgung machte - immerhin bestand die Möglichkeit, neben der wöchentlichen Abfuhr eine Sperrmülltag im Monat in Anspruch zu nehmen - gab es weiterhin Probleme mit der wilden Ablagerung von Müll an allen möglichen Stellen, vor allem am Stadtrand. Dies war wohl mit der enormen Zuwachsrate an Müll zu begründen. Weiterhin gibt dieses Verhalten großer Teile der Bevölkerung zum Ausdruck, wie es zur damaligen Zeit um das Umweltbewußtsein stand: Denn obwohl die Stadt mit der Deponie in Hellern und einer weiteren in Holsten-Mündrup nahe der Stadtgrenze bei Voxtrup zwei öffentlich zugängliche Abladeplätze auswies, war man zu bequem, den weiten Weg zu machen und kippte seinen zusätzlichen Müll, der in die Tonnen nicht mehr paßte, in die Gegend, Hauptsache: Aus den Augen - aus dem Sinn.

Im Jahre 1970 gab die Stadt Osnabrück bei der Abfalltechnik in Düsseldorf ein Gutachten in Auftrag, um die Abfallsituation für Osnabrück untersuchen zu lassen, damit neue Perspektiven gewonnen werden konnten. Mit diesem Gutachten wollte die Stadt ihre Situation abschätzen, um die schlechten Erfahrungen anderer Städte nicht zu wiederholen¹⁷. Außerdem wollte der Bauausschuß sich nochmals mit dem leidigen Thema „wilde Müllkippen“ befassen, um diesem „Trauerspiel“, wie es hieß, ein Ende zu bereiten.

Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, schien darin zu liegen, das Angebot an Müllgefäßen zu erweitern. So beschloß die Stadt, Müllsäcke einzuführen, um die steigenden Müllmengen in den Haushaltungen zu bewältigen¹⁸. 1,50 Mark sollte ein Müllsack im Einzelhandel kosten. Dieser Preis schloß die Abfuhrgebühr ein.

¹⁷NOZ. 14.05.1970

¹⁸NOZ. 06.11.1970

„Der Müllsack hilft mit, auch das sei noch gesagt, daß endlich jene Unart aufhört, die sich darin zeigt, daß immer wieder Müll in den stadtnahen Wäldern und Feldern abgelagert wird.“

Ob diese Maßnahme nun tatsächlich von Erfolg begleitet war, sollte sich in der nächsten Zeit zeigen, denn immerhin hatte die Bevölkerung bisher die Möglichkeit gehabt, ihren Müll in zusätzlichen beliebigen Behältern wie etwa Kartons an die Straße zu stellen, was nichts zusätzlich kostete. Solche Behälter waren nunmehr von der Abholung ausgeschlossen. So bestätigte etwa sechs Monate später ein weiterer NOZ-Artikel: „Immer noch wilder Müll“¹⁹!

Ein Jahr später nahm die NEUE OZ das erhöhte Müllaufkommen zum Anlaß, noch einmal ausführlich auf die Situation Osnabrücks hinsichtlich der Müllproblematik zu berichten²⁰:

„Ordnung muß sein, auch bei der Müllabfuhr, schon der Hygiene willen, aber auch um des lieben Geldes wegen, das die Beseitigung des Mülls kostet. Immerhin sind Tag für Tag 22 Müllfahrer und 55 Müllwerker in Osnabrück unterwegs, darunter Italiener, Spanier, Türken und Engländer. 55.000 Haushaltungen sind an die städtische Müllabfuhr angeschlossen. Der Müll, den sie in Eimern auf die Straße stellen, macht festgestampft im Jahr 100.000 cbm aus. Das ergibt 2850 Güterwaggons, und das wiederum sind rund 48 Güterzüge.“

Wir brauchten nicht so tief für die Müllgebühren in die Tasche zu greifen, wenn nicht ein nicht gerade geringes Häuflein Osnabrücker mogeln würde. Rund 30 Prozent der Mülleimer sind nicht angemeldet.

Dazu Baudirektor Kurt Jäger: 'Würden alle Haushalte ehrlich sein und alle Mülleimer anmelden, dann würden wir die Gesamtgebühren senken können.' So aber müssen die Ehrlichen leiden, weil andere die Gebühren sparen wollen.

Die Kontrollen sollen deshalb auch schärfer werden. Jeder Mülleimer muß mit der Hausnummer versehen sein. Dafür gibt es jetzt Klebenummern zu kaufen, so daß man nicht wegen des Malens von zwei Zahlen gleich einen Farbtopf und einen Finsel anschaffen muß.

Der wachsende Müllberg macht natürlich Sorgen. Auch dem Fuhrpark, der dafür zu sorgen hat, daß der Dreck beseitigt wird. Eine alte Klage der Müllwärter: 'Zuviele Haushaltungen stellen Päckchen und Pakete neben die Mülleimer. Das zieht ersten Ungeziefer an, zweitens ziert es nicht gerade das Stadtbild und drittens macht diese Methode zusätzliche Arbeit.'

¹⁹NOZ, 05.07.1971

²⁰NOZ, 15.07.1972

... dem Müll eine Abfuhr erteilen

In den 1970er Jahren wurde in den Presseveröffentlichungen deutlich, daß das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung gestiegen war. In Osnabrück hatte sich ein UMWELTSCHUTZVEREIN gegründet, der sich gerade auch im Bereich Müll/Abfall zu Wort meldete. Durch die Einsicht, daß die Müllablagerung auf Großdeponien die schlechteste aller Möglichkeiten wäre, da nur eine Müllverlagerung, jedoch keine - beseitigung stattfände und Müllvermeidung noch nicht einmal angedacht werde, wurde konstruktiv nach Alternativen gesucht, wobei auch in anderen großen deutschen Städten nach beispielhaften Möglichkeiten Ausschau gehalten wurde.

„Eine nutzbringende Verwertung der Abfallstoffe muß unbedingt erreicht werden. Nur so kann die Lebensgrundlage — auch bei gewaltig anwachsender Menschheit — erhalten werden“, argumentierte der Verein und erläuterte gleichzeitig die Nachteile von Mülldeponien:

Auch bei sorgfältigster Durchführung (des Deponierens) sind unterirdische Fäulnisherde kaum zu vermeiden. Das Festwalzen mit großen Planierraupen bringt wenig Erfolg, höchstens eine Verdichtung des Mülls. Schon beim zu tief gepflügten Mist findet der Bauer diesen eventuell zwei Jahre später als Torf wieder. Ein Zutritt von Luftsauerstoff ist in dem mit Erde vermischten, festgewalzten Material nicht mehr möglich. Nur durch Sauerstoffzutritt kann überhaupt eine unschädliche Verrottung durchgeführt werden. — Noch viel schlimmer kann die Grundwasserverseuchung werden, wenn die Deponie bei trockener, heißer Witterung einmal in Brand gerät. Durch die Verbrennung/Verschmörung der sich heute in großer Menge im Müll befindenden Kunststoffe — Plastikbeutel etc. — entstehen zusätzliche Gifte, die mit den Abwässern aus den schon bestehenden Fäulnisherden in das Grundwasser gelangen können. Auch die Ungeziefer-, Rattenplage läßt sich dabei nicht vermeiden.

Geordnete, gegen das Grundwasser abgeschirmte Deponien erfordern einen hohen Kostenaufwand. Notwendig sind hierfür sehr große Ablagerungsflächen, Planierraupen, zusätzliches Erdreich, Dauerbeobachtung und teures, hierfür kaum zu bekommendes Personal. Ein kleines Klärwerk für das Sickerwasser würde die schon an sich teure und nichts einbringende Ablagerung noch mehr verteuern. Ist das aus diesem Klärwerk ablaufende Sickerwasser überhaupt seuchenfrei?

Wir müssen heute noch davon ausgehen, daß eine wirklich geordnete, in keiner Weise das Grundwasser gefährdende Deponie nur in ganz wenigen Fällen erreicht wird. Die Deponie sollte möglichst bald gänzlich verschwinden²¹ und

²¹ drei Jahre vor der Einrichtung des Piesberges!

nur als Verlegenheitslösung für den Übergang dienen. Ablagerung ist als Verlegenheitslösung eben nur Verlagerung und keine Beseitigung.²²

Nicht nur über die Müllentsorgung machte sich der junge UMWELTSCHUTZVEREIN Gedanken, auch der Klärschlammabeseitigung hatte er sich angenommen:

„Wohin nun mit der immer größer werdenden Menge Klärschlamm? Die Stadt Osnabrück fährt jeden Tag etwa 12 Kesselwagen davon ab. Die Klärschlamm-Menge wächst allgemein durch weitere, dringend zu bauende neue Kläranlagen. Auf keinen Fall gehört der Klärschlamm auf die Wiesen und Felder. Er ist wegen seiner salmonellen Verseuchung nicht für die Landwirtschaft zu gebrauchen. Wegen seiner geringen Trockensubstanz von sechs bis acht Prozent gewinnt man auch somit keine Humusverbesserung. Schließlich ist das Pasteurisieren, Trocknen oder gar Verbrennen von Klärschlamm eine sehr kostspielige und umständliche Lösung.

Seit Jahren haben Pioniere und Wissenschaftler auf dem Gebiet der Kompostierung von Müll und Klärschlamm hervorragende Ergebnisse erzielt. ... In solchen Werken, gegründet auf lang erprobte Verfahren, ist nach neuesten Erkenntnissen Klärschlamm mit hohem Wassergehalt notwendig. Hier besteht die Möglichkeit, den Schlamm richtig zu verwerten. Es werden zur Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft keine teuren und langwierigen Versuche mehr benötigt.

Die dafür aufgewendeten Geldmittel könnten jedoch sicherlich besser angelegt werden. Bei der Abfallverwertung und Entsorgung der menschlichen Abfälle muß ein natürlicher Kreislauf erreicht werden. Das Ziel muß sein: Die Kompostierung von Müll und Klärschlamm auf biologischer Grundlage zur Verwendung in Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten u. ä. sowie die Trennung der Stoffe zur weiteren Verwertung und Nutzung für die Bauwirtschaft etc. -- Hierfür sind die entsprechenden Gelder zu investieren, wobei auch die private Initiative dringend notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Demonstration in Springe am Deister vom 22. 6. hinzuweisen, wo im Beisein von etwa 200 Fachleuten aus dem In- und Ausland ... in Kooperation die Umwandlung von Müll in neue Baustoffe vorgeführt wurde.²³

Hatte das neu aufkeimende Umweltbewußtsein auch Auswirkungen auf das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger? Ein Blick in die Presseveröffentlichungen gibt eine eindeutige Antwort: nein. das Verhalten besserte sich nicht zum Positiven. Immer noch waren im gesamten Stadtgebiet wilde Müllablagerungen vorhanden, in den Grünanlagen und Stadtwäldern wurde weiterhin achtlos weggeworfen, was nicht mehr gebraucht wurde. Und schlimmer noch: Trotz eines ausdrücklichen Verbots der Ordnungsbehörden verbrannten etliche Menschen Müll auf ihrem Gartengelände und das, obwohl bekannt war, daß besonders das Verbrennen von Kunststoffen wie etwa Tra-

²² NOZ. 31.07.1972

²³ ebenda

getaschen giftige Emissionen erzeugte. Kommentator der NEUEN OZ, HANS WOLFGANG KINDERVATER:

”So meinen manche Osnabrücker, daß sie, da sie über keine Gartenabfälle mehr verfügen, in ihrem Garten getrost Hausrat und Müll verbrennen können. Das Ergebnis dieses Tuns macht sich dann meist durch bestialischen Gestank bemerkbar.“²⁴

In der Regel wurde jedoch der Hausmüll von der städtischen Müllabfuhr abgefahren und — überwiegend in Hellern — deponiert.

Die Straßenreinigung in den 1970er Jahren

Die NEUE OZ nahm die Frage der Straßenreinigungspflicht zum Anlaß, die bestehende Stadtreinigung näher vorzustellen:

”Die Papierkörbe werden weiterhin von städtischen Händen geleert und auch die Pflege der Blumenkübel und Sitzmöbel bleibt bei der Stadt.

Kaum zu glauben, wieviel Dreck so ein Stadtleben macht. Nicht weniger als 5000 Kubikmeter Kehricht werden pro Jahr auf den Osnabrücker Stadtstraßen von der Stadtreinigung zusammengefegt. Dafür stehen acht große Kehrmaschinen und eine kleine Kehrmaschine zur Verfügung. Aber es gibt auch ‘Windecken’, wo die Technik versagt, und da muß dann zum altbewährten Besen gegriffen werden. Damit’s schneller geht, sind hierfür vier Elektrokarren im Einsatz.

Schwierig wird’s dort zu kehren, wo parkende Wagen stehen. Aber die Männer von der Straßenreinigung kennen diese Ecken und wissen, wann hier Platz gemacht wird. Früh um 5 beginnt ihr Dienst im Stadtkern, damit hier der Spitzenverkehr nicht gestört wird, später geht’s dann in die Außenbezirke. Nicht weniger als rund 30 Kehrkilometer legt die Kehrmaschine am Tag zurück. Nur gut, daß die größer gewordene Stadt nicht wie in den 20er Jahren noch von besenschwingenden Männerkolonnen gesäubert werden muß.

Parkplätze gehören nicht zum Arbeitsfeld der Stadtreinigung. Diese Anlagen gehören der OPG, und die ist denn auch verantwortlich dafür, daß hier alles in Ordnung ist“²⁵.

²⁴ NOZ, 30.09.1972

Dabei war die Straßenfläche bürokratisch genau definiert:

„Fahrbahnen sind die dem Fahrverkehr dienenden Teile der Straßen zwischen den Hochbordanlagen“²⁵.

Mit Hochbordanlagen waren nichts anderes als die allen wohlbekannten Bordsteinkanten der Trottoirs gemeint.

Was aber nun, wenn eine ausgedehnte Verkehrsfläche über keinerlei Hochbordanlagen verfügte? Anfang der 1970er Jahre war dies der Fall, nämlich spätestens seit dem Umbau der Großen Straße zu einer Fußgängerzone:

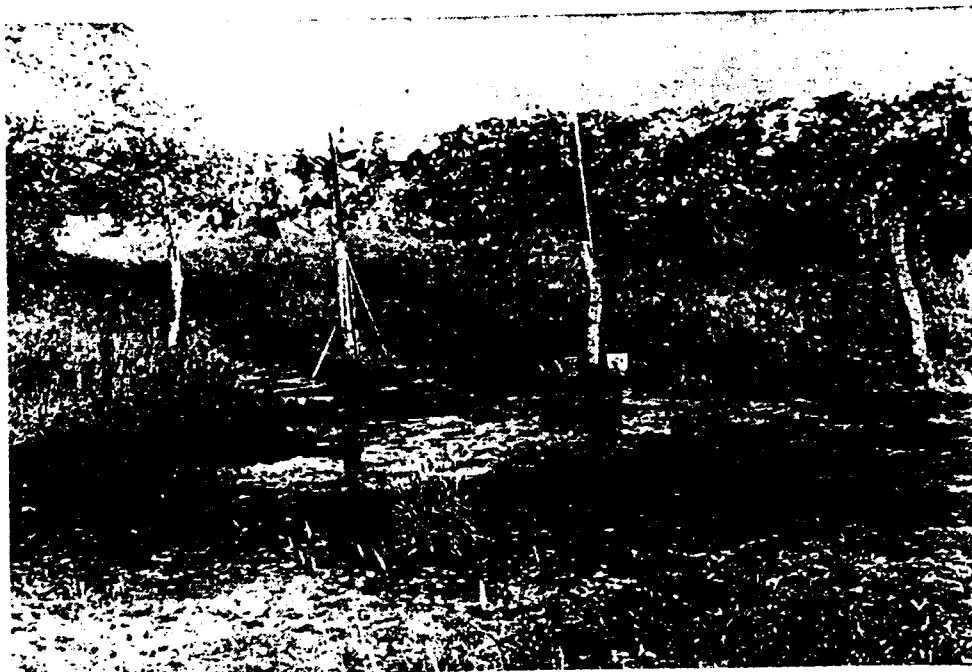
„Die Neufassung der Satzung stellt fest, daß Fußgängerbereiche (da sie keine Hochbordanlagen und damit keine Fahrbahnen haben) von den Anliegern zu säubern sind. Unbeschadet dieser Reinigungspflicht können Sondervereinbarungen mit der Stadt getroffen werden, die dahin führen, daß die Bereiche in die städtische Reinigung einbezogen werden, natürlich gegen einen entsprechenden Obulus. Baudirektor Kurt Jäger: Aus wirtschaftlichen Gründen kann die Stadt die Säuberung von Fußgängerbereichen nur dann übernehmen, wenn sich alle Anlieger der Sondervereinbarung anschließen“²⁷.

²⁵ ebenda

²⁶ NOZ, 17.02.1973

²⁷ ebenda

Der Piesberg



RIESIGE MÜLLMENGEN werden von der Stadt Osnabrück in Hellern abgeladen. Landwirte stellen dafür ihre Grundstücke zur Verfügung - gegen Entgelt! Von der Unterwasser-Behörde des Landkreises ist die Einrichtung der Müllkippen genehmigt. Über die Folgen scheint man sich weniger Gedanken zu machen. Oberflächenwasser sickert durch die Müllschicht, nimmt die Giftstoffe auf und fließt am Fuße der „Müllberge“ wieder heraus (unser Bild). Durch einen Straßengraben gelangt das vergiftete Wasser in die Dote - das große Fischsterben kann beginnen. Aufnahme: Herbold

Abb. 19: Welche Probleme ungeordnete Deponien mit sich bringen, wurde in Hellern deutlich (im Hintergrund die Müllmassen): Osnabrücker Tageblatt, 1. Juli 1967

1973 begannen sich Bürger zu sorgen, daß der Piesberg, der größte europäische Steinbruch im Norden der Stadt, zu einer großen Mülldeponie umfunktioniert werden könnte. Ein Leser dazu in der NEUEN OZ vom 12. Mai 1973:

„Es mehren sich die Klagen in Eversburg, und die in diesem Stadtteil wohnenden Ratsherren beteiligen sich sogar daran. Vor den Wahlen werden mit den Bürgern zwar Stadtteilbegehungen durchgeführt und in Ortsvereinsversammlungen Schulwegsicherungen usw. versprochen; ab dann wird nur noch gesprochen und meistens über Dinge, über die noch gar nicht gesprochen werden soll, z. B. daß der Piesberg den gesamten Müll bis zum Jahre 2000 aufnehmen wird.“

Sehen Sie, dann wird es erst schön in Eversburg. Dann rollen nicht nur die Lastkraftwagen aus Europas größtem Steinbruch und die Wagen und Panzer aus Deutschlands größter englischer Garnison über die engen, holprigen Straßen, dann werden Müllwagen um Müllwagen zu Niedersachsens größtem Müllplatz an uns vorbeiziehen. Die 'Sandstreubüchse' Piesberg wird uns dann noch zusätzlich den Rauch der Haldenbrände und den Gestank der Müllkippen bringen. Da helfen keine Bürgervereine, die meist von Politikern geführt werden, da hilft nur noch der Zusammenschluß zu einer großen Interessengemeinschaft, die sich jeweils vor den Wahlen entscheidet, wohin der Weg gehen soll.

Wilhelm Decker“

Vorläufig blieb es bei der vereinzelt Sorge, die Stadtverwaltung und Politik hielten sich bedeckt. Nur gelegentlich konnte man ahnen, was im Hintergrund diskutiert wurde. Z. B. stellte die NEUE OZ am 5. Juli 1973 in einer Überschrift die Frage: „*Bald Abfallplätze 'dicht'?*“, ohne im Artikel näher darauf einzugehen. Oder es wurde gemeldet, daß die Mülldeponie Hellern in zwei Jahren voll wäre²⁸. In homöopathischer Dosierung wurden Informationen herausgegeben, wahrscheinlich, um die Diskussion über den Piesberg schonend, aber effektiv vorzubereiten:

” Treffpunkt Fuhrpark hieß es gestern für einen Großteil der SPD-Ratsfraktion. In Gesprächen mit Dienststellenleiter Gerd Suhre informierten sich die Kommunalpolitiker auch über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Mülldeponie im Stadtteil Hellern. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß die Deponie voraussichtlich nur für zwei bis drei Jahre ausreichen wird. Es sind aber bereits Vorverhandlungen im Gange. Müllablageplatz für die Stadt Osnabrück ist das Gelände des Piesberges. Zum gleichen Thema will sich auch die Fraktion der SPD im Stadtrat Gedanken machen, um nicht kurzfristig vom Problem einer neuen Mülldeponie überrascht zu werden²⁹.

Im weiteren ging es in diesem Bericht um organisatorische Belange des Fuhrparks, und es wurden weitere interessante Daten geliefert:

” 1 4 Müllwagen und neun Kehrmaschinen, dazu einige Kleinfahrzeuge stehen den Müllwerkern zur Verfügung. Mit diesen Fahrzeugen muß jährlich 91.910 cb Hausmüll, 103.000 cbm Müll aus Großbehältern und 8000 Kubikmeter Sperrmüll bewältigt werden. Das ist allerdings die Menge, die vorgepreßt aus den Müllwagen herauskommt. An Straßen, in großen und kleinen Behältern und in Containern für Gartenabfälle ‘sitzt’ fast die doppelte Menge Müll. Diese Zahlen stammen aus dem Jahre 1972, also vor der Neugliederung³⁰.

Bewährt hatten sich im übrigen die Großcontainer für die Gartenabfälle, die an zehn Stellen im Stadtgebiet aufgestellt waren. Die Verantwortlichen konnten von der Erfahrung berichten, daß die Bürger am Wochenende regelrecht Schlange standen, um ihre Gartenabfälle abzuliefern. Aber auch während der Woche wurden die Container rege genutzt, so daß sie täglich geleert werden mußten. Zu Stoßzeiten mußten sogar Sonderschichten gefahren werden, um eine ordnungsgemäße Abfuhr zu gewährleisten. Und eine weitere, erfreuliche Tatsache war zu vermelden: Die Zahl der „wildem Müll-

²⁸ NOZ. 07.08.1973

²⁹ NOZ. 07.08.1973

³⁰ ebenda

kippen“ im Stadtgebiet nahm allmählich ab, das städtische Entsorgungssystem schien sich zu bewähren.

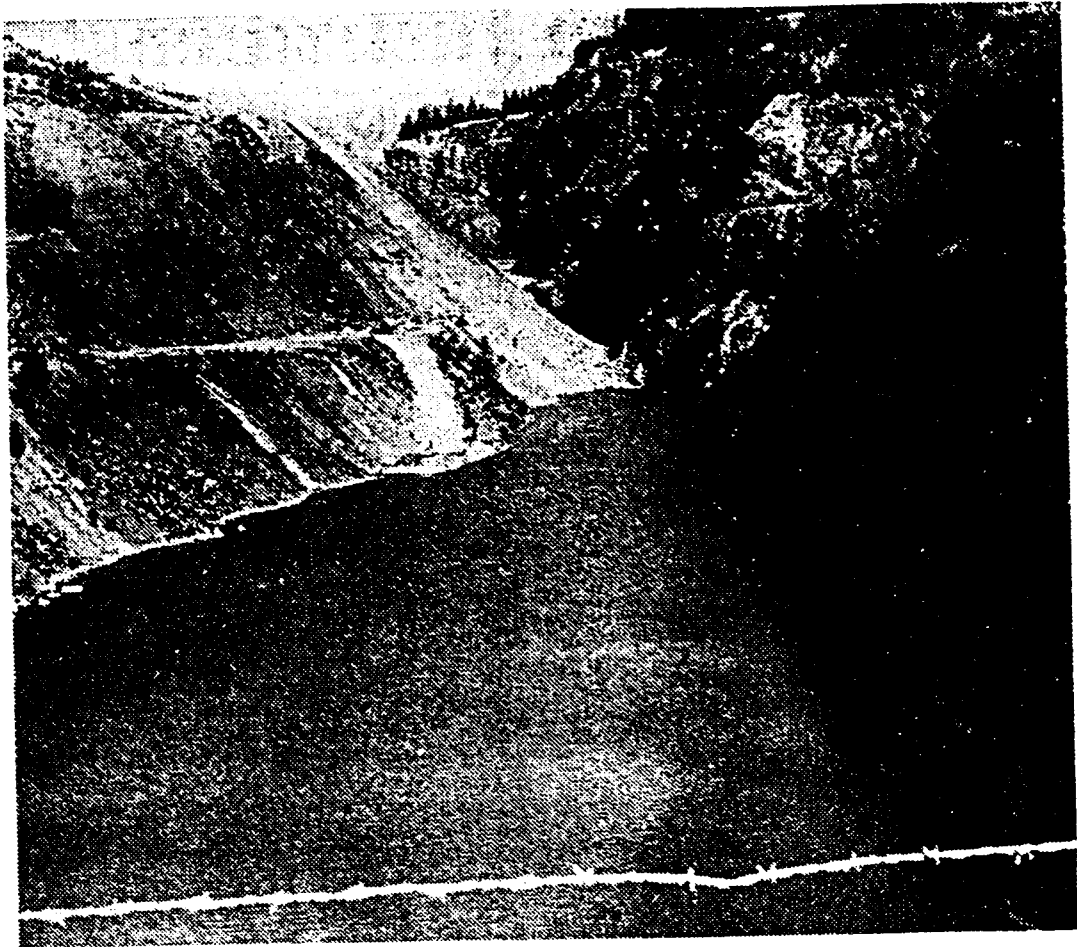


Abb. 20: Sollte dieses „Loch“ im Piesberg die zukünftige Mülldeponie für Stadt und Landkreis Osnabrück werden? Neue Osnabrücker Zeitung, 14. Dezember 1974

Der Umweltschutzverein bleibt aktiv

Der UMWELTSCHUTZVEREIN beschäftigte sich auch weiterhin mit der Müllproblematik, um eine konstruktive Begleitung der städtischen Bemühungen anzubieten. Doch zunächst stand die Müllkippe in Hellern im Kreuzfeuer seiner Kritik:

„Die Müllkippe auf dem alten Ziegeleigelände in Hellern kann nicht als geordnete Deponie bezeichnet werden!“ Zu diesem Schluß kommt der Umweltschutzverein (USV), der jetzt das Protokoll einer Orientierungsfahrt vorlegte, bei der Umweltstörungen im Osnabrücker Raum aufgespürt werden sollten.

Auf der Müllkippe in Hellern wurde festgestellt, daß etwa 0,5 cbm Bitumenlösung unzulässig abgelagert worden war. Dazu meinte der Platzwart, daß nicht kontrolliert werden könne, was hier nach Feierabend oder am Wochenende abgekippt würde.

Weiter stellten Mitglieder des Vereins fest, daß regelmäßig flüssige, unvergorene Gülle (Jauche) aus Großtierhaltungen und auch Klärschlamm abgelagert werden, die den anderen Müll durchsetzen. Weil diese Rückstände nicht entsucht sind, stellen sie nach Ansicht der Umweltschützer ein Risiko dar.

„Das größte Problem dieser Deponie ist die Verunreinigung des Oberflächenwassers“, heißt es in dem Protokoll weiter. Die Bäche rund um die Kippe seien tot; sie enthielten einen giftigen Zufluß, der aus der Kippe sickere und in die Bäche gelange. „In einer Zeit, die immer mehr auf das Oberflächenwasser angewiesen ist, erscheint die Einrichtung neuer Deponien und die Vergrößerung bestehender Ablagerungen als äußerst bedenklich!“³¹.

Diese Aussage war unmißverständlich: Wenn schon eine neue Deponie gefunden werden mußte, so war sie so zu gestalten, daß eine Grund- und Oberflächenwasserverunreinigung praktisch ausgeschlossen war. Dies wäre dann der Schritt von einer ungeordneten Deponie, wie sie oben beschrieben wurde, zu einer geordneten. Zu allererst leitet sich aber die Forderung nach einem anderen Umgang mit dem Müll ab: Vermeidung und Verwertung.

Währenddessen ging die Diskussion um den Piesberg als Müllkippe weiter. Der Pyer Ortsverein der SPD sprach sich gegen derartige Planungen aus:

„Eingehend wurde über Rekultivierungsmaßnahmen im Fiesberg und in den Sandgruben diskutiert. Dabei ist nach Ansicht der SPD nicht vertretbar, den Fiesberg als eine Mülldeponie einzuplanen. Die Abbauflächen liegen sehr nahe an den Siedlungen, so daß es dort zu erheblichen Beeinträchtigungen kommen müßte. Außerdem wird noch über Jahre der Abbaubetrieb weiterlaufen, so daß in dieser Zeit dann keine umfassenden Rekultivierungsarbeiten begonnen werden könnten“³².

Nur wenige Tage später jedoch wurde die Diskussion konkret. Der SPD-Landtagsabgeordnete WALTER HAAS forderte alle Beteiligten auf, sich an einen Tisch zu setzen, um das Problem zu erörtern. Gleichzeitig machte er den Hintergrund der ganzen Debatte deutlich:

³¹ NOZ. 12.10.1973

³² NOZ. 12.12.1973

„Haas verwies auf das niedersächsische Abfallbeseitigungsgesetz vom April dieses Jahres, nach dem die Kreise und kreisfreien Städte zuständig sind und der Regierungspräsident Abfallbeseitigungspläne aufzustellen hat. Gehe man von der bisherigen Praxis aus, so sei für die Aufstellung der Pläne zu erwarten, daß im konkreten Fall der Landkreis und die Stadt Osnabrück dem Regierungspräsidenten Vorschläge unterbreiten.

Er könne sich vorstellen, so sagte Haas, daß aus der Sicht der Stadtverwaltung unter ihren Vorschlägen sich auch der Piesberg befinde, auch aus dem Grund, weil praktisch die Ablagerung auf den jetzigen Deponien nur noch rund zwei Jahre möglich sei. Der Abgeordnete wies auf die ständig steigenden Schwierigkeiten auch der Hausmüllbeseitigung nicht nur in Osnabrück hin, u. a. aber auch auf die steigenden Kosten, wenn eine zu weit abgelegene Deponie in Anspruch genommen werden müßte oder es zu einer teuren Müllverbrennung kommen würde.

Im Fall Piesberg komme noch das Bodenabbaugesetz des Landes zum Zuge, das auch in diesem Bereich die vorgeschriebene Rekultivierung vorschreibt, die, wenn überhaupt, mit einer abgesicherten Mülldeponie ggf. möglich wäre.

Haas sieht am Piesberg die Möglichkeit, zu einer Gemeinschaftsleistung von Stadt und Land zu kommen, wenn die Bedenken der Betroffenen beseitigt werden könnten. Dieses müßte bei einem möglichst bald stattfindenden Gespräch versucht werden. Haas ist von der Nützlichkeit eines solchen Gespräches überzeugt, insbesondere auch dann, wenn dem Umweltschutz der dieser Frage gebührende Rang eingeräumt werde³³.

Bereits einen Monat später schien die Piesberg-Angelegenheit eine beschlossene Sache. Vor dem Pyer Ortsrat nahm der damalige Leitende Baudirektor des Tiefbauamtes der Stadt Osnabrück, KURT JÄGER, Stellung³⁴. Er führte in seinem Vortrag an, daß sich der Piesberg durch eine geordnete Deponie rekultivieren ließe. Die Aufnahmekapazität des alten Steinbruchs hätte eine derart große Kapazität, daß das Müllproblem für 20 Jahre bei alleiniger städtischer Nutzung, für zehn Jahre bei einer Verbundlösung mit dem Landkreis quasi vom Tisch sei. Auch das ins Feld geführte Argument einer Beeinträchtigung der Wohnverhältnisse schien ihm wohl nicht stichhaltig, denn die nächste Ansiedlung wäre etwa 700 Meter entfernt. Für die Müllanlieferung sollte der Fürstenauer Weg ausgebaut werden. Und zum Schluß brachte der Baudirektor das Argument, das schon immer allen Bedenken den Wind aus den Segeln nehmen sollte: Wäre die Mülldeponie 20 Kilometer weiter entfernt, würden sich die allgemeinen Kosten um ein Sechstel erhöhen. Das hätte natürlich eine Anhebung der Müllab-

³³ NOZ. 28.12.1973

³⁴ NOZ. 25.01.1974

fuhrgebühren zur Folge, also mußte es im Interesse der Allgemeinheit liegen, die Deponie möglichst nahe bei der Stadt zu haben.

Diese Stellungnahme blieb unterdessen nicht ohne Widerspruch. Ein Leserbrief eines Osnabrücker Bürgers verdient es, in voller Länge zitiert zu werden:

„Mit großem Erstaunen habe ich von dem Artikel in der Zeitung vom 25.1.1974 Kenntnis nehmen müssen, in dem u. a. der Leitende Baudirektor des Tiefbauamtes, Karl Jäger, in einer öffentlichen Sitzung des Ortsrates Pye die Mülldeponie im Fiesberg anzeigt.

Herrn Jäger sollte man über den Entwurf eines Gesetzes über die Beseitigung von Abfallstoffen (Abfallbeseitigungsgesetz), eingebracht durch die Bundesregierung in der 6. Wahlperiode, Drucksache VI/2401 vom 5. Juli 71 unterrichten, woraus er u. a. entnehmen kann, daß durch die schnelle wirtschaftliche und technische Entwicklung, der Bevölkerungszunahme nach dem Kriege und durch die Steigerung des Lebensstandards, es zu einer nicht voraussehbaren Entwicklung der Abfallstoffe hinsichtlich Menge und Zusammensetzung geführt hat, die inzwischen eine ernste Bedrohung unserer Umwelt darstellt.

Ein erheblicher Anteil der Abfallstoffe ist seuchenhygienisch gefährlich, und die Mülldeponie wird so zu einem die Gesundheit von Mensch und Tier bedrohenden Reservoir von Krankheitskeimen.

Von Müllplätzen gehen weiterhin folgende schwerwiegende Gefahren oder Schäden aus: 1. Gefährliche Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser, das auf diese Weise für wertvolle Nutzung auf Jahrzehnte unbrauchbar werden kann. 2. Schwer zu bekämpfende Brandherde. 3. Unerträgliche Staub- und Geruchsbelästigung für Anwohner in weitem Umkreis. 4. Verbreitung von Unkrautsamen und Erregern pflanzlicher Krankheiten. 5. Verschandung des Landschaftsbildes und damit Minderung des Erholungswertes der Landschaft. 6. Minderung des Wertes und der Nutzungsfähigkeit von Grund und Boden in der Umgebung.

Ich habe in meinen Artikeln vom 12.5.73 'Fiesberg als Großmüllkippe' und vom 25.2.73 'Sandstreubüchse' in der Neuen OZ auf diese Folgen, besonders für den Stadtteil Eversburg hingewiesen, wenn die tiefen Steinbrüche des Fiesberges mit Müll aufgefüllt werden sollten.

Es wäre bedauerlich, wenn die zuständigen Stellen vor Inkrafttreten eines Abfallbeseitigungsgesetzes vollendete Tatsachen schaffen wollen.

Da es zur Zeit im bundesdeutschen Strafgesetzbuch keinen Paragraphen gibt, der eine Anklage wegen Massenvergiftung haltbar abstützen könnte, würde nach meiner Ansicht, falls in konkreten Fällen Gesundheitsschäden nachgewiesen würden, fahrlässige Körperverletzung theoretisch durchaus vorliegen.

Wilhelm Decker³⁵

³⁵ NOZ. 31.01.1974

Gegenüber solcher massiven Kritik aus der Bevölkerung gab sich die Stadt gelassen. So nahm etwa einen Monat später der damalige Stadtbaurat KLÖCKER Stellung. Er hielt die Einrichtung einer Großmülldeponie im Steinbruch des Piesberges für durchaus möglich, da die Beeinträchtigungen für die Bevölkerung ein akzeptables Maß behielten. Dies würde ein Gutachten belegen, daß die Stadt zusammen mit den Landkreisen Bersenbrück, Melle, Wittlage und Osnabrück für insgesamt 91.331 DM eingeholt hätte (auf die Stadt Osnabrück entfiel ein Anteil von 26.701 DM). In diesem Gutachten wurde aber auch die Einrichtung einer Müllverbrennungsanlage empfohlen. Diese Auffassung teilte die Stadt jedoch nicht: „Mit dem Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Osnabrücker Regierungspräsidenten ist die Verwaltung darin einig, daß in absehbarer Zeit für den Osnabrücker Raum nur eine Zentraldeponie in Frage kommt.“³⁶

Weiterhin informierte der Stadtbaurat, daß die Deponie in Hellern nur noch für etwa ein Jahr eine ausreichende Ablagerungsfläche bot. Aufgrund der neuen Situation hinsichtlich der Abfallgesetzgebung konnten bereits früher genehmigte bzw. unter Vertrag stehende weitere Deponieflächen nicht mehr berücksichtigt werden. Auf diese Weise stellte der Piesberg die einzige Möglichkeit dar.

Wieder kam ein bissiger Einspruch:

„Prof. Dr. Karl-Erik Zimen, T. U. Berlin bezeichnete einige Fachleute als ‘Tiefbohrer’, die aus dem tiefen Loch ihres Spezialgebietes nicht mehr hinaussehen können. Stadtbaurat Klöcker scheint so ein ‘Tiefbohrer’ zu sein, dem man empfehlen sollte, sich zuerst mit der Toxikologie und Umwelt-Mutationsforschung zu beschäftigen, bevor er sich erlaubt, die Belästigung für die Bevölkerung als zumutbar zu bezeichnen.“

Wilhelm Decker³⁷

Auch der UMWELTSCHUTZVEREIN wandte sich ungemindert gegen die Piesberg-Pläne der Stadt und verschiedenen Landkreise. In einer Stellungnahme in Form eines offenen Briefes an die Stadtspitze hieß es, man gehe dem eigentlichen Problem aus dem

³⁶ NOZ. 27.02.1974

³⁷ NOZ. 14.03.1974

Wege. Denn es könne nicht angehen, die Massen des anfallenden Mülls ungeachtet seiner Bestandteile einfach abzulagern, ohne über eine Aufarbeitung nachzudenken. Allein dadurch, daß die Stadt herausstrich, daß der Piesberg aufgrund seiner enormen Aufnahmekapazität für die nächsten 20 Jahre reichen sollte, belegte nach Ansicht des Vereins die fehlende Bereitschaft, das Müllproblem grundsätzlicher anzugehen. Die Frage der Rentabilität der Abfall'entsorgung' dürfte keine Rolle spielen. Außerdem würden die Kosten sowieso auf die Bürger abgewälzt; und die entwickelten bei hohen Kosten ein natürliches Interesse an einer Verminderung des Abfallaufkommens.³⁸

„Die Mülldeponie im Piesberg dient dem Naturschutz!“

Noch gut ein Jahr kann die Stadt Osnabrück auf der Deponie Hellern Müll kippen. Höchste Zeit also, sich rechtzeitig nach einer neuen Lösung umzusehen. Diese zeichnet sich deutlich ab: das Arreal des Piesberges soll ab 1975 den Müll aus der Stadt Osnabrück aufnehmen. Aktivitäten auch von seiten des Landkreises Osnabrück: er möchte eventuell zusammen mit der Stadt Europas größten Hartgesteinsbruch zuschütten.

Der Plan einer Mülldeponie im Piesberg hat den Umweltschutzverein auf den Plan gerufen. In der Öffentlichkeit hat er sich für eine Müllaufarbeitung ausgesprochen. In dieser Woche hatten zwei Vertreter dieses Vereins Gelegenheit, ihren Standpunkt noch einmal klarzulegen. Der Ausschuß für Gesundheitswesen und Umweltschutz hatte sie mit zu einer Besichtigung des Piesbergs eingeladen.

Vor der Besichtigung hatte der Geschäftsführer der Klöckner Durilit GmbH dem Ausschuß einen kurzen Abriss über Geschichte und Abbaumethoden gegeben. Fazit seiner Ausführungen: 'In 20 Jahren ist der Steinbruch Piesberg passé.' Zwar seien noch auf Jahrzehnte hinaus Gesteinsvorräte vorhanden. Ein Abbau würde sich aber dann nicht mehr lohnen (Zwischenflöze etc.) Das heißt aber auch: der Piesberg, von dem man wohl die schönste Aussicht auf Osnabrück hat, würde 'ewig' ein großes Loch bleiben. Denn: den alten morphologischen Zustand wiederherstellen kann die Klöckner Durilit nicht. Geschäftsführer Hakenberg sprach es klipp und klar aus: nur 1/20 der abgebauten Gesteinsmenge könnte wieder zum Verfüllen des Berges verwendet werden. Nach seiner Ansicht müßte eine Mülldeponie im Piesberg, bei der alle Auflagen in puncto Umweltschutz beachtet werden, auch für die Bürger in unmittelbarer Umgebung des Piesbergs tragbar sein.

In einem langen Canon, den die Mitglieder des Ausschusses bei ihrem Rundgang bewundern konnten, soll der erste Müll gekippt werden. Er hat eine Tiefe von 25 bis 60 Metern. An der Nord- und Südseite ist er durch den Berg gut abgefaßt.

Schon aufgrund dieser günstigen topographischen und geographischen Lage sind belästigende Einwirkungen nach außen hin nicht zu befürchten. Der Müll soll in 2-Meter-Lagen — so der Leiter des Tiefbauamtes, Leitender Baudirektor

³⁸ NOZ, 20.04.1974

Jäger vor den Mitgliedern des Ausschusses — eingebaut und verdichtet werden. Eine Verdichtung ist wichtig, um dem Ungeziefer keine Chance zu einer Einnistung zu bieten. Alle zwei Meter wird der Müll abgedeckt, ferner wird eine Drainage eingebaut, um das Sickerwasser, das zum Klärwerk weitergeleitet wird, abzuziehen.

Spätestens Anfang 1975 müßte damit begonnen werden, das Areal für eine Deponie herzurichten. Die Investitionskosten würden mit rund 2.5 Millionen DM veranschlagt. Rechnet man die vorgesehene Rekultivierung des Piesbergs hinzu, kommt man auf einen Betrag von über fünf Millionen DM. Wenn der Landkreis ebenfalls seinen Müll im Piesberg ablagert, wäre der Piesberg nach 14 Jahren ausgefüllt.

Hieran schließt sich schon automatisch die Frage: was geschieht dann? In dieser Hinsicht war sich der Ausschuß einig, eines Tages eine Kompostierungsanlage einzurichten. Betonte der Vorsitzende des Ausschusses, Preiß, zu den Vorschlägen des Umweltschutzvereins: 'Im Grundsatz ist eine Kompostierung gut.' Sie würde aber auch rund viermal so teuer wie eine Müllablagerung und momentan 'können wir uns glücklich preisen, daß sich ein so günstiges Gelände zum Ablagern anbietet.'

'Bei einer Masse von sechs Millionen Kubikmetern Müll gibt es keine Gewißheit, daß nicht doch schädliche Stoffe durch irgendwelche Kanäle zum Grundwasser gehen', begann der Vertreter des Umweltschutzvereins, Groß, seine Bedenken. Wird das Sickerwasser zum Klärwerk geleitet, entstehen dort Schlammablagerungen. Taucht die Frage auf: wohin mit dem Schlamm? Ferner sollte überlegt werden, die durch den Müll anfallenden Rohstoffe wieder aufzuarbeiten. Ltd. Baudirektor Jäger gab seinem Erstaunen über die Vorwürfe des Mitgliedes des Umweltschutzvereins Ausdruck. Mit dem Vorsitzenden des Vereins, Brune, seien vor Wochen bereits all diese Probleme ausdiskutiert worden. Jäger: 'Wir wissen, was wir können, wollen und müssen.'

Die erste zu lösende Frage sei, irgendwo müsse man 1975 mit dem Müll hin. Zweitens müsse das ganze wirtschaftlich betrieben werden und drittens ohne Gefährdung der Umwelt. Wenn der Piesberg wieder Erholungsgebiet werden solle, dann sei das nur dadurch möglich, den Berg wieder aufzufüllen und zu rekultivieren. Natürlich habe man auch die Frage der Kompostierung erörtert und diese langfristig ins Auge gefaßt. Aber es gäbe noch kein Verfahren, das gänzlich ohne Deponie auskommt. Jäger: 'Wir sollten die Deponie anlegen und dann in Ruhe den nächsten Schritt vorbereiten.' Was einen möglichen Schlammfall betrifft, so könnte dieser (evtl. getrocknet) mit zum Verfüllen der Hohlräume in der Mülldeponie verwendet werden. Und was die Grundwassergefährdung angeht: 'Hier kann eigentlich nichts passieren', meinte ein Vertreter des Unterhaltungsverbandes 'Obere Hase'.

Auf jeden Fall will der Umweltschutzverein seine Bedenken in einer Zusammenfassung noch einmal den zuständigen Stellen unterbreiten. Der Ausschuß für Gesundheitswesen und Umweltschutz hat jedoch keine Bedenken gegen eine Mülldeponie Piesberg. Er empfahl, den mit dieser Materie beauftragten Aus-

schüssen und der Verwaltung, den bisher eingeschlagenen Weg zu verfolgen.“
39

Und der eingeschlagene Weg wurde gegen die Bedenken Osnabrücker Bürger und des UMWELTSCHUTZVEREINS weiter verfolgt. Im Juni 1974⁴⁰ gab der Leitende Baudirektor, JÄGER, die Detailplanung bekannt. In dem Bestreben, das neue Abfallbeseitigungsgesetz ausreichend zu berücksichtigen, wurde nach einem im Vorjahr vom LANDESAMT FÜR BODENFORSCHUNG erstellten hydrogeologischen Gutachten die Entscheidung zugunsten des Piesbergs gefällt. Das Gutachten hatte ergeben, daß unter bestimmten Voraussetzungen der ehemalige Steinbruch ein geeignetes Terrain für eine Hausmüllkippe abgab. Danach begannen die konkreten Planungen. Der Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde und das Wasserwirtschaftsamt wurden eingeschaltet. Zum Landkreis wurde der Kontakt gesucht, um eine eventuelle gemeinsame Nutzung auszuhandeln. Ein Planfeststellungsantrag wurde Ende März 1974 gestellt. Jäger:

„Der Planfeststellungsbeschluß wird, so hoffe ich, noch im Herbst ergehen, dann können wir mit den vorbereitenden Arbeiten wie Kanalisation, Straßenbau, Einzäunung und Auskleidung beginnen.“

Würde der Piesberg lediglich stadtseitig genutzt, ergäbe sich eine Ablagerungskapazität von 25 Jahren, so wurde errechnet. Für den Fall einer gemeinsamen Nutzung von Stadt und Landkreis würde der Piesberg immerhin noch 14 Jahre reichen. Diese Berechnungen ergaben sich für die Ablagerungen von Hausmüll und hausmüllgleichen Industrie- und Gewerbemüll. Für Sonderabfälle plante das Land eine andere Anlage. Eine Kompostierungs- oder Verbrennungsanlage wurde noch nicht in die Planung einbezogen, da diese Verfahren ein erhebliches Mehr an Investitionskosten bedeuten würden. Und wirtschaftlich sollte die Abfallentsorgung bleiben: In diesem Sinne war auch der relativ kurze Anfahrtsweg zur Zentraldeponie ein ausschlaggebender Grund für deren Einrichtung. Außerdem sollte das **Müllaufkommen auf keinen Fall verringert werden, um das ursprüngliche Landschaftsbild am Piesberg möglichst schnell wiederherstellen zu können!** Langfristig, so betonte Jäger, wenn die Kapazität des Piesbergs sich dem Ende zuneige, könnten Verwertungsverfahren erwogen werden. Bis dahin sollten diesbezügliche technische Neuerungen aufmerksam beobachtet werden. Weiterhin führte er aus:

³⁹ NOZ, 30.04.1974

⁴⁰ NOZ, 06.06.1974

Günstige Voraussetzungen beständen ... bei der Umweltbeeinträchtigung. Eine Grundwassergefährdung sei nicht zu erwarten, wenn die Deponie mit Schlamm ausgekleidet und zusätzlich noch eine Dränage geschaffen wird, die Sickerwasser in das Kanalisationsnetz pumpt. Lärmbelästigung sei, nicht zuletzt durch die tiefe Lage, nicht gegeben; Geruchsbelästigung werde durch lageweises Abdecken des Mülls mit Abraum des Piesbergs verhindert. Zudem treffe die Hauptwindrichtung nicht das Stadtgebiet. Die nächste Wohnsiedlung, das 300 m entfernt liegende Holthäuser Feld, wird zu einem Industriegelände umgestaltet; alle anderen Wohnsiedlungen liegen weiter ab.“

Abschließend führte JÄGER aus, daß die Verhandlungen um den notwendigen Grunderwerb im Gange seien. Noch einmal gab er seinem Wunsch Ausdruck, der Landkreis möge sich an der Zentraldeponie beteiligen, um eine beschleunigte Wiederherstellung des Landschaftsbildes zu erreichen.

Einspruch

Die von der Stadtverwaltung und ihrem Leitenden Baudirektor JÄGER ins Feld geführten Argumente vermochten den Umweltschutzverein jedoch nicht zu überzeugen. Im Gegenteil — obwohl angeblich bestehende Probleme zwischen der Stadtverwaltung und dem Umweltschutzverein besprochen und ausdiskutiert worden waren, legte dieser Einspruch gegen das Vorhaben Piesberg, so wie es die Stadt vorgesehen hatte, ein.⁴¹ Wie der Verein erklärte, wendete er sich dagegen, daß die Risiken an diesem Deponiestandort als niedrig eingeschätzt wurden und die Absicht bestand, zusätzlich entwässerte Klärschlämme im Piesberg abzulagern. Auch wirtschaftlich gesehen war seiner Meinung nach das Projekt unsinnig, weil wertvolle Rohstoffe auf diesem Wege für die Zukunft unbrauchbar gemacht würden und der Volkswirtschaft somit verlorengingen. Nicht rückgeführtes Altpapier, deponierte Altmetalle und nicht genutzte Düngemittel aus kompostierbaren Müllbestandteilen würden als ein sehr hoher Verlust zu Buche schlagen. Weiterhin bedeutete eine Abdichtung der Deponie mit Schlämmen

⁴¹ s. NOZ. 14.12.1974

eine völlig unzureichende Maßnahme — Grund- und Oberflächenwasser würden in unzulässiger Weise verunreinigt. Die geplante Rekultivierung des Piesbergs wäre erst in 14 Jahren möglich.

Aus diesen Gründen beantragte der UMWELTSCHUTZVEREIN, die Deponie für Abfallstoffe außer Bauschutt als eine befristete Übergangslösung zu planen und umgehend den Aufbau einer umfassenden Recycling-Abfallbeseitigungsanlage zur Rohstoffrückgewinnung einzuleiten, diesbezüglich einen Stufenplan auszuarbeiten und umzusetzen. Außerdem sollte der Piesberg unter Verwendung von aus dem Müll gewonnenen Kompoststoffen möglichst bald rekultiviert werden. Weiterhin wurde beantragt, einen Zweckverband für den Großraum Osnabrück zu gründen, wobei die schadlose Verarbeitung von Klärschlämmen und Fäkalien aus der Massentierhaltung in ein solches Großprojekt einbezogen werden müßte. Deponierung und Verbrennung mußten nach Meinung der Umweltschützer als Müllentsorgungsverfahren ausscheiden, weil der Wirtschaft auf diese Weise zu viele Rohstoffe entzogen würden. Die Kompostierung hingegen böte eine ökologische Alternative, wobei jedoch darauf zu achten wäre, daß nicht alle rottbaren Stoffe kompostiert werden sollten. Papier, Holz und Metall z. B. sollten in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Deshalb müßte die vorgeschlagene Anlage eine Dauerlösung in Form eines Trenn- und Verarbeitungswerkes für Müll in Kombination mit einem Klärschlammrotteverfahren darstellen. Weiter heißt es:

„Als Übergangslösung könnte eine Freirotte mit Sauerstoff brauchender entseuchender Schnellrotte und Zusatzeinrichtungen mit wenig baulichem Aufwand für das gleiche Geld, wie für die Deponie vorgesehen, eine Lösung bringen, die ebenfalls aus Rottegut eine Rekultivierung des Piesbergs ermöglichte.“⁴²

Bei dieser Zwischenlösung käme es zu keiner Gefährdung des Grund- oder Oberflächenwassers. Das Bodenmaterial für die Rekultivierung des Piesberges würde direkt vor Ort gewonnen. Außerdem könnte man ja auch den gewonnenen Kompost gewinnbringend verkaufen, wie es z. B. andere deutsche Städte wie etwa Bielefeld und Lemgo praktizierten. Zusammenfassend stellte der Umweltschutzverein fest:

„Im Hinblick auf die sich abzeichnende Entwicklung bleibt im Grunde keine andere Wahl als das 'Recycling-Werk Osnabrück'. Wir meinen, daß ein weiteres Abwarten schädlicher ist als gezieltes politisches Handeln. Nicht die verbale Forderung nach der Entsorgung durch Recycling, sondern Entwick-

⁴² ebenda

lungs- und Aufbaufträge an fähige Unternehmer und die Förderung durch finanzielle Anreize sind erforderlich.⁴³

Als neben dem Einspruch des UMWELTSCHUTZVEREINS verstärkter Widerspruch aus der Bevölkerung aufkam, reagierte der verantwortliche Leitende Baudirektor KURT JÄGER mit einer Darstellung in der NEUEN OZ⁴⁴:

„Wenn eine Mülldeponie entsprechend den örtlichen Erfordernissen (z. B. Schutz der Umgebung und des Grundwassers) angelegt und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen geordnet und kontrolliert (Verdichtung und Abdeckung) betrieben wird, dann werden die von dem USV⁴⁵ ... genannten Gefahren und Schäden vermieden. Genau das hat die Stadt vor. Angesichts der Tatsache, daß bei jeder Art von Müllbehandlung eine Deponie — und sei es auch nur für Reststoffe — unvermeidlich ist, soll die Deponie Piesberg als zunächst erste Stufe einer langfristig wünschenswerten und notwendigen, umfassenden Abfallbeseitigungsanlage (einschließlich Recyclingverfahren) eingerichtet werden. Über die technischen Details gibt der Planfeststellungsantrag, der öffentlich ausgelegen hat, hinreichend Auskunft.

Mit ihrer Absicht und mit diesem Antrag befindet sich die Stadt in völligem Einklang mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften. Über ihn hat der Regierungspräsident im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Planfeststellungsverfahrens zu entscheiden, so daß hier nicht auf Einzelheiten des Einspruchs des USV, den dieser auch im Rahmen des Verfahrens erhoben hat, eingegangen werden kann.

Nicht bestritten sei, daß wirtschaftliche Gesichtspunkte für einen reinen Deponiebetrieb sprechen und daß diese Gesichtspunkte bei den Überlegungen der Stadt gewichtig sind. Denn alle Kosten aus Müllabfuhr und -behandlung schlagen sich in den Gebühren nieder, die den einzelnen Bürger belasten. Sie so niedrig wie möglich zu halten, gehört zu unseren selbstverständlichen Pflichten. Jede zusätzliche Behandlungsmethode jedoch erfordert zusätzliche Investitions- und Betriebskosten.

Noch ein Gesichtspunkt: Den Piesberg eines möglichst baldigen Tages wieder als Naherholungsgebiet nutzen zu können, ist ein berechtigtes Anliegen aller Osnabrücker. Der derzeitige Zustand der Abbaugelände schließt eine solche Nutzung mit Sicherheit aus. Nur über eine Auffüllung kann eine topographisch befriedigende Oberfläche geschaffen werden, die nach Rekultivierung den angestrebten Zweck erfüllt. Diese Möglichkeit bietet als einziges Verfahren mit vertretbarem und realisierbarem Aufwand in einem absehbaren Zeitraum nur die Deponie. Die Vorteile einer Deponie sollte die Stadt im Interesse ihrer Bürger nutzen, ihre Schwächen kann und wird sie aushalten.

Kurt Jäger
Leitender Baudirektor“

⁴³ ebenda

⁴⁴ NOZ. 06.01.1975

⁴⁵ Umweltschutzverein

Zu vermuten ist, daß der wirtschaftliche Gesichtspunkt der entscheidende war, denn es war Mitte der 1970er Jahre durchaus bekannt, mit welchen Müllmengen für die Zukunft zu rechnen war, so daß die reine Deponierung als Verfahren eigentlich in Frage gestellt werden mußte. Aus der Bevölkerung meldeten sich Stimmen, die vermehrte Wiederverwertung von Abfallstoffen forderten — eine zwingend notwendige Konsequenz langfristigen, ökologischen Denkens. Gerade auch vor dem Hintergrund des jüngst erlebten Ölschocks — die Preise waren drastisch gestiegen, die Maßnahmen der erdölexportierenden Länder hatten Deutschland sogar autofreie Sonntage zwecks Schonung der Ölvorräte beschert — war die Diskussion um die Begrenztheit der Ressourcen aufgekommen. Auch lag in dieser Zeit die Veröffentlichung „Die Grenzen des Wachstums“ von MEADOWS, die vom CLUB OF ROME in Auftrag gegeben worden war. Es wurde mit dieser Diskussion sehr deutlich, daß mit den Rohstoffen nicht umgegangen werden konnte wie bisher. In diesem Punkt hatte die öffentliche Sensibilität stark zugenommen. Deshalb wirkte die Argumentation der Stadtverwaltung ein wenig anachronistisch. Und der UMWELTSCHUTZVEREIN blieb am Ball, obwohl sein Einspruch von der Regierung verworfen worden war. Weiter stellte der Verein auf seiner Jahresversammlung im März 1975 fest:

„In einer Sitzung des Gesundheits- und Umweltausschusses des Rates sei es zu keiner ergiebigen Diskussion über dieses Problem gekommen... Das gleiche könne vom Planfeststellungsverfahren behauptet werden, obgleich wissenschaftliche Institute die Osnabrücker Umweltschützer in ihrer Meinung bestärkt hätten, daß eine Mülldeponie heute überholt sei und durch Müllverwertung ersetzt werden müsse.“

Der Feststellungsbescheid des Regierungspräsidenten bewilligt... 'im Prinzip' die Vorschläge der Stadt, doch heiße es darin, daß die Stadt das Verfahren der Müllbeseitigung (Ablagerung, Kompostierung oder Verbrennung) selbst zu wählen habe. Es gebe zu denken..., daß eine vom USV an den Oberbürgermeister gerichtete Stellungnahme bis heute noch nicht beim Gesundheitsausschuß — wie versprochen — angelangt sei...“⁴⁶.

Nur ein paar Tage später wurde in der NEUEN OZ bestätigt, daß der Plan für die Abfallbeseitigungsanlage Piesberg durch die Bezirksregierung mittels eines Planfeststellungsbeschlusses festgestellt worden war. Bestimmend für diese Entscheidung war, daß eine Beeinträchtigung der Allgemeinheit und der Rechte anderer ausgeschlossen schienen. So sollten z. B. schädliche Umwelteinwirkungen, Luft- und Wasserverun-

⁴⁶ NOZ, 12.03.1975

reinigungen und Lärmbeeinträchtigungen durch eine Reihe von Auflagen, Bedingungen und Hinweisen verhindert werden. Diese beinhalteten im Folgenden:

Das gesamte Deponiegelände mußte durch einen zwei Meter hohen engmaschigen Zaun gesichert werden. Die Deponiesohle und die Seitenwände waren abzudichten, und ein umfangreiches Drainagesystem wurde zwingend vorgeschrieben. Außerdem sollte das Grundwasser ständig kontrolliert werden. Dafür waren spezielle Brunnen anzulegen.

Weiterhin mußte eine Reihe von Abfallarten einer Vorbehandlung unterzogen werden, damit die Ablagerung ungefährlich erfolgen konnte. Die Ablagerung und Auffüllung der Deponie hatte schichtenweise zu erfolgen. Diese Lagerschichten mußten verdichtet und abgedeckt und sich eventuell ausbreitendes Ungeziefer bekämpft werden. Auch im Falle der abschließenden Stilllegung der Deponie nach ihrer Auffüllung sollten weiterhin Untersuchungen durchgeführt werden, um eventuell auftretende Wasser- und Luftbeeinträchtigungen im Ansatz zu erkennen und zu verhindern. Ein Reaktivierungsplan wäre der Bezirksregierung später vorzulegen. Die Bezirksregierung meinte, mit ihren Auflagen allen gerecht geworden zu sein:

„Durch diese Auflagen wird nach Ansicht der Bezirksregierung auch den Einwendungen von Betroffenen Rechnung getragen. Den Einwendungen des Umweltschutzvereines Osnabrück zum Abfallbeseitigungsverfahren hätte jedoch entgegengehalten werden müssen, daß die vorgesehene geordnete und kontrollierte Ablagerung von Abfällen ein geeignetes Verfahren zur schadlosen Beseitigung der Abfälle ist. Außerdem kann die Planfeststellungsbehörde der beseitigungspflichtigen Stadt nicht ein bestimmtes Verfahren zur Verwertung der Abfälle vorschreiben.

Mit den Auflagen und Bedingungen sollen Umweltbelästigungen vermieden werden. Sollten wider Erwarten Beeinträchtigungen auftreten, können auch nachträglich noch weitere Auflagen erteilt werden. Die Notwendigkeit solcher weiterer Anforderungen wird ständig überprüft werden⁴⁷.

Mit dem Planfeststellungsbeschluß durch die Bezirksregierung war die Sache im Prinzip gelaufen. Nichtsdestoweniger sahen sich die Stadtvertreter gezwungen, das Vorhaben in der Öffentlichkeit zu verteidigen. So bezeichnete etwa der damalige Oberbürgermeister ERNST WEBER vor dem Ortsverein der SPD den Piesberg als die

⁴⁷ NOZ. 15.03.1975

beste Möglichkeit sowohl in finanzieller Hinsicht als auch unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes. Eine Belästigung der Bürger sollte auf alle Fälle vermieden werden.⁴⁸

Was die finanziellen Belange anging, stritten sich jedoch weiterhin die Geister. Während der Umweltschutzverein ein Kompostwerk als erheblich billiger als eine Großdeponie (4,5 Millionen statt 5,3 Millionen DM) einschätzte, behauptete die Stadt, daß nach Ansicht der Experten eine Kompostierungsanlage etwa viermal so teuer wäre. Die Deponie sollte allerdings so angelegt werden, daß eine spätere Umstellung auf ein Kompostierungsverfahren möglich wäre.⁴⁹

Die geschilderte Auseinandersetzung zwischen der Stadt und dem UMWELTSCHUTZVEREIN veranlaßte diesen, einen Versuch mit Müllkompost zu starten:

„15 Tonnen Müllkompost hatte ein Lastzug der Müllkompostwerke der Stadt Duisburg geladen, der gestern vom 1. Vorsitzenden des Umweltschutzvereins (USV) in Empfang genommen wurde. Ulrich Hoffmann: 'Der Verein will die Verwendbarkeit von Kompost, der aus Müll und Klärschlamm hergestellt wurde, in der Praxis eines großen Gartens prüfen.'

Der Versuchsgarten liegt inmitten vieler anderer Gärten in der Sandbachaue. Hier haben sich in den letzten Jahren die Voraussetzungen für Gärten und Grünflächen aller Art erheblich verschlechtert. Ursache ist nach Ansicht von Hoffmann das Schwanken bzw. Absinken des Grundwasserstandes, der früher hier konstant war.

So zielt denn der Versuch dahin, den Humusgehalt des Bodens durch große Mengen preiswerten Müllkompostes zu steigern. Das führt in Verbindung mit entsprechenden Volldüngergaben zu einer Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und des Wasseraufnahmevermögens. Auf diese Weise wird es möglich sein den Boden länger als bisher grün zu halten. Der vom Grün beschattete Boden kann nicht austrocknen, und durch den hohen Humusgehalt vermindern sich die Wassermengen, die in den Untergrund verlorengehen.

Sicherlich werden die vorgesehenen Versuche das Interesse vieler Gartenbesitzer finden. Bekanntlich hatte der Umweltschutz-Verein auch Einspruch gegen die geplante Mülldeponie im Fiesberg eingelegt mit dem Hinweis auf eine wirtschaftlichere Müllkompostierung. Der Einspruch wurde zwar abgelehnt, doch erklärte die Stadt, daß die Möglichkeit der Umwandlung einer Deponie in eine Komposteranlage offengehalten werde.⁵⁰

Nicht nur Vertreter von Umweltschutzverbänden kritisierten die Favorisierung der Deponierungsmethode seitens der Stadt Osnabrück. So erklärte etwa der damalige

⁴⁸ NOZ, 16.04.1975

⁴⁹ NOZ, 16.05. und 22.05.1975

⁵⁰ NOZ, 06.09.1975

Geschäftsführer der Firma HEINRICH HOLTMEYER GEORGMARIENHÜTTE, des größten Entsorgungsunternehmens in der Osnabrücker Region, KNOKE, daß die Vorstellung, die Deponie sei eine geeignete Abfallbeseitigungsmethode, sehr schnell vom technischen Fortschritt überholt worden wäre.⁵¹ Das Vorhaben „Deponie Piesberg“ nähme sich wie eine technisch kaum verbesserte Neuauflage des Ur-Verhaltens, Abfälle im nächstbesten Loch zu verscharren, aus. Außer dem optischen Verschwinden des Mülls würde eigentlich gar nichts erreicht, weder Kostendeckung noch Wirtschaftlichkeit. Und weiter: Erst in 50 bis 100 Jahren dürften die technischen Einrichtungen wie Drainage, Druckleitung, Kontrollbrunnen und das verwaltungsmäßige Kontrollsystem außer Betrieb genommen werden, weil erst dann sämtliche in der 50 Meter hohen Kloake entstehenden Schadstoffe ausgeschwemmt sein dürften.

Auch die von der Stadt angenommene Kapazität (Nutzungsdauer 20 Jahre) des Piesberges hielt KNOKE für illusionär. Acht, maximal 12 Jahre lang könnte dort der Müll abgeladen werden. Außerdem müßte man mindestens 7 Millionen DM für die Einrichtungskosten ansetzen (städtische Angabe: 5,3 Millionen). Dazu würden noch jährliche Folgekosten von ungefähr 750.000 DM zu veranschlagen sein.

Bedauert wurde in diesem Zusammenhang, daß der Forderung, so bald wie möglich Rohstoffe einzusparen bzw. zurückzugewinnen, überhaupt nicht nachgekommen war.

Der nächste Kritikpunkt bezog sich auf den Umgang mit dem Klärschlamm. Die gegenwärtige Praxis, den Frischschlamm an die Landwirtschaft abzugeben, wäre nicht haltbar. Bevor er auf die Äcker gelange, müßte er hygienisiert werden, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden.

Die Reparatur der Landschaft, wie es im Falle des Piesbergs von der Stadt angestrebt würde, wurde im Grundsatz begrüßt. Jedoch dürfte dafür kein Müll eingesetzt werden.

Die Kommunalpolitiker wurden aufgefordert, sich intensiver mit der Müllkompostierung und der Klärschlammrotte auseinanderzusetzen. Nicht nur die Wirtschaftlichkeit

⁵¹ NOZ. 14.11.1975

einer Müllkomposteranlage sollte im Vergleich zur vorgesehenen Deponierung berechnet werden, sondern auch die einer Rottedeponie. Nicht zuletzt sollte man die Vorlage eines Rekultivierungsplanes für den Piesberg einfordern, damit diese Frage in den Gesamtkomplex mit einbezogen werden könnte.

„Knoke erklärte abschließend zu der Stellungnahme des Umweltschutzvereins, das Problem sei erkannt. Es bleibe festzustellen, daß sich die Technologie verbessert hat. Die technologischen Angebote müßten überprüft werden, wie weit sie ökologisch machbar seien, die Verbrennung sei nicht mehr diskutabel nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Bis zum Jahresende würde die Firma Holtmeyer dazu ein klares Konzept vorlegen.“⁵²

Nach dieser scharfen Kritik an der städtischen Planung durch einen Entsorger kam es für die Stadtverwaltung noch dicker: Nur einige Monate später, am 18. März 1976, war in der NEUEN OZ unter der Überschrift „Wird die Müllabfuhr eine sehr 'teure Suppe'?“ zu lesen:

„Nach den hitzigen Debatten über die Müllentsorgung der einzelnen Haushalte im Landkreis Osnabrück und einer eingetretenen Beruhigungsphase in Sachen 'Müll' stehen jetzt dem Landkreis und der Stadt Osnabrück erneut heiße Diskussionen bevor, nachdem aufgrund einer Anfrage unserer Zeitung bei der Stadtverwaltung bekannt wurde, daß die geplante zentrale Mülldeponie am Piesberg doppelt soviel Kosten verursachen wird, wie ursprünglich angenommen. Die stolze Summe von knapp 11 Millionen Mark für die Einrichtung dieser Deponie ist im Gespräch. Kreis und Stadt sitzen hinsichtlich dieser finanziellen Hiobsbotschaft in einem gemeinsamen Boot. Noch wichtiger aber: Der Bürger von Stadt und Kreis dürfte die teure Suppe auslöffeln müssen, denn es ist hierzulande Gesetz, daß Gebührenhaushalte kostendeckend arbeiten müssen. Und auch beim Problem Müll dürfte eine Ausnahme nicht gemacht werden.“

In einem Gespräch mit Landrat Josef Tegeler und Oberkreisdirektor Kreft fragten wir gestern nach den Konsequenzen, die der Landkreis aus der höchst unerfreulichen Kunde aus dem Osnabrücker Rathaus ziehen will.

Dazu bemerkten unsere Gesprächspartner einleitend, der Kreis werde möglicherweise in neue Überlegungen eintreten müssen. Es wurde darauf hingewiesen, der Kreis habe vertraglich zugestimmt, daß die Stadt die Federführung bei der vom Regierungspräsidenten geforderten Anlage 'Piesberg' habe und der Kreis für die Mitbenutzung der Deponie finanzielle Leistungen aufzubringen hat. Sowohl der Landrat als auch der Verwaltungschef wiesen darauf hin, sie hielten es für wenig fair, jetzt allein Verwaltungsstellen der Stadt Vorwürfe für die Verteuerung machen zu wollen, nachdem eine Prüfung der neuen Situation und ihre Entstehung von Oberstadtdirektor Dr. Raimund Wimmer veranlaßt wurde. Tegeler und Kreft meinten vielmehr, die Einschränkungen bei den Mülldeponien durch die Bezirksregierung unter Schließung zahlloser Deponien im Kreis erwiesen sich immer mehr als indiskutabel und wenig praxisnah. Schon jetzt habe sich deutlich gezeigt, die Zentraldeponie am Piesberg mit der

⁵² ebenda

in Anklam errichteten Umschlagstation seien für den Kreis völlig unzureichend. Schon jetzt zeigten verstärkt verunreinigte Wälder und Fluren deutlich die Gefahr auf, die durch mangelnde Möglichkeiten der Müllbeseitigung durch die Bürger zu erwarten sind.

Oberkreisdirektor Wolfgang Kreft: 'Zu früherer Zeit fehlten Gesetze zur Abfallbeseitigung fast völlig, jetzt sind am grünen Tisch Maßnahmen durch Gesetz beschlossen, die sich in der Praxis nicht umsetzen lassen!' Oberkreisdirektor und Landrat kündigten an, der Kreis werde in neue Überlegungen eintreten müssen, ob unter den neuen Gesichtspunkten der erheblichen Verteuerung für den Kreis die gemeinsame Deponie mit der Stadt am Piesberg akzeptabel ist. Neue Überlegungen müßte auch die Regierung anstellen. Der Kreis jedenfalls erwartet die Zustimmung der Regierung für die Weiterbenutzung einiger noch aufnahmefähiger Deponien im Landkreis.

Außerhalb des Kreishauses wurden in den letzten Tagen Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung 'Piesberg' laut. Kenner der Geologie befürchteten Schäden durch die Deponierung für die Grundwasserversorgung, da Risse in den Felsen des Piesbergs nicht für eine ausreichende Absorbierung der Schadstoffe sorgen könnten. Allenfalls, so meinen Geologen, könne inertes Material für den Piesberg gefahrlos sein. An der nützlichen Idee, dem ausgehöhlten Piesberg durch eine Müll-Bombe einen besseren landschaftlichen Akzent zu vermitteln, wurde hingegen nicht gezweifelt. Scheint sich die Frage abzuzeichnen, ob der Sturm- lauf der Umweltschützer gegen die Deponie am Piesberg doch immer mehr Berechtigung findet?

Diese Frage wurde von der Stadt weiterhin verneint. Die Verwaltung blieb dabei, daß trotz der unerwarteten Kostensteigerung die Deponierung immer noch die preisgünstigste aller Möglichkeiten bliebe.⁵³ Die Antwort eines engagierten Lesers, der schon mehrfach seinen Unmut gegen die Piesberg-Entscheidung geäußert hatte:

„Städte wie Blaubeuren, Konstanz u. v. a. kompostieren ihre Abfälle und erzielen Erlöse bis zu 50 DM/t.

In Osnabrück kehrt man den Müll unter den Teppich und zahlt dafür auch noch jährlich 2 Millionen DM.

Ich habe in meinem steten Bemühen um den Piesberg seit Anfang 1973 auf die jetzt aufgetretenen Gefahren und Kosten hingewiesen; habe aber immer nur zu hören bekommen, daß die Herren Jäger und Klöcker wissen, was sie können, wollen und müssen...

Wenn Herr Schachtebeck glaubt, daß die Umweltschützer, Laien und Idealisten recht behalten, so weiß er, daß diese sich zuerst mit Bionik, Humanökologie, Toxikologie und Umwelt-Mutationsforschung beschäftigt haben müssen, um ihre Stimme erheben zu können.

⁵³ NOZ. 31.03.1976

Die beste Motivierung der Eigeninitiative ist die Überzeugung, daß man auch als einzelner nicht einem unentrinnbaren, allmächtigen Trend ausgeliefert ist, sondern daß das Bild der dann tatsächlich eintretenden Zukunft auch von der eigenen Mitgestaltung abhängt und darüber hinaus natürlich vom Wissen, wie eine solche Mitarbeit zu bewerkstelligen ist (Frederic Vester).

Der vorhandene Wasserschatz ist im Gegensatz zu anderen Grundnahrungsmitteln praktisch nicht vermehrbar. Es bedarf daher eines besonderen Schutzes und sollte nicht nur als Transportmittel eingesetzt werden. U. a. als Transportmittel für ca. 33.000 t Salz, das nach bekannten Berechnungen aus 5 Millionen cbm Hausmüll (Volumen der Deponie Piesberg) im ersten Jahr ausgewaschen werden könnte und in Grund- bzw. Oberflächenwasser gelangen.

‘Die Natur ist immer hart und behält immer recht. Fehler machen nur wir Menschen.’ (Naturforscher Goethe, 1749 — 1832).

Wilhelm Decker⁵⁴

Die Antwort des Leitenden Baudirektors Kurt Jäger in der Neuen OZ vom 13. April 1976:

„Herr Decker erweckt in seinem Leserbrief den Eindruck, als sei aus einer Tonne Müll eine Tonne Kompost herzustellen. Wenn dem so wäre, würde der angegebene Erlös von 50 DM pro Tonne natürlich ein lukratives Geschäft sein, und man müßte sich fragen, warum die Privatwirtschaft hier nicht längst zugegriffen habe. Tatsächlich werden bei vielen Kompostwerken in der Bundesrepublik Erlöse zwischen 5 und 20 DM pro Tonne erzielt, wobei sich die große Masse in dem Bereich von 5 und 10 DM bewegt. Höhere Preise werden nur in ganz seltenen Fällen für besonders hochwertigen Müllkompost erzielt.

Dabei muß man jedoch beachten, daß zur Herstellung von einer Tonne Rohkompost mindestens 2 Tonnen Müll erforderlich sind, da nur etwa 40 Prozent des anfallenden Mülls in Kompost umgewandelt werden können. Da die Verkompostierung von einer Tonne Müll aber mindestens 25 DM kostet (bei den meisten Anlagen liegen diese Kosten wesentlich höher), stehen Verarbeitungskosten von etwa 50 DM Erlöse für Rohkompost zwischen 5 und 10 DM gegenüber, wenn der Kompost überhaupt abgesetzt werden kann.

Ein Erlös von 50 DM pro Tonne, der wohl mehr einem Wunschdenken als realistischen Werten entspricht, würde einen außerordentlich hochqualifizierten Kompost voraussetzen, zu dessen Herstellung man mindestens die doppelte Menge Rohmüll ansetzen müßte. Es stünde dann ein Erlös von 50 DM Aufwendungen in Höhe von mindestens 100 DM gegenüber, und bei diesen Ausgaben ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß die Rohstoffe noch deponiert werden müssen und damit ebenfalls Kosten verursachen. Diese Zusammenhänge teilt Herr Decker leider nicht mit. Oder waren sie ihm nicht bekannt?

Kurt Jäger
Leiter des Tiefbauamtes

Es fällt auf, wie sehr die Argumentation des Vertreters der Stadtverwaltung auf die ökonomische Ebene abzielte. Zu bezweifeln ist, daß er auf dieser Ebene auch die Fol-

⁵⁴ NOZ, 02.04.1976

gekosten einer Deponierung mit einrechnet. Abgesehen davon spielte bei ihm die Wiederverwertung von Altmaterialien scheinbar keine große Rolle. Aber auch wenn sich die Müllkompostierung nach streng ökonomischen Maßstäben nicht gerechnet hätte — ein vorausschauender Blick, der umweltschützende und ressourcenschonende Aspekte mit berücksichtigt hätte — wie man zu jener Zeit aus weiter oben schon genannten Gründen eigentlich hätte erwarten sollen — schien nicht gerade die Stärke des Leiters des Tiefbauamtes zu sein. Auch die Erwartung einer erheblichen Verteuerung der Deponieeinrichtung am Piesberg bei einem verkürzten Verfüllungszeitraum (acht bis 12 statt die bisher angenommenen 20 Jahre) hatten ihn offensichtlich nicht zum Nachdenken und Einlenken bewegt. Lassen wir noch einmal Herrn Decker zu Wort kommen, bevor wir diesen in der Presse dokumentierten Disput beenden:

„Herr Jäger will den Anschein erwecken, als sei behauptet worden, aus einer Tonne Müll im Kompostierungsverfahren 50,- DM erzielen zu können. Da man jedoch weder Müll auf die Felder kippen, noch Kunststoffe und Schwermetalle unbeachtet lassen kann, muß selbstverständlich eine Verarbeitung erfolgen. Jeder wird also dieses Ablenkungsmanöver erkannt haben, denn auch Herr Jäger weiß, daß unter Kompostierung die Herstellung eines erdenartigen Bodenverbesserungsmittel durch Verrottung von Abfällen verstanden wird. Hinsichtlich der Umwandlung von organischen Abfällen in Humus, dem Träger der bodenverbessernden Wirkung, liegen die Erfahrungen aus der Landwirtschaft vor.

Bereits im Oktober 1974 beantragte der Umweltschutzverein, die Rekultivierung des Piesbergs unter Verwendung von aus dem Müll gewonnenen Kompost baldmöglichst zu beginnen. Ein Teil der Mittel sind bereits bereitgestellt, da die Firma Klöckner Durilit lt. Gesetz verpflichtet ist, Rücklagen für diese Kultivierung zu schaffen. Herr Jäger wird sicherlich gern darüber Auskunft geben, ob vielleicht auch diese Gelder von der Stadt in Form einer Benutzungsgebühr getragen werden.

Ich erinnere mich auch, daß der USV beantragte, privaten Unternehmen bestimmte Aufgaben zu übertragen. Es würde mich sehr interessieren, wie Herr Jäger damals reagiert hat. Zum Schluß möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß das Kompostwerk Blaubeuren seinen Kompost zu einem Durchschnittspreis von 50,- DM/t verkauft und das 10fache der Menge absetzen könnte, sofern ausreichende Mengen Müll zur Verfügung stünden. Wird nicht bald mit der Rekultivierung des Piesbergs begonnen, dann wird noch mehr Kompost benötigt, als eine Kompostierungsanlage im Raum Osnabrück jemals produzieren kann.

Wilhelm Decker⁵⁵

⁵⁵ NOZ. 20.04.1976

Mit einem vom Oberstadtdirektor Dr. Raimund Wimmer in Auftrag gegebenen Gutachten bei Prof. Dr.-Ing. Seyfried, Ordinarius und Direktor des Instituts für Siedlungswissenschaft der Technischen Universität Hannover, schien das Thema Piesberg dann vom Tisch zu sein. Zu klären war besonders, ob die Ausbauplanung des Tiefbauamtes als Grundlage des Planfeststellungsantrages und deren Kostenkalkulation im Rahmen der erforderlichen Sorgfalt lagen und ob durch die Auflagen im Planfeststellungsverfahren durch die Bezirksregierung erkennbare Kostenerhöhungen eintraten, die zu einer Nachkalkulation und Aufklärungspflicht gegenüber dem Stadtrat hätten führen müssen — wann und in welcher Höhe wurden die Kostensteigerungen erkannt?

Als der Oberstadtdirektor den Abschlußbericht vorlegte, stellte er fest, daß dem Tiefbauamt eine Verletzung der Sorgfaltspflicht nicht vorzuwerfen war. Die Kosteneinschätzung wäre zu den jeweiligen Zeitpunkten immer realistisch gewesen. Die Kostensteigerungen waren nach dem Bericht auf nicht vorhersehbare Kosten für die Abdichtung der Großdeponie und auch für die Sicherheit der dort arbeitenden Menschen zurückzuführen. Später erfolgte Auflagen seitens der Genehmigungsbehörde waren damals noch nicht Stand der Technik gewesen. Weiterhin mußte die Deponie um weitere technische Anlagen wie etwa eine Waage erweitert und die Arbeitsflächen wegen einer höheren Zahl von Arbeitsmaschinen vergrößert werden. Den gegen das Projekt Sturm laufenden Umweltschützern hielt das Gutachten vor, daß die Deponie trotz der enormen Kostensteigerung das wirtschaftlichste Verfahren wäre. Außerdem wäre eine Beeinträchtigung der Bevölkerung durch die scharfen Auflagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz nicht gegeben. Der Bericht endete:

„Es bietet zudem das umweltfreundlichste Verfahren, weil nur bei dieser Deponie die Narben des Steinbruchs geheilt werden und auf weitere Sicht ein reizvolles Naherholungsgebiet für die Bevölkerung geschaffen werden kann.“⁵⁶

Eine derartige Sicht der Dinge öffnet im Prinzip Tür und Tor für alle möglichen Deponierungsvorhaben. — Könnte es nicht z. B. sinnvoll sein, den ganzen Müll nach Ostfriesland zu verfrachten, denn bekanntlich haben dort die Kinder kaum eine Möglichkeit zum Rodeln.

⁵⁶ NOZ, 24.07.1976

Der Startschuß

Am 31. August 1976 ging am Piesberg im größten Steinbruch Europas die größte niedersächsische Mülldeponie in Betrieb — der Müll konnte rollen! Ein großer Festakt auf dem Steinbruchgelände sorgte für feuchte Augen: Mit Inbetriebnahme dieser Anlage wurde die Abfallbeseitigung in Stadt und Landkreis Osnabrück für die nächsten 15 Jahre als gesichert angesehen. In seiner Ansprache betonte Bürgermeister HARTMUT LAUSE, es wäre Vorsorge getroffen, daß das umliegende Wohngebiet (vornehmlich Pye) weder durch Gerüche noch Geräusche gestört würde. Er wünschte „diesem etwas anrühigen Geschäft einen vollen Erfolg“.⁵⁷

Rekultivierung

Die Diskussion um Rekultivierungsmaßnahmen am Piesberg gingen nach der Inbetriebnahme der Deponie weiter. Die SPD-Fraktion diskutierte im Juli 1978 solche Maßnahmen. Dabei strich sie ihre langfristige Forderung nach einem umfassenden Landschaftspflegeplan unter Beachtung der Nutzungskonzeption für den Piesberg — Naherholungsgebiet für die Osnabrücker Bürger — heraus. Folgende Punkte waren nach Ansicht der Fraktion kurzfristig in Angriff zu nehmen:

- „Klärung der Zuständigkeiten für die Maßnahmen auf dem Piesberg.
- Festhalten an den Ausweisungen des Flächennutzungsplans der Stadt, d. h., die Waldflächen auf der Kuppe sind zu erhalten.
- Umgehende Beendigung der Haldenschüttung am Nordrand des Piesbergs und vorrangige Begrünung der Haldenflächen.
- Weitere Abraumbeseitigung im Berg unter Beachtung langfristiger Nutzungskonzeptionen.

⁵⁷ NOZ. 01.09.1976

- Erstellung einer Kompostierungsanlage für die Schaffung des Materials zur Humusbedeckung im Bereich der Mülldeponie.⁵⁸

Eine Kompostieranlage hatte den Vorteil, daß dort der Humus, der für die Rekultivierung unbedingt benötigt wurde, direkt vor Ort gewonnen wurde und nicht erst herangekarrt und teuer bezahlt werden mußte. Und es wurde zusätzlich das Müllvolumen erheblich verringert.

Die Funktionsweise der neuen Deponie ließ sich die SPD-Fraktion vor Ort vom Fuhrparkleiter, SUHRE, und einem Mitarbeiter des Tiefbauamtes, WEIDEMANN, erläutern. Dabei ging es zum einen um den Aufbau des Bodens des ehemaligen Steinbruchs und seine Isolierung zum Grundwasser hin. Die Isolation bestand aus Gestein und Felschutt, dazwischen eine Lage Kunststoffolie. Zum anderen wurde gezeigt, was mit dem anfallenden Wasser geschah: es wurde direkt zum Klärwerk gepumpt. Eine Kompostieranlage war nach Angabe der Verwaltungsbeamten in Planung. Mit ihr sollte der Humus gewonnen werden, der — voraussichtlich in den 1990er Jahren — für die anstehenden Rekultivierungsmaßnahmen benötigt würde.

Währenddessen ging der UMWELTSCHUTZVEREIN praktisch an die ganze Sache heran: Er führte am Piesberg einen Versuch durch. Auf einer etwa 180 Quadratmeter großen Fläche inmitten des Piesberger Karbonsandsteines hatte der Verein im Mai 1977 etwa 19 Tonnen Kompost verteilt und dann zwei Kleesorten eingesät. Der Kompost war aus Lemgo aus einem Hausmüll-Kompostwerk geholt worden. Im Oktober 1978 war eine üppige Kleewiese zu bewundern — das Experiment schien gelungen zu sein, der Kompost hatte sich allen Unkenrufen zum Trotz bewährt, und daß, obwohl der Untergrund nacktes Gestein war. Außerdem wurde bei der Präsentation des UMWELTSCHUTZVEREINS deutlich gemacht, daß der Markt für Düngemittel wuchs — ein diskreter Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit von Kompostwerken. Doch war der Müllkompost unbedenklich? Eine gute Düngewirkung schloß eine Schadstoffbelastung ja nicht aus. PROF. DR. D. ALT von der Fachhochschule Osnabrück, Fachbereich Gartenbau, in der NEUEN OZ am 7. Oktober 1978:

„Es ist zweifellos zu begrüßen, wenn Versuche unternommen werden, durch Kompostierung der ständig wachsenden Müllflut in umweltfreundlicher Weise zu begegnen. Die Möglichkeiten für die Anwendung von Müllkompost bei Rekultivierungsmaßnahmen sind sicherlich noch nicht ausgeschöpft. Andererseits muß man jedoch vor einer zu großen Euphorie im Hin-

⁵⁸ NOZ, 27.07.1978

blick auf die Verwendungsmöglichkeiten von Müllkompost in der allgemeinen Landwirtschaft warnen. Beim Anbau von Nahrungs- und Futterpflanzen sind die langfristigen Auswirkungen der mit dem Müllkompost dem Boden zugeführten Schwermetalle noch zu wenig erforscht, so daß die Anwendung keinesfalls unkontrolliert erfolgen darf, um eine übermäßige Belastung mit diesen giftigen Substanzen zu vermeiden. Umstritten ist auch das Problem der krebserregenden Stoffe in Müllkomposten.“

Dieser Ansicht konnte der UMWELTSCHUTZVEREIN nicht widersprechen, verwies aber darauf, daß für eine Rekultivierung oder Aufforstung, da in diesen Fällen ja keine Nahrungsmittel angebaut wurden, der Müllkompost ohne Gefahr eingesetzt werden könnte.

Mittlerweile war die Kompostierungs-Diskussion in der Öffentlichkeit so relevant geworden, daß die Stadt bereit war, 80.000 DM für eine wissenschaftliche Untersuchung zur Verfügung zu stellen.

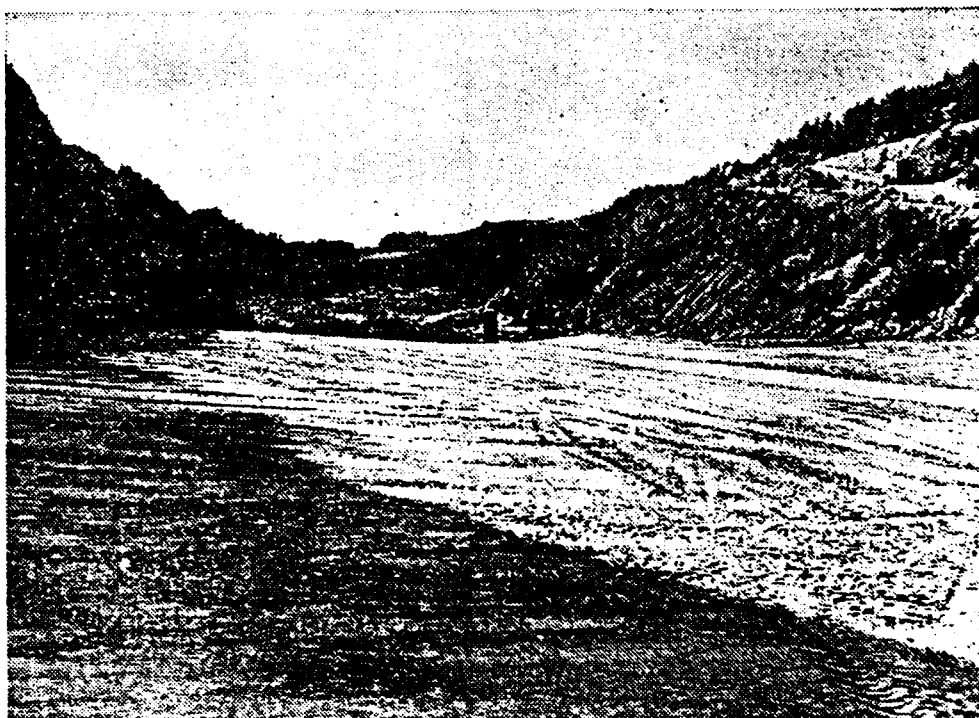
Die weitere Piesberg-Geschichte



Abb. 21: Ein düsteres Bild: Die Müllandschaft am Piesberg. Neue Osnabrücker Zeitung, 25. Januar 1989

Schon Ende der 1970er Jahre, also kurz nachdem die größte Mülldeponie Niedersachsens in Betrieb gegangen war, wurde die Diskussion um die Kapazität des Piesbergs wieder aufgenommen.⁵⁹ Die Stadt gab ein Gutachten in Auftrag, um eine, wie Stadtbaurat KLÖCKER formulierte, endgültige Lösung entwickeln zu können. Doch man hatte mit einer Umsetzung bis etwa 1990 noch beruhigend viel Zeit, wie Unterlagen über das Abfallaufkommen und Hochrechnungen zeigten, denn bis dahin war offenbar für den Müll Platz genug am Piesberg vorhanden. Mit dem Gutachten sollten vor allem folgende vier Fragen geklärt werden:

1. Abfallaufkommen nach Menge und Art unter Berücksichtigung sämtlicher Abfallstoffe,
2. Chancen der Wärme- und Energieverwertung einer thermischen Abfallbehandlung,



Mehr Platz für den Müll Um weitere 7000 Quadratmeter größer ist seit gestern mittag die Ablagerungsfläche in der Zentralen Mülldeponie Piesberg. Zwischen den im vergangenen Jahr hergerichteten Sohlen in 90 und 109 Metern mußte eine Abbau-
strecke des Steinbruches mit Boden aufgefüllt werden. Nach Beendigung dieser Arbeiten erfolgte am
gestrigen Freitag die Abnahme der neuen Müllagerfläche durch das Tiefbauamt der Stadt zusammen
mit dem Wasserwirtschaftsamt und der Baufirma. Schon kurz nach der Abnahme wurde damit begon-
nen, auch auf dieser Fläche Müll abzulagern. Aufnahme: Fricke

Abb. 22: Die Kapazität der Piesberger Mülldeponie wurde mehrfach durch eine Erweiterung der Betriebsflächen erhöht. Neue Osnabrücker Zeitung, 10. September 1979

⁵⁹ NOZ, 01.08.1979

3. Chancen einer sinnvollen Verwertung bzw. Unterbringung von Komposten aus einer biologischen Abfallbehandlung und
4. Chancen der Verwertung von Sekundärrohstoffen, die durch eine mechanische Behandlung aus Abfällen gewonnen werden können.

Des Weiteren sollten Möglichkeiten für einen regionalen Zweckverband ausgelotet werden.



Abb. 23: Kräftig geackert wird am Piesberg: Zusammengeschoben und stark verdichtet braucht der Müll weniger Platz. Neue Osnabrücker Zeitung, 9. September 1993

Neue Müllkonzepte

Die Diskussionen der folgenden Jahre bezogen sich auf die Entwicklung neuer Abfallwirtschaftskonzepte, die die oben genannten Aspekte berücksichtigen sollten. Dabei wurden die Prioritäten verschoben. Die Wirtschaftlichkeit der Modelle spielte natürlich immer noch eine bedeutende Rolle — aber nicht mehr die alles bestimmende. Die Einbeziehung von Müllvermeidung und -verwertung in die aktuellen Planungen gewannen an Bedeutung, auch wenn sie erst von engagierten Bürgern hart erkämpft werden mußte. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion um die Müllverbrennung, die En-

de der 1980er Jahre mit dem Streit um eine Müllverbrennungsanlage (MVA) am Fürstenaauer Weg begann und sich bis heute mit der geplanten MVA in Bramsche-Achmer fortsetzt. In den Auseinandersetzungen prallen die in diesem Falle gegensätzlichen Aspekte 'Wirtschaftlichkeit' und 'Umweltbelange' aufeinander, denn die Tatsache, daß die Müllverbrennung mit Priorität der Kapazitätsauslastung wirtschaftlich arbeiten muß, kollidiert ganz offensichtlich mit der ökologisch notwendigen Forderung nach Müllvermeidung als oberstem Gebot.



MIT GROSSEM AUFWAND muß der Inhalt der „gelben Säcke“ sortiert werden, um die Wertstoffe für das Recycling zur Verfügung zu stellen. Foto: Michael Münch

Abb. 24: Nach Einführung des „Grünen Punkts“: Neue Osnabrücker Zeitung, 1. September 1994

Mit der Einführung des „DUALEN SYSTEMS DEUTSCHLAND (DSD)“ für Osnabrück im April 1993 kam ein Konzept ins Spiel, auf das die Stadt wenig Einfluß hatte und dem sie auch sehr skeptisch gegenüber stand — zu recht, wie sich schon bald herausstellte: Der Sammeleifer bei den „Grüne-Punkt-Produkten“ war so groß, daß die Gesellschaft mit der Wiederverwertung überfordert war. Längst nicht alle Bestandteile aus den „gelben Säcken“ konnten in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden und somit die Entlastung des Piesbergs längst nicht in dem Maße wie versprochen erfolgen. Trotz aller aus ökologischer Sicht berechtigten und notwendigen Kritik an dem System, die hier nicht näher ausgeführt werden soll, hat das DSD auch heute noch in Osnabrück Bestand.

Unterdessen konnte die Stadt zwischendurch mehrfach Zeit gewinnen, indem die Betriebsfläche im Piesberg erweitert wurde. Auf diese Weise existiert die Mülldeponie



IM SOGENANTEN RESTMÜLL aus den Sortierbetrieben befinden sich seit dem 1. Juli vermehrt Wertstoffe, da DSD nicht mehr so gründlich wie früher trennen läßt. Solche Lieferungen wie diese von Donnerstag will Oberstadtdirektor Dierk Meyer-Pries künftig auf der Deponie Piesberg nicht mehr annehmen lassen.

Foto: Jörn Martens

Abb. 25: Neue Osnabrücker Zeitung, 17. Juli 1993

heute schon fast 20 Jahre, also doch erheblich länger als zu Beginn angenommen werden konnte.

Blickt man zurück auf die „Müllgeschichte“ Osnabrücks, zeigt sich, daß mit der Eröffnung der geordneten Großdeponie im Piesberg die „wilden Jahre des Mülls“ in Osnabrück vorbei waren, auch wenn es in Einzelfällen natürlich weiterhin Skandale und „Skandalchen“ gab. Entscheidendes Faktum jedoch ist, daß seit diesem Zeitpunkt verstärkt Umweltgesichtspunkte in die Abfalldiskussion eingebracht wurden, teils von „oben“ verordnet, teils von der Bevölkerung eingeklagt. Doch die Vergangenheit

ruhte nicht: Der frühere, allzu sorglose Umgang mit den städtischen Abfällen nach dem Motto „Aus den Augen — aus dem Sinn“ sollte für die Zukunft noch einigen Ärger mit sich bringen...

Günter Terhalle

Altlasten in Osnabrück

Wie die Abfallgeschichte der Stadt Osnabrück zeigte, wurde nach dem zweiten Weltkrieg bis Mitte der 1970er Jahre der Stadtmüll überwiegend in Hellern in den alten Schneperschen Tongruben sowie einigen anderen ausgewiesenen Deponien und dann, ab September 1976, im alten Steinbruch im Piesberg abgelagert. Doch was passierte mit dem Müll, der vor dieser Zeit anfiel?

Aufschluß darüber ist zu erhalten durch eine Diskussion, die Ende der 1980er Jahre einsetzte — die Diskussion um die sogenannten Altlasten. Unter Altlasten sind alte, kontaminierte Müllablagerungen jeglicher Art zu verstehen, die noch heute Belastungen für die Umwelt darstellen — ehemalige Mülldeponien, mit Müll und Schutt verfüllte Bombentrichter oder ehemalige Steinbrüche, die in der Vergangenheit als Schuttkuhlen gedient hatten. Hinzu kommen belastete Betriebsflächen wie etwa alte Tankstellen etc., Industriegelände etc..

1989 wurde angenommen, daß auf dem Osnabrücker Stadtgebiet etwa 100 Flächen altlastenverdächtig waren. Die Verwaltung berichtete, daß 45 stillgelegte Ablagerungsplätze und weitere 48 altlastenverdächtige Deponien erfaßt waren. Hinzu kamen ca. 250 mögliche kontaminierte Betriebsflächen. Mangels Fachleuten war das Umweltamt nicht hinreichend vorbereitet auf eine Umweltgefährdung in einer solchen Größenordnung. Deshalb überlegte sich die Stadt Osnabrück, das Personal auszubauen. Weiterhin sollten für umfassende Bodenuntersuchungen ausreichende Mittel freigesetzt werden.⁶⁰ Weil sich deutlich abzeichnete, daß eine gewaltige Kostenlawine auf

⁶⁰ NOZ. 08.06.1989

die Stadt zurollte, wurde betont, daß die Sanierung von Altlasten eine Gemeinschaftsaufgabe wäre und nicht allein auf die Kommune abgewälzt werden dürfte.

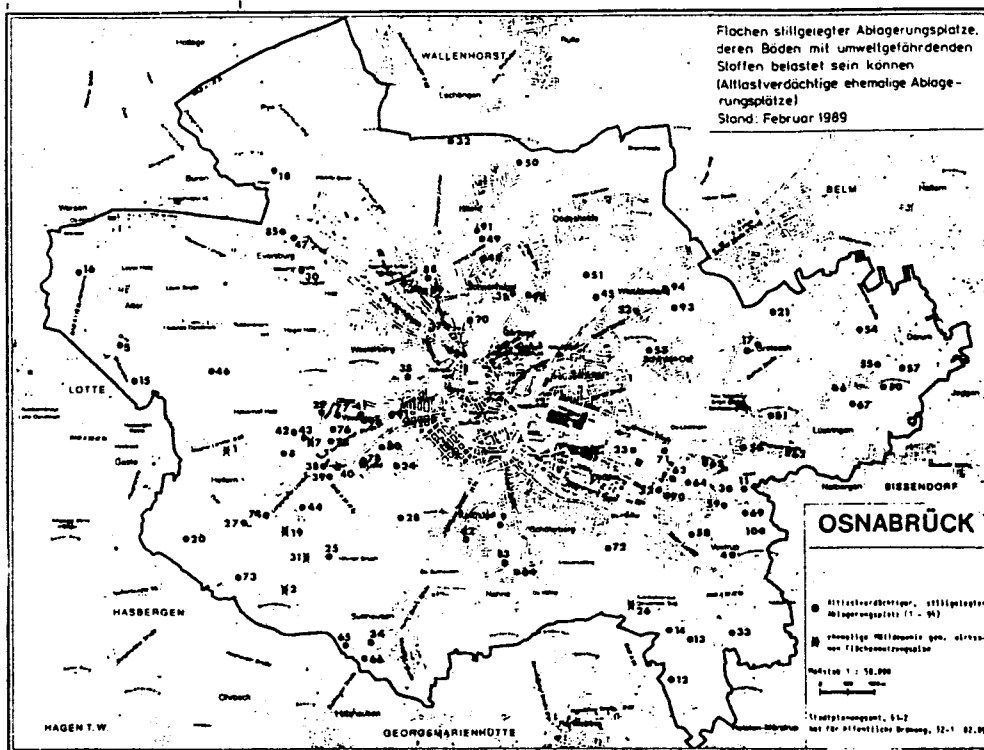


Abb. 26: Übersichtskarte über die Altlastenverdachtsflächen im Stadtgebiet vom Februar 1989. Neue Osnabrücker Zeitung, 22. April 1989

1992 war bereits die Rede von rund 500 Verdachtsflächen im Stadtgebiet. Ungefähr 10 Prozent von ihnen, so schätzte der damalige Umweltamtsleiter WOLFGANG GEMBA, wären dringend sanierungsbedürftig. Angesichts dieser gigantischen Aufgabe machte die Stadt endlich Ernst mit ihrer Absicht, das Umweltamt fachlich aufzurüsten: am 1. April trat der Hydro-Geologe DETLEF GERDTS als für die Altlasten zuständiger Abteilungsleiter die neu geschaffene Stelle an.

In den folgenden Monaten wurde immer wieder über neue, beunruhigende Altlastenfälle berichtet. Einige gravierende Beispiele waren

- das ehemalige Gelände der Tolo Chemie an der Süsterstraße 14, wo erhebliche Giftkonzentrationen vorgefunden wurden,
- die ehemalige Mülldeponie in Hellern, aus der giftiges Sickerwasser austrat und in die Düte floß,



MIT CHEMIKALIEN VERSEUCHT: Das ehemalige Betriebsgelände der Tolo Chemie an der Süsterstraße 14.

Foto: Michael Hehmann

Abb. 27: Neue Osnabrücker Zeitung, 23. Februar 1990

- das Bauvorhaben Schnepfersche Tongruben, das wegen zu hoher Belastung des Bodens abgeblasen werden mußte,
- eine ehemalige Deponie in Voxtrup, die die Hase erheblich belastete,
das Gelände des neuen Studentenwohnheims am Gartlager Weg,
- ein Grundstück am Nonnenpfad, das durch eine dort ansässige chemische Reinigung vergiftet worden war und

- natürlich das Hammersen-Viertel, ein Baugebiet, das auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Textilfabrik Hammersen ausgewiesen war
- und viele andere mehr.

In unserer Darstellung wollen wir uns auf den Stadtteil WÜSTE „beschränken“, ein Fall, der durch die gesamte bundesdeutsche Presse ging, weil sich hier die größte Altlastenverdachtsfläche Deutschlands abzeichnete und das Projekt NUSO an den Voruntersuchungen unmittelbar beteiligt war.

Das Geheimnis vom Prenzlerweg

Im April 1982 schreckte ein Kurzbericht in der NEUEN OZ die Bürger in der Wüste auf:

„Bleivergiftung in der Wüste? Nachdem eine Bodenuntersuchung aus einem privaten Kleingarten am Prenzlerweg, die von der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe durchgeführt wurde, einen mit 302 mg/kg weit über dem zulässigen Grenzwert von 100 mg/kg (Durchschnittswerte 0,1 bis 20 Milligramm pro Kilogramm) liegenden Wert ergeben hatte, stellte die Fraktion der Grünen in der gestrigen Ratssitzung eine entsprechende Anfrage.

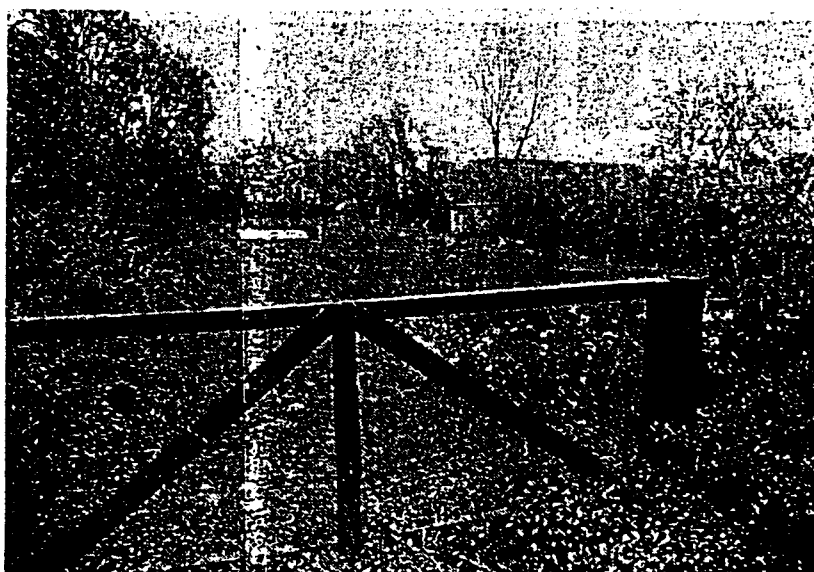
Der Verwaltung sei dieses Ergebnis bekannt, sagte Stadtbaurat Klöcker; sie habe sofort die Entnahme weiterer Boden-, Wasser- und Gartenfruchtproben veranlaßt und zur Untersuchung an die zuständigen staatlichen Dienststellen weitergeleitet. Die Ergebnisse würden in 14 Tagen bis vier Wochen erwartet. Sollte sich das Ergebnis der Landwirtschaftskammer bestätigen, seien weitergehende großräumige Untersuchungen durch ein Fachinstitut notwendig.

‘Die Verwaltung hat bislang keine Kenntnisse oder Vermutungen über die Ursachen der möglichen Bleivergiftung’, sagte Klöcker. Es sei jedoch bekannt, daß auf dem betroffenen Grundstück jahrzehntelang eine Gärtnerei betrieben und vermutlich Klärschlamm gelagert wurde.⁶¹

Wie war es zu dieser Entdeckung gekommen? — Schon seit zwei Jahren wurde das betreffende Gelände von Freizeit-Gemüsegegnern genutzt. Diese achteten streng auf biologische Anbaumethoden. Die Bodenuntersuchung war eine Routinemaßnahme: Es

⁶¹ NOZ, 28.04.1982

sollte der Nährstoffgehalt des Gartenbodens bestimmt werden. Nur nebenbei wollte man Aufschluß über einen eventuellen Schwermetallgehalt bekommen. Das Untersuchungsergebnis war dann ein Schock: *„Gemessen an den Orientierungswerten für Kulturböden ... ist der Bleigehalt als nicht tolerierbar einzustufen“*⁶², war darin zu lesen. Die Ursache der hohen Belastung lag völlig im Dunkeln. Sicher schien lediglich, daß eine punktuelle Kontamination vorlag: Gartengrundstücke, die nur durch eine Hecke getrennt waren, wiesen gänzlich verschiedene Werte auf. Individuelle Kultivierungsmaßnahmen spielten also offensichtlich eine große Rolle.



ERHÖHTE BLEIWERTE wurden in diesem Garten am Prenzlerweg festgestellt.

Aufnahme: Lahmann-Lammert

Abb. 28: Der belastete Garten am Prenzlerweg. Neue Osnabrücker Zeitung, 6. Mai 1982

Eine Nachuntersuchung auf Veranlassung des AMTES FÜR ÖFFENTLICHE ORDNUNG sollte Anfang Mai 1982⁶³ für Beruhigung sorgen: Der Bleigehalt lag zwar nach einer Mitteilung des PRESSEAMTES geringfügig über dem Toleranzwert, ohne daß er sich jedoch negativ auf das Grundwasser oder Gemüse auswirkte. Danach enthielten nach Feststellungen des CHEMISCHEN UNTERSUCHUNGSAMTES OLDENBURG die Lebensmittelproben von tiefgefrorenem Gemüse aus dem Garten am Prenzlerweg Bleiwerte, die doch erheblich unter dem „zuverlässigen“ Richtwert lagen. Auch der Bleigehalt des Grundwassers bewegte sich mit 0,018 mg/l gegenüber einem zulässigen Grenzwert

⁶² NOZ, 06.05.1982

⁶³ NOZ, 08.05.1982

von 0,04 mg/l nach Mitteilung des NIEDERSÄCHSISCHEN WASSERUNTERSUCHUNGSAMTES durchaus im normalen Bereich.

Die unterschiedlichen Untersuchungsergebnisse waren im Prinzip unerklärlich. Wies das von den Nutzern des Gartens beauftragte Gutachten einen Bleigehalt im Boden von 302 mg/kg (s. o.) aus, fanden die von der Stadt engagierten Fachleute lediglich einen leicht erhöhten Wert von 123 mg/kg. Dieser doch eklatante Unterschied ließ weitere Untersuchungen notwendig erscheinen. So sollten unter städtischer Regie weitere Bodenproben gezogen und das Frischgemüse — so bald es möglich war — analysiert werden.

Der städtische Bericht wurde jedoch nicht fraglos hingenommen, wie folgender Leserbrief zu dem Zeitungsartikel „Grundwasser nicht betroffen“ vom 8. Mai 1982 zeigt:

„Unter dem oben genannten Titel wurde ein Artikel über den im Kleingarten am Prenzlerweg ermittelten Bleigehalt im Boden veröffentlicht. Eine sehr erfreuliche Nachricht, sollte der Leser meinen. Um aber den Anbau von Gemüse, den Zweck eines Gartens, zu unterbinden, reicht auch die Verseuchung des Bodens aus.“

Die von der Nutzerin des Gartens veranlaßten Untersuchungen wurden von der LUFÄ (Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt, eine Einrichtung der Landwirtschaftskammer) durchgeführt, einer anerkannten Institution. Warum wird der Name dieses Instituts nicht genannt, sondern statt dessen die Ergebnisse als fragwürdig dargestellt?

Selbst die von der Stadt beauftragten Fachleute ermittelten einen Bleigehalt von 123 mg/kg, 'lediglich', wie der Verfasser bemerkt. Dabei sollte man sich vor Augen führen, daß der 'normale' Bleigehalt bei 1 - 20 mg/kg liegt, die höchste tolerierbare Werte bei 100 mg/kg. Warum werden solche Höchstgrenzen festgesetzt? Der Verfasser redet dabei noch von einer 'leichten Überschreitung'...

Reichen wenige Stichproben aus zu der Behauptung, es seien keine Giftstoffe im Gemüse vorhanden? Was ist ein 'zuverlässiger' Richtwert? Mir ist nur der Begriff eines zulässigen Wertes bekannt, und über den werden hier keinerlei Angaben gemacht. Wird mit diesen Werten ähnlich 'locker' umgegangen wie mit den Bleiwerten im Boden?...

Petra Rippelbeck

Bei den nachfolgenden Untersuchungen mußten die „niedrigen“ Bleiwerte revidiert werden. In dem Ausgangsgarten fanden sich nunmehr Proben, die einen Wert über 500 Milligramm pro Kilogramm Gartenerde aufwiesen. Auch die Nachbargärten am Prenzlerweg waren in einem Maße verseucht, die teilweise das Mehrfache des zulässigen Richtwertes überschritten. Immer noch herrschte ein großes Rätselraten über die

Herkunft des Bleis. Etwas hilflos empfahl das STÄDTISCHE GESUNDHEITSAMT, das Gemüse vor dem Verzehr gründlich zu waschen. Dieser Rat erntete sofort Kritik:

„Ein gründliches Abwaschen verringert den Bleigehalt der Wurzelgemüse nicht. Sie enthalten besonders hohe Bleianteile, da das Schwermetall von den Wurzeln aus dem Boden aufgenommen und gespeichert wird. Dagegen kann der den Blättern anhaftende bleihaltige Staub zu ca. 50 Prozent abgewaschen werden. Der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als tolerierbar angesehene Höchstwert der Bleizufuhr über Lebensmittel liegt bei 3 mg pro Erwachsener je Woche. Bei Konsum der angebotenen 'normalen' Lebensmittel wird dieser Wert bereits überschritten. Bei Verzehr von Gemüse aus den bleibelasteten Gärten erhöhen sich die gesundheitlichen Gefahren. Blei reichert sich selbst dann im Körper an, wenn es in kleinen Mengen aufgenommen wird — eine chronische Bleivergiftung ist die Folge...

Helga Steinbügl⁶⁴

Es dauerte bis zum Mai 1985, bis das Geheimnis um das Blei am Prenzlerweg gelüftet wurde! NEUE-OZ-Redakteur Rainer Lahmann-Lammert:

„Paul Weigd hatte im ersten Weltkrieg eine Armverletzung erlitten und arbeitete als Telefonist im Osnabrücker Stahlwerk. Es ärgerte ihn, daß auf der feuchten Wiese neben seinem Garten am Prenzlerweg kaum etwas wuchs. Und er hatte eine Idee, wie das Grundstück an Wert gewinnen könnte: Der Freizeit-Gärtner spannte seine ganze Familie ein, um den Mutterboden zu entfernen. Dann ließ er sich wohl Dutzende fahren von Schlacke aus dem Stahlwerk kommen und deckte schließlich die Erde darüber.

Einige Jahre hat die Plackerei gedauert, bis Paul Weigd die ehemalige Wiese als Garten nutzen konnte. Um 1929 oder 1930 wuchsen die ersten Möhren, Erbsen und Salatköpfe auf dem Grundstück. Daß Paul Weigd nicht nur den Nutzwert, sondern auch den Bleiwert seines Gartens erheblich gesteigert hat, konnte er zu Lebzeiten nicht mehr erfahren. ...

Immer wieder standen Berichte von der 'Bleifront' in der Zeitung, und immer waren die Kinder des Gartenfreundes Paul Weigd kurz davor, das 'Geheimnis' vom Prenzlerweg preiszugeben. Aber irgend etwas kam jedesmal dazwischen. Erst jetzt haben sich Günter Weigd (72) und seine Schwester Magdalena Emerich (70) gemeldet. Gegenüber unserer Zeitung berichteten sie ausführlich, wie es zu der Bleiverseuchung gekommen war...

⁶⁴ NOZ. 25.06.1982

Die Wüste — größte Altlastenverdachtsfläche Deutschlands

1992 gab es eine neue böse Überraschung für die Stadt Osnabrück als Eigentümer und das hiesige Studentenwerk als Bauherr, als bei Aushubarbeiten für ein neues Studentenwohnheim an der Jahnstraße mit Zink und Blei verseuchter Boden auftauchte, obwohl das Gelände in einem Gutachten als „clean“ bewertet worden war.

„Vor 14 Tagen hatten die Bauarbeiten auf dem ehemaligen Kromschröder-Gelände hinter dem schon bestehenden Studentenwohnheim begonnen. Dort sollen Unterkünfte für rund 100 Studenten entstehen und damit ein Sofortprogramm des Landes umgesetzt werden. Mit diesem Programm werden in Osnabrück insgesamt 250 neue Studentenwohnungen gefördert.“

Im Vertrauen auf das vorliegende Gutachten, für das die Stadt seinerzeit an ein unabhängiges Büro außerhalb Niedersachsens rund 15.000 Mark bezahlt hatte, gingen die Auskofferungsarbeiten gut voran. Ein Teil des Aushubs wurde auf zwei Bauschuttdeponien und Privatgrundstücke in Osnabrück und Lotte gebracht. Unerwartet stießen die Bauarbeiter plötzlich auf eine zwei Meter dicke und 50 Jahre alte Hausmüllablagerung. Sofort eingeleitete Messungen ergaben hohe Zink- und Bleiwerte.

Studentenwerks-Geschäftsführer Otto Kerll und der Abteilungsleiter im Umweltamt Detlef Gerdts reagierten schnell. Ein Gutachter ließ vor Ort das kontaminierte Material vom unbelasteten Bauschutt trennen, die verbleibenden 1500 Tonnen verdächtiger Erde wurden auf der Baustelle separat gelagert und eingezäunt. Das abtransportierte Material wird in den nächsten Tagen zurückgeholt.

‘Dann stehen wir mit den insgesamt 5000 Tonnen vor einem Problem’, schilderte Gerdts gestern unmittelbar nach dem Vorliegen erster Analyseergebnisse die Situation gegenüber der Presse. Danach sind die Blei- und Zinkwerte zu hoch, um den Aushub ohne weiteres auf die Hausmülldeponie zu bringen. ‘Dreimal höher als erlaubt’, bedauerte Gerdts.

Auf der anderen Seite halte er eine Piesberg-Einlagerung dennoch für machbar, da insbesondere Zink ‘relativ unkritisch’ und Blei kaum wasserlöslich sei. Darüber muß jetzt das staatliche Amt für Wasser und Abfall entscheiden, das vom Städtischen Umweltamt um vordringliche Beurteilung gebeten worden ist.

‘Wir hoffen auf einen positiven Bescheid, denn sonst wäre das Material Sondermüll, dessen Beseitigung astronomische Summen kosten würde’, meinte Otto Kerll. Dann müsse auch mit allen Beteiligten geprüft werden, wer die Kosten der Altlast übernimmt. ‘Solange das dann nicht geklärt wäre, werden wir nicht weiterbauen’, kündigte Kerll für das Studentenwerk an. Ursprünglich sollten die ersten Studenten zum Wintersemester 93/94 einziehen.

‘Die Stadt wird alles tun, um das Problem im Sinne des Studentenwerks zu lösen’, sicherte Pressesprecherin Karin Augustin Unterstützung durch die Kommune zu.

Detlef Gerdts bittet alle Bürger, die mehr über die Müllablagerungen wissen und insbesondere die Schwermetallbelastungen erklären können, um Hinweise.⁶⁵

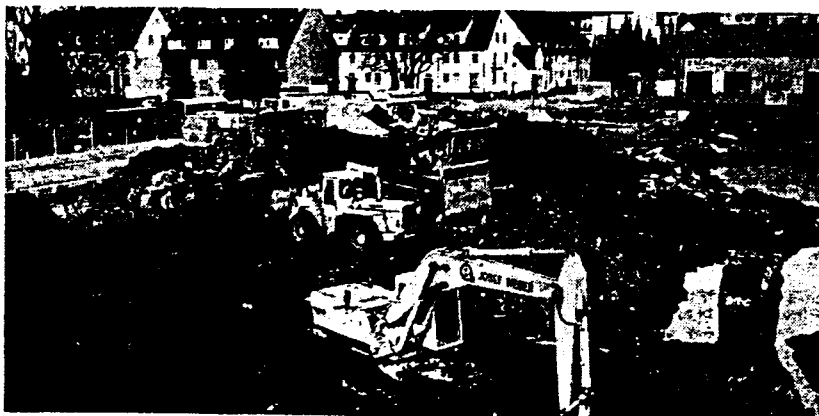
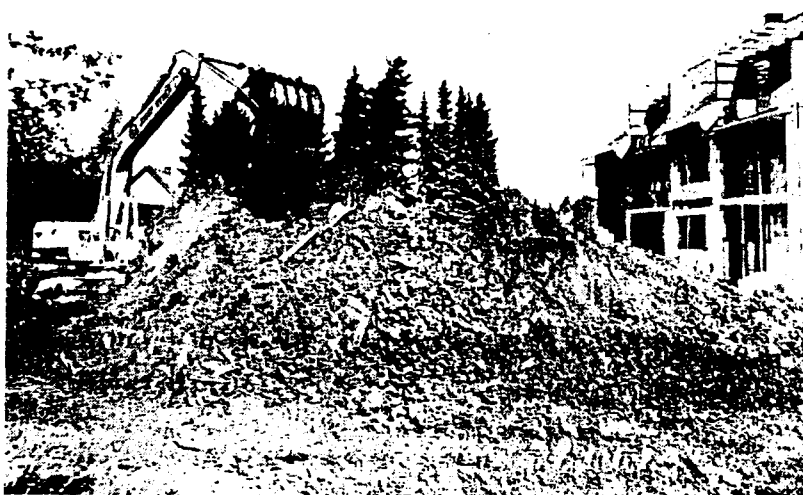


Abb. 29: Der Boden an der Jahnstraße mußte großzügig ausgekoffert werden. Neue Osnabrücker Zeitung, 30. März 1994

BIS ZUR TORFSCHICHT in rund zwei Meter Tiefe wird die Müllschicht von schweren Baufahrzeugen abgetragen und verläßt dann die Wüste per Lkw Richtung Deponie. (19) Foto: Klaus Lindemann

Neben dieser Hiobsbotschaft war ein unvermutetes, skandalöses Problem aufgetaucht: Waren weitere Gutachten, die durch dieselbe Firma erstellt worden waren, ebenfalls hinfällig, war auch anderorts, z. B. am Hammersen-Gelände, schlampig gearbeitet worden? Der Vorsitzende des Umweltausschusses des Rates, Klaus Steinmeier, jedenfalls forderte ein „Nachchecken“ der anderen bereits vorgelegten Gutachten.



AUCH DIESER ERDAUSHUB aus einer Baustelle in der Wüste ist belastet und mußte teurer entsorgt werden. Foto: Jörn Martens

Abb. 30: Auch anderorts in der Wüste tauchte belasteter Boden auf. Neue Osnabrücker Zeitung, 3. September 1993

⁶⁵ NOZ, 24.10.1992

Mittlerweile hatte sich zur Erleichterung aller Beteiligten durch eine Analyse des ausgekofferten Materials an der Jahnstraße gezeigt, daß dieses im Piesberg abgelagert werden durfte. Die zuständige Landesfachbehörde hatte eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Die dafür nötigen Untersuchungen hatten ergeben, daß das Sickerwasser der Deponie das Blei und Zink nicht aufnahm. Aufgrund dieser positiven Situation rechnete das Studentenwerk mit einem fristgerechten Abschluß der Bauarbeiten.

Am 17. Dezember 1992 meldete die NEUE OZ den Vollzug der Entsorgung: *„Studentenheim wird weitergebaut“!*

Dem Umweltamt gelang es anscheinend nicht, den Hintergrund der an der Jahnstraße vorgefundenen Müllablagerungen zu erhellen. Dies belegt ein Zeitungsbericht der NEUEN OZ vom 3. September 1993, in dem gefragt wurde: *„Steht Stadtteil Wüste auf einer Müllschicht?“*

Nachdem an der Jahnstraße im Bereich des alten Kromschröder-Geländes alte Hausmüllablagerungen gefunden worden waren, schien sich im Sommer 1993 ein regelrechter Umweltskandal abzuzeichnen⁶⁶: Bei Bauvorhaben zwischen Kurt-Schumacher-Damm und Limberger Straße wurde stark belasteter Boden ausgekoffert, der auf einer normalen Bauschuttdeponie nicht abgelagert werden durfte. Auch an anderen Stellen in der Wüste waren Altablagerungen gefunden worden, die in ihrer Zusammensetzung stark an das Vorkommen an der Jahnstraße erinnerten. Das Umweltamt vermutete, daß der bis zu den 1950er Jahren noch weitestgehend unbebaute Stadtteil Wüste vor, während und unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg als regelrechte Müllkippe genutzt wurde.

Die Stadt reagierte prompt: Oberstadtdirektor MEYER-PRIES initiierte die unverzügliche Zusammensetzung einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe. Abteilungsleiter DETLEF GERDTS aus dem Umweltamt wollte diesem Gremium vorschlagen, auf allen bislang noch unbebauten 70 Grundstücken in der Wüste Proben zu ziehen, um so Aufschluß über eventuelle weitere, vielleicht sogar flächendeckende Müllablagerungen zu bekommen.

⁶⁶ NOZ, 03.09.1993

Umstritten war, wer denn nun für die Entsorgung belasteter Böden aufzukommen hatte. Vorläufig vertrat die Stadt, vertreten durch Umweltamtsleiter BURKHARD TIETZ, die Auffassung, daß der Grundeigentümer als Abfallbesitzer entsorgungspflichtig war. Demgegenüber schalteten mehrere Betroffene Rechtsanwälte ein, die prüfen sollten, ob nicht doch die Stadt durch die Erstellung des Bebauungsplans in den 1960er Jahren für die Mehrkosten herangezogen werden könnte. Ein komplizierter Rechtsstreit schien sich anzubahnen.

Neue Nahrung erhielt dieser Konflikt, als kurz darauf folgende Meldung in der NEUEN OZ erschien: „*Die Stadt selbst ließ den Müll in die Wüste karren*“⁶⁷:

„Die Befürchtung, daß der Stadtteil Wüste beinahe flächendeckend auf einer bis zu einem Meter dicken Müllschicht steht,... bestätigt sich immer mehr. So wurden inzwischen nicht nur an der Alfred-Delp-Straße im Zuge von Kanalbauarbeiten ebenfalls gleichartige Altlasten zu Tage gefördert, sondern dem Umweltamt liegt jetzt auch ein Artikel der Osnabrücker Volkszeitung vom 12. Februar 1982 vor, in dem über die Verfüllung des Geländes durch Arbeitslose berichtet wird. Das Pikante daran: Der Müll wurde seinerzeit von der Stadt zur Verfügung gestellt und angefahren.“

Der Zeitungsbericht entstand ganz unter dem Eindruck der damals in Deutschland herrschenden Massenarbeitslosigkeit. In dem Bemühen, möglichst viele Arbeitslose zumindest zeitweise zu beschäftigen, unterstützten die Behörden das Bemühen, den Stadtteil Wüste trockenzulegen. Die dort bestehenden Kleingartensiedlungen mitsamt ihren Gemüsekulturen wurden nämlich nach jedem Regenschauer regelrecht überschwemmt.

Mit Hilfe der Arbeitslosen wurde die Müllschicht grabenweise als Drainage eingebracht. ‘Der ausgeworfene Graben wird wieder mit Müll angefüllt, der von der Stadt kostenlos angefahren wird’, schrieb der Chronist. Im Zuge der Arbeiten wurde übrigens auch das Fußballstadion Bremer Brücke mit rund 1000 Tonnen Müll und Schlacke aufgefüllt, das schon seit längerem im Umweltamt als Altlast geführt wird.

Der entscheidende Hinweis auf den Artikel kam vom Projekt NUSO (Natur und Umwelt in der Stadt Osnabrück), das unter Leitung von Dr. Gerhard Becker (im Auftrag des ‘Vereins für Ökologie und Umwelt’) Recherchen zur regionalen Umweltgeschichte betreibt.

‘Wir sind NUSO sehr dankbar für den Hinweis und würden die Mitarbeiter gerne in unsere weiteren Voruntersuchungen einbeziehen’, freute sich Detlef Gerds als zuständiger Abteilungsleiter im Umweltamt.“

⁶⁷ NOZ, 04.10.1993

Mit dem Auftauchen dieses Artikels aus der Vorkriegszeit und weitere Funde von Altablagerungen auf dem Gelände der Wüste sanken die Hoffnungen, daß nur ein Teilbereich der Wüste von diesen Altablagerungsvorkommen betroffen sein würde. GERDTS betonte, daß ein genauer Aufschluß über Ausmaß und Gefährdungspotential nur über ein groß angelegtes Untersuchungsprogramm zu erreichen wäre. Weiter heißt es:

„Die bislang im Stadtteil Wüste mit seinen 15.000 Einwohnern und 2500 Grundstücken festgestellten erhöhten Schwermetallwerte wie Blei, Kupfer und Zink führen nach Ansicht des Altlastenexperten nicht zu einer akuten Belastung. 'Sie können eher ein langfristiges Problem darstellen für den Fall, daß sie bis an die Erdoberfläche heranreichen', meinte Gerdts.“

Die Stadt wollte umgehend alle Flächen in der Wüste untersuchen, auf denen gespielt wurde. Dabei sollten alle Spielplätze und Grünanlagen noch 1993 von der Untersuchung erfaßt werden.

Die historische Recherchen

Diese Vorgänge legten die Vermutung nahe, daß in früheren Zeiten recht bedenkenlos mit dem städtischen Müll umgegangen wurde. Und diese Vermutung sollte sich bestätigen, nachdem GÜNTER TERHALLE (unter Mitarbeit von UTE VERGIN) vom PROJEKT NUSO mit historischen Recherchen zum Altlastenverdacht in der Wüste beauftragt worden war. Dabei sollten für die „INSTITUT FÜR UMWELT-ANALYSE GMBH BIELEFELD“, die für den Gesamt-Untersuchungsauftrag den Zuschlag erhalten hatte, besonders folgende drei Fragen geklärt werden:

1. Wie ließ sich der Verfüllungszeitraum für Müll und anderer Materialien in der Wüste bestimmen?
2. Wo finden sich Verfüllungsgrenzen?
3. Welche Abfallarten wurden verwendet (unter besonderer Berücksichtigung der Herkunft, des Umfangs und des Charakters der Ablagerungen)?

Es folgen Auszüge aus dem Abschlußbericht:

Das Untersuchungsgebiet



RUND 15 000 OSNABRÜCKER wohnen im Stadtteil Wüste. Die Luftaufnahme von 1991 zeigt wesentliche Teile des Gebietes zwischen Martinistraße/Kurt-Schumacher-Damm (oberer Bildrand), der Autobahn im Westen (links) und der Eisenbahnlinie im Süden (unten). Der helle Fleck am rechten Bildrand ist das Freibad Moskau.

Abb. 31: Neue Osnabrücker Zeitung, 4. Oktober 1993

Die sogenannte Wüste im Südwesten des Osnabrücker Stadtgebietes ist der drittgrößte von 23 Stadtteilen. Er wird begrenzt im Norden von der Martinistraße/Blumenhaller Weg, im Westen von der Bundesautobahn A 30, im Süden durch die Eisenbahnlinie Münster-Hamburg und im Osten durch den Schloß- und Johannistorwall bis etwa zur Kommenderiestraße.

Dieses so eingegrenzte Gebiet, auf dem die Altablagerungen vermutet werden, umfaßt insgesamt etwa 200 ha, entsprechend 2 qkm. Aufgeteilt ist es in ca. 2.200 Grundstücke. Ungefähr 17.000 Einwohner leben hier. In ca. 300 Kleingärten wird u. a. auch Gemüse angebaut.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Osnabrück ist das Gebiet nördlich der Straße Schnatgang und östlich der Parkstraße als gemischtes Bauterrain ausgewiesen. Westlich der Parkstraße bis zur Begrenzung durch die Quell- und Bühlwiese herrscht überwiegend Wohnbaugebiet vor.

Anlage der Untersuchung und Quellenmaterial

Ein Problemfeld wie die Altablagerungen in der Osnabrücker Wüste historisch zu untersuchen, mußte auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, weil beide Teilaspekte, lokale Müllgeschichte und Stadtteilentwicklung Wüste, in historischer Perspektive bezogen auf die Gesamt-Stadtentwicklung immer nur wenig bedeutsam erschienen, so daß lediglich in geringem Umfange schriftliche Dokumente vorlagen. Auch die vorliegende lokalgeschichtliche Literatur bot da wenig Hinweise, denn das Thema Müll hatte ja eigentlich erst durch die aufkommende Umweltdebatte ab den 1970er Jahren seine Brisanz erhalten. Außerdem galt auf der anderen Seite die Wüste den Osnabrückern lange Zeit als relativ wertloses Ödland, und noch bis in die 30er Jahre unseres Jahrhunderts glaubte man nicht, daß man dieses Gebiet jemals besiedeln könnte. Es kam deshalb in besonderem Maße darauf an, auch „zwischen den Zeilen zu lesen“, d. h. auch Schlüsse zu ziehen, die nicht immer hundertprozentig belegbar waren. Außerdem kam natürlich unter diesem Gesichtspunkt der Befragung von Zeitzeugen eine besondere Bedeutung zu.

Zeitungsrecherche

In einem ersten Schritt wurden ca. 600 historische Zeitungsartikel aus der Osnabrücker Lokalpresse der letzten 150 Jahren ausgewertet. Diese Zeitungsartikel bezogen

sich auf den Problembereich Müll/Abfall/Altlasten sowie auf die Stadtteilentwicklung der Osnabrücker Wüste unter besonderer Berücksichtigung der Grünflächen (Gärten, Wiesen, landwirtschaftlich genutzte Flächen). Sie sind Bestandteil eines über 10.000 Textdokumente umfassenden Zeitungsarchives, das im PROJEKT NUSO in den Jahren 1988 - 1994 zusammengetragen und in einer Datenbank systematisiert wurde.

Generell konnte man sagen, daß das für diese Untersuchungen brauchbare Material aus den oben angeführten Gründen nicht besonders ergiebig war, jedenfalls im Hinblick auf **konkrete** Verfüllungsmaßnahmen bzw. Müllablagerungen in der Wüste. Der Zeitungsartikel in der OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG vom 12. Februar 1932, in dem die Maßnahmen zur Geländeerhöhung für Kleingärten in der Wüste mit Müll beschrieben werden, wirft jedoch ein Schlaglicht auf die gängige Praxis der Müllbeseitigung bzw. -verwertung zur damaligen Zeit, die im übrigen kein spezifisch Osnabrücker Phänomen sein dürfte.

Insgesamt dokumentieren die Presseberichte den Umgang der Stadt Osnabrück mit ihrem Müll und führten auf die Fragestellungen hin, unter denen die Aktenrecherchen vorzunehmen waren.

Aktenrecherche

Der zweite Schritt bestand somit in der systematischen Erfassung des inhaltlich in Frage kommenden historischen Aktenmaterials aus der Osnabrücker Stadtverwaltung, das zum größten Teil dem NIEDERSÄCHSISCHEN STAATSARCHIV in Osnabrück überantwortet wurde.

So wurden in der Zeit vom 15. August bis zum 7. Oktober 1994 im Niedersächsischen Staatsarchiv insgesamt 220 Akten (entsprechend 6-7 Meter) der unterschiedlichsten Provenienz sowie zahlreiches Kartenmaterial auf Aussagen und Hinweise über Altlasten im Stadtteil Wüste unter besonderer Berücksichtigung der sich aus den Presseberichten der letzten 150 Jahre ableitenden Fragestellungen überprüft.

Da sich das meiste noch vorhandene Aktenmaterial auf Straßen bzw. den Straßenbau bezog, wurden systematisch die betreffenden Straßen und anliegenden Grundstücke dargestellt und mit den Aussagen der befragten Bürger aus der Wüste in einen Zusammenhang gebracht.

Einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt bildeten die Gewerbe- und Industriean-siedlungen in der Wüste, da Bodenverschmutzungen/Verseuchungen in diesen Fällen generell nicht auszuschließen sind.

Eine andere für die vorliegende Untersuchung relevante Fragestellung bezog sich auf die sogenannten Notstandsarbeiten, die unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg, wäh-rend der Wirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik, zu Beginn der national-sozialistischen Herrschaft und in den Jahren nach 1945 im Bereich der Wüste durch-geführt wurden. Durch Zeitungsartikel ist bekannt, daß im Zuge dieser Notstandsar-beiten Hausmüll zur Entwässerung und Aufarbeitung des Bodens in der Wüste ver-wendet wurde. In diesem Zusammenhang wurden auch sogenannte Pflichtarbeiten erwähnt. Daher wurde bei den Recherchen auch auf die Anlage von Gärten, Kleingar-tengelände und Frühgemüsebeeten eingegangen, die zur Verbesserung der Volkser-nährung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten angelegt wurden.

Generell war jedoch die Quellenlage aus oben genannten Gründen als sehr dürftig zu bezeichnen, besonders aber auch noch deshalb, weil viele für diese Untersuchung rele-vanten Akten und Unterlagen entweder in folge Kriegseinwirkungen zerstört oder aber nicht archiviert wurden.

Befragung von Zeitzeugen

In einem dritten Schritt wurden Zeitzeugen befragt, die Sachkenntnisse über das Ge-lände in die Untersuchung einbringen und Angaben über Müllverfüllungen o. ä. ma-chen konnten. Dieser Schritt wurde ab etwa Mitte September 1994 in Angriff genom-men, nachdem die ersten Rückantworten auf eine umfassende Postkartenaktion des

städtischen Umweltamtes in Zusammenarbeit mit der IfUA GmbH eingetroffen waren. Den Befragungen kam, wie weiter oben bereits erwähnt, wegen der schwierigen allgemeinen Quellenlage eine besondere Bedeutung zu.

Die historische Stadtteilentwicklung in der Wüste

Um die früheren Verhältnisse im Stadtteil Wüste zu verstehen, war es zunächst notwendig, sich mit dem spezifischen Osnabrücker Phänomen der sogenannten *Laischaften* zu beschäftigen, denn diese waren verantwortlich für die Entwicklung ihrer Gebietsanteile.

Ab Mitte des 1. Jahrhunderts schlossen sich die Bürger, deren Grundstücke vor demselben Stadttor lagen und die auch in demselben Stadtviertel wohnten zu den sogenannten Laischaften zusammen. Diese kann man als eine wirtschaftliche Vereinigung von Flurgenossen bezeichnen. Die Geistlichkeit war dabei nicht ausgeschlossen, denn zu den Laischaften gehörten auch der Bischof, die Domherren und die Prediger.

Benannt wurden die Laischaften nach den jeweiligen Stadttoren, die für die Wüste zuständige Martinianer Laischaft also nach dem Martinitor, durch das man in die Wüste gelangte. Diese Laischaft wurde zum ersten Mal im Jahre 1579 erwähnt.

Mit der Gründung der Laischaften änderten sich die Besitzverhältnisse:

„Während früher die Mark Eigentum der Samtgemeinde war, gingen die einzelnen Teile nach und nach in den Besitz der betreffenden Laischaft über, die sie seit Jahrhunderten benutzt hatte. Daß jede Laischaft die in ihrem Gebiet liegenden Wege und Gräben unterhielt, war selbstverständlich... Die Erwerbung eines rechtlichen Anspruchs auf die Mark hatte die genauere Festsetzung der Grenzen zwischen den einzelnen Laischaften zur Folge. Am schwierigsten war dies zwischen der Martinianer Laischaft und der Neustädter Gemeinheit; gehörten doch mehrere Mitglieder der Martinianer Laischaft und ihr Tor selber der Neustadt an. Am frühesten machten die Laischaften ihr Eigentumsrecht an den fruchtbaren Teilen der Laischaft geltend; am spätesten einigten sie sich über ihre Ansprüche an die Wüste. Erst im 17. Jahrhundert gelang

es den Martinianern, die Kühe der übrigen Laischaften von der Weide auf die Wüste auszuschließen, deren Pferde, Schweine und Gänse mußten sie aber noch ferner dulden; ja selbst fremde Fuhrleute, die in Osnabrück nächteten, hatten das Recht, gegen eine Entschädigung ihre Pferde auf die Weide der Wüste zu treiben. ... Eine endgültige Festsetzung der Grenze auf der Wüste gelang erst im 19. Jahrhundert.“⁶⁸

Entwicklung der Wüste

Das erste Zeitungsdocument im Archiv des Projektes Natur und Umwelt in der Stadt Osnabrück (NUSO) bezüglich des Osnabrücker Stadtteils Wüste datiert vom 14. August 1865 in den OSNABRÜCKER ANZEIGEN. Anlässlich des bevorstehenden Schnatganges durch die Martinianer Laischaft (d. h. die Grenzen des Laischaftsgebietes wurden abgegangen und die Ländereien in Augenschein genommen) wurde in den Akten gestöbert, um Interessantes über die Wüste ans Tageslicht zu bringen. Man bediente sich hierbei der Vorarbeiten eines gewissen Herrn Schornsteinfegermeister Rasch, der eine Abhandlung verfaßt hatte mit dem Titel: „*Nachrichten über die Wüste bei Osnabrück*“. Der Verfasser beschrieb die Wüste als ein Grundstück von 1485 Scheffelsaat (ca. 175 Hektar), das schon seit langen Zeiten den Bewohnern der Neustadt und den Interessenten der Martinianer Laischaft als Kuhweide diente. Aber auch jeder Bürger (zur damaligen Zeit nicht identisch mit Einwohner, da nicht alle Bürgerrechte besaßen) durfte seine Pferde, Schweine, Ziegen und Gänse auf die Weiden treiben. Doch diese Zeiten waren 1865 längst vorbei. Die Schweinetrift war bereits im Jahre 1822 aufgegeben worden.

In den ältesten dokumentierten Zeiten führte ausschließlich die Martinianer Laischaft Rechnung über die Wüste. Aus unbekanntem Gründen gab sie dieses Recht auf und teilte sich die Rechnungsführung mit den anderen Laischaftsvorständen, was immer im jährlichen Wechsel geschah.

Nur ein kleiner Teil des großen Arreals der Wüste war landwirtschaftlich nutzbar, und dies auch nur als Viehweide. Hauptsächlich wurden hier Sumpf und Moor vorgefun-

⁶⁸Hoffmeyer, Chronik der Stadt Osnabrück, 5. Auflage 1985, S. 266 ff

den, die zwar zahlreichen Wasservögeln ein ideales Aufenthalts- und Brutgebiet gewährten, von menschlicher Nutzung jedoch ausgeschlossen waren. Pferde und Kühe mußten auf bestimmten Pfaden in die Wüste geführt werden. Dort weideten sie auf Inseln, die vom Moor umgeben waren. Nicht selten versanken die Tiere im Sumpf, aus dem sie dann mühsam befreit werden mußten. Im Winter wurde auf Frostwetter gewartet, um das im Sommer üppig wachsende, aber unerreichbare Gras, das für die Streu in den Stallungen verwendet wurde, über die Eisflächen hinweg einzufahren.

Im Jahre 1648 wurde einem lange schwelenden Streit zwischen der Neustädter Gemeinde und Martinianer Laischaft über die Nutzung der Wüste durch ein pragmatisches Vorgehen des damaligen Bürgermeisters Schepeler ein Ende gesetzt: Nachdem die Neustädter mit Holzplanken Wege für ihre Kühe auf dem vermeintlichen Martinianer Gelände angelegt hatten, beschwerten sich die Martinianer. Bürgermeister Schepeler fuhr hinaus zu dem Punkt, wo das landwirtschaftliche Anwesen Große-Nordhaus lag, markierte dort mit einem Stein einen Punkt und wies von dort eine Linie an, die auf den Kirchturm von St. Katharinen zuführte. So bestimmte er die Grenze zwischen den Laischaftsbesitztümern.

Diese Linie bildet der heutige, allen Osnabrückern wohlbekannte Pappelgraben. Der Pappelgraben teilte seitdem die Wüste in die nördliche Martinianer und die südliche Neustädter Wüste, und die Neustädter mußten ihre mühsam ausgebrachten Planken wieder entfernen.

Erst 1723 entschloß sich die Martinianer Laischaft, die immer die Triebfeder der Wüsten-Kultivierung war, auf eigene Kosten Abzugsgräben in der Wüste anzulegen. 1769, also geraume Zeit später, legte der in Osnabrück stationierte Oberstleutnant von dem Busche den Plan vor, die Wüste mit Hilfe eines großen Abzugskanals zu entwässern, dies nicht zuletzt deshalb, weil die Offiziere angewiesen waren, während Friedenszeiten bei ihrer jeweiligen Garnison für die Gemeinschaft nützliche Dienste zu verrichten.

Das sehr großzügig angelegte und ausgeklügelte Konzept sah eine umfangreiche Entwässerung über die umzugestaltenden und zu vertiefenden Stadtgräben vor. Kern-

stück war der große, quer durch die Wüste dem Zeigefinger Schepelers folgende und auf den Stadtgraben zulaufende Abzugskanal, der heutige Pappelgraben.

Der Magistrat billigte den vorgelegten Plan und reichte ihn an die Laischaften weiter, die ja verantwortlich für die Umsetzung waren. Die Verhandlungen zogen sich jedoch endlos hin, so daß man erst im Jahre 1781 zu einem Ergebnis kam. Dieses Verhandlungsergebnis wurde dem Magistrat zur Genehmigung präsentiert, der daraufhin eine entsprechende Verordnung erließ.

Jedoch gelang es mit diesem Projekt wider Erwarten bei weitem noch nicht, die Wüste vollständig zu entwässern. Es blieben noch zahlreiche unbenutzbare Weideflächen. So mußte die Martinianer Laischaft weiterhin auf eigene Rechnung Wege bahnen, auf denen das Vieh in die Wüste getrieben wurde.

Nach 1820 wurde wegen verschiedener Streitigkeiten hinsichtlich der Nutzungsrechte seitens der Martinianer Laischaft der dringende Wunsch geäußert, den übrigen Laischaften deren Wüstengelände abzukaufen, was der Magistrat zwar grundsätzlich unterstützte, aber doch nicht so leicht zu bewerkstelligen war, weil kein rechtsbegründeter Teilungsmaßstab aufzufinden war. Nach langem Hin und Her gelang es schließlich im Herbst 1831 mit einem Vergleich, die Wüste in drei Teile zu zergliedern: Einen für die Pferdeweide, einen zur Abfindung der Heger Laischaft und einen dritten für die Martinianer Laischaft, die die übrigen Laischaften mit Geld abfinden mußte.

Nachdem diese Einigung zustande gekommen war, wurde unverzüglich durch die Martinianer Laischaft ein Kultivierungsplan ausgearbeitet, der mit der Anlage von Abzugskanälen, Einfriedungen und Wegen in die Tat umgesetzt wurde.

Zunächst verpachtete die Martinianer Laischaft die vor den Stadtwällen gelegenen Gartengrundstücken, die durch die Entwässerungsmaßnahmen erheblich an Wert gewonnen hatten. Als es jedoch zur Aufhebung des Festungsgebotes (1843) kam und die Grundstücke somit zur Bebauung freigegeben waren, wurden die nahe der Stadt gelegenen Grundstücke an private Bauinteressenten veräußert.

Mit der Auflösung der der Martinianer Laischaft im Jahre 1908 wurde das gesamte Gelände an verschiedene Interessenten aufgeteilt und somit in Privatbesitz überführt. Diese Teilung bestimmt auch heute noch die Grundstruktur des Stadtteils Wüste.

Bebauung, Straßen und Plätze

Die ersten Wohnhäuser in der Wüste wurden bereits Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet. Ermöglicht wurde dies vor allem durch die Aufhebung des Festungsgebotes im Jahre 1843: Die alten Stadtmauern und -wälle und durften fallen, der außerhalb gelegene Bereich der Stadt besiedelt werden. Für die Wüste kam das Abbruchmaterial gerade recht, war doch das Gelände sehr moorig und sumpfig. So wurden die Anbau-reviere im vorderen Bereich der Wüste in den 1870er Jahren (den Jahren der endgültigen Wallbeseitigung) mit den Stein- und Erdmassen der beseitigten Festungswerke aufgeschüttet.⁶⁹

Nachdem also die Bebauung der vorderen Wüste zunächst in Gang gekommen war, ließ die Bautätigkeit dann aber bald nach. Grund hierfür waren Schwierigkeiten mit dem zu tief gelegenen Gelände. Die städtischen Kollegien⁷⁰ wollten den Bebauungs-prozeß jedoch forcieren. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtete am 11. November 1908:

„Zu dem folgenden Gegenstand: Aufhöhung des Gebietes der sog. Wüste, führte Stadtbaumeister Lehmann aus, daß mit Rücksicht auf das hervorgetretene Bedürfnis die sogen. Wüste in den letzten Jahren immer mehr der Bebauung erschlossen worden sei. Insbesondere seien der Schnatgang, die Rehm-, Kiwitt- und Parkstraße zum Teil gepflastert, teils müsse die Pflasterung noch erfolgen, wie denn überhaupt mit dem Ausbau dieser Straßen fortgeföhren werden müsse, um dem hervortretenden Baubedürfnis Rechnung zu tragen. Voraussetzung für die weitere Bebauung sei nun aber die Aufhöhung des Gebietes, weil bei der jetzigen Höhenlage eine genügende Entwässerung nicht möglich sei. Dieser Gegenstand sei auch bereits festgelegt in einem Projekt, das schon vor einigen Jahren von den städtischen Kollegien beschlossen sei. In erster Linie werde die Umgebung des sogen. Wüstenparks⁷¹ in Frage kommen, also die Park-, Rehm- und Kiwittstraße;

⁶⁹s. z. B. Neue Volksblätter, 13.04.1872

⁷⁰Die städtischen Kollegien setzten sich aus den Bürgervorstehern und dem Magistrat zusammen und sind dem heutigen Stadtrat vergleichbar.

⁷¹der heutige Hoffmeyerplatz

Diese Straßen müssen außerdem erbreitert werden, worüber den städtischen Kollegien ebenso wie über die Entwässerung noch eine besondere Vorlage gemacht werden soll. Mit den Aufhöhungsarbeiten soll aber bald schon begonnen werden, namentlich auf und am sogenannten Wüstenpark, da diese Arbeiten längere Zeit in Anspruch nehmen und die Stadt hier auf den zur Verfügung stehenden Bauschutt angewiesen ist. Die Aufhöhung der Rehm-, Kiwitt- und Parkstraße soll dann ebenfalls so bald wie möglich folgen. Die betr. Arbeiten erfordern eine Kostenaufwendung von 2.500 M, welcher Betrag, soweit der Wüstenpark in Betracht kommt, auf laufende Kämmerei-rechnung übernommen, im übrigen aus Anleihemitteln gedeckt werden soll.“

Es wurde noch angemerkt, daß bis zur Pflasterung der angegebenen Straßen das aufgefahrene Erdreich sich mindestens ein Jahr lang setzen müßte, um eine ausreichende Verdichtung zu erreichen.

Im April 1910 stimmten die städtischen Kollegien dem Plan des Stadtbaurates Lehmann, die Parkstraße zwischen Rehm- und Wiesenbachstraße zwecks Erschließung von Baugelände aufzuschütten ohne weitere Diskussion zu.

1912 war die Auffüllung des Hoffmeyerplatzes (Wüstenpark) erst zu drei Vierteln beendet. In einer Kurzbemerkung während einer Sitzung der städtischen Kollegien (OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG, 30.10.1912) wurde erwähnt, daß das letzte Viertel noch mit Erde und Schutt aufgefüllt werden mußte. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT äußerte sich mit seinem Artikel am selben Tag deutlicher:

„Schließlich erfolgte noch eine Mitteilung des Stadtbaurates Lehmann wegen des Wüstenparkes, und zwar auf Veranlassung einer vom Vorstand der Neustädter Wege- und Gräbengenossenschaft gemachten Eingabe, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß der Wüstenpark immer noch nicht fertig ist und daß die Anwohner großen Belästigungen durch die Aufschüttungen usw. preisgegeben seien. ... Bv.⁷² Grabhorn hielt das Anfahren der großen Gesteinsmassen zur Aufschüttung des Wüstenparkes für unzuweckmäßig, während Bv. Free bemängelte, daß nicht wenigstens auf dem bereits aufgeschütteten Teil mit Baumpflanzungen und Herrichtung von Kinderspielspielen vorgegangen sei... Dagegen wandte Stadtbaurat Lehmann ein, daß noch rund 2250 Kubikmeter aufgeschüttet werden müßten, sodaß man die angefahrenen Steine ganz gut mit verwenden könne. Mit den Baum- und Strauchanpflanzungen aber könne nicht eher vorgegangen werden, als bis der ganze Platz aufgeschüttet sei, sodaß die Anpflanzungen rationell und nach einem feststehenden Gesamtplan erfolgen könnten. Ein stückweises Vorgehen erscheine keineswegs angebracht.“

⁷²Bv. = Bürgervorsteher

Aus dem Gesagten wird deutlich, daß die Stadt sich um die Herstellung der öffentlichen Straßen und städtischen Grundstücke wie den Hoffmeyerplatz kümmerte, indem sie die Geländeabschnitte aufschüttete, um die Entwässerung voranzutreiben.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde also zunächst der Bereich der vorderen Wüste bebaut, und in den 1920er Jahren zeigte das Gebiet der Wüste zwischen Martini- und Koksche Straße und vom Schloß-/Johannistorwall bis zur Parkstraße eine geschlossene Bebauung. Im übrigen Gebiet der Wüste standen wenige vereinzelte Häuser, und das Gebiet wies große freie Flächen auf. Die Straßen waren nicht befestigt. Die Bebauungsgrenzen lagen am Blumenesch und an der Quellwiese. Das große Gelände ab dem städtischen Fuhrpark zwischen Am Pappelgraben und der August-Hölscher Straße war unbebaut, sehr tief gelegen und naß, ließ Aufschüttungen für eine Nutzung notwendig erscheinen und bot daher u. a. auch ideale Flächen zur Müllablagerung. Ende der 1920er Jahre war die vordere Wüste bis zur Wüstenstraße als Neubaugebiet ausgewiesen. Mitte 1930 standen jenseits dieser Straße nur sehr wenige Häuser, lediglich der Blumenhaller Weg war bis zur Martinsburg beidseitig bebaut.

Unter der Überschrift „*Erwerbslose beschäftigen sich*“ findet sich in der Osnabrücker Volkszeitung am 12. Februar 1932 ein Bericht, wie in den 1930er Jahren in der Wüste Müll verfüllt wurde. Darin heißt es:

„Ein Gang durch die Wüste zeigt, daß hier eine Gruppe Erwerbsloser ein neues Gebiet für ihre Beschäftigung gefunden hat. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kleingartensiedlungen zu schaffen, die in der Entstehung ihnen selbst und später auch anderen Leidensgenossen Gelegenheit zur Beschäftigung in freier Natur bieten sollen.“



Abb. 31 Ablader der Wüste in der Kleingartensiedlung.

Die Arbeit besteht in erster Linie darin, das Garten-Gelände höher zu legen, um dadurch indirekt den hohen Grundwasserstand des Wüstengebietes zu senken. Der Grundwasserspiegel der Wüste liegt so hoch, daß

in regenreichen Sommern die Kulturen oft völlig vernichtet worden sind. Wenn aber die Ernten einigermaßen gesichert werden sollen, so muß hier endgültige Abhilfe geschaffen werden.

... Es wird ein Graben von etwa einem Meter Tiefe und Breite der Längsseite des Grundstücks entlang gezogen. Der gelöste Boden wird seitlich des Grabens auf einen stehengelassenen Streifen Land geschüttet. Der ausgeworfene Graben wird wieder mit Müll angefüllt, der von der Stadt kostenlos angefahren wird. Nun wird ein zweiter Graben parallel dem ersten gezogen, dessen Boden auf den mit Müll zugeschütteten ersten Graben gehäuft wird. Nachdem so Graben neben Graben ausgeworfen, mit Müll zugeschüttet und von dem nächstfolgenden mit einer hohen Lage Mutterboden bedeckt worden ist, ist das ganze Gartengelände um fast einen Meter über das normale Niveau hinausgewachsen.



Bild auf das erhöhte Gartengelände.

Abb.33

Neben der Loslösung der Geländeoberkante von dem Grundwasserspiegel hat diese Art der Bodenerhöhung noch den Vorzug, daß die meterdicke Müllschicht Wärme im Boden erzeugt und dadurch zur Düngung für Jahre beiträgt.“

Im zweiten Weltkrieg wurde der Stadtteil Wüste in erheblichem Maße zerstört, ja man kann sagen, daß der vordere Bereich dem Erdboden gleich gemacht wurde. Zahlreiche Bombentrichter blieben zurück, die nach dem Ende des Krieges mit Bauschutt und Müll zugeschüttet wurden.

Während der Entrümmungsarbeiten war eine sogenannte Trümmerbahn im Einsatz, deren Umschlagsplatz am Hoffmeyerplatz lag und deren Schienenführung entlang der Rehmstraße angelegt war. Mit dieser Trümmerbahn gelangte Bauschutt zur Geländeaufschüttung in die Wüste. Ein Großteil der Trümmer wurde aber auch nach Hellern in die ehemaligen Schnepferschen Tongruben verfrachtet. Metallbestandteile wurden von der Bevölkerung zuvor aussortiert, da sie sich zu barem Geld machen ließen — ein willkommener Zusatzerwerb in einer Zeit extremen Mangels.

Der Wiederaufbau begann sehr schleppend, zumal die meisten Hauseigentümer sich ihren Besitz „vom Munde abgespart“ hatten und nun völlig mittellos dastanden. Ein besonderes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Koksche Straße. Hier stand Ende des Krieges nichts mehr, offenbar wegen der Nähe der Eisenbahnlinie, die besonders stark unter Beschuß geraten war. Erst am 8. August 1957 meldet das OSNABRÜCKER TAGEBLATT die völlige Wiederherstellung der Straße.

In den 1950er Jahren begann dann das große Bauprogramm für die Wüste ab der Wüstenstraße bis zur Quellwiese. Unverzichtbare Vorbedingung hierfür war der großzügige Ausbau des Pappelgrabens, der, mit einem Regenrückhaltebecken versehen, die Überflutungsgefahr bei starken Regenfällen bannen sollte. Nur langsam lief das Programm an. Viele Grundstückseigentümer zeigten sich nicht bauwillig, auch nicht in jedem Falle bereit, ihre Grundstücke zu tauschen, weshalb die Stadt mit der Durchführung der notwendigen Erschließungsmaßnahmen abwarten mußte. Außerdem erwiesen sich die Verhandlungen mit den Grundeigentümern am Pappelgraben, die für einen Ausbau Grundstücksstreifen an die Stadt abtreten mußten, als sehr zäh. Erst 1959 konnte die Stadt nach Jahren von Verhandlungen mit dieser alles entscheidenden Maßnahme beginnen, worauf dann eine intensive Bebauungsphase folgen konnte.

Im Zuge dieser Bebauung wurde eine große Mulde zwischen Sand- und Hiärm-Grupe-Straße mit Schutt aufgefüllt, wie es im OSNABRÜCKER TAGEBLATT am 30. Juli 1959 hieß.

Um eine einwandfrei funktionierende Kanalisation zu schaffen, zeigte sich, daß die neu zu schaffenden Straßen erheblich höher als das umliegende Gelände angelegt werden mußten. Das bedeutete für die Neuansiedler, daß ihre Grundstücke erheblich erhöht werden mußten, wollten sie das Straßenniveau erreichen. Dies gelang teilweise mit dem Bauaushub, teilweise mußte jedoch anderweitig Füllmaterial besorgt werden. Dieser Aufwand war verpflichtend, blieb aber jedem Hauseigentümer selbst überlassen.

Bis 1960 hatte sich die geschlossene, dichte Bebauung der Wüste bis zur Straße Am Freibad, der Sandstraße, dem städtischen Fuhrpark und der Uhlandstraße vorgeschoben. Es folgte in den 1960er und 1970er Jahren bis zur Quellwiese eine offenerere, aufgelockerte Bebauung mit weniger hohen Häusern und starker Durchgrünung. Beide Flächen sind als Wohn- und Geschäfts-, aber auch als Kleingewerbegebiete ausgewiesen. Während man im vorderen Bereich eine stärkere Durchmischung feststellen kann, überwiegt in der hinteren Wüste eindeutig der Wohnbereich.

Aus dem ehemals verschmähten Sumpfland hatte sich ein grüner Stadtteil entwickelt.

Ergebnisse der Recherchen

Die allgemeine Beschäftigung mit der Geschichte der Städtereinigung und Müllabfuhr führte zu dem Ergebnis, daß besonders gern — und nicht nur in Osnabrück — sumpfige und moorige Niederungen als Müllablageplätze genutzt wurden. Einerseits brachte diese Vorgehensweise deutliche Aufhöhungen der betreffenden Gelände und somit erheblich verbesserte Nutzungsmöglichkeiten mit sich. Zum anderen schätzte man den Düngewert der häuslichen Abfälle aufgrund ihrer organischen Bestandteile.

Die Wüste bei Osnabrück brachte somit ideale Voraussetzungen mit: Einerseits bestand sie zum größten Teil wegen der sumpfigen, moorigen Gegebenheiten aus Ödland und mehr schlecht als recht zu nutzende Viehweiden. Zum anderen war ihre äußerst günstige geographische Lage hinsichtlich der Nähe zur Stadt eine ideale Bedingung für die Wirtschaftlichkeit der Müllentsorgung. Man kann davon ausgehen, daß viele Grundbesitzer in der Wüste dankbar billiges oder gar kostenloses Material zur Aufhöhung ihrer Grundstücke entgegennahmen, daß zusätzlich noch zumindest in den Zwischenkriegsjahren nach allgemeiner Überzeugung großen Düngewert besaß. Durch einzelne Zeugenaussagen für bestimmte Bereiche der Wüste sowie durch eher allgemein gehaltene Akteneinträge und Zeitungsberichte wird diese Vermutung eindeutig gestützt.

Die Wirtschaftlichkeit spielte seit jeher eine große Rolle bei der Müllentsorgung. Die Transportwege durften daher nicht zu lang sein. Dies wird belegt durch den Zeitungsartikel in der OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 15. November 1929, in dem berichtet

wird, daß die Müllablageplätze mit dem Wachstum der Stadt immer weiter hinaus gelegt werden mußten (Entfernung zu den Ablageplätzen 1-6 Kilometer), weshalb die Motorisierung der Müllabfuhr notwendig erschien, und 21 Jahre später, am 19. September 1950 besonders eindrucksvoll im NEUEN TAGEBLATT, wo gesagt wird, daß man den Gestank der Müllhalden in der Nähe von Wohnbereichen in Kauf nehmen könnte, wenn man bedächte, daß durch die Lage der Plätze nahe bei der Stadt die Kosten niedrig gehalten werden könnten. Später, als die Großdeponie im Piesberg eingerichtet wurde, wurde dieses Argument wiederum ins Feld geführt.

Weil im Zuge der Bebauung die Müllablageplätze immer weiter vom Stadtkern nach hinten verschoben wurden, ist zu vermuten, daß Altablagerungen im Bereich der vorderen Wüste, sofern es nicht die Bombentrichter aus dem zweiten Weltkrieg betrifft, älteren Datums sind und daher eine andere Beschaffenheit aufweisen als diejenigen in der hinteren Wüste.

Viele Außenbereiche der Stadt wurden erst nach und nach an die städtische Hausmüllabfuhr angeschlossen. Bis dahin waren die dort ansässigen Bürger gezwungen, den Müll in Eigenverantwortung zu entsorgen. Besonders wegen des kurzen Weges und der vielen Brachflächen war die Wüste mit Sicherheit ein ideales Ziel für die Verbringung von Müll. Dieses wird auch belegt durch eine Aussage eines Bürgers, der von seinem Großvater weiß, daß dieser den anfallenden Müll in einem Handkarren in die Wüste schaffen mußte.

Die Zusammensetzung des Mülls aus der Vorkriegszeit wurde im allgemeinen für unbedenklich gehalten, während die Fachliteratur bereits in den 1930er Jahren dieses Problem anders sah. Alle befragten Zeitzeugen konnten nicht glauben, daß der in die Wüste geschaffte Stadtmüll den Boden vergiften könnte.

Man kann von insgesamt drei Müllverfüllungsperioden für den Stadtteil Wüste ausgehen:

Den ersten Zeitraum kann man bis zum Ende des zweiten Weltkrieges datieren. In dieser Periode wurden Geländeaufhöhungen durch das sogenannte Riolen vorgenom-

men, bei denen in der Regel Bauschutt und Hausmüll verwendet wurden. Auch wurde zu dieser Zeit Müll direkt auf den Boden aufgetragen und eingearbeitet.

Die zweite Verfüllungsperiode liegt in den Nachkriegsjahren des zweiten Weltkrieges. In diesen Jahren gelangte von Metallen gereinigter und wahrscheinlich mit Hausmüll vermischter Trümmerschutt zwecks Geländeaufhöhung und Schutt und Müll zur Bombentrichterfüllung in die Wüste.

Der dritte Verfüllungszeitraum wird datiert auf die 1960er und 1970er Jahre, als die hintere Wüste etwa ab Wüstenstraße bis zur Quell- und Bühlwiese erschlossen und zur Bebauung freigegeben wurde. In der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 121 - Wüste, Nordost, heißt es:

„Die Höhenlage der Gebäude, die erst im Baugenehmigungsverfahren festgelegt werden soll, richtet sich nach der festgesetzten Höhenlage der Verkehrsflächen, für die zum Teil Aufschüttungen bis zu etwa 1,5 m vorgesehen sind. Die Geländeerhöhungen müssen sich zur Gestaltung des Ortsbildes der festgesetzten Höhenlage der Verkehrsflächen in angemessenem Umfang angleichen; auch sie werden endgültig im Baugenehmigungsverfahren festgelegt.“

Dementsprechend war jeder Neuansiedler angehalten, sein Grundstück aufzufüllen.

Der vordere Bereich der Wüste bis zur Parkstraße, also der Bereich, der in früher Zeit etwa ab der 1870er Jahre bebaut worden ist, ist in den 1930er Jahren mit ziemlicher Sicherheit nicht mit Müll aufgefüllt worden. Für dieses Gebiet ist ja hinreichend dokumentiert, daß hier das Material der in den 1870er Jahren abgebrochenen städtischen Festungswerke verwendet worden ist. Dies belegen auch Zeugenaussagen von dort ansässigen Bürgern, die alle versicherten, daß auf ihren Grundstücken kein Müll zu finden wäre.

Auch im oben zitierten Zeitungsartikel vom 11. November 1908 ist ausdrücklich von Bauschutt die Rede, während der Bericht des OSNABRÜCKER TAGEBLATTS vom 30. Oktober 1912 als Aufschüttungsmaterial für den Hoffmeyerplatz große Gesteinsmassen angibt.

Da der Bereich der vorderen Wüste im zweiten Weltkrieg jedoch fast vollständig zerstört worden war und sich hier viele Bombentrichter befanden, ist auch hier zumindest punktuell mit Müllvorkommen zu rechnen. Bombentrichter waren nämlich beliebte Anlaufstellen für die Bürger, um den Müll in den Nachkriegsjahren loszuwerden, zu-

mal die städtische Müllabfuhr nicht hinreichend funktionierte und vorrangig mit der Entrümmerung beschäftigt war. Es ist zu vermuten, daß aufgrund mangelnder öffentlicher Kontrolle auch Abfälle aus Gewerbebetrieben in die Bombentrichter gelangten.

Die Aufhöhung im Bereich der Straßen sind unter anderem durch die Kanalbestandspläne des Osnabrücker Tiefbauamtes belegt. Dies betrifft vor allem die durch die Wüste gehenden Längsachsen Am Pappelgraben, Am Schwanenbach, August-Hölscher-Straße und Rehmstraße. Für diese Straßenzüge als Auffüllgebiete sprechen auch etliche Aussagen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Wüste.

Trotz heftiger Dementi des Kleingartenvereins „Deutsche Scholle“ zeigt vor allem die Aussage einer Zeitzeugin, daß auch hier sogar in größerem Maßstab Müll vorhanden sein dürfte.

Klärschlammausbringung war anscheinend neben landwirtschaftlich genutzten Flächen auch in den Gärten der Wüste durchaus üblich. Dabei wurde immer nicht vorbehandelter Frischschlamm verwendet. Eine Zeugin wußte, daß sogar dafür bezahlt werden mußte.

Bei einem dermaßen durchmischten Gebiet wie in der Wüste fällt es schwer zu glauben, daß unter dem angefahrenen Hausmüll überhaupt keine Gewerbeabfälle vorgekommen sein sollen.

Der Hausmüll in unserem Jahrhundert bis zum Ende des zweiten Weltkrieges bestand zu einem großen Teil aus Asche und Schlacke aus Hausbrand. Außerdem waren Keramik- und Glasscherben, Papier und ausrangierte Haushaltsgegenstände darin enthalten. Dies jedenfalls ist in Veröffentlichungen (s. die zitierten Zeitungsberichte) so beschrieben und von den befragten Zeitzeugen so bestätigt worden. Küchenabfälle wurden zumindest während der Zeit des Nationalsozialismus gesondert eingesammelt und der Schweinemastanstalt in Hellern zugeführt. Aber auch in der Zeit davor nahmen die umliegenden Landwirte die Küchenabfälle gerne für die Fütterung ihrer Schweine an.

Die Verfüllungsgrenzen waren mit den Akten- und Zeitungsrecherchen sowie mit den Bürgerbefragungen nicht eindeutig festzulegen. Das Untersuchungsgebiet war ziemlich willkürlich eingegrenzt worden und entsprach nicht genau den Grenzen des Sumpfgebietes. Demnach mußte davon ausgegangen werden, daß auch über die vorgegebenen Grenzen hinaus, dort also, wo sich das Sumpfgebiet fortsetzte, mit Müllablagerungen gerechnet werden konnte. Dieser Sachverhalt wurde später durch Untersuchungen des Umweltamtes bestätigt.

Insgesamt gesehen konnte demnach aufgrund der historischen Recherchen der Verdacht von großflächigen Altablagerungen im Stadtteil Wüste nicht ausgeräumt werden, im Gegenteil, die bestehenden Verdachtsmomente wurden bestärkt, in einigen Fällen sogar lokal konkretisiert. Außerdem zeigte sich, daß die Bodenverhältnisse in der Wüste einen sehr heterogenen Charakter haben dürften, weil zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Materialien aufgebracht oder untergegraben wurden. Dies liegt vor allem darin begründet, daß die Wüste nach der Auflösung der Martinianer Laischaft im Jahre 1908, wie alte Grundstückskarten belegen, an viele private Grundbesitzer aufgeteilt wurde, die alle selbstverantwortlich auf ihrem Grundstück gehandelt haben dürften, z. B. Aufhöhungen vorgenommen haben. Denn undenkbar bleibt, daß die Stadt ohne Genehmigung der Grundstückseigentümer den Müll und Schutt in der Wüste verteilt haben soll.

Die historischen Recherchen bildeten die Basis für die darauf folgenden Untersuchungen, die die IfUA GmbH durchführte. Dabei wurden zunächst parallel die geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse sowie die Qualität des Grundwassers untersucht:

Geologische und hydrogeologische Verhältnisse⁷³

„Osnabrück-Wüste liegt in der Talniederung (Aue) der Hase. Dem Charakter derehemaligen Landschaft entsprechend ... findet sich unter den ca. 1 - 2 m starken Anfüllungen vor allem im zentralen Teil der Wüste eine Schicht aus humosen und torfigen Auenablagerungen, die in einen bis zu ca. 10 m mächtigen Sandhorizont übergehen. Während insbesondere die Auenablagerungen das frühere Sumpf- und Moorgebiet charakterisieren, sind die Sande ('Schmelzwassersande') auf Vorgänge in der Eiszeit und Ablagerungen aus der Hase in diesem Bereich zurückzuführen. Auf diese Weise wurde ein hier vor-

⁷³ Auszüge aus dem zweiten Sachstandsbericht der IfUA GmbH vom Januar 1995

mals vorhandenes größeres Becken nach und nach aufgefüllt, weshalb die Sandschichten zu den Rändern der Wüste hin auch deutlich abnehmen. ...

Der Untergrund des beschriebenen 'Sandbeckens', das von Grundwasser erfüllt ist, bildet ein sogenannter Geschiebemergel/Geschiebesandkomplex, der im zentralen Teil bei ca. 12 m, an den Rändern bereits ab ca. 1 m unter Gelände beginnt. Dieser ist deutlich weniger wasserdurchlässig, zeigt jedoch durchaus wasserführende Bereiche, die allerdings keinen durchgehenden Horizont (Grundwasserstockwerk) bilden. Diese lokalen wasserführenden Linsen im Geschiebemergel/Geschiebesandkomplex werden von den ... Grundwassermeßstellen erreicht, während alle übrigen ('flachen') Brunnen das Grundwasser der sandigen Schichten (oberstes Grundwasserstockwerk, aus dem die Mehrzahl der Gartenbrunnen ihr Wasser fördert) erschließen.

Im zentralen Bereich der Wüste werden diese beiden wichtigen geologischen Einheiten in einer Tiefe von ca. 50 m von Festgesteinen unterlagert (Tonstein, Sandstein, Kalkstein). An den umgebenden Erhebungen des Osnabrücker Berglandes treten diese Festgesteine zu Tage (z. B. Kalkhügel und Westerberg); sie bilden somit die geologische Basis aller späteren natürlichen Ablagerungen in der Wüste. Ihre Gestalt als westliche Ausbuchtung des Hasetals ist die Ursache des beckenartigen Aufbaus.

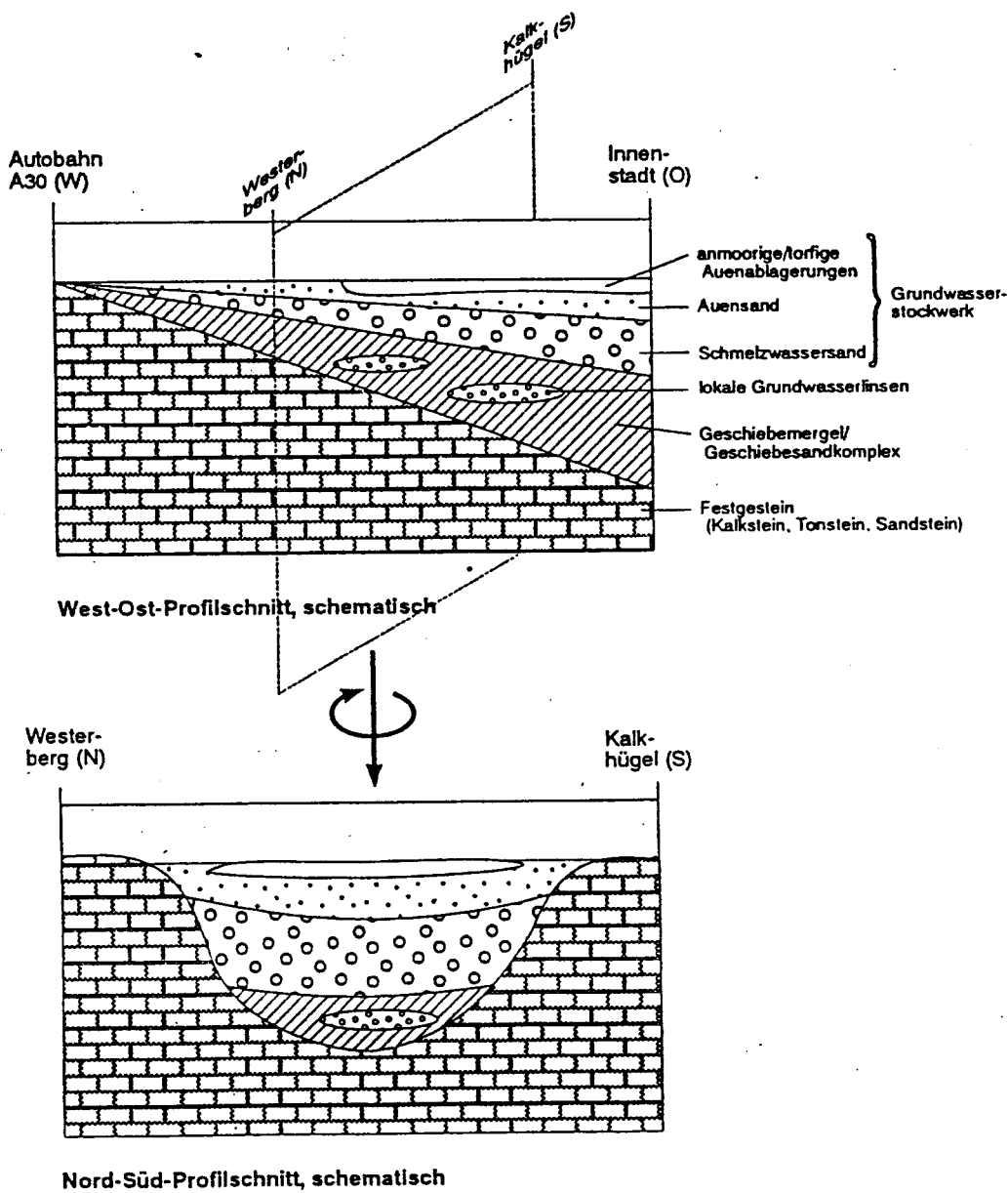
Die Grundwasserqualität

„Das Grundwasser, das im Untersuchungsgebiet zum Teil schon ab 30 cm unter Gelände anzutreffen ist, wird durch die Altablagerungen der Wüste qualitativ beeinflusst. Zusammenfassend lassen sich nach der ersten Grundwasseruntersuchung folgende Kernaussagen treffen...:

1. Die durch Altablagerungen nicht beeinflussten Vergleichsbrunnen ... weisen ein etwa neutral reagierendes, mittelhartes Grundwasser mit Trinkwasserqualität auf.
2. Innerhalb des Untersuchungsgebietes nimmt die Grundwasserqualität tendenziell von Westen nach Osten hin ab (entsprechend der Fließrichtung). Auffälligste Werte zeigen insbesondere Grundwassermeßstellen im zentralen Bereich der Wüste ... Dies betrifft die Salzbelastung, die Aufhärtung, die Belastung mit Metallverbindungen und die organischen Inhaltsstoffe. Trinkwasserqualität ist hier nicht mehr gegeben.
3. Die organische Belastung ist nicht zweifelsfrei den Altablagerungen zuzuordnen, da sie auch in den natürlichen Gegebenheiten (ehemaliges Niedermoor) ihren Ursprung haben kann. Beide denkbaren Ursachen sind durch die vorliegenden Ergebnisse nicht zu trennen.
4. Demgegenüber zeigen die toxikologisch bedenklichen Parameter (Arsen, Blei, Cadmium, Quecksilber, Cyanide, chlororganische Verbindungen Phenole) keine oder nur unbedeutende Spurengehalte. Das Grundwasser ist demnach zwar

deutlich beeinträchtigt, nicht jedoch als übermäßig stark belastet einzuschätzen.

5. Bei den Doppelpegeln ist die 'tiefe' Grundwassermeßstelle weniger stark beeinflusst als die 'flache'... Dies spricht für ein gewisses Rückhaltevermögen des schlecht durchlässigen Geschiebemergel/Geschiebesandkomplexes gegenüber den Inhaltsstoffen des Grundwassers.
6. Nach jetzigem Kenntnisstand ist das Grundwasser in der Wüste für 'geringwertige' Zwecke ohne Einschränkungen nutzbar (z. B. Gartenwasser, Waschwasser), soweit technische Belange dem nicht entgegenstehen (etwa durch Kalk- und Eisenablagerungen).

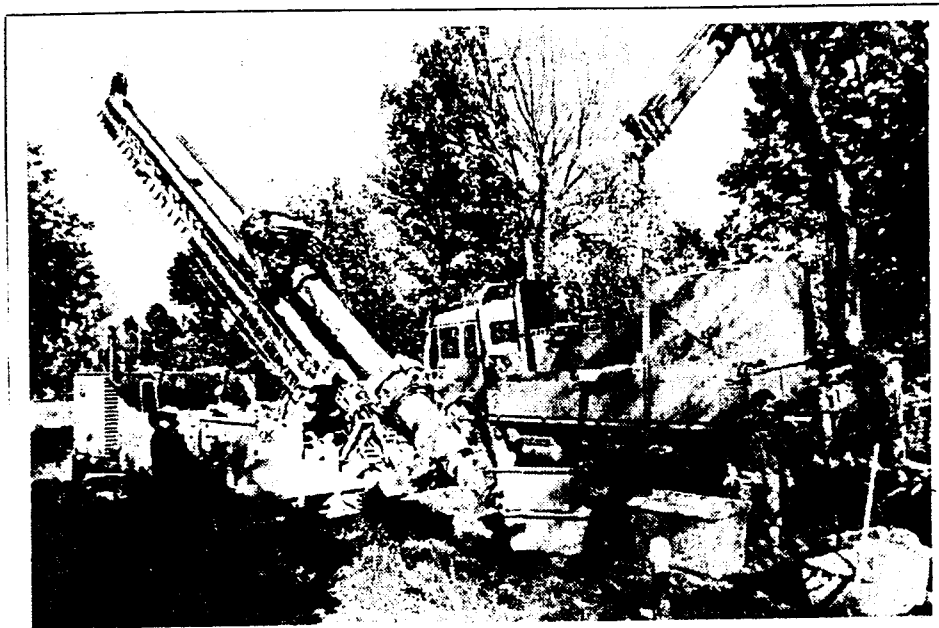


IfUA-Graphik 12/94

Abb. 34: Geologischer Aufbau des Untersuchungsgebietes (Profilskizze)

Die Empfehlung von IfUA lautete, die Wasserverhältnisse in der Wüste weiter zu beobachten. Hausbrunnen, die zu Trinkwasserzwecken genutzt würden, sollten analytisch überprüft werden, was teilweise durch den Abteilungsleiter im Gesundheitsamt, PETER TENHAKEN, schon veranlaßt worden war.

Im Laufe der weiteren Untersuchungen, die zur Zeit anlaufen, muß nun flächendeckend der Boden auf Belastungen hin untersucht werden.



Fünf Tiefbohrungen im Stadtteil Wüste haben begonnen

Schweres Bohrgerät ist zur Zeit im Stadtteil Wüste unterwegs, um im Rahmen der Altlasten-Verdachtsuntersuchungen fünf Tiefbrunnen anzulegen. Die Aufnahme entstand in der Nähe des Uni-Sportgeländes am Pappelgraben. „Diese

fahrbare Anlage hat aber nicht mit den zusätzlich geplanten 20 Brunnen zu tun, die wir zum Teil in Hausgärten vornehmen wollen, denn dort werden nur kleine mobile Handbohrer eingesetzt“, betonte ein Sprecher des Um-

weltamtes. In Zusammenhang mit den von Bürgern gemeldeten Hausbrunnen wird ab Mitte November ein Grundwasserkataster erstellt, das Aufschluß über mögliche Belastungen und Fließrichtungen gibt. Foto: Jörn Martens

Abb. 35: Neue Osnabrücker Zeitung, 22. Oktober 1994

Erwerbslose beschäftigen sich.

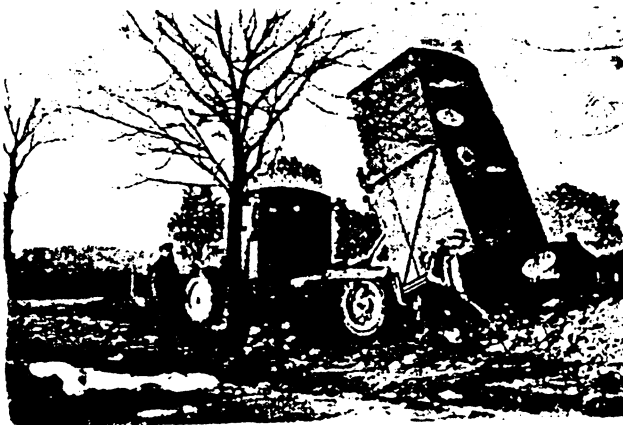
In der Wüste bauen sie Kleingartenstiedlungen - im Schinkel einen Sportplatz.

Das Problem der Arbeitsbeschäftigung für die Anzahl der Erwerbslosen ist eines der aktuellsten, das Regierung und Ortsbehörden beschäftigt. Die große Zahl der Erwerbslosen und der Mangel an Kapital, ermöglichen nur eine ganz beschränkte Lösung. Man so erfinden, wie es, zu erwarten, wie für ein großer Teil der Erwerbslosen gegen den Mangel der Möglichkeiten antizipiert und immer wieder neue Wege erfindet, um sich Arbeit zu beschaffen.

In der letzten Erkenntnis, daß in der Entfaltung von der Arbeit, welche die größte Gefahr für die Arbeitslosenbeschäftigung des Arbeitslosen besteht, unter-

entlang gezogen. Der gelöste Boden wird seitlich des Grabens auf einen tiefergelegenen Streifen Land geschüttet. Der angelegte Graben wird wieder mit Müll angefüllt, der von der Stadt kostenlos angefahren wird. Nun wird ein zweiter Graben parallel dem ersten gezogen, dessen Boden auf den mit Müll zugeschütteten ersten Graben gehäuft wird. Nachdem so Graben neben Graben aufgeworfen, mit Müll zugeschüttet und von dem nächstfolgenden mit einer hohen Lage Mutterboden bedeckt worden ist, ist das ganze Gartengelände um fast einen Meter über das normale Niveau hinausgewachsen. Neben der Vorkämpfung der Geländeoberfläche von dem

wird das Trainagengrub an einen langhellen Gartengraben, der das Spiel- und den Fußballraum in der westlichen Ecke in einer Länge von etwa 70 Metern schmiedet. Rund um das Fußballfeld führt eine 30 Meter lange Absperrung aus einem 100 Meter Bahn und 15 Meter Auslauf an der westlichen Längsseite. Vorgehen sind vier Bahnen in einer Breite von je 120 Meter. Die südwestliche Endseite wird als 100-Meter-Bahn mit fünf Bahnen in einer Breite von 6,20 Meter bezeichnet. Die Erde der beschriebenen Laufbahn wird aus einem Gemisch von einer Schicht und gemahlenem Zement mit 15 Prozent Stärke hergestellt. Rund um die Absperrung wird der Fußballraum. Damit bei jeder Winterzeit eine gewisse Beschaffenheit des Bodens gewährleistet ist, wird die Oberfläche nur Schlacke verwendet. Der 100-Meter-Laufbahn und den beiden Muren wird eine Drainage in einer Länge von 260 Metern in einer gleichmäßigen Heberhöhung ebenfalls aus Schlacke angelegt. Jede Stufe ist um 30 Zentimeter höher als die vorherige. Die Höhe der vorderen Stufen beträgt 1 Meter, die der hinteren



Abfuhr des Mülls in der Kleingartenstiedlung.



Blick auf das erhöhte Gartengelände.

stützen die Behörden diesen Arbeitsmüll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Im Gang zu der Wüste zeigt, daß hier eine Gruppe Erwerbsloser ein neues Gebiet für ihre Weiterbildung gefunden hat. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kleingartenstiedlungen zu schaffen, die in der Entfaltung ihnen selbst und später auch anderen Lebensmöglichkeiten Gelegenheit zur Beschäftigung in freier Natur bieten sollen.

Die Arbeit besteht in erster Linie darin das Gartengelände höher zu legen, um dadurch indirekt den hohen Grundwasserstand des Wüstengebietes zu senken. Der Grundwasserstand der Wüste liegt so hoch, daß in regelmäßigen Abständen die Kulturen vollständig vernichtet werden und. Wenn aber die Ernten erntbar gemacht werden sollen, so muß hier endgültige Arbeit geleistet werden.

Wie die Aufhebung des Geländes von den Erwerbslosen durchgeführt wird, ist aus den Abbildungen zu ersehen. Es wird ein Graben von etwa einem Meter Tiefe und Breite der Längsseite des Grundstücks

Grundwasserspiegel hat diese Art der Bodenhebung noch den Vorzug, daß die meterdicke Müllschicht Wärme im Boden erzeugt und dadurch zur Düngung für Nahrung beiträgt.

Andere Arbeitsgebiete haben sich die jugendlichen Erwerbslosen gesucht. Ein schönes Beispiel hierfür ist an der Dillstraße in Schinkel zu finden. Hier hat der Sportklub "Rapid" ein großes Gelände von den Stadtnachbarn gemietet, um hierauf mit Hilfe der arbeitslosen Kameraden einen groß angelegten Sportplatz zu errichten. Unter sachmännlicher Leitung und hier seit dem 1. Dezember 1931 die erwerbslosen Mitglieder des Vereins (zurzeit 18) tätig und mit Unterstützung der Stadt, um sich einen neuen, modernen Sportplatz zu errichten, da der jetzige wegen seiner ungünstigen Lage und des starken Gefälles für einen ordnungsmäßigen Spielbetrieb ungeeignet ist. Den Vermittlungen des Vorstandes ist es gelungen, ein gutes Gelände für den neuen Sportplatz von den Nachbarn, Altkönigstraße, zu erwerben. Es handelt sich um ein etwa 12000 Quadratmeter großes Wüstengelände zwischen Dillstraße und Kreuzstraße. Das Gelände ist in dem jetzigen Zustande nicht bebaubar, da es sich um einen kesselförmigen, unmoorigen Boden handelt, der durch Auffahren von Schlacke erhöht und dann trockengelegt werden muß. Verfügt werden 600 Kubikmeter Schlacke und Müll von der Stadt und 100 Kubikmeter Mutterboden davon 100 bis 1200 Kubikmeter aufgeföhren. Das zu errichtende Fußballfeld, das mit einer erdhaltigen Mauerlinie befestigt werden wird, um eine gute Grundwehr zu erzielen, ist eine Größe von 100x70 Meter erhalten. Um das Spiel- und Fußballfeld immer in einem hervorragenden Zustande zu haben, ist eine Drainierung durch 8 Rohrlänge durchgeführt. Angelegten

Stufe 2 Meter. Die abfallende Müllschicht soll mit Steinplatten abgedeckt und kräftig mit Wasser befeuchtet werden. Schon aus diesen Umständen ist zu ersehen, daß es sich um einen arbeitsreichen, aber auch sehr lohnenden Beschäftigungsbereich handelt, auch dessen Fortschreiten der Stadt



Erwerbsloser beim Ausheben eines Grabens.



Erwerbslose Mitglieder des S.C. Rapid beim Bau ihres neuen Sportplatzes.

recht starke Sportbetrieb in Schinkel einen nach dem ersten Auftrieb erfahren dürfte.

Man sieht, daß in dem ganzen Wüstengebiet die Wüste in Arbeit überführt wird. Darum mit allen Kräften, um die Wüste der Wüste immer weiter zu entwickeln. Es ist nicht eines jeden einzelnen Erwerbslosen in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.

Die Sorge der Städte: Müll.

Ingenieurliche Beseitigung des Hausmülls. — Die Verwertung der Müllwertstoffe in der Wirtschaftskrise. — Die Rentabilität der Müllverwertungsanlagen.

Von Berner Golten.

OVZ, 17. 7. 1932

Unter den vielfältigen technischen Fragen der modernen Städtehygiene hat in den letzten Jahren die Frage der Müllbeseitigung und Verwertung eine besondere Beachtung und Förderung erfahren. Daß die seit Menschengedenken übliche Beseitigungsart des Mülls, seine Anhäufung auf abgelegenen Müllabladeplätzen, heute kaum mehr als hygienisch befriedigend angesehen werden kann, bedarf kaum noch der Erwähnung. Bereits die Hamburger Choleraepidemie des Jahres 1893 gab den Anstoß dazu, nach hygienisch einwandfreieren Verfahren zu suchen. In neuester Zeit haben sich dann zu den hygienischen Bedenken noch solche wirtschaftlicher Art gesellt: mit dem Anwachsen der Städte wuchsen auch die zu bewältigenden Abfälle zu riesenhaften Mengen an. In Berlin werden beispielsweise im Winter täglich nicht weniger als 200 bis 3000 Tonnen Müll gesammelt, die zu den Abladeplätzen befördert werden müssen. Da diese Plätze aus hygienischen Gründen von menschlichen Ansiedlungen möglichst weit entfernt sein müssen, sind vielfach Entfernungen von 80 bis 80 Kilometer bis zu ihnen zurückzulegen. Abgesehen davon, daß diese Transportleistungen eine starke Belastung des städtischen Haushalts bedeuten, verschlechtern sich die Müll-Unterbringungs-möglichkeiten durch das Annapperwerden der verfügbaren Abladeplätze zusehends, und das Müllproblem beginnt eine der brennendsten technischen Fragen der modernen Großstadt zu werden.

Diese Entwicklung der Dinge hat erfindereichen Köpfen seit langer Zeit Anlaß zur Betätigung gegeben, und die Zahl der zur Lösung des Müllverwertungsproblems gemachten Vorschläge ist dabei Legion. Es gibt kaum einen mineralischen oder pflanzlichen Erzfaktor, dessen Herstellung nicht aus Müll vorgeschlagen worden wäre. Alle diese Möglichkeiten scheiterten aber an der Wirtschaftlichkeitsfrage: entweder schließen sie kostspielige Veredelungsprozesse ein, wie z. B. die Erzeugung von Schmirgel oder von Holzfasern oder von Kunstwolle und dergleichen aus Müll, und lassen dabei die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der erzielten Produkte mit den schon am Markt befindlichen vermessen — oder sie berücksichtigen nicht, daß in Anbetracht der ungeheuren zu verarbeitenden Müllmengen für die gewonnenen Erzeugnisse eine breite Absatzmöglichkeit vorhanden sein muß. Am wenigsten aber werden sie dem besonderen Charakter dieses Abfalls und seinen ständigen Wandlungen gerecht. Hier liegt der springende Punkt, der für alle Müllverwertungsversuche von entscheidender Bedeutung ist.

Jeder Fabrikant, der als Rohstoffe seiner Fabrikation Abfälle aus industriellen oder gewerblichen Betrieben erzeugt, kann mit einer gewissen Gleichmäßigkeit und Gleichförmigkeit seines Ausgangsmaterials rechnen. Der Papierverwerter kennt die durchschnittlichen Qualitäten seines Sammelgutes und weiß, daß sie, sofern er seine Abfälle stets aus gleichen oder ähnlichen

Haubfeuerung einbaut, um auch bei ungenügendem Heizwert des Mülls die Verbrennung und Dampferzeugung aufrechtzuerhalten zu können, wenn man schließlich die erhaltene Schlacke noch mehr oder weniger umfangreichen Weiterverarbeitungsstufen unterwirft, dann wird aus der Müllverwertungsanstalt eine regelrechte, umfangreiche Fabrik, die nicht nur ansehnliche Kapitalkosten, sondern auch recht erheblich zu Buchschlagende Betriebskosten verschlingt. Man mag hiergegen einwenden, daß sie dafür ja auch aus dem Müll Geldwerte gewinnt: elektrische Energie und Kautschuk. Was nützt jedoch elektrische Energie, die teurer ist als die im Großstromwerk erzeugte (daß sie teurer ist, liegt an den hohen Kapitalkosten der Anlage), und was nützen Kautschukstoffe, wenn kein Absatz am Baumarkt für sie vorhanden ist?

Man erkennt: das Müllproblem ist keineswegs so einfach gelagert, wie man wohl auf den ersten Blick an-

Papierverarbeitungsbetrieben besteht. In mehr oder weniger engen Grenzen gleich bleiben. Der Vertreter von Holzabfällen muß mit gewissen Schwankungen in der Art der Hölzer, denen seine Abfälle entstammen, rechnen, aber er weiß stets, daß seine Abfälle aus Holz bestehen.

Nur das Müll bietet keine derartige Gewähr. Es besteht aus einem Gemisch der allerberchiedensten Bestandteile, dessen Zusammensetzung von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, ja innerhalb ein und derselben Stadt von Stadtteil zu Stadtteil verschieden ist. Es hat im Winter eine andere Zusammensetzung als im Sommer; es sieht in Zeiten wirtschaftlicher Nöte, in denen jeder Gebrauchsgegenstand und jedes Nahrungs- und Genussmittel bis zum letzten Ausgenutzt wird, grundlegend anders aus als in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung. So kommt es, daß selbst die ausgiebigste und sowohl im Inland wie im Ausland mehrfach bewährte Form der Müllverwertung: seine Verfeuerung unter Gewinnung von Wärme und verwertbarer Schlacke, nicht immer und überall den gewünschten Erfolg hat. Da die Müllverbrennung ganz auf dem Gehalt des Mülls an brennbaren Stoffen beruht, spielen Unterschiede in der Art der Hausbrandbrennstoffe hier eine sehr bedeutende Rolle. Wo vorwiegend Steinkohle verfeuert wird, besitzt das Müll meist einen so hohen Heizwert, daß es von selbst brennt. Wo aber vorwiegend die viel neuter ausbrennende Braunkohle verfeuert wird, die überdies eine sehr feinstörnige, das Feuer leicht dämpfende Asche liefert, ist das Müllgasfolge seines vielfach recht beträchtlichen Feuchtigkeitsgehalts nicht mehr imstande, seine Verbrennung selbst zu unterhalten. Diese Unterschiede sind infolge der weitgehenden Umstellung des Hausbrandes auf Braunkohlenfeuerung in der Nachkriegszeit besonders stark hervorgetreten, und so kommt es, daß manche Müll-Verwertungsanstalt, die in der Vorkriegszeit durchaus zufriedenstellend arbeitete, in der Nachkriegszeit stillgelegt werden mußte.

Aber selbst in Städten, in denen sich der Hausbrand gegen das anteilige Verhältnis der beiden genannten Brennstoffe am Gesamtverbrauch nicht wesentlich gegenüber der Vorkriegszeit geändert hat, kann man mit den früher bewährten Verbrennungsanlagen nicht mehr weiter. Der Grund dafür liegt zweifellos in den wirtschaftlichen Verhältnissen, die breitere Bevölkerungsfreiheit zwingen, mit allen irgend verwertbaren, insbesondere aber allen brennbaren Stoffen auf das sparsamste umzugehen. Dieses Festhalten wirkt sich in einer starken Verringerung des Gehaltes des Mülls an brennbaren Bestandteilen aus und stellt seine Verwertung durch Verbrennung durchaus in Frage.

Wenn man aber all diesen Uebelständen und Schwierigkeiten aus dem Wege gehen will und beispielsweise die schwer brennbaren Bestandteile vor der Verfeuerung ausfortiert, in die Feuerung noch eine Jagd-Kohlen-

nehmen könnte. Es ist jedenfalls nur unter eingehendster Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse zu lösen, und man wird durchaus zufrieden sein müssen, wenn man eine Verwertungsart gefunden hat, bei der das Müll die Kosten seiner Beseitigung aus sich selbst heraus deckt. Ein großes, gewinnbringendes Geschäft wird mit der Müllverwertung niemals zu machen sein. Müllverwertungsanstalten bedeuten unter allen Umständen einen kulturellen Fortschritt und sollten in erster Linie nach diesem Gesichtspunkt beurteilt werden. Daß in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Nöte derartige Kulturfortschritte erst in zweiter Linie kommen, gehört zu den vielen verhängnisvollen Belegerscheinungen einer Wirtschaftskrise. Ein gewisser Trost liegt in der Gewißheit, daß, wenn erst wieder normalere Zeiten gekommen sein werden, auch das Müll wieder normaler ist und viel leichter als heute durch Verbrennung beseitigt werden kann.

NTP 20.4.1954

Hier ist kein Geschäft zu machen:

Was die Großstadt achtlos wegwirft

Mit dem Schürhaken im Müll — Beobachtungen am Rande der Abfallgruben in Hellern und Voxtrop

Es ist nicht alles Müll, was die Belegschaft des Fuhrparks jeden Morgen aus der Parade der Eimer am Straßenrand kippt und in vier Müllwagen zu den Abladeplätzen nach Hellern und Voxtrop bringt. Aus den 1200 Zentner, die allwöchentlich als Restbestände der Stadt in die staubigen Gruben wandern, taucht noch so manches auf, das seinen, freilich bescheidenen, Wert hat.

Das hoffen jedenfalls die Leute, die sich am Rande der Halden placieren, wenn ein Müllwagen seine polternde Last auslädt und der Angestellte des Fuhrparks mit dem Besen den Schutthaufen plantert. Es sind Arbeitslose, die auf dieser nicht gerade günstigen Privat Arbeitsstelle einen Nebenverdienst erbuddeln wollen. Sie stochern mit einem eisernen Schürhaken in dem Gerümpel herum, sie klettern die tuflige, schwabbelnde Halde hinauf und herunter und haben einen Eimer in der Linken, in dem sie die „Schätze“ sammeln.

Nicht mit Diamanten gespickt

Wer allerdings glaubt, hier Reichtümer angeln zu können, der ist auf dem Müllwege. Der Abfall einer Großstadt ist keineswegs mit Diamanten und Platinarmbändern gespickt. Die Leute, die hier herumwaten und das durchwühlen, was andere noch nicht einmal mehr anschauen mögen, haben eine verdammt schäbige Arbeit. Niemand anders als die Not zwingt sie dazu, in diesem Gerümpel nach Wertgegenständen zu suchen.

Und abends ist der Rücken krumm

Wertgegenstände heißen in diesem Fall Kupferdraht, Eisenstiele, Metallabfälle, Bleistücke, Lumpen, Kartons. Derlei aus den Kubikmetern Müll herauszufingern, ist nicht einfach. Man schneidet sich an zerbrochenen Einkochgläsern, wenn man nicht aufpaßt, man zerfetzt sich die Hand an einer leeren Heringsbüchse, man tritt mit dem Fuß in die Reste eines ehemals feuchlen Bowlingglases und schneuert sich die Knie an Krautemern und Tonscherben wund. Ganz zu schweigen von dem verschmutzten Anzug und dem Rücken, der abends krumm ist wie eine verbogene Haarnadel.

Und das Fazit einer solchen spüreifrigen Tagesarbeit: 1 Kilo Kupfer, 1 kg Blei, etwas Messing und ein paar Lumpen. Für das Kilo Kupfer zahlt der Altwarenhändler 1,40 DM, für ein Kilo Messing 1,20 DM und für ein Kilo Blei 1 DM. Wenn nicht die Altmetallpreise im Moment so hoch im Kurs lägen, verlohnte es überhaupt nicht, die Finger in den Müll zu tauchen. Um die vielen tausend Konservendosen, die den Schuttberg hinterpoltern, kümmert sich ohnehin niemand mehr. Weißblech ist im Moment nicht gefragt.

Einmal erzählt man sich, soll jemand eine Armbanduhr aus dem Kehricht gebuddelt haben. Als er sie hinterher freudestrahlend ums Handgelenk wand, war die Uhr kaputt.

Mal oben durchsuchen . . .

Mitunter allerdings hängen sich noch die Leute gleich ans Telefon und lamentieren, daß sie aus Versehen eine Carritur Kaffeebitter in den Aschenkarren geworfen haben. Man möge doch mal oben den Müllwagen durchsuchen, er sei vor einer Viertelstunde erst vorbeigekommen. Nun, der Fuhrpark ist gar nicht so. Er hat auf diesem nicht gerade gewöhnlichen Wege schon Wecker-



Auf dem Abladeplatz in Hellern neben Hof Gramke türmen sich die Restbestände der Großstadt.

uhren, Silberbestecke, Armreifen und Halsketten zutage gefördert.

Da war das Gebiß futsch

Man glaubt gar nicht, wie unvorsichtig und vergesslich die Leute manchmal sind. Da ist z. B. die Sache mit dem Gebiß passiert. Irgendwie verlor jemand, der zu einer kleinen Familienfeier in Osnabrück wollte, sein Gebiß. Daß er sein Gebiß verlor, lag anscheinend an der Güte der Familien-

feier. Schließlich stellte sich heraus, daß das Gebiß nicht in den Mülleimer, sondern ins Abflußrohr geraten war. Aber keine Sorge, auch diese harte Nuß wußten die Stadtwerke zu knacken. Sie pumpten kurzentschlossen das Zuleitungswstück zwischen Haus und Senkkasten aus, und siehe da, der verlorene Sobol fand wieder beim. Ob allerdings das Gebiß hinterher noch . . . na ja.

Wie gesagt, es ist nicht alles Müll, was die Großstadt ablädt. Ipunkt

Vor dem Stichtag des 1. März:

Kommt es zum Müllkrieg?

Die staubfreie Müllabfuhr wirbelt in Osnabrück gewaltigen Staub auf: Wer soll die neuen Eimer bezahlen? Wer soll die schweren Eimer tragen? Was soll aus den alten Eimern werden?

Am späten Freitagabend rief ein Mann in der Redaktion des „Osnabrücker Tageblattes“ an und sagte: „Hören Sie mal, Sie müssen sich dieser staubfreien Müllabfuhr unbedingt annehmen und etwas unternehmen! So geht das ja nun doch nicht! Man kann doch so etwas nicht einfach über die Bürgerschaft beschließen, ohne sich um die Durchführung zu kümmern! Wir lesen Ihre Zeitung lebenslanglich, und deshalb erwarten wir, daß Sie sich für uns beiden alten Leute einsetzen, die berkrank sind und diese neuen, plumpen, schweren Eimer einfach nicht tragen können. Gerade haben wir einen neuen Eimer angeschafft, und jetzt sollen wir schon wieder einen kaufen! Glaubt man denn, wir finden das Geld auf der Straße? Sie müssen unbedingt etwas tun! In meiner Jugend war ich in Bonn. Und da war das so ...“

Es war einer von vielen Anrufen in den letzten Tagen, die die Redaktion in dieser Sache erreichten. Noch mehr Leute wurden persönlich vorstellig. Von den zahlreich eingegangenen Zuschriften wurde inzwischen ein großer Teil veröffentlicht.

Wer soll das bezahlen? Der Rat der Stadt hat die staubfreie Müllabfuhr beschlossen und dementsprechend das Ortsstatut verändert. In öffentlicher Bekanntmachung sind jene Straßen aufgeführt worden, in denen am 1. März — also am Montag — die staubfreie Müllabfuhr zuerst eingeführt wird. Soweit ist alles rechtens und in Ordnung. Es läßt sich auch nichts dagegen einwenden, daß eine staubfreie Müllabfuhr aus Gründen der Hygiene erforderlich erscheint, was auch allseitig ohne weiteres anerkannt und unterstellt wird.

Aber es ist nicht in Ordnung, daß man sich um die Voraussetzungen zur Durchführung einfach nicht kümmert und in die Bürgerschaft durch einen Beschluß zu einer Sache zwingen will, von der sie nicht weiß, wie sie damit fertig werden soll. Hierher gehört zunächst die Frage nach der Beschaffung dieser teuren Eimer, nachdem die meisten Einwohner durchweg erst im vorigen Jahre einen neuen Mülleimer gekauft haben, damit die Marmeladen-

eimer und Kartons aus dem Stadtbild verschwinden konnten. Wo ist die Stelle, an die sich solche Einwohner wenden können, denen der Kauf eines neuen Mülleimers für 16,00 DM finanziell nicht möglich ist, und zwar auch dann nicht möglich ist, wenn sie ihn in kleinen Raten abzahlen können? Es sind ihrer nicht wenige in unserer Stadt, die als Ausgebombte, Kriegsbeschädigte, Rentner, Kriegerwitwen, Flüchtlinge oder Arbeitslose Not leiden und sich an der Befolgung der durch den Ratsbeschluß ausgelösten Anordnungen durch diese ihre Notlage verhindert sehen. An welche städtische Stelle — um es nochmals zu sagen — können sie sich wenden, um den alten Mülleimer gegen einen neuen ohne Mehrzahlung umzutauschen?

Wer soll die schweren Mülleimer tragen? Es ist dies eine Frage, die weitaus mehr als die Hälfte der Bürgerschaft bewegt. Es handelt sich hier um ältere Frauen und Männer oder um Witwen mit Kindern, die sich rein kräftemäßig außerstande sehen, diese schweren und ungefügen Mülleimer, die gefüllt sicher ein Gewicht von 60 oder 70 Pfund haben werden, auf die Straße zu schaffen! Es wurde an dieser Stelle schon einmal eine Leseräußerung Platz gegeben, in der verlangt wurde, die städtische Müllabfuhr möge ein Vorkommando (und wenn auch gebührenpflichtig!) schicken, um die schweren Eimer auf die Straße zu transportieren.

Bis heute hat sich in dieser Sache nichts geführt, und so werden sich am Montag alte Frauen und krankliche Männer mit diesen Eimern abquälen. Ein Leser regte sogar an, man möge nach dem ersten, erfolgreich bestandenen Jahr der staubfreien Müllabfuhr die Zahlen der in den Osnabrücker Krankenhäusern vorgenommenen Bruchoperationen mit denen des Vorjahres vergleichen, um die „Wirkung“ der staubfreien Müllabfuhr in dieser Richtung zu registrieren. Es muß ein leichtes sein, mit Hilfe von Arbeitslosen oder Notstandsarbeitern ein solches Vorkommando einzurichten und mit ihm eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Durchführung der staubfreien Müllabfuhr zu schaffen!

Wohin mit den alten Mülleimern? Immer wieder wird gefragt, was mit ihnen geschehen soll! Die Bürgerschaft erwartet zumindest — soweit sie sich von ihnen befreien will — daß die Müllabfuhr diese alten Eimer mitnimmt.

„Und dabei handelt es sich nicht einmal um eine staubfreie Müllabfuhr!“ äußerte ein Leser. Stauben wird es auch bei dieser Art Müllabfuhr, es sei denn, es regnet gerade.“ Als einzige echte staubfreie Müllabfuhr bezeichnete er die Abholung der vollen Mülltonnen und ihren Ersatz durch leere.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Einführung am 1. März abwickelt. Jedenfalls steht fest, daß die staubfreie Müllabfuhr bei allen Osnabrückern gewaltigen Staub aufgewirbelt hat, von dem man nicht weiß, ob er sich rechtzeitig legen wird. In der Bekanntmachung der Stadtverwaltung hieß es schon, die alten Mülleimer könnten nicht entleert werden, weil dies der inzwischen erfolgte Umbau der Müllwagen nicht zulasse. Da gibt es nun allerlei Bürger, die da sagen: „Wenn unsere alten Mülleimer nicht abgeholt werden, kippen wir den Dreck auf die Straße!“ Es finden sich auch Leute, die sich ihrer alten Mülleimer entledigt wissen wollen, indem sie diese vor das Rathaus stellen. Soweit ersichtlich, scheinen noch nicht allzuviel neue Mülleimer gekauft worden zu sein.

Mag es hier einerseits um die Beantwortung der Frage gehen, ob der Rat Beschlüsse fassen und deren Durchführung von der Bürgerschaft verlangen kann, wenn er nicht die unabdingbar notwendigen Voraussetzungen schafft, so erscheint jedoch andererseits dringlicher und wichtiger, daß — wenn schon einmal die staubfreie Müllabfuhr durchgeführt werden soll — der Rat den minderbemittelten Kreisen der Stadt zu einem neuen Mülleimer verhilft und schleunigst an die Erstellung eines Vorkommandos geht, das die schweren Mülleimer auf die Straße trägt, wenn man aus Gründen der Kosten schon nicht stadteigene Mülleimer erstellen kann, wie es in anderen Städten üblich ist.

Hier muß etwas geschehen, und zwar sofort! Denn was nützt eine staubfreie Müllabfuhr, wenn sie in der Stadt so viel Staub aufwirbelt und gar zum — Müllkrieg zwischen Rat und Bürgerschaft führt?!

Wenn es Abend wird, bleibt es dunkel



Sprechen wir einmal darüber, wie es im Dunkeln, wenn die Straßenlaternen aufleuchten, wenn die Scheinwerter in hellen Licht strahlen, dann ist das die letzte Normalität...

Kritik der Müllader an den Hausfrauen 200 cbm Müll täglich

Die „Brigade der Sauberkeit“ bittet um Unterstützung - im Fuhrpark kloppelt es wie am Schnürchen - Wer braucht noch Müll?

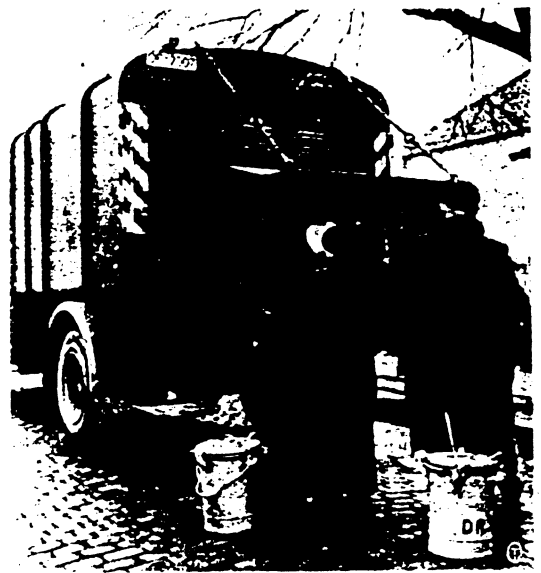
Hand aufs Herz, liebe Hausfrau: Gibt es ein Abfallprodukt von der Kartoffelchale bis zum angrabensten Pudding oder einen ausstrahlenden Gegenstand vom abgedachten Ofenrohr bis zum verletzten Wolfswaken Ihres Mannes...

Man sah vor einigen Tagen in den frühen Morgenstunden auf der Großen Straße in Osnabrück einen solchen Stapel Zettelpapier...

Organisator ist alles. Wenig später sah er im Fuhrpark an der Jahrstraße dem Leiter des Fuhrparks gegenüber...

les Fuhrparks und zwei Paar Gummistiefel, Größe 47 und Größe 43, also passend für unsere Füße bereit...

Die Müllader - vier Mann gehören außer dem Fahrer zu dem Wagen - bummeln kenntenswegs bei ihrer Arbeit...



Mindestens 400 Mülltonnen wuchtet jeder Müllader täglich in die Abfallverrichtung des Wagen - eine Leistung, die das schon immer kann.

Christian Ferras und Pierre Barbiset

Kammermusik im Schloßverein. Zwei junge Franzosen, Christian Ferras (Geige) und Pierre Barbiset (Klavier), geben auf Einladung des Schloßvereins am kommenden Donnerstagabend in der Aula der Pädagogischen Hochschule im Schloß einen Sommerabend...

Zwei Unfälle - vier Verletzte

Zwei Personenkraftwagen prallten auf der Kreuzung Nisterstraße und Kommandantenstraße aufeinander. Drei Insassen der beiden Fahrzeuge erlitten Verletzungen. Der Schwere wurde durch die Verletzungen zog sich auf der gleichen Kreuzung ein Motorradfahrer zu, der mit einem Personenkraftwagen kollidierte.

Was sagt die Teddypolizei?

Schon bei Kindern muß die Verkehrserziehung beginnen! In der Ecke dieser Tatsache hat sich die BP Benzin und Petroleum Aktiengesellschaft bereits seit Jahren in den Dienst der Verkehrserziehung der Jugend gestellt.



Links: Zusätzliche Kartone mit Abfällen wandern auch in die Müllwagen wie diese hier, nur müssen sie handlich und ordentlich zusammengepackt sein. Rechts: Fußmärsche sind auch bei den Mülladern beliebt. Und was es nur heutzutage Motor stad; besser schlecht gefahren als gut gelaufen.

haben und auch spielen zu lassen. Nun, Betriebsinspektor Wienkes hat es in der Hand!

„Über die Arbeit der Müllader wollen Sie schreiben? Laßt sich machen. Sie können eine Tour auf einem Müllwagen mitfahren und sich dann den Abladeplatz ansehen.“

Den Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist. Dann geht es zum Abladeplatz nach Hellern. Für diese Fahrt brauchen die Müllader nicht auf den Trittbrettern zu stehen. Sie haben Platz im Führerhaus.

Die Kritik an den Hausfrauen

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

Der Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist.

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

Der Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist.

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

Der Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist.

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

Der Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist.

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

Der Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist.

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

Der Inhalt von 420 Mülltonnen kann ein Müllwagen aufnehmen. Das sind etwa zehn Kubikmeter Müll. Zwei Stunden dauert es im Durchschnitt, bis der Wagen voll ist.

Auf der Fahrt nach Hellern fragten wir sie nach allem, was sie an Osnabrücker Hausfrauen aussetzen haben. Das sind vor allem die Papierabfälle, die nicht fest genug verpackt am Straßenrand liegen...

zu müssen, macht das Mülladern ihre Arbeit nicht leichte Arbeit noch schwerer. Schwer genug ist diese Arbeit wirklich. Kann denn der Müllader, die zum Teil schon 30, 35 und mehr Jahre ihren Beruf ausüben, schuldig sein mit dem 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000, 1005, 1010, 1015, 1020, 1025, 1030, 1035, 1040, 1045, 1050, 1055, 1060, 1065, 1070, 1075, 1080, 1085, 1090, 1095, 1100, 1105, 1110, 1115, 1120, 1125, 1130, 1135, 1140, 1145, 1150, 1155, 1160, 1165, 1170, 1175, 1180, 1185, 1190, 1195, 1200, 1205, 1210, 1215, 1220, 1225, 1230, 1235, 1240, 1245, 1250, 1255, 1260, 1265, 1270, 1275, 1280, 1285, 1290, 1295, 1300, 1305, 1310, 1315, 1320, 1325, 1330, 1335, 1340, 1345, 1350, 1355, 1360, 1365, 1370, 1375, 1380, 1385, 1390, 1395, 1400, 1405, 1410, 1415, 1420, 1425, 1430, 1435, 1440, 1445, 1450, 1455, 1460, 1465, 1470, 1475, 1480, 1485, 1490, 1495, 1500, 1505, 1510, 1515, 1520, 1525, 1530, 1535, 1540, 1545, 1550, 1555, 1560, 1565, 1570, 1575, 1580, 1585, 1590, 1595, 1600, 1605, 1610, 1615, 1620, 1625, 1630, 1635, 1640, 1645, 1650, 1655, 1660, 1665, 1670, 1675, 1680, 1685, 1690, 1695, 1700, 1705, 1710, 1715, 1720, 1725, 1730, 1735, 1740, 1745, 1750, 1755, 1760, 1765, 1770, 1775, 1780, 1785, 1790, 1795, 1800, 1805, 1810, 1815, 1820, 1825, 1830, 1835, 1840, 1845, 1850, 1855, 1860, 1865, 1870, 1875, 1880, 1885, 1890, 1895, 1900, 1905, 1910, 1915, 1920, 1925, 1930, 1935, 1940, 1945, 1950, 1955, 1960, 1965, 1970, 1975, 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010, 2015, 2020, 2025, 2030, 2035, 2040, 2045, 2050, 2055, 2060, 2065, 2070, 2075, 2080, 2085, 2090, 2095, 2100, 2105, 2110, 2115, 2120, 2125, 2130, 2135, 2140, 2145, 2150, 2155, 2160, 2165, 2170, 2175, 2180, 2185, 2190, 2195, 2200, 2205, 2210, 2215, 2220, 2225, 2230, 2235, 2240, 2245, 2250, 2255, 2260, 2265, 2270, 2275, 2280, 2285, 2290, 2295, 2300, 2305, 2310, 2315, 2320, 2325, 2330, 2335, 2340, 2345, 2350, 2355, 2360, 2365, 2370, 2375, 2380, 2385, 2390, 2395, 2400, 2405, 2410, 2415, 2420, 2425, 2430, 2435, 2440, 2445, 2450, 2455, 2460, 2465, 2470, 2475, 2480, 2485, 2490, 2495, 2500, 2505, 2510, 2515, 2520, 2525, 2530, 2535, 2540, 2545, 2550, 2555, 2560, 2565, 2570, 2575, 2580, 2585, 2590, 2595, 2600, 2605, 2610, 2615, 2620, 2625, 2630, 2635, 2640, 2645, 2650, 2655, 2660, 2665, 2670, 2675, 2680, 2685, 2690, 2695, 2700, 2705, 2710, 2715, 2720, 2725, 2730, 2735, 2740, 2745, 2750, 2755, 2760, 2765, 2770, 2775, 2780, 2785, 2790, 2795, 2800, 2805, 2810, 2815, 2820, 2825, 2830, 2835, 2840, 2845, 2850, 2855, 2860, 2865, 2870, 2875, 2880, 2885, 2890, 2895, 2900, 2905, 2910, 2915, 2920, 2925, 2930, 2935, 2940, 2945, 2950, 2955, 2960, 2965, 2970, 2975, 2980, 2985, 2990, 2995, 3000, 3005, 3010, 3015, 3020, 3025, 3030, 3035, 3040, 3045, 3050, 3055, 3060, 3065, 3070, 3075, 3080, 3085, 3090, 3095, 3100, 3105, 3110, 3115, 3120, 3125, 3130, 3135, 3140, 3145, 3150, 3155, 3160, 3165, 3170, 3175, 3180, 3185, 3190, 3195, 3200, 3205, 3210, 3215, 3220, 3225, 3230, 3235, 3240, 3245, 3250, 3255, 3260, 3265, 3270, 3275, 3280, 3285, 3290, 3295, 3300, 3305, 3310, 3315, 3320, 3325, 3330, 3335, 3340, 3345, 3350, 3355, 3360, 3365, 3370, 3375, 3380, 3385, 3390, 3395, 3400, 3405, 3410, 3415, 3420, 3425, 3430, 3435, 3440, 3445, 3450, 3455, 3460, 3465, 3470, 3475, 3480, 3485, 3490, 3495, 3500, 3505, 3510, 3515, 3520, 3525, 3530, 3535, 3540, 3545, 3550, 3555, 3560, 3565, 3570, 3575, 3580, 3585, 3590, 3595, 3600, 3605, 3610, 3615, 3620, 3625, 3630, 3635, 3640, 3645, 3650, 3655, 3660, 3665, 3670, 3675, 3680, 3685, 3690, 3695, 3700, 3705, 3710, 3715, 3720, 3725, 3730, 3735, 3740, 3745, 3750, 3755, 3760, 3765, 3770, 3775, 3780, 3785, 3790, 3795, 3800, 3805, 3810, 3815, 3820, 3825, 3830, 3835, 3840, 3845, 3850, 3855, 3860, 3865, 3870, 3875, 3880, 3885, 3890, 3895, 3900, 3905, 3910, 3915, 3920, 3925, 3930, 3935, 3940, 3945, 3950, 3955, 3960, 3965, 3970, 3975, 3980, 3985, 3990, 3995, 4000, 4005, 4010, 4015, 4020, 4025, 4030, 4035, 4040, 4045, 4050, 4055, 4060, 4065, 4070, 4075, 4080, 4085, 4090, 4095, 4100, 4105, 4110, 4115, 4120, 4125, 4130, 4135, 4140, 4145, 4150, 4155, 4160, 4165, 4170, 4175, 4180, 4185, 4190, 4195, 4200, 4205, 4210, 4215, 4220, 4225, 4230, 4235, 4240, 4245, 4250, 4255, 4260, 4265, 4270, 4275, 4280, 4285, 4290, 4295, 4300, 4305, 4310, 4315, 4320, 4325, 4330, 4335, 4340, 4345, 4350, 4355, 4360, 4365, 4370, 4375, 4380, 4385, 4390, 4395, 4400, 4405, 4410, 4415, 4420, 4425, 4430, 4435, 4440, 4445, 4450, 4455, 4460, 4465, 4470, 4475, 4480, 4485, 4490, 4495, 4500, 4505, 4510, 4515, 4520, 4525, 4530, 4535, 4540, 4545, 4550, 4555, 4560, 4565, 4570, 4575, 4580, 4585, 4590, 4595, 4600, 4605, 4610, 4615, 4620, 4625, 4630, 4635, 4640, 4645, 4650, 4655, 4660, 4665, 4670, 4675, 4680, 4685, 4690, 4695, 4700, 4705, 4710, 4715, 4720, 4725, 4730, 4735, 4740, 4745, 4750, 4755, 4760, 4765, 4770, 4775, 4780, 4785, 4790, 4795, 4800, 4805, 4810, 4815, 4820, 4825, 4830, 4835, 4840, 4845, 4850, 4855, 4860, 4865, 4870, 4875, 4880, 4885, 4890, 4895, 4900, 4905, 4910, 4915, 4920, 4925, 4930, 4935, 4940, 4945, 4950, 4955, 4960, 4965, 4970, 4975, 4980, 4985, 4990, 4995, 5000, 5005, 5010, 5015, 5020, 5025, 5030, 5035, 5040, 5045, 5050, 5055, 5060, 5065, 5070, 5075, 5080, 5085, 5090, 5095, 5100, 5105, 5110, 5115, 5120, 5125, 5130, 5135, 5140, 5145, 5150, 5155, 5160, 5165, 5170, 5175, 5180, 5185, 5190, 5195, 5200, 5205, 5210, 5215, 5220, 5225, 5230, 5235, 5240, 5245, 5250, 5255, 5260, 5265, 5270, 5275, 5280, 5285, 5290, 5295, 5300, 5305, 5310, 5315, 5320, 5325, 5330, 5335, 5340, 5345, 5350, 5355, 5360, 5365, 5370, 5375, 5380, 5385, 5390, 5395, 5400, 5405, 5410, 5415, 5420, 5425, 5430, 5435, 5440, 5445, 5450, 5455, 5460, 5465, 5470, 5475, 5480, 5485, 5490, 5495, 5500, 5505, 5510, 5515, 5520, 5525, 5530, 5535, 5540, 5545, 5550, 5555, 5560, 5565, 5570, 5575, 5580, 5585, 5590, 5595, 5600, 5605, 5610, 5615, 5620, 5625, 5630, 5635, 5640, 5645, 5650, 5655, 5660, 5665, 5670, 5675, 5680, 5685, 5690, 5695, 5700, 5705, 5710, 5715, 5720, 5725, 5730, 5735, 5740, 5745, 5750, 5755, 5760, 5765, 5770, 5775, 5780, 5785, 5790, 5795, 5800, 5805, 5810, 5815, 5820, 5825, 5830, 5835, 5840, 5845, 5850, 5855, 5860, 5865, 5870, 5875, 5880, 5885, 5890, 5895, 5900, 5905, 5910, 5915, 5920, 5925, 5930, 5935, 5940, 5945, 5950, 5955, 5960, 5965, 5970, 5975, 5980, 5985, 5990, 5995, 6000, 6005, 6010, 6015, 6020, 6025, 6030, 6035, 6040, 6045, 6050, 6055, 6060, 6065, 6070, 6075, 6080, 6085, 6090, 6095, 6100, 6105, 6110, 6115, 6120, 6125, 6130, 6135, 6140, 6145, 6150, 6155, 6160, 6165, 6170, 6175, 6180, 6185, 6190, 6195, 6200, 6205, 6210, 6215, 6220, 6225, 6230, 6235, 6240, 6245, 6250, 6255, 6260, 6265, 6270, 6275, 6280, 6285, 6290, 6295, 6300, 6305, 6310, 6315, 6320, 6325, 6330, 6335, 6340, 6345, 6350, 6355, 6360, 6365, 6370, 6375, 6380, 6385, 6390, 6395, 6400, 6405, 6410, 6415, 6420, 6425, 6430, 6435, 6440, 6445, 6450, 6455, 6460, 6465, 6470, 6475, 6480, 6485, 6490, 6495, 6500, 6505, 6510, 6515, 6520, 6525, 6530, 6535, 6540, 6545, 6550, 6555, 6560, 6565, 6570, 6575, 6580, 6585, 6590, 6595, 6600, 6605, 6610, 6615, 6620, 6625, 6630, 6635, 6640, 6645, 6650, 6655, 6660, 6665, 6670, 6675, 6680, 6685, 6690, 6695, 6700, 6705, 6710, 6715, 6720, 6725, 6730, 6735, 6740, 6745, 6750, 6755, 6760, 6765, 6770, 6775, 6780, 6785, 6790, 6795, 6800, 6805, 6810, 6815, 6820, 6825, 6830, 6835, 6840, 6845, 6850, 6855, 6860, 6865, 6870, 6875, 6880, 6885, 6890, 6895, 6900, 6905, 6910, 6915, 6920, 6925, 6930, 6935, 6940, 6945, 6950, 6955, 6960, 6965, 6970, 6975, 6980, 6985, 6990, 6995, 7000, 7005, 7010, 7015, 7020, 7025, 7030, 7035, 7040, 7045, 7050, 7055, 7060, 7065, 7070, 7075, 7080, 7085, 7090, 7095, 7100, 7105, 7110, 7115, 7120, 7125, 7130, 7135, 7140, 7145, 7150, 7155, 7160, 7165, 7170, 7175, 7180, 7185, 7190, 7195, 7200, 7205, 7210, 7215, 7220, 7225, 7230, 7235, 7240, 7245, 7250, 7255, 7260, 7265, 7270, 7275, 7280, 7285, 7290, 7295, 7300, 7305, 7310, 7315, 7320, 7325, 7330, 7335, 7340, 7345, 7350, 7355, 7360, 7365, 7370, 7375, 7380, 7385, 7390, 7395, 7400, 7405, 7410, 7415, 7420, 7425, 7430, 7435, 7440, 7445, 7450, 7455, 7460, 7465, 7470, 7475, 7480, 7485, 7490, 7495, 7500, 7505, 7510, 7515, 7520, 7525, 7530, 7535, 7540, 7545, 7550, 7555, 7560, 7565, 7570, 7575, 7580, 7585, 7590, 7595, 7600, 7605, 7610, 7615, 7620, 7625, 7630, 7635, 7640, 7645, 7650, 7655, 7660, 7665, 7670, 7675, 7680, 7685, 7690, 7695, 7700, 7705, 7710, 7715, 7720, 7725, 7730, 7735, 7740, 7745, 7750, 7755, 7760, 7765, 7770, 7775, 7780, 7785, 7790, 7795, 7800, 7805, 7810, 7815, 7820, 7825, 7830, 7835, 7840, 7845, 7850, 7855, 7860, 7865, 7870, 7875, 7880, 7885, 7890, 7895, 7900, 7905, 7910, 7915, 7920, 7925, 7930, 7935, 7940, 7945, 7950, 7955, 7960, 7965, 7970, 7975, 7980, 7985, 7990, 7995, 8000, 8005, 8010, 8015, 8020, 8025, 8030, 8035, 8040, 8045, 8050, 8055, 8060, 8065, 8070, 8075, 8080, 8085, 8090, 8095, 8100, 8105, 8110, 8115, 8120, 8125, 8130, 8135, 8140, 8145, 8150, 8155, 8160, 8165, 8170, 8175, 8180, 8185, 8190, 8195, 8200, 8205, 8210, 8215, 8220, 8225, 8230, 8235, 8240,

Vor dem Stichtag des 1. März:

Kommt es zum Müllkrieg?

Die staubfreie Müllabfuhr wirbelt in Osnabrück gewaltigen Staub auf: Wer soll die neuen Eimer bezahlen? Wer soll die schweren Eimer tragen? Was soll aus den alten Eimern werden?

Am späten Freitagabend rief ein Mann in der Redaktion des „Osnabrücker Tageblattes“ an und sagte: „Hören Sie mal, Sie müssen sich dieser staubfreien Müllabfuhr unbedingt annehmen und etwas unternehmen! So geht das ja nun doch nicht! Man kann doch so etwas nicht einfach über die Bürgerschaft beschließen, ohne sich um die Durchführung zu kümmern! Wir lesen Ihre Zeitung lebenslanglich, und deshalb erwarten wir, daß Sie sich für uns beiden alten Leute einsetzen, die krank sind und diese neuen, plumpen, schweren Eimer einfach nicht tragen können. Gerade haben wir einen neuen Eimer angeschafft, und jetzt sollen wir schon wieder einen kaufen! Glaubt man denn, wir finden das Geld auf der Straße? Sie müssen unbedingt etwas tun! In meiner Jugend war ich in Bonn. Und da war das so...“

Es war einer von vielen Anrufen in den letzten Tagen, die die Redaktion in dieser Sache erreichten. Noch mehr Leute wurden persönlich vorstellig. Von den zahlreich eingegangenen Zuschriften wurde inzwischen ein großer Teil veröffentlicht.

Wer soll das bezahlen? Der Rat der Stadt hat die staubfreie Müllabfuhr beschlossen und dementsprechend das Ortsstatut verändert. In öffentlicher Bekanntmachung sind jene Straßen aufgeführt worden, in denen am 1. März — also am Montag — die staubfreie Müllabfuhr zuerst eingeführt wird. Soweit ist alles rechtens und in Ordnung. Es läßt sich auch nichts dagegen einwenden, daß eine staubfreie Müllabfuhr aus Gründen der Hygiene erforderlich erscheint, was auch allseitig ohne weiteres anerkannt und unterstellt wird.

Aber es ist nicht in Ordnung, daß man sich um die Voraussetzungen zur Durchführung einfach nicht kümmert und in die Bürgerschaft durch einen Beschluß zu einer Sache zwingen will, von der sie nicht weiß, wie sie damit fertig werden soll. Hierher gehört zunächst die Frage nach der Beschaffung dieser teuren Eimer, nachdem die meisten Einwohner durchweg erst im vorigen Jahre einen neuen Mülleimer gekauft haben, damit die Marmeladen-

eimer und Kartons aus dem Stadtbild verschwinden konnten. Wo ist die Stelle, an die sich solche Einwohner wenden können, denen der Kauf eines neuen Mülleimers für 16,60 DM finanziell nicht möglich ist, und zwar auch dann nicht möglich ist, wenn sie ihn in kleinen Raten abzahlen können? Es sind ihrer nicht wenige in unserer Stadt, die als Ausgebombte, Kriegsbeschädigte, Rentner, Kriegserwitwen, Flüchtlinge oder Arbeitslose Not leiden und sich an der Befolgung der durch den Ratsbeschluß ausgelassenen Anordnungen durch diese ihre Notlage verhindert sehen. An welche städtische Stelle — um es nochmals zu sagen — können sie sich wenden, um den alten Mülleimer gegen einen neuen ohne Mehrzahlung umzutauschen?

Wer soll die schweren Mülleimer tragen? Es ist dies eine Frage, die weitaus mehr als die Hälfte der Bürgerschaft bewegt. Es handelt sich hier um ältere Frauen und Männer oder um Witwen mit Kindern, die sich rein kräftemäßig außerstande sehen, diese schweren und ungefügen Mülleimer, die gefüllt sicher ein Gewicht von 60 oder 70 Pfund haben werden, auf die Straße zu schaffen! Es wurde an dieser Stelle schon einmal einer Leseräußerung Platz gegeben, in der verlangt wurde, die städtische Müllabfuhr möge ein Vorkommando (und wenn auch gebührenpflichtig!) schicken, um die schweren Eimer auf die Straße zu transportieren.

Bis heute hat sich in dieser Sache nichts geändert, und so werden sich am Montag alte Frauen und krankliche Männer mit diesen Eimern abquälen. Ein Leser regte sogar an, man möge nach dem ersten, erfolgreich bestandenen Jahr der staubfreien Müllabfuhr die Zahlen der in den Osnabrücker Krankenhäusern vorgenommenen Bruchoperationen mit denen des Vorjahres vergleichen, um die „Wirkung“ der staubfreien Müllabfuhr in dieser Richtung zu registrieren. Es muß ein leichtes sein, mit Hilfe von Arbeitslosen oder Notlandsarbeitern ein solches Vorkommando einzurichten und mit ihm eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Durchführung der staubfreien Müllabfuhr zu schaffen!

Wohin mit den alten Mülleimern? Immer wieder wird gefragt, was mit ihnen geschehen soll! Die Bürgerschaft erwartet zumindest — soweit sie sich von ihnen befreien will — daß die Müllabfuhr diese alten Eimer mitnimmt.

„Und dabei handelt es sich nicht einmal um eine staubfreie Müllabfuhr!“ äußerte ein Leser. Stauben wird es auch bei dieser Art Müllabfuhr, es sei denn, es regnet gerade.“ Als einzige echte staubfreie Müllabfuhr bezeichnete er die Abholung der vollen Mülltonnen und ihren Ersatz durch leere.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Einführung am 1. März abwickelt. Jedenfalls steht fest, daß die staubfreie Müllabfuhr bei allen Osnabrückern gewaltigen Staub aufwirbelt hat, von dem man nicht weiß, ob er sich rechtzeitig legen wird. In der Bekanntmachung der Stadtverwaltung hieß es schon, die alten Mülleimer könnten nicht entleert werden, weil dies der inzwischen erfolgte Umbau der Müllwagen nicht zulasse. Da gibt es nun allerlei Bürger, die da sagen: „Wenn unsere alten Mülleimer nicht abgeholt werden, kippen wir den Dreck auf die Straße!“ Es finden sich auch Leute, die sich ihrer alten Mülleimer entledigt wissen wollen, indem sie diese vor das Rathaus stellen. Soweit ersichtlich, scheinen noch nicht allzuviel neue Mülleimer gekauft worden zu sein.

Mag es hier einerseits um die Beantwortung der Frage gehen, ob der Rat Beschlüsse fassen und deren Durchführung von der Bürgerschaft verlangen kann, wenn er nicht die unabdingbar notwendigen Voraussetzungen schafft, so erscheint jedoch andererseits dringlicher und wichtiger, daß — wenn schon einmal die staubfreie Müllabfuhr durchgeführt werden soll — der Rat den minderbemittelten Kreisen der Stadt zu einem neuen Mülleimer verhilft und schleunigst an die Erstellung eines Vorkommandos geht, das die schweren Mülleimer auf die Straße trägt, wenn man aus Gründen der Kosten schon nicht stadt-eigene Mülleimer erstellen kann, wie es in anderen Städten üblich ist.

Hier muß etwas geschehen, und zwar sofort! Denn was nützt eine staubfreie Müllabfuhr, wenn sie in der Stadt so viel Staub aufwirbelt und gar zum — Müllkrieg zwischen Rat und Bürgerschaft führt?!

Wer entrümpelt den Schinkel-Wald?

Seit Jahren kämpfen Bürgervereine um eine gestäuberte „grüne Lunge“ - Stadtverwaltung nicht zuständig

Wieder einmal mahnen sich die Klageslieder der Bürgerschaft im Stadtteil Schinkel über den miserablen Zustand des dortigen Waldgebietes. Anlaß und Grund des Mitleidens sind Schutt und Asche, Gerümpel und Abfall, wahllos in der „grünen Lunge“ verstreut sowie mangelhafte Bepflanzung und staubige Spazierwege. Die Beschwerde ist nicht jung. Heinrich Raabe, seit Bestehen des Ortsbürger Rates dessen Mitglied, machte sich schon vor 19 Jahren zum Sprachrohr aller luftverunreinigten „Schinkelaner“. Indem er öffentlich auf den Schmutzstand hinwies, Bis heute ließ der wackere Streiker für Sauberkeit und Ordnung nicht mehr von seinem Herzenswunsch ab, den Schinkelwald einmal ebenso hergerichtet zu sehen wie den Schölerberg. Erst vor wenigen Tagen machte er seinem nun fast zwei Jahrzehnte angestauten Ärger erneut Luft: „Die Stadt kann vieles lassen und vieles tun. Ich habe den Eindruck, daß sie in Schinkel vieles läßt.“

Ob Heinrich Raabe in seinem Kampf für Reinlichkeit bei der Verwaltung an die falsche Adresse geriet, soll an dieser Stelle nicht bis in alle Einzelheiten untersucht werden. Fest steht immerhin, daß der Stadt nur ein verschwindend kleiner Teil des bejammerten Waldgebietes gehört. Sie zeichnet lediglich für den Streifen zwischen der Bushaltestelle Bremer Straße/Widukindland und der unterhalb liegenden Schule bzw. dem katholischen Kindergarten verantwortlich. Hier allein ist sie gehalten, den Besen anzusetzen. Der übrige Grund und Boden befindet sich in Privatbesitz. Wollte das Gartenamt auch dort die Pflege übernehmen, müßten entsprechende Verhandlungen mit den einzelnen Bauern vorangehen. Die Landwirte dürften mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit damit einverstanden sein, daß man seitens der Verwaltung die Abrägerungen aus

der Jetztzeit beseitigt. Dahin gehen jedenfalls Kämpfer Rabes mit an Sicherheit grenzende Vermutungen. Er weiß offenbar um den „guten Willen“ der bürgerlichen Eigentümer in dieser Frage. Doch das Gartenamt ließ verlauten, es sei an einem Abtransport fremden Unrats überhaupt nicht interessiert, da ein solches Beispiel schlechte Schule machen würde. Schließlich würden, so die Amtsemeinung, alle Privatpersonen denken, sie brauchen ihre Abfälle nur vor die Tür zu legen und die Stadt schaffe sie fort. Einleitend verwies man aber auf das nächste Frühjahr. Dann soll am „Tag des Baumes“ eine Aktion zum Schutz des Schinkelwaldes gestartet werden, in deren Verlauf Schuttkinder auch das Schinkelgebiet reinigen. Das ist die Regel, als Einzelfall zu werden und nicht die Regel.

Yst der Stadt müßte die Verantwort-

„Für uns unterwegs“

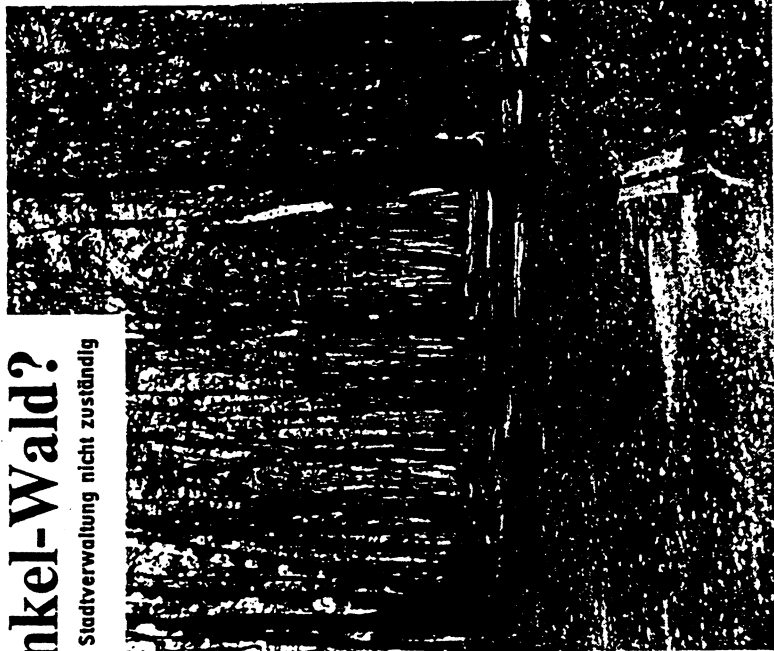
Oktersammlung des DRK

Wenn man uns fragt, wie oft wir gestern oder heute das Rote Kreuzzeichen gesehen haben, würde wohl jeder von uns die Antwort schuldig bleiben. Und dabei begegnet es uns ständig. Wir sehen es auf den Schildern der Unfallhilfs- und -meldestellen, an denen wir auf Autobahnen oder Straßen vorbeifahren. Es kennzeichnet die Krankenwagen, die sich mit Blaulicht und Martinshorn einen Weg durch den Verkehr bahnen, ebenso wie die Fahrzeuge des DRK-Blutspendendienstes und die Latwagen, Feldhochherde und Fernmeldewagen des DRK-Katastrophen-schutzes. Und wir haben es natürlich auch an der Empfangsplanie irgendeiner Rotkreuzenrichtung gesehen, denn das Deutsche Rote Kreuz unterhält ja überall in Niedersachsen Heime und Einrichtungen, um nur einige der bekanntesten zu nennen: Krankenhäuser, Volkshäuser und Jugendheimen, Kinder- und jugendliche Sanatorien, und nicht zu vergessen ist uns auch irgendwo eine Rotkreuzschwester begegnet. In Kliniken und Krankenhäusern, als Gemeindevestern oder Hauspflegerinnen verrichten sie täglich ihren aufopferungsvollen Dienst. In der kommenden Woche werden wir das Rote Kreuz nach häufiger sehen, denn vom 10. bis zum 17. Oktober findet in Niedersachsen die Jahressammlung des Deutschen Roten Kreuzes statt, die Mittel zur Finanzierung dieser vielfältigen Hilfsstätigkeit erbringen soll. Wenn die Helferinnen und Helfer uns in Osabrück um eine Spende für das Rote Kreuz bitten, sollten wir daran denken, daß morgen, jeden Tag kann der Fall eintreten, daß wir in irgendeiner Weise auf die Hilfe des DRK angewiesen sind. Helfen wir darum, die Buchsen zu füllen, damit uns und allen, die das Rote Kreuz brauchen, jederzeit geholfen werden kann!

DEUTSCHES ROTES KREUZ
Kreisverband Osabrück-Stadt
Haeckle
1. Vorsitzender

Neue Rufnummer 3251
Meinders & Eislermann

Viermal Autoladeder am Werk
Zu nächstlicher Stunde waren im Stadtgebiet viermal Autoladeder am Werk. Sie machten sich an Wagen zu schaffen, die in der Blumenshalde, der Moltke-Blatt-Caprivit- und der Letter Straße abgestellt waren. Ihre Borte, Autoradios, Autokarten und eine Briefleiste



EIN GEPFLEGTER SPAZIERWEG IM SCHÖLERBERG. Die Seitenstreifen sind sorgfältig gekehrt.

In Erinnerung an jene denkwürdige Entrümpelung, sanno die „Analeure vom Müll“ jetzt erneut auf Verschönerung der Spazierfläche. Eine Geldsammlung der drei Vereine unter Führung von „Widukindland“ erbrachte die Summe von 1000 Mark. Davon erstand man Sitzbänke, die inzwischen aufgestellt worden sind. Sowohl mit Geld als mit Muskelkraft haben also die Schinkeler Waldhüter längst bewiesen, daß sie bereit sind, jederzeit mitzuarbeiten. Sie geben sich nicht mit nachhaltigen Forderungen zufriedend. Dennoch, ihr bewundernswerter Einsatz allein genügt nicht.

Wer also wird demnächst Abhilfe schaffen? Der Stadt kann es nicht zugemutet werden, und den Bauern offenbar auch nicht. Vielleicht gelingt es, jene ausfindig zu machen, die den Dreack verursachen. Für sie würde der Abtransport des eigenen Abfalls sicherlich keine Überforderung bedeuten. Sollte die Suche nach den Übeltätern ergebnislos verlaufen, so bleibt wohl nichts anderes übrig, als daß sich die oben erwähnten drei Parteien, Stadt, Landwirte und Bürgervereine, gemeinsam an eine Lösung heranmachen. Es sei denn, was würde sich entschließen, bis in die ferne Zukunft alles so zu lassen, wie es heute ist.

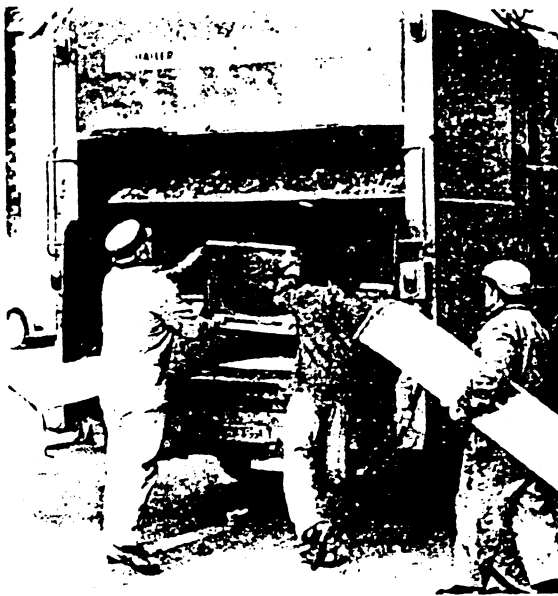


EIN SCHANDFLECK IM SCHINKELWALD. Alte Karren eines ehemaligen Flohrizikus stehen motiflos zwischen den Bäumen. Aufnahmen: Fricke

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Gemeinsam stimmten sie Volkslieder

Sprechen wir einmal darüber, Sie können im Stadtrat und im Gemeinderat... (Text continues with a story about singing folk songs in a council meeting)



UM DIE SPERRGUTABFUHR wird Osnabrück nach Angaben des Tiefbauamtes von vielen Städten benachteiligt. Ein Anruf oder eine Postkarte genügt, und wenige Tage später wird das Sperrgut von einem Prämüllwagen abgeholt, an Ort und Stelle zerklüftet und zur Mülldeponie gebracht.



DER ABFALL VON 200 BIS 300 HAUSHALTEN landet in den Prämüllwagen Platz, die an 1001 Tagen in der Woche durch Osnabrück fahren.

Ab Mitte des nächsten Jahres wird ein Steinbruch den Müll aufnehmen

Der Müllberg steigt in Osnabrück

Eine Reportage von Beate Dammernann (Text) und Walter Fricke (Fotos)

Mopedfahrer verletzt

Ein Pionier auf dem Moped... (Text describes an accident involving a moped rider)

Werkzeug gestohlen

An der Baubau... (Text reports on stolen tools from a construction site)

Radfahrerin schwer verletzt

Auf der Bismarck... (Text reports on a serious injury to a cyclist)

Täter gestellt

Im Neuen Markt... (Text reports on the identification of a suspect)

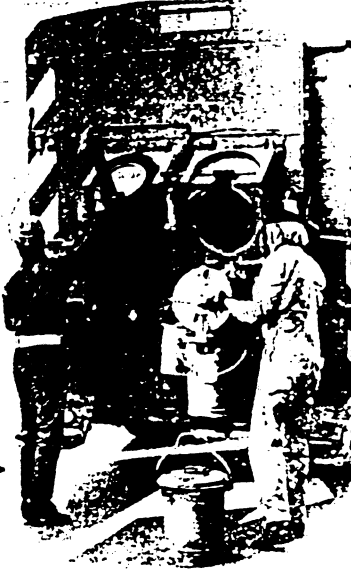
Die Müllproduktion der Haushalte, nicht nur in der Bundesrepublik, steigt immer weiter an. In Osnabrück von 4,5 Liter pro Kopf und Tag 1971 auf jetzt 8 Liter. Ein Ende dieses Anstieges, der auf die Dauer gesehen zu einem Chaos führen könnte, ist nicht abzusehen. Wenn Osnabrück, wie andere Städte auch, nicht im Müll ersticken will, sind rechtzeitige Planungen nötig.

Die derzeitige Situation der Stadt für in Osnabrück... (Text discusses the current waste management situation and the need for a new landfill site)

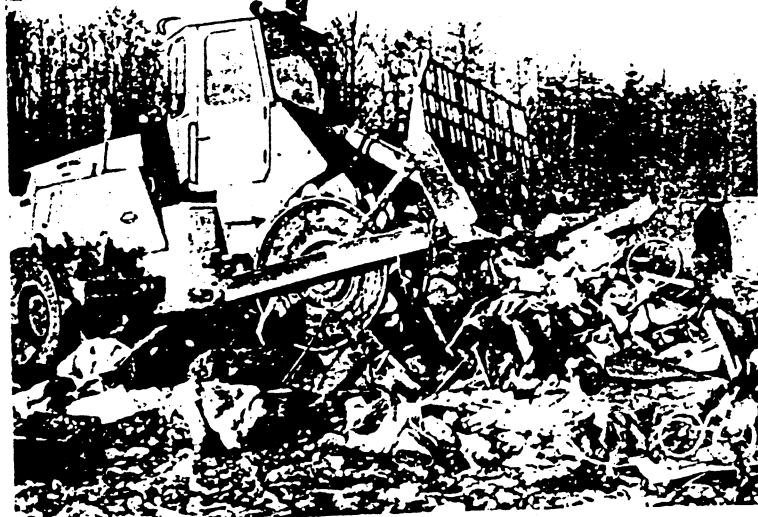
Freikippe - Nur für die Bürger der Stadt Osnabrück... (Advertisement for a free tipping service for city residents, including contact information and hours)

osnabrücker an den Straßenecken gestellt werden Sie... (Text continues the report on waste management challenges)

noch ein halbes Jahr den Osnabrücker Müll aufnehmen können... (Text discusses the timeline for finding a new landfill site)



70 MÜLLWERKER, immer vier Mann in einem Wagen sind unterwegs, um die riesigen Mengen Osnabrücker Mülls zu beseitigen



OB MÜLL ODER SPERRGUT, alles wird nach dem Abladen von den Prämüllwagen von einem Müllverdichter noch weiter zusammengepresst und anschließend an die richtige Stelle geschoben. Jeder vorhandene Platz auf der Mülldeponie wird ausgenutzt.

Die Müllgroßbehälter sollen Bürger und Abfuhr entlasten

Die Stadt startet ab Februar einen Großversuch

Die 120-Liter- und 240-Liter-Mülltonnen sind... (Text explains the trial of larger waste containers to reduce the number of collection trips)

120-Liter-Behälter werden von Familien in den Stadtteilen... (Text details the implementation of the trial in different neighborhoods)



Qualitäts-Uhren, modernem Schmuck, Bestecken und Trauringen... (Advertisement for jewelry and watches, featuring the name 'Heinrich Kolkmeier' and contact information)

„100 Flächen sind altlastenverdächtig“

SPD zur Lage der Umwelt in Osnabrück

Die „Lage der Umwelt in Osnabrück“ stand im Mittelpunkt der ersten Veranstaltung des SPD-Arbeitskreises Umwelt und Technik, zu der drei Referenten Stellung nahmen. Den Bereich der Altlasten nannte dabei der städtische Umweltschutzbeauftragte Christoph Jabs als künftiges Problem. Allein in der Stadt gebe es 100 altlastenverdächtige Flächen, auf die die Verwaltung mangels Experten nicht hinreichend vorbereitet sei.

Als Mitglied der Projektgruppe Ökosysteme, die Umweltforschung im regionalen Bereich betreibt, stelle Heinz Koch das Grünbrache-Begleitprojekt vor. Zudem zeigte er am Beispiel des Öko-Referates die Bedeutung einer ökologischen Erziehung auf, die nicht allein auf Schulen beschränkt sein dürfe, sondern auch Ausstellungen, etwa im Museum am Schölerberg, umfassen müsse. Das neue Projekt, eine Gewässergütekartierung im Raum Osnabrück, leide an der

geringeren Übernahme der ABM-Kosten. Koch bemängelte die neue Vergabepolitik, da der Verein nun jährlich 10 000 Mark an Personalkosten selber tragen müsse.

Peter Niebaum, Ratsherr und Vorsitzender des Umweltausschusses, kritisierte die nach wie vor bestehende reine Wachstumspolitik der Mehrheitsgruppe. Die Bereiche Abfall und Energie seien wichtige politische Themen der Zukunft. Nach Niebaums Angaben hat die Stadt jetzt ein diskussionswürdiges Abfallwirtschaftskonzept vorgelegt. Ein entsprechendes Energiekonzept müsse aber noch erarbeitet werden. Niebaum warnte in diesem Zusammenhang aber vor allzu hohen Erwartungen, da die jeweils vorhandenen finanziellen Probleme immer mitbedacht werden müßten.

Die Referenten und die Mitglieder des Arbeitskreises waren sich abschließend darin einig, daß die Lage der Umwelt in Osnabrück noch wesentlich verbessert werden könne.

50 000 Tonnen belastete Erde verlassen bald die Wüste

Baustelle an der Jahnstraße erfordert „Lkw-Management“

Eine der größten Tiefbaumaßnahmen der Stadt in der Wüste beginnt in dieser Woche. Sie wird bis zum Sommer nächsten Jahres dauern. Den Schwerpunkt bildet dabei die Entsorgung von 50 000 Tonnen kontaminierten Bodens. „Belastungen für die Bevölkerung werden unausweichlich sein“, heißt es in einem Presstext der Stadt.

Die Mitarbeiter des Umwelt- und des Tiefbauamtes wollen aber alles tun, um Beeinträchtigungen zu vermeiden. „Ärger wie bei der Großbaustelle Klinikneubau mit Anliegern soll es nicht geben“, versicherte Detlef Gerdts vom Umweltamt.

Es geht um die vier Hektar

große Fläche an der Jahnstraße, auf der die aus dem Gewerbegebiet Burenkamp auszulesende therapeutische Einrichtung „Haus Neuer Kamp“ sowie 220 Wohnungen gebaut werden sollen. Mit beiden Maßnahmen sind die Investoren im Zeitverzug, weil wider Erwarten und entgegen einer Gutachteraussage eine zwei Meter dicke Müllschicht auf den ehemaligen Firmengeländen aufgetaucht war (wir berichteten).

Nach umfangreicher Abstimmungsarbeit mit den Fachbehörden ist nun die Entsorgungsfrage geklärt: Die auf den Baustellen aufzukofferten 50 000 Kubikmeter Erde werden in Siebanlagen sortiert. „Ziel ist es, möglichst wenig

Müll auf den Piesberg bringen zu müssen und daher beispielsweise den recyclebaren Bauschutt vorher auszusortieren“, erklärte Gerdts.

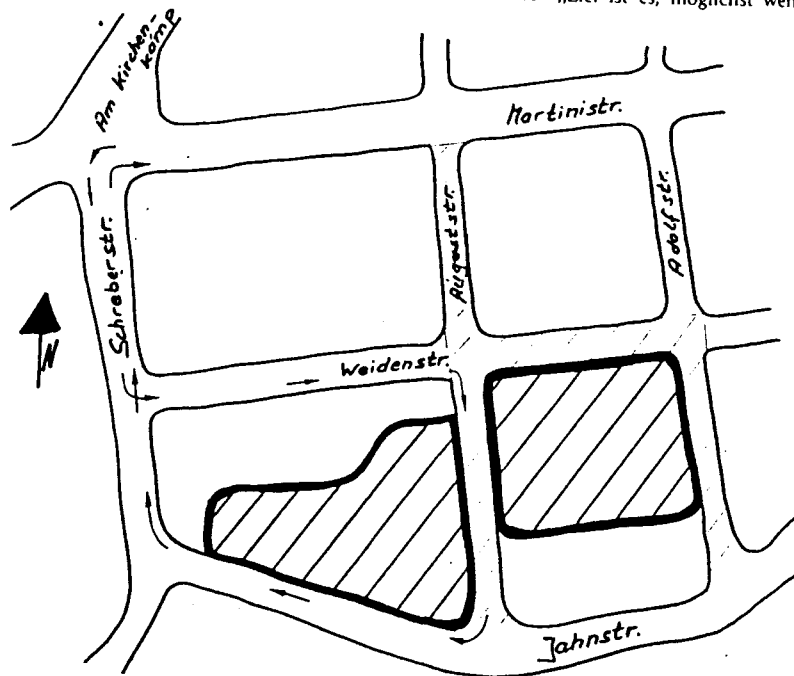
Dennoch muß das Material irgendwann abgefahren werden. „Wir rechnen mit 50 Lastwagenfahrten pro Tag und werden diesen massiven Verkehr auf einen vorgegebenen Fahrweg leiten“, erläuterte Jürgen Dieker als zuständiger Projektleiter im Tiefbauamt. Mit Reifenwaschanlagen soll verhindert werden, daß Dreck und Schadstoffe über die Räder den Baustellenbereich verlassen. Die nach Diekers Worten staubfrei arbeitenden Siebanlagen finden ihren Platz weit weg von den bestehenden Wohnhäusern.

Das größte Problem sei die zeitliche Koordination der zahlreichen unterschiedlichen Arbeiten unter dem Gesichtspunkt der möglichst geringen Beeinträchtigung von Anwohnern gewesen, so der Projektleiter. „Das ist wie eine kleine Schachaufgabe“. Er und Gerdts sind sich aber sicher, die Aufgabe gelöst zu haben, zumal den beteiligten Baufirmen strikte Auflagen gemacht wurden. Dieker selbst überwacht deren Einhaltung von einem eigenen Bürocontainer auf der Baustelle aus.

Da im Zuge der Baumaßnahmen erhebliche Flächen versiegelt werden, entsteht im Straßendreieck Auguststraße/Jahnstraße auch ein weiteres Regenrückhaltebecken mit 6500 Kubikmeter Inhalt. Der Radweg an der Weidenstraße bleibt während der gesamten Bauphase frei. „Kein Radfahrer wird gezwungen, auf die Martinistraße auszuweichen“, betonte Dieker.

Die alllastenbedingten Mehrkosten belaufen sich für beide Baustellen auf rund 3,5 Millionen Mark. In dieser Woche beginnen die Bauarbeiter mit der Rodung der Flächen.

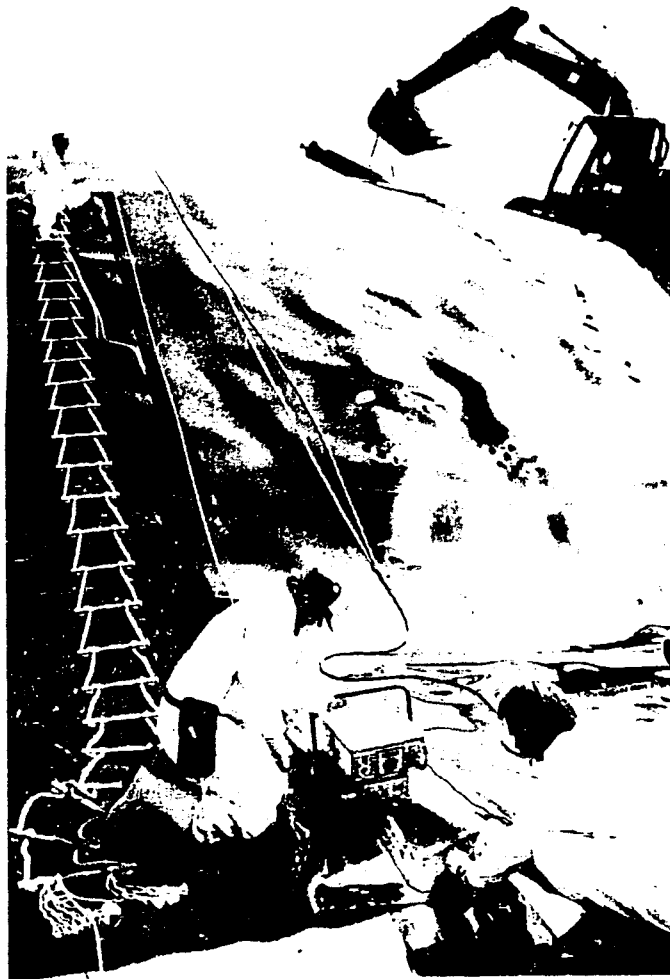
(fr)



NUR DIESEN VORGEGEBENEN WEG über Martinistraße/Schreiberstraße/Weidenstraße dürfen anführende Lastwagen nutzen. Die beladenen Fahrzeuge müssen über Auguststraße/Jahnstraße/Schreiberstraße/Martinistraße abfahren. Die Ampelphase an der Einmündung zur Martinistraße wird dabei so geschaltet, daß Lkw-Rückstaus vermieden werden.

Zeichnung: Tiefbauamt

NO 10.11.93



UNTER GLÄNZENDEN SCHWARZEN PLANEN verschwanden gestern die giftigen Hügel an der Elbestraße. Mitarbeiter einer Spezialfirma verschweißen hier die Foliennähte, deren Dichtigkeit anschließend über eine Druckprobe zusätzlich geprüft wurde. Foto: Gert Westdorp

Gift lagert nun unter dichten schwarzen Folien

Gefahrenabwehr: Stadt ließ OBR-Material einkapseln

Mit erheblichem Aufwand werden zur Zeit giftige Baustoffmischungen auf dem ehemaligen Gelände der Firma OBR an der Elbestraße im Halen vom Umweltamt in Folien geschweißt und damit vorübergehend gesichert. Dies war notwendig geworden, weil die Firma nach Angaben der Stadt alle Aufforderungen des Amtes, das Material auf eine Sondermülldeponie zu bringen, ignoriert hat.

Das Unternehmen ist, wie mehrfach berichtet, in den Verdacht geraten, an bundesweiten Verschiebungen von geschredderten Elektronikschrott und belasteten Rückständen aus überwiegend brennenden Autoschredderanlagen beteiligt gewesen zu sein. Die Federführung liegt bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft.

Einem Zwischenbericht der Osnabrücker Polizei zufolge sind allein im Stadtgebiet mehrere tausend Tonnen des mit Bauschutt vermischten Materials an verschiedene Baustellen

geliefert worden. „Wir nehmen in jedem einzelnen Fall eine Gefährdungsabschätzung vor, die in ein Gesamtkonzept zur Sanierung dieser Baustellen mündet“, erklärte Detlef Gerdtls als zuständiger Abteilungsleiter im Umweltamt.

Auf dem OBR-Firmengelände am Halen ruhen seit Bekanntwerden der Vorwürfe und einer entsprechenden Untersagung durch das Gewerbeaufsichtsamt alle Aktivitäten. Außerdem haben die „ibidem“ genannten „Habenbeträge“ als Pächter des Geländes ihrem Unterpächter OBR den Vertrag gekündigt.

„Wir haben inzwischen den hier lagernden gepackten Bauschutt zu einer Menge mit rund 7000 Tonnen Material zusammenfahren lassen und heute mit der Einkapselung begonnen“, erläuterte Gerdtls die Schritte zur Gefahrenabwehr. Die Arbeiten werden von einer Spezialfirma durchgeführt. Der Pächter beteiligte sich zudem mit Maschinen und Personal. „Diesem Unternehmen geht es darum, das Gelände möglichst schnell wieder in vollem Umfang nutzen zu können“, sagte Dr. Rudolf Berres, der für das Ingenieurbüro „Pruftechnik“ die Arbeiten koordiniert und unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes überwacht.

Mit der Einkapselung in den absolut dichten schwarzen Kunststoffplanen wird verhindert, daß giftiger Staub verweht oder Schadstoffe durch Regen ausgewaschen werden. „Das alles dient aber lediglich der vorläufigen Sicherung, und wir werden jetzt versuchen, die OBR durch Zwangsgelder zum Abtransport des Materials auf eine Sondermülldeponie zu bewegen“, so Gerdtls.

Ob die Firma überhaupt noch handlungs- und zahlungsfähig ist, vermochte er nicht zu sagen. Die Kosten für die jetzigen Maßnahmen von 100.000 Mark mußte ebenfalls zunächst einmal die Stadt vor-

Ostwind brachte Deponie-Gestank

NOV. 1. 5. 1994

Ortsrat Pye besprach aktuelle Fragen

Vorträge zur Grund- und Sickerwassersituation im Bereich der Piesberger Deponie sowie zu den GVZ-Planungen am Fürstenauer Weg standen im Mittelpunkt der Pye Ortsratssitzung. Jeweiligen Befürchtungen einer möglichen Verseuchung von Pye Brunnen durch Deponiewasser oder einer dramatischen Zuspitzung des Verkehrsaufkommens durch das Güterverkehrszentrum wurde dabei entgegnetreten.

Im engeren Umfeld am Südrand der Mülldeponie haben umfangreiche Kontrollbohrungen und Wasseranalysen ein Auftreten von Sickerwasser ergeben, so Dr. Clemens Frieg von der Gutachterfirma „Deutsche Montan-Technologie“. Das Sickerwasser sei gekennzeichnet durch hohe Anteile von Ammonium-Hydrogencarbonat wie auch von giftigen Halogen-Kohlenwasserstoffen. Jedoch sei das Auftreten von Sickerwasser örtlich begrenzt, da die geologische Situation und die damit verbundene Wasserführung des Piesbergs ein Abfluß des Wasser z. B. in Richtung Pye verhindere. So hätten die weiteren Messungen im größeren Abstand zur Deponie beziehungsweise zur Sickerwasserblase keine auffälligen chemischen Werte gezeigt, so Frieg.

Es bestehe jedoch ein Abfluß des Sickerwassers nach Westen in Richtung der Schlammteiche auf dem Piesberg. Um diese

Ausbreitung einzudämmen, müsse das Sickerwasser abgepumpt und geklärt werden. Auf Nachfragen aus dem Ortsrat versicherte der Gutachter, daß sich das Sickerwasservorkommen nicht vergrößere, und auch nicht über die Grundwasserscheide nördlich der Deponie ausbreiten könne.

Wegen der Geruchsbelästigungen durch die Müllhalde ließ der Leiter des Umweltamtes, Burkhard Tietz, Ortsrat und Bürger wissen, daß die bisherigen Formen der Deponierung zu geruchsbildenden Zersetzungsprozessen geführt hätten. Mittlerweile werde der Hausmüll jedoch zerkleinert und vorverrottet. Die kürzlich erfolgten Geruchsbelästigungen seien durch die Umsetzung der Kompostmieten entstanden, wobei unglücklicherweise Ostwind geweht habe, wodurch es zu Beeinträchtigungen in Pye gekommen sei.

Zum Thema Güterverkehrszentrum stellten die Wirtschaftsförderer Dr. Alexander Fischer und Wolfgang Gurk sowie Franz Schürings, Leiter des Stadtplanungsamtes, Konzept und Bearbeitungsstand des „logistischen Knotenpunktes“ vor. Während auf dem Gelände der „Winkelhausen-Kaserne“ die Verladeanlage der Bahn entstehen soll, ist östlich des Fürstenauer Weges die Errichtung eines Transportgewerbegebietes mit der Ansiedlung von Speditionen und zentralen Einrichtungen vorgesehen.

(By)

Wüste: Mühsame Suche in alten Akten

Historische Recherche nährt Verdacht

Mit Hochdruck arbeiten Mitarbeiter des Projektes NUSO (Natur und Umwelt in der Stadt Osnabrück) an der historischen Recherche zum Stadtteil Wüste, um weitere Informationen über die frühere Verfüllung dieses in die Schlagzeilen geratenen Stadtteils (wir berichteten) mit Müll zu erhalten. Die Forschungsarbeit von Günter Terhalle (38) und Ute Vergin (35) wird inzwischen vom Bielefelder Institut IFUA finanziert, das im Auftrag der Stadt das Untersuchungsprogramm auf der Altlastenverdachtsfläche Wüste durchführt.

Der Dipl.-Sozialwirt und die Historikerin haben sich in den letzten Monaten durch rund 600 Zeitungsartikel und zahlreiche Akten gewühlt. Während Frau Vergin derzeit stundenlang im Staatsarchiv Unterlagen sichtet, befragt Terhalle vor Ort Zeitzeugen. Aus Fakten, vagen Angaben und Vermutungen kristallisieren sich in dem spannenden Puzzle allmählich Zusammenhänge heraus.

So scheint sicher, daß der ordere Teil der Wüste bis 1945 ausschließlich mit Erde und Bauschutt aufgefüllt worden war. „Wir vermuten aber, daß die im Krieg entstandenen zahlreichen Bombentrichter rund um den Hoffmeyerplatz anschließend mit Müll und Schutt verfüllt worden sind“, sagte Ute Vergin. Sie hat im Staatsarchiv die Bombenkarten ausgewertet, in die bis 1944 jede Bombardierung mit Straße und Hausnummer und Art der verwendeten Bombe eingetragen worden war. „Danach war das offenbar wegen der Fülle

von Angriffen nicht mehr machbar“, meinte die Historikerin.

Terhalle hat sich die hintere Wüste mit ihren Kleingartenanlagen vorgenommen, die in den 20er und 30er Jahren im Rahmen von Arbeitslosenprogramm unter Verwendung von Müll trockengelegt worden war (wir berichteten). Seine Gespräche mit älteren Bewohnern ergab, daß dies vermutlich nur im Bereich des Kurt-Schumacher-Dammes, der Rehmstraße und des Blumenhaller Weges möglich gewesen sein kann. „Nur dort konnten nämlich die schweren Müllfahrzeuge fahren, haben mir die Zeugen berichtet“, so Terhalle. Außerdem bestreiten nach seinen Angaben Mitglieder des Kleingartenvereins „Deutsche Scholle“ vehement die vermutete Müllablagerung in ihren Gärten.

Bei der Suche nach Unterlagen stießen die NUSO-Mitar-

Fuhrpark warf die Unterlagen weg

beiter immer wieder auf Schwierigkeiten. Akten von Behörden waren ebenso wie Dokumente der IHK in den Kriegswirren verlorengegangen oder verbrannt. „Schade, denn gerade über die IHK hätten wir etwas von den Abfällen früherer Gewerbebetriebe in der Wüste erfahren können“, so Terhalle. Besonders ärgerlich ist für ihn die Tatsache, daß noch im November 1993 beim städtischen Fuhrpark die alten Fahrberichte vernichtet worden sind, nachdem „eine Mitarbeiterin



EIN PUZZELSPIEL mit wenig Fakten: Günter Terhalle und Ute Vergin gehen der Altlast in der Wüste den Grund.
Foto: Klaus Lindem

des Staatsarchivs sie als „archivunwürdig“ eingestuft hatte. „Vor dem Hintergrund der schon laufenden Diskussion ein Skandal“, sagte Terhalle. Gleichzeitig verwies er aber auf die gute Unterstützung seiner Arbeit durch das Archiv in der Schloßstraße.

Für ihn und seine Kollegin war es besonders interessant, etwas über die Zusammensetzung des alten Mülls zu erfahren. „Der ist mit unserem heutigen Müll gar nicht vergleichbar, denn fast alles Brauchbare wurde systematisch aussortiert und organische Abfälle kamen an den Müllwagen in besondere Behälter, deren Inhalt zur Schweinezucht nach Hellern gebracht wurde“, berichtete die Historikerin.

Allerdings sei auch schon 1930 in einer Fachzeitschrift ein Hinweis darauf erschienen, daß Müll zunehmend mit Gewerbeabfällen vermischt werde. Zusätzlich habe das Klärwerk der Stadt, wie bundesweit üblich in den 50er Jahren, auch teilkompostierten Klärschlamm kostenlos abgegeben. Als „wichtigen und brisanten“ Faktor wertete Terhalle die Tatsache, daß bei der Bebauung

der Wüste in den 60er Jahren die Straßen erhöht wurden und viele Grundstücksbesitzer versucht hätten, ihr Gelände diesem Niveau anzupassen. „Da hat jeder alles herangekarrt und die Verwendung von Industrieschlacken ist nicht auszuschließen.“ Terhalle bezweifelt daher auch die Auskunftsfreude mancher Hauseigentümer. „Nicht alle werden vor

Kein konkreter Hinweis auf gefährliche Stoffe

diesem Hintergrund mit Probebohrungen durch IFUA einverstanden sein.“

Terhalle und Frau Vergin betonten aber gegenüber unserer Zeitung ausdrücklich, daß es absolut keine konkreten Hinweise auf die Ablagerung gefährlicher Stoffe zum jetzigen Zeitpunkt gebe. „Es sind viele Verdachtsmomente, über die das Untersuchungsprogramm Aufschluß geben wird“, so die Forscher. Sie werden ihren Abschlußbericht Ende Oktober abgeben. (fr)

Auswahlbibliographie zum Thema „Müll, Abfall, Altlasten“

Bärens, Matthias/ Arnswald, Ulrich von, **Die Müll-Connection: Entsorger und ihre Geschäfte**, München 1993.

Standort: UB ZFN 4578-718 4.

Barkowski, Dietmar, **Altlasten. Ein Handbuch zur Ermittlung und Abwehr von Gefahren durch kontaminierte Standorte**, Karlsruhe 1987.

Standort: UB SVQ 4410-216 8.

Battermann, **Verwertung des Mülls zu Dungzwecken**; in: Die Städtereinigung, Nr. 23 vom 1.12.1922, S. 249-250.

Baumann, Petra, **Der Störer im Umweltbereich. Dargestellt am Beispiel der Altlasten**, Pfaffenweiler 1991.

Standort: UB Jura: QSLI/ Bau.

Bick, Hartmut (hg.), **Angewandte Ökologie - Mensch und Umwelt**, Stuttgart 1984.

Standort: UB SVP 2037-610 9 und Wirtschaftswissenschaften W: PWD/ Bic.

Blasius, R., **Geschichte und Entwicklung der Städtereinigung**; in: Handbuch der Hygiene, hrsg. von Th. Weyl, 2. Bd, 1. Abt., Jena 1894.

Brandt, Edmund (hg.), **Altlasten: Bewertung, Sanierung, Finanzierung**, Taunusstein 1990.

Standort: UB ZFN 4553-067 4.

Braunbeck, Joseph, **Müllverwertung um 1900**; in: U.- das technische Umweltmagazin, Febr. 1975, S. 32-33.

Braune, Rudolf, **Das Müll. Seine Sammlung, Abfuhr und Verwertung unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse**, Berlin 1938.

Brehm, Evamaria/ Kerler, Wolfgang, **Deponie Erde: Das große Buch vom Müll**, Baden-Baden 1985

Standort: ZFN 4362-283 0.

Brotmehl aus Hausmüll als Viehfutter verwendbar; in: Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik 1912, Nr. 15, S. 471.

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, **Was Sie schon immer über Abfall und Umwelt wissen wollten**, Stuttgart 1988.

Standort: UB ZFN 4553-099 1.

Bünsow, Wolfgang, **Auswertung von Feuerungsversuchen mit Brennstoff aus Müll in Industriekesseln mittlerer Leistung: Bilanzierung, Umweltverträglichkeitsbetrachtungen**, Dissertation Berlin 1986.

Dahl, **Nutzbarmachung der im Hausmüll vorhandenen Nährstoffe**; in: Die Städtereinigung, Nr. 10 vom 15.5.1922, S. 141-143.

Dahle, Terje Nils, **Altlasten**, Stuttgart 1988.

Standort: UB Jura J: QSLS/ Alt.

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, **Altlasten: Sondergutachten Dezember 1989**, Stuttgart 1990.

Standort: UB Westerberg: N ZFA/ Alt.

Deutsche Gesellschaft für Chemisches Apparatewesen e.V. (hg.), **Abgas, Abwasser, Abfall und Recycling**, Frankfurt/ Main 1976.

Standort: UB ZFA.

- Dirlmeier, Ulf, **Umweltprobleme in deutschen Städten des Spätmittelalters**; in: Technikgeschichte Bd. 48 (1981), Hs. 3, S. 191-205.
- Discher, Holger/ Kraus, Sylvia, **Sanierung bewohnter Altlasten: Fallstudien zur Entwicklung von Ansätzen konsensorientierter Konfliktlösung**, Dortmund 1991.
Standort: UB Magazin: 4515-877 1.
- Döbeler, Hannsferdinand, **Kultur- und Sittengeschichte der Welt - von Babylon bis New York**. Stadt, Technik, Verkehr, Gütersloh 1973.
- Döppenschmitt, Andrea, **Abfall und seine Bewältigung in privaten Haushalten: Möglichkeiten eines gruppenspezifischen Ansatzes dargestellt am Beispiel Coburg**, Dissertation Würzburg 1993.
Standort: UB Wirtschaftswissenschaften W PWP/ Doe.
- Dörr, Clemens, **Hausmüll und Straßenkehrrecht**, Leipzig 1912.
- Erhard, Heinrich, **Aus der Geschichte der Städtereinigung**, Stuttgart/ Köln 1954.
- Ders., **Die Müllbeseitigung. Ein geschichtlicher Rückblick**; in: Zeitschrift für Desinfektions- und Gesundheitswesen, 1931.
- Ders., **Die Städtereinigung vor 75 Jahren**; in: Die Städtereinigung Nr. 7 vom 15.4.1940.
- Ders., **Müllverwertung. Rückblick und Ausblick**; in: Der Städtetag 1951, S. 55.
- Ders., **Die kommunale Müllbeseitigung seit der Jahrhundertwende**; in: Der Städtetag 1968.
- Ders., **Die Entwicklung der staubfreien Müllabfuhr in und nach dem Kriege**; in: Der Städtetag 1962.
- Ders., **Grundsätzliches über Müllabladeplätze**; in: Städtehygiene, 6, 1967, S. 117-119.
- Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für Wissenschaftlich-Technische Information mbH (hg.), **Kommunale Energieversorgung, Energiekonzepte, Nah- und Fernwärme, energetische Nutzung von Abfall**, Köln 1991.
Standort: UB Westerberg N: ZPH/ Bla.
- Fassbinder, Rainer Werner, **Der Müll, die Stadt und der Tod**, Frankfurt/ Main 1981.
Standort. UB Magazin 4273-516 8.
- Feess-Dörr, Eberhard/ Steger, Ulrich/ Weihrauch, Peter, **Muß Verpackung Abfall sein? Strategien zur Reduktion der Umweltbelastungen durch Einwegverpackungen**, Wiesbaden 1991.
Standort: UB Wirtschaft W: QAD/ Fee.
- Fischer, Ferdinand, **Die Verwerthung der städtischen und Industrie-Abfallstoffe mit besonderer Rücksicht auf Desinfektion, Städtereinigung, Leichenverbrennung und Friedhöfe**, Leipzig 1875.
- Fischer, Franz, **Müllverbrennung - Rückblick und Ausblick**; in: Der Städtetag 1968.
- Flath, **Vortrag über die in Beziehung auf Straßenreinigung gegenwärtig geltenden Bestimmungen**, Dresden 1865.
- Haas, Hans Dieter, **Müll-Untersuchung zu Problemen der Entsorgung und des Rohstoffrecycling**, Kallmuenz 1989.
Standort: UB ZFN 2056-768 8.
- Heigl, Franz, **Moderne Müllverbrennungsanlagen**; in: **Müll und Abfall**. Schriftenreihe für Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Heft 1, Berlin 1968.
- Herr, Dieter, **Bedingungsmodell umweltbewußten Handelns**. Eine empirische Studie am Beispiel der umweltschonenden Wiederverwertung von organischem Abfall, Dissertation Erlangen/ Nürnberg 1988.
Standort: UB 8034-227-0.
- Hirscher, Heinz, **Werken mit Abfall**, Tübingen 1975.
Standort: UB KFS G 4038-068 3.

Hirscher, Heinz, **Werken mit Abfall**, Tübingen 1975.

Standort: UB KFS G 4038-068 3.

Höfener, Heiner, **Zwischen Apokalypse und Paradies - Bausteine zu einer Geschichte des Umweltschutzes**. Band 1: Umweltprobleme und Umweltschutz in der Antike, hrsg. von der Düsseldorfer Messgesellschaft mbH (NOWEA), Witten 1984.

Ders., **Umweltprobleme und Umweltschutz im Mittelalter**, ebd., Bd. 2.

Hösel, Gottfried, **Beseitigung von Abfallstoffen aus der Sicht der öffentlichen Gesundheitspflege**; in: 2.MuA, Lieferung 2/ 64, Kz 0120.

Hösel, Gottfried, **Müll-Handbuch: Sammlung und Transport, Behandlung und Ablagerung sowie Vermeidung und Verwertung von Abfällen**, Belin 1989ff = ESV-Handbuch zum Umweltschutz, Loseblatt-Ausgabe.

Standort: UB ZFN.

Kampschulte, I., **Zur Geschichte des Müllkompostes, zum heutigen Stande der Herstellung nebst Kosten und Bewertung in Deutschland**; in: Städtehygiene 1955, Heft 4.

Katalyse-Umweltgruppe Köln (hg.), **Umweltlexikon: 2000 Stichworte aus den Gebieten Arbeit, Boden, Chemikalien, Energie, Freizeit, Gesundheit, Industrie, Lärm, Landwirtschaft, Luft, Müll, Ökologie, Strahlung, Umweltpolitik, Verkehr, Wald, Wasser, Wohnen**, Köln 1985.

Standort: UB SVP 4403-082 9.

Ketteler, Gerd/ Kippels, Kurt, **Umweltrecht**. Eine Einführung in die Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung des Wasser-, Immissionsschutz-, Abfall- und Naturschutzrechts, Köln 1988.

Standort: UB Jura J:QSLC/ Ket und J Lehrbuchsammlung QSLC/ Ket.

Keune, Heinz, **Altlasten. Altdeponien - kontaminierte Standorte**, Ehningen bei Böblingen 1989.

Standort: UB Jura J: QSLS/ Keu.

Kinner, Ulrich, **Wegweiser für Altlasten- und Bodensanierung**: Eine Information über Planer, Firmen und Gutachter, Düsseldorf 1989.

Standort: UB SVC 4479- 976 2.

Kirchner, G., **Die Müllbeseitigung in kleineren Städten**; in: Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik Nr. 11, 1913.

Koch, Thilo/ Seeberger, Jürgen/ Petrik, Helmut, **Ökologische Müllverwertung**. Handbuch für optimale Abfall-Konzepte, Karlsruhe 1991.

Standort: UB SVQ 4542-845 6.

Köller, Henning von, **Leitfaden Abfallrecht**. Ein Ratgeber für Betriebsbeauftragte für Abfall, Entsorger und Verwaltung, Berlin 1993.

Standort: UB Jura J: QSLS/ Koe.

Koepfer, G., **Die Entwicklung der Müllverbrennung und der Dörr'schen Ofen zur Verbrennung von Hausmüll und Straßenkehricht**, Dresden 1905.

Korherr, Ulrich, **Anorganische und organische Schadstoffe in Müll- und Grünkomposten**: Einschleppungsquelle, Grenzwertfindung, Dissertation Tübingen 1988.

Kurrle, Jochen Holger, **Vergärung von Abfall**. Technik, Kosten, Vergleich mit der Kompostierung, Stuttgart 1991.

Standort: UB Westerberg N: ZFN/ Kur.

Linde, Claus von der, **Müllvernichtung oder Müllverwertung, insbesondere das Dreiteilungssystem**, Charlottenburg 1906.

Loub, Walter, **Umweltverschmutzung und Umweltschutz in naturwissenschaftlicher Sicht**: Luft, Wasser, Boden, Müll, Wien 1975.

Standort: UB SVP 40070-849 2.

Michels, Winfried, **Modelle zur Vermeidung zukünftiger Altlasten**, Münster 1987,
Standort: UB Jura J:QSL/ Mic.

Müll und Abfall. **Fachzeitschrift für Behandlung und Beseitigung von Abfällen**, Berlin.
Standort: UB Westerberg. N ing Z 8022.

Niedersächsisches Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung,
Lokale Umwelterziehung am Beispiel Osnabrück, Hildesheim 1989.
Standort: UB Magazin: 2073-155 3.

Neu, Stefan/ Schäfke, Werner, **Vom Hausschwein zur Müllabfuhr**; in: „Unser tägliches Geschäft - die Sauberkeit Kölns“, hrsg. vom Stadtreinigungs- und Fuhramt und Presse- und Informationsamt Köln, 1984.

Nielsen, H. A., **Die Straßenhygiene im Altertume**; in: Archiv für Hygiene, Bd. 43, 1902.

Oppermann, Herbert/ Schmitzbauer, Rolf, **90 Jahre Stadtreinigung, 80 Jahre Müllverbrennung, 50 Jahre Systemmüllabfuhr**; in: Forum Umwelthygiene, Jg. 1976.

Osterkamp, Gudrun, **Altlasten und Grundwasser**: Ein Expertensystem zur Einschätzung und Bewertung des Gefährdungspotentials von Altablagerungen, Berlin 1991.
Standort: UB MXX 4509-472 5.

Palmer, Roy, **Auch das WC hat seine Geschichte**, München 1977.

Pautz, Dieter/ Pietrzeniuk, Hans-Joachim, **Abfall und Energie**: Einsparung und Nutzung von Energie durch Verbrennung, Pyrolyse, Biogas, Recycling und Abfallvermeidung, Berlin 1984.
Standort: UB Westerberg: N UYH/ Pau.

Raab, Erich, **Biomüll und „Rest-Müll“**: Aspekte und Einschätzungen von Varianten der Restmüll-Verwertung. Eine psychologische Studie, Graz 1994.
Standort: UB, Magazin: HQS G 2071-407 5.

Reding, Josef, **Menschen im Müll. Zwischen Aussätzigen und Favelados**, Freiburg 1983.
Standort: UB Magazin 4271-382 1.

Reining, Harald, **Erkundung von Altlasten-Standorten mit Hilfe geomorphologischer Methoden**, Darmstadt 1988.
Standort: UB Magazin: 2061-589 9.

Röhrecke, B., **Müllabfuhr und Müllbeseitigung**. Ein Beitrag zur Stadthygiene unter Benutzung amtlicher Quellen, Berlin 1901.

Schenkel, W., **Die geordnete Deponie von festen Abfallstoffen**; in: Beiheft zu Müll und Abfall, Heft 9, Berlin 1974.

Ders., **Abfallwirtschaft in grossen Städten und Verdichtungsräumen**, Berlin 1986.
Standort: UB ZFN 2061-745 7.

Scherf, Gertrud, **Umweltschutz und Schule**: Umweltschutz im Sachunterricht der Grundschule: Abfall, Lärm, Luft, Wasser, Naturschutz, München 1979.
Standort: UB SZJ 2018-471 5.

Schultz, Irmgard/ Weiland, Monika, **Frauen und Müll**. Frauen als Handelnde in der kommunalen Abfallwirtschaft, Frankfurt/ Main 1991.
Standort: UB Magazin: IKW Z 4544-413 9.

Schütze, Paul, **Die Verwertung der Küchen- und Wirtschaftsabfälle**, 2. Auflage Leipzig 1916.

Silberschmidt, W., **Müll (Mit Hauskehricht)**. Allgemeines, Sammlung und Aufbewahrung, Müllabfuhr. Bedeutung des Mülls vom hygienischen Standpunkt aus; in: Weyl's Handbuch der Hygiene, hrsg. von A. Gärtner, 2. Aufl., 2. Bd, 4. Abt., Leipzig 1918.

Straub, H./ Hösel, G., **Müll- und Abfallbeseitigung**. Handbuch über die Sammlung, Beseitigung und Verwertung von Abfällen aus Haushaltungen, Gemeinden und Wirtschaft = ESV-Handbücher zum Umweltschutz, Loseblatt-Ausgabe.

Strell, Martin, **Die Abwasserfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart**, Leipzig 1913.

Täger, Jürgen/ Röhrich, Erich, **Abfall und Altlasten** - ein integriertes Informationssystem zum Umweltrecht, Lüneburg 1992.

Standort: UB Wirtschaftswissenschaften W: PIO/ Lue 108.

Trierer Kolloquium zum Umwelt- und Technikrecht vom 20. bis 22. November 1985, **Altlasten und Umweltrecht**, Trier 1985.

Standort: UB Jura J: QSLs/ Alt.

Umweltbundesamt (hg.), **Wegweiser für Altlasten- und Bodensanierung**, Berlin 1992.

Standort: UB Westerberg: N: ZFA/ Weg.

Ungewitter, Claus, **Verwertung des Wertlosen**, Berlin 1938.

Versteyl, Ludgar-Anselm, **Abfall und Altlasten**, München 1992.

Standort: UB Jura J: QSLs/ Ver.

Wagner, Karl-Heinz, **Die toxischen Inhaltsstoffe in Siedlungsabfällen und deren Aufbereitungsprodukten** - Müll, Müllkompost, Müllklärschlammkompost und Klärschlamm, Düsseldorf 1977.

Standort: UB Magazin 4199-057 7.

Walprecht, Dieter (hg.), **Abfall und Abfallentsorgung**. Vermeidung, Verwertung, Behandlung, Köln 1989.

Standort: UB Jura J: QSLs/ Wal.

Wasser, Abwasser, Abfall: Lexikon von A bis Z, Stuttgart 1980.

Standort: UB ZFG 2089-094 4.

Weber, Hans (hg.), **Altlasten**: Erkennen, Bewerten, Sanieren, Berlin 1990.

Standort: UB ZFN 4552-950 4.

Weyl, Th., **Überblick über die historische Entwicklung der Städtereinigung bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts**; in: Handbuch der Hygiene, hrsg. von Th. Weyl, 2. Aufl., 2. Bd., 1. Abt., Leipzig 1912.

Wiegandt, Claus-Christian, **Altlasten und Stadtentwicklung**. Eine Herausforderung für eine kommunale Umwelt- und Planungspolitik, Basel 1989.

Standort: UB Magazin: 4519-780 0.

Wienbeck, Ulrich, **Über die Geschichte der Abfallbeseitigung**; in: Wasser und Boden, 28. Jg., 1976, Heft 5.

Winkle, Stefan, **Hygienische Mißstände der mittelalterlichen Städte und Leonardos Pläne zu ihrer Beseitigung**; in: Städtehygiene 4, 1950.

Wollny, Volrad, **Abschied vom Müll**: Perspektiven für Abfallvermeidung und eine ökologische Stoffflußwirtschaft, Göttingen 1992.

Standort: UB ZFN 4578-706 1.

Zahn, Joachim, **Nichts Neues mehr seit Babylon**. Kulturgeschichtliches und Technisches aus 5 Jahrtausenden, Hamburg 1979.

Zeitschrift: Müll und Abfall. Fachzeitschrift für Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Berlin.

Standort: UB Westerberg: N ing: Z 8022.

1. Abfall

- Abel - Lorenz, E. / Brönneke, T. / Schiller, T.,
Abfallvermeidung - Handlungspotentiale der Kommunen. Rechtliche
Möglichkeiten und Grenzen, Eberhard Plottner Verlag,
Tausenstein 1993/94, DM 89,-
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Aspekte einer
raum- und umweltverträglichen Abfallentsorgung, 1993,
Eigenverlag der ARL, Hannover, DM 90,-
- Alternative Kommunalpolitik, Restmülldeponie-Standortauswahl-
Technische Konzepte-Rechtliche und politische Aspekte, AKPSon-
derheft 9, DM 10,- + Versandkosten, Bezug über AKP, Herforder
Str. 92, 4800 Bielefeld, Tel. 0521/17 75 17, FAX 17 75 68
- Althaud, D., Müll ist Mangel an Phantasie. An der Schwelle zur
Kreislaufgesellschaft., Rasch u. Röhrig Verl. Hamburg 1992,
DM 29,80.
- von Arnswald, B., Die Müll-Connection, Entsorger und ihre Ge-
schäfte, Verlag C.H. Beck,
- Baerens/Arnswald, Die Müll-Connection, Beck Verl. München
1993,
DM 14,80
- Bandt, O., Umweltprobleme des Stahlschrottrecyclings, Öko-
Institut Freiburg 1991, DM 25,50
- Both/Gebers, Entwurf einer Abfallwirtschaftssatzung für den
Landkreis Greiz und Überlegungen zur Gestaltung der Abfall-
gebühren, Öko-Institut Freiburg 1992, DM 21,-
- BUND, Verpackungen - Umweltbelastungen und Strategien zur
Vermeidung, BUND, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 30, DM 24,80
- Bundesverband für Umweltberatung, Projektdokumentation Abfall-
und Umweltberatung, Teil 1, DM 20,-, Bundesverband, Walsroder
Walsroder Str. 12-14, 2800 Bremen, Tel. 0421/35 71 95
- Büro für Umweltpädagogik (Hg.), Öffentlichkeitsarbeit in der
Abfallwirtschaft, Grundlagen, Umsetzungen, Wirkungen, DM 69,-,
1992, Büro für Umweltpädagogik, Borsigring 26, 31399 Sehnde,
Tel. 05138/88 88
- Bünemann, Agnes, Der grüne Punkt - Eine Versuchung der
Wirtschaft, 1993, C.F. Müller Verlag, Karlsruhe, DM 38,-
- Büro für Umweltpädagogik Hg.), Gewerbeabfall. Bilanzierung und
Steuerung gewerblicher Abfälle, 1993, s.o., DM 78,-

- "Das bessere Müllkonzept", Entlastung der vDeponien durch Vermeidung, technische Anwendung, biologische Verfahren, 1993, "Im Gespräch" Bd.4, Universitätsverlag Ulm, DM 28,-
- dies., Praxis der Gewerbeabfallberatung, DM 69,-
- Brandt, Edmund (Hrsg.), Altlasten. Bewertung, Sanierung, Finanzierung., Dritte, vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Eberhard-Blottner-Verlag, Taunusstein 1993, ISBN 3-89367-030-0, 320 S., DM 98,-
- Castro/Rösler, Abfallwirtschaft, DiFu 1993, DM 36,-
- Chantelau/Möker, Ökologisierung kommunaler Ausgaben. Abfall- und Abwassergebühren als Instrumente der Umweltpolitik, Blottner Verlag, Taunusstein 1989, DM 66,-
- Dopler/Ewen/Neuser-Dümpelfeld, Industrie- und Gewerbeabfallkonzept für die Stadt Krefeld, Öko-Institut Freiburg 1992, B.-Nr. 7012, 159 S., DM 35,-
- Enger Dr. M., Entsorgungswegweiser, Forum Verlag Herkert GmbH, Kissing, DM 189,-
- Ewen/Gensch/Hemmerich, Vermeidungsagentur - Konzeptstudie für eine Agentur für gewerbliche Abfälle, Öko-Institut Freiburg, DM 17,-
- Frank, W., Die Abfallwirtschaft als Teil der Rohstoffwirtschaft 1990, DM 58,-,
- Gallenkemper/Dohmann/Eitner/Tränker: Klärschlamm Entsorgung, DM 68, Reihe Praxis der Abfallwirtschaft
- Gensicke, R., Neue Technologien zur Behandlung halogenorganischer Sonderabfälle, Öko-Institut Freiburg 1990, DM 40,-
- GRÜNEN, Grünes Sonderabfallkonzept für Baden-Württemberg, Die GRÜNEN im Landtag, Konrad Adenauer-Str. 12, W-7000 Stuttgart 1
- Held / Sutter, Stoffökologische Perspektiven der Abfallwirtschaft, Grundlagen und Umsetzung, Schmidt Verl. Berlin 1993, DM 49,80
- Heidelberg / Sawatzki et al., Werbung gegen den Müll. Handbuch für gutes Umweltmarketing, A4 Verl. Essen 1993, DM 48,-
- Himmelmann (Hg.), Öffentliche Unternehmen in der Abfallwirtschaft, Nomos Verlag, Baden-Baden 1991, DM 59,-
- Hofmann-Hoeppel, J., Die Bedeutung der Verpackungsordnung für die Kommunen, Stuttgart 1993, 16,- DM, Boorberg Verlag
- Hösel/Schenkel/Schnurer, Müll-Handbuch, Ergänzbare Ausgabe, DM 468,-, Schmidt Verl. Berlin

- Informationszentrum für Verpackung, Verpackungsoptimierung und Umwelt (Hg.), Abschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen Kosten für das Sammeln und Sortieren von Verkaufsverpackungen im Dualen System (Transparente Modellrechnung), Prof. Dipl.-Ing. Dieter Berndt, Kurfürstenstr. 141, 1000 Berlin 30, Tel. 030/261 32 85
- Klärschlamm, Leitfaden für Kommunen, Wirtschaft und Politik, DM 45,-, Verlag Bonner Energie-Report
- Köller, H., Leitfaden Abfallrecht. Ein Ratgeber für Abfall, Entsorger und Verwaltung mit den Texten aller Bundesgesetze und-verordnungen sowie der neuen allgemeinen Verwaltungsvorschriften., Schmidt Verl. Berlin 1992, DM 49,80
- Körber/Körber, Abfall...die Sintflut der Neuzeit, Energie Verlag, Heidelberg 1993, DM 24,-
- Krusche, M., Betrieblicher Umweltschutz in der Metallindustrie.
Eine Einführung in die rechtlichen und technischen Grundlagen der Abfallwirtschaft, Berlin 1990, E. Schmidt Verl., DM 48,-
- Kursawa - Stucke, H: - J., Liebert, N., Jensen, A., Der grüne Punkt und der Recycling Schwindel, Knauer Verlag, München 1994, DM 12,90,-
- Lausch/Strehz, Information und Kommunikation in der Abfallwirtschaft. K. Schmidt Verlag, DM 59,-
- Michaelis, P., Ökonomische Aspekte der Abfallgesetzgebung, Verlag C.B. Mohr, Tübingen 1993, DM 62,- DM o. 89,- DM
- Mucke, P., "Zum Beispiel Müll", 111 S., 9,80 DM, Lamuv-Verlag, Göttingen
- Natsch, B., Gute Argumente: Abfall, Beck Verlag, DM 19,80
- Noeke, J., "Ökologisches Marketing" in der kommunalen Abfall-Abfallwirtschaft, Schmidt Verl. Berlin 1991, DM 68,-
- Öffentlichkeitsarbeit in der Abfallwirtschaft, Büro für Umweltpädagogik, Borsigring 26, W-3163 Sehnde, DM 69,-
- Öko-Atlas. Zu: Energieverbrauch, Giftmüll, Artensterben. DM 29,80
- Rethmann, L., Transport von Sondermüll. Ein Vergleich Schiene/ Straße aus abfallwirtschaftlicher und gefahrgutrechtlicher Sicht, Schmidt Verlag Berlin 1989, DM 36,-
- Rettenberger, G., Deponiegastechnik. DM 54,-, 1992
- Schenkel, W. (Hrsg.): Recht auf Abfall? Schmidt Verlag 1993, DM 36,80,
- Sutter/Held, Stoffökologische Perspektiven der Abfallwirtschaft, Grundlagen und Umsetzung., Schmidt Verl. Berlin 1993, DM 49,80

- Schnurbus, W., Deutscher Müll für alle Welt. Die dunklen Geschäfte der Müllschieber, Knauer-Verl., München 1993, DM 12,90
- Teuscher, G., Umweltschutz - Abfallbeseitigung und Abfallverwertung, Expert Verl. Ehningen 1992, DM 69,-
- Thomas, Norbert, Luxusware Müll, 1994, Zebulon Verlag, Düsseldorf, DM 19,80,-
- Uni Bielefeld, Aktuelle Beiträge zum Umweltschutz im Handel, Dokumentation, DM 30,-, Uni Bielefeld, Kontaktstelle Wissenschaftliche Weiterbildung Postfach 100131, 4800 Bielefeld 1
- Umwelt und Abfälle, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Bahnhofstr.9 W-5400 Koblenz, kostenlos
- Umwelt 92/93, Jahrbuch für Umwelttechnik, Praxis der Entsorgung, DM 34,-, mpv-Media-Verlagsagentur, Gütersloh
- Umweltbundesamt (Hrsg.), Hausmülldeponien in Bundesrepublik Deutschland, aus der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 44/93, sie kann gegen eine Schutzgebühr von DM 15 auf das Konto 432765-104 der Firma Werbung und Vertrieb (Ahornstraße 1-2, 10787 Berlin) bei der Postbank Berlin (BLZ 100 100 10) oder durch Verrechnungsscheck im voraus an die Firma jeweils unter Angabe des Kennwortes Texte 44/93 sowie von Namen und Anschrift bezogen werden, 1993, (Schutzgebühr) DM 15,-
- Versteyl/Hoyer, Der Betriebsbeauftragte für Abfall, Einführung in das Abfallrecht und Leitfaden für die betriebliche Praxis, Ehningen 1992, expert-Verlag, DM 39,-
- Wagner, Th., Der technisch-industrielle Umweltnotfall im Recht der europäischen Gemeinschaften. DM 58,-, Ducker & Humblot,
- Weber, R., Abfallwirtschaft: Vermeidung, Entsorgung, Olythus Verlag 1994, DM 24,80,-
- Werbeck, N., Konflikte um Standorte für Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen, Duncker & Humblot Verlag, 1993, DM 78,-
- Westermann, K. (Hrsg.), Verpackung aus nachwachsenden Rohstoffen, Politischer Rahmen, Ökobilanzen, Produktion und Verwendung konkret., Verlag der ökologischen Briefe Frankfurt, DM 48,-
- Wollny, V., Abschied vom Müll, Verl. die Werkstatt, Göttingen 1992, DM 38,-

2. Abfallvermeidung

- Abel-Lorenz, Eckhard, Brönnecke, Tobias, Schiller, Thomas, Zeitgemäße Deponietechnik 1993, Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Industrie- und Siedlungswasserwirtschaft (Hg.), Erich Schmidt Verlag, Berlin/Bielefeld/München

- Böhm/Both/Führ, Müllvermeidung - Müllverwertung. Möglichkeiten kommunalen Handelns., Müller Verl. Karlsruhe 1992, DM 38,-
- Golding, A., Fußer, A., Verpackungen. Umweltbelastungen und Strategien zur Vermeidung, C. F. Müller Verlag, Karlsruhe 1992,
- Institut f. ökologisches Recycling, Abfall vermeiden, Leitfaden für eine ökologisches Abfallwirtschaft, FiTb 4124, 10,80 DM
- Fußer/Golding, Verpackungen, Umweltbelastungen und Strategien zur Vermeidung, C.F. Müller Verl. Karlsruhe 1992, DM 24,80
- Mink, E., Industrielle Müllvermeidung am Beispiel des Einsatzes von Wasserlacken zur Serienlackierung in der Automobilindustrie, Öko-Institut Freiburg 1990, DM 25,50
- Kursawa-Stucke u.a., Umweltfreundlich einkaufen, Von Shampoo bis Champagner, DM 24,80, Knauer Verlag, München
- Strategieentwicklung für die Erstellung eines Sonderabfall-Vermeidungs- und Verminderungsplanes für Niedersachsen, Öko-Institut Darmstadt, Prognos AG Berlin 1991, DM 30,-
- Sutter, H., Vermeidung und Verwertung von Sonderabfällen. Grundlagen, Verfahren, Entwicklungstendenzen, Schmidt Verlag Berlin 1991, DM 39,80
- Verpackung und Umwelt. Politische Ökologie Nr. 26. Cosimastr. 4, 8000 München 81

3. Recycling

- Beer/Dechow/Jochimsen/Röhler, Computerschrott-Recycling, DM 59,-, Schmidt Verlag
- Breuer/Dolfen, Kunststoff-Recycling Handbuch 1992, Dokumentation des Forschungsinstitutes Kunststoff-Recycling Krefeld und Willich, 1992, DM 148,-, Verlag Dr. A. Hüthig, Heidelberg
- Härdtle/Marek/Bilitewski/Kijewski, Recycling von Kunststoffabfällen, Schmidt Verl. Berlin 1991, DM 86,-
- Handbuch der Recycling-Verfahren, Schmidt Verl. Berlin 1991, DM 58,-
- Koch/Seeberger/Petrik, Ökologische Müllverwertung. Handbuch für optimale Abfall-Konzepte., Verlag C.F.Müller 1986, ISBN 3-7880-9725-6, 202 S.
- Keller/Schenkel, Abfallwirtschaft und Recycling, 1992, DM 148,-
Vulkan-Verlag, Essen
- Tiltmann, K.(Hg.), Recycling betrieblicher Abfälle, 3 Bände DM 192,-, WEKA Verlag

- Willkomm, W., Abbruch und Recycling, DM 48,-, RKW Verlag Köln
- Zeidler, D.(Hg.), Recycling von Baureststoffen und Industrie-
flächen. DM 65,-, Verlag Bonner Energie-Report

4. Kompostierung

- Gottschall, R., Kompostierung. Optimale Aufbereitung und
Verwendung., Verl. C.F.Müller 1988,
- Teubner, F., Selbstkompostieren. Leitfaden für eine
eigenverantwortliche Abfallverwertung, FiTb 10740, DM 9,80

5. Altlasten

- Barkowski / Günther / Hinz / Röchert, Altlasten. Handbuch zur
Ermittlung und Abwehr von Gefahren durch kontaminierte Stand-
orte., Verl. C.F.Müller 1987,
- Boden. Analysieren vor Sanieren. Bonner Energie Verlag
- Brandt (Hg.), Altlasten. Bewertung, Sanierung, Finanzierung,
Blottner Verl. Taunusstein 1990, DM 89,-,
- Ders., Altlastenkataster, Handlungsempfehlungen für die Ein-
sichtnahme in Kataster kontaminationsverdächtiger Flächen,
1990, DM 46,-, Blottner Verlag
- Dombert, M., Altlastensanierung in der Rechtspraxis:
rechtliche
und technische Aspekte der Sanierung schadstoffbelasteter Be-
triebsflächen, E. Schmidt Verl. 1990, DM 34,-,
- Fischer/Köchling (Hg.), Praxisratgeber Altlastensanierung, Sy-
stematische Anleitung für eine erfolgreiche Sanierung belaste-
ter Flächen, DM 192,-, WEKA-Verlag
- Föste, W., Altlasten. Die Zeitbombe im Boden tickt, FiTb
10226,
12,80 DM
- Franzius, V. (Hrsg.): Sanierung kontaminierter Standorte 1992.
369 S., DM 76,- E. Schmidt Verlag
- Gossow (Hg.), Altlastensanierung - Genehmigungsrechtliche,
bau- technische und haftungsrechtliche Aspekte, Bauverlag
Wiesbaden, 1992, DM 129,-
- Haas, R., Konzepte zur Untersuchung von Rüstungsaltslasten, 159
Seiten, DM 49,-, E. Schmidt Verlag,
- Holzapfel, Flächenrecycling bei Altlasten. Sanierung und Wie-
derverwendung brachliegender Industrie- und Gewerbeflächen
am Beispiel des Ruhrgebietes, Schmidt Verl. Berlin 1992, DM
68,-

- Kaminsky, W., Entsorgung von ölhaltigen Sonderabfällen nach dem Hamburger Pyrolyseverfahren. 1990, DM 68,-, E. Schmidt Verlag,
- Kommunalverband Ruhr, Matrix zur Bewertung von Informationsquellen zur Erfassung von Altlasten (nicht der genaue Titel!), Essen 1991
- Selke/Hoffmann, Kommunales Altlastenmanagement. Regionale Inventur kontaminierungsverdächtiger Flächen, Vorsorgekonsequenzen, Nachsorgeprioritäten, Untersuchungskonzepte am Einzelstandort, DM 48,-
- Winkler/Wollmann, Altlasten, Hemmnisse des Gewerbebrachenrecyclings, Basel 1993, DM 68,-

Gerhard Becker

Müll-Didaktik: Eine kleine Literaturlauswahl

Vorbemerkung: In der hier aufgelisteten Literatur findet sich nur wenig, was in Richtung einer „Öffnung der Schule zum Stadtteil geht.

Beispiele. In Niedersachsen Schule machen H. 4 (1992)· Umwelterziehung. Müllvermeidung.

- Drieling, Jürgen: Abfall in der Schule, S. 16-17
- Eilers, Angela / Kleine Böger, Gerd: Grüner Punkt - Chance oder Schwindel, S.20-23
- Hesse, Silvia / von der Heyde, Ursula: "Chemie ist, wenn es kracht und stinkt..." S.24-27
- Drieling, Jürgen: Der ökologische Umbau von Schulen ist möglich, S.32-34
- Bax, Michael: Das Greenteam der Brinker Schule und der Müll, S. 39-41
- Drieling, Jürgen: Abfall in der Schule, S.44-45
- Aderholz, Ute: Schulgeländegestaltung durch Bauschutt, S. 47-49
- Werkstatt-Schule: Recyclingprojekt Nordstadt als außerschulischer Lernort, S.52-53
- Bergmeier, Anke Bettina / Noack, Winfried: Müll-Musik, S. 56-57
- Zülch, Martin · Müllverwandlungspflanzenwildwuchsanlage, S. 59-61

LehrerService. Zeitschrift für Umwelterziehung und Ökologie 32 (1987) Abfall

- Keßler, Helga: Der Geist der Abfälligkeit, S.30-33
- Schabacher, Kurt: Kunststoffe im Müll, S.16-18
- Stuik, Hans: Müllbeseitigung, S. 4-8
- Wessel, Kerstin: Müllpädagogik, S.20-23
- Westernhagen, Raimund: Geschichte der Abfälle, S.14-15

päd.extra 2/3 (1987) Unser täglich Müll gib uns heute

- Ullrich, Otto: Müllproduktion: Die Ökonomie der Industriekultur, S.11-14
- Albrecht, Helmut: Unser täglich Müll gib uns heute, S. 19-20
- Projektunterricht. Idee: Wir suchen alte Müllkippen, S. 28-29
- Helm, Wolfgang / Westernhagen u.a.: "Der Schatz in der Mülltonne", "Einfälle zu Abfällen", S. 4-8
- Helm, Wolfgang: Abfallvermeidung hat Vorrang, S. 15-18
- Schabacher, Kurt: Chemie: Kunststoff im Müll, S.27-28
- Stäudel, Lutz: Hausmüll ist erst ein Anfang, S.23-25
- Stäudel, Lutz: Eine Schülerbildergeschichte zum Thema "Verpackungen". "Frau Müller hat Geburtstag", S.20-23

Ökopäd · 3/4 (1983)· Müll für Anfänger

- Birkhölzer, K. · Theorie des Mülls, S.18-19
- de Haan, Gerhard / Scholz, Gerold: Müll, Müll, Müll, S.16-17
- de Haan, Gerhard: Müll ist das, womit Kinder spielen können, S. 42-46

Ökopäd 1 (1984) Müll für Fortgeschrittene

- Scholz, Gerold: Müll im Schulbuch, S.10-13
- 3000 Jahre Müll, S. 14-15
- de Haan, Gerhard: Recycling, S.16-21

Billen-Girmscheid, Gerd / Schmitz, Otmar: Der alternative Verbraucher. Band 2: Was wir gegen den Müllberg tun können, 1984

Bolscho, Dietmar: Umwelterziehung im Sachunterricht der Grundschule, in: Praxis Geographie 3 (1979), S. 148-150

Brandt, Petra / Thisen, Peter: Umwelt spielend entdecken. Ein Arbeitsbuch für Kindergarten, Hort und Grundschule, Weinheim 1991

- Veit, Barbara / Wiebus, Hans-Otto: Umweltbuch für Kinder.
Umweltverschmutzung, und was man dagegen tun kann. Ravensburg 1986
- Veit, Barbara / Wolfrum, Christine: Das Buch vom Müll. Ravensburg 1992
- Vogel, Manfred: Müllnotstand, in: Das Schullandheim 1/2 (1992), S. 71-75
- Vogel, Susanne · Der private Haushalt als ökologisches Teilsystem der Landschaft,
in: Hauswirtschaftliche Bildung 1980, S.32-38
- Walter, Christina: · Einfälle aus Abfällen. In: Die Grundschulzeitschrift 53 (1992),
S.29
- Westernhagen, Raimund H. · Einfälle zu Abfällen. Mülheim
- Wilker, Christina · Umwelterziehung als umfassende Aufgabe der Grundschule,
entwickelt am Beispiel des Themenbereichs Müll: didaktische Konzepte und
Materialien, schulische Maßnahmen, Ideen und praktische Beispiele. Osnabrück
1993 (Staatsexamensarbeit)
- Weitere Hinweise sind z.B. in den nds. „Empfehlungen zur Umweltbildung in
allgemeinbildenden Schulen, Teil 1, S. 39 zu finden.